

Beteiligungsbericht



Soziale Region

BildungsRegion

Nachhaltige Region

Aktive Region

zum 31. Dezember 2017

Herausgeber

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat
S 80 | Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon	0241/5198-2318
E-Mail	hermann.fuchs@staedteregion-aachen.de
Internet	www.staedteregion-aachen.de/beteiligungen

Verantwortlich	Hermann Fuchs
Redaktion/Text	S 80 Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
Gestaltung	StädteRegion Aachen, Druckerei
Druck	StädteRegion Aachen, Druckerei
Bezeichnung	s 80/beteiligungsbericht 09.19
Bilder	© erwin wodicka, avant-ralf poller, vrd, thaut Images, daniel ernst, bartholomäus, photocd, jas/stock.adobe.com

Stand	September 2019
-------	----------------

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	1
Einleitung.....	3
Erläuterungen.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	7
Beteiligungsübersicht.....	9
Übersicht Vereinsmitgliedschaften.....	12

Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH.....	15
AWA Service GmbH.....	24
MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.....	31
MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH.....	39
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW).....	45

Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV).....	57
Aachener Verkehrsverbund GmbH.....	63
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG (ASEAG).....	69
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.).....	85
Energie- und Wasser- Versorgung GmbH (EWV).....	101
enwor – energie & wasser vor ort GmbH.....	123
Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG).....	137
Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH (FAM).....	147

Wirtschafts- und Strukturförderung

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH.....	157
Zweckverband Region Aachen.....	163
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG).....	173
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.....	185
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH.....	190
Camp Astrid GmbH & Co. KG.....	193
Camp Astrid Verwaltungs GmbH.....	199
Vogelsang ip gGmbH.....	203
Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.....	212

Energeticon gGmbH.....	221
Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH.....	235

Wohnungswirtschaft

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH.....	243
--	-----

Gesundheitswesen

Rhein-Maas Klinikum GmbH.....	261
RMK Service GmbH.....	274
Parkplatz Marienhöhe GmbH.....	283
Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen (SBZ).....	287
Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR.....	305

Beschäftigung – Qualifizierung - Dienstleistung

SPRUNGbrett – Beschäftigungsinitiative der StädteRegion Aachen gGmbH.....	315
regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH.....	323
Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen.....	337

Kultur

Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen GmbH.....	355
KuK – Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH.....	365



Vorwort



Die StädteRegion Aachen legt mit dieser Ausgabe den Beteiligungsbericht zum 31.12.2017 vor. Zu diesem Stichtag gibt sie Auskunft über ihre Beteiligungen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form. Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht gibt einen kompakten Überblick über das Beteiligungsvermögen der StädteRegion und soll den Leser informieren über

- die organisatorisch-rechtliche Struktur der Beteiligungen,
- die Besetzung der Organe durch die StädteRegion Aachen und
- die stichtagsbezogene wirtschaftliche Lage der Gesellschaften und Zweckverbände.

Der Beteiligungsbericht entspricht inhaltlich den Anforderungen des § 117 Gemeindeordnung NRW a.F. und wird dem Gesamtabchluss als Anlage beigelegt. Ergänzend zu der Übersichtsdarstellung der Beteiligungen enthält der Beteiligungsbericht auch eine grafische Darstellung der Vereine, in denen die StädteRegion Aachen Mitglied ist und in deren Gremien sie Vertreterinnen entsendet.

Im Bericht sind neben den Beteiligungen in privater Rechtsform auch die nachfolgend genannten öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der StädteRegion aufgeführt.

- Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)
- Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)
- Sondervermögen Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen
- Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen
- Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen
- Zweckverband Region Aachen

Der Beteiligungsbericht ist im Internet veröffentlicht und steht unter www.staedteregion-aachen.de zum Abruf zur Verfügung. Wenn Sie Informationen zum Beteiligungsbericht wünschen, stehen meine Mitarbeiter*innen der Stabsstelle S 80 – Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling – gerne für nähere Auskünfte zur Verfügung.

Aachen, im Oktober 2019



(Dr. Tim Grüttemeier)
Städteregionsrat

Einleitung

Der Beteiligungsbericht zum 31.12.2017 der StädteRegion Aachen schreibt die bewährte Form der bisherigen Beteiligungsberichte fort. Seine Struktur folgt § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW –alte Fassung– und die Gliederung ist so ausgerichtet, dass die folgenden Aspekte separat ausgewiesen werden:

- die Ziele der Beteiligung,
- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
- die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
- die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
- der Personalbestand jeder Beteiligung.

Die Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände werden im Beteiligungsbericht vollständig wiedergegeben. Die komprimierte Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung je Beteiligung weist Gesellschafterzuschüsse oder Verlustabdeckungen separat aus und wird ergänzt um eine differenzierte Darstellung des Eigenkapitals jeder Beteiligung.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 01.01.2017 bis 31.12.2017, dies gilt ebenfalls für die dargestellten Kennzahlen.

Die Angaben zur Besetzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien berücksichtigen den Stand der Mandatswahrnehmung zum Stichtag 01.01.2017 als auch zum Stichtag 31.12.2017 durch die Vertreter/innen der StädteRegion Aachen. Personelle Änderungen jeglicher Art, die nach dem Stichtag eingetreten sind, werden im darauffolgenden Bericht ausgewiesen.

Anhand einer Gesamtübersicht werden alle Beteiligungen der StädteRegion Aachen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form grafisch dargestellt. Diese wird ergänzt um eine grafische Darstellung der Mitgliedschaft der StädteRegion Aachen in Vereinen.

Erläuterungen

Gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) – alte Fassung – ist im Beteiligungsbericht nach § 117 GO – alte Fassung – die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage gesondert anzugeben und zu erläutern. Nachstehend werden einige Begrifflichkeiten zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Bilanz

Auf der Aktivseite wird die Verwendung der Eigen- und Fremdmittel gezeigt, während die Passivseite die Mittelherkunft darstellt. Die Verwendung des Vermögens wird in Anlage- und Umlaufvermögen gegliedert, wobei das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände widerspiegelt, die dem Unternehmen langfristig dienen sollen. Das Umlaufvermögen unterliegt einem häufigeren Zu- und Abfluss, da es i.d.R. nur kurzfristig zur Verfügung steht. Rechnungsabgrenzungsposten sind zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen. Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden. Ungewiss bedeutet hierbei Unsicherheit hinsichtlich der Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts. Außerdem sind Rückstellungen zu bilden für im Geschäftsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres nachgeholt werden. Darüber hinaus sind noch Rückstellungen für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung zulässig und Aufwandsrückstellungen, so weit sie am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher sind.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gem. § 277 Abs.1 HGB werden als Umsatzerlöse Erlöse definiert, die aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen der Kapitalgesellschaft nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern hervorgehen.

Als Bestandsveränderungen sind sowohl Änderungen der Menge als auch solche des Wertes zu berücksichtigen; Abschreibungen jedoch nur, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft sonst üblichen Abschreibungen nicht überschreiten

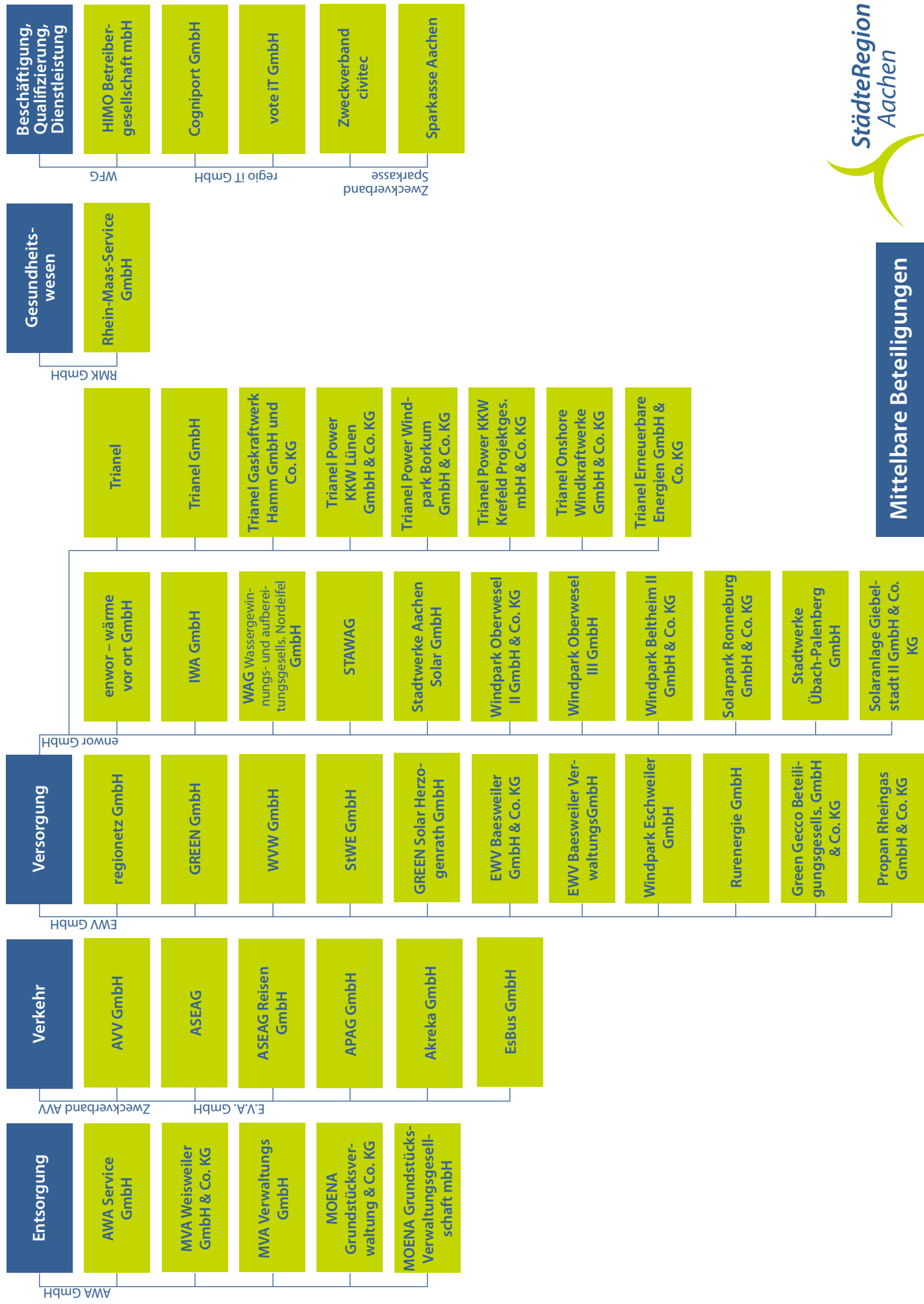
Erträge und Aufwendungen aus Verlustübernahme und auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags erhaltene oder abgeführte Gewinne sind jeweils gesondert unter entsprechender Bezeichnung auszuweisen.

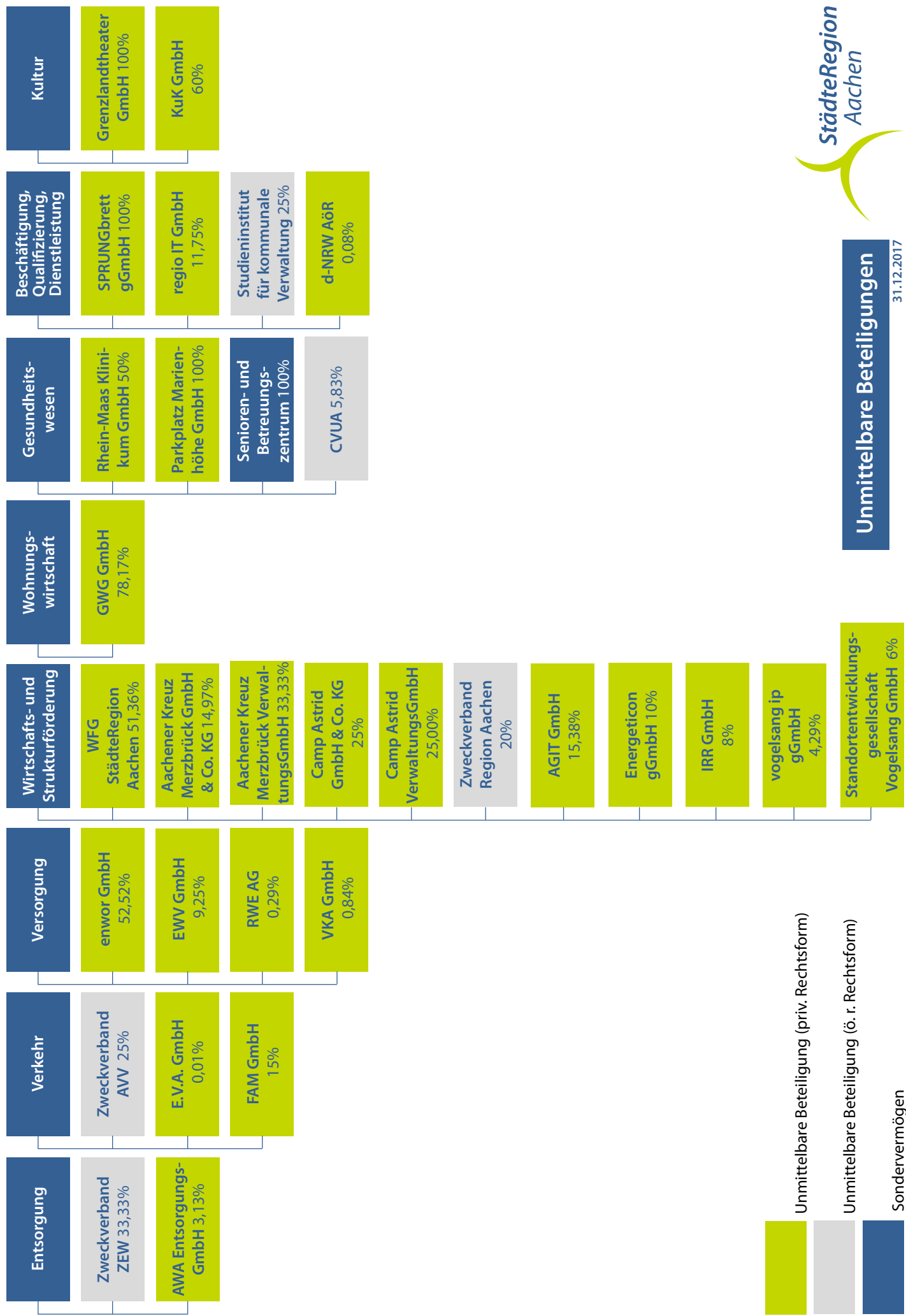
Erträge aus der Abzinsung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert unter dem Posten „Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge“ und Aufwendungen gesondert unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ auszuweisen.

Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag entspricht dem Saldo aller Erträge und Aufwendungen.

Abkürzungsverzeichnis

>	größer als
<	kleiner als
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AV	Anlagevermögen
BGBI.	Bundesgesetzblatt
bzw.	beziehungsweise
cbm/m ³	Kubikmeter
EigVO	Eigenbetriebsverordnung NRW
EK	Eigenkapital
e.V.	eingetragener Verein
GkG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegegesetz NRW
i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
KG	Kommanditgesellschaft
KrO	Kreisordnung
km	Kilometer
kWh	Kilowattstunden
LSP	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
Mio.	Million
NRW	Nordrhein-Westfalen
qm/m ²	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
Sopo	Sonderposten
T€	Tausend Euro
UV	Umlaufvermögen
WEEG	Wasserentnahmeentgelt
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
ZV	Zweckverband





Aktive Region	Nachhaltige Region	BildungsRegion	Soziale Region
Grünmetropole e. V.	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e. V.	Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e. V.	Schullandheimverein Paustenbach e. V.
Kunst- und Kulturzentrum e. V.	Naturpark Nordeifel e. V.	Bundesverband Jugend und Film e. V.	
Verein zur Förderung der Städtepartnerschaften in der StädteRegion Aachen	Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege e.V.	Landesarbeitsgemeinschaft Jugend und Literatur NRW e. V.	
TSV Alemannia Aachen 1900 e. V.	Biologische Station e. V.	Bergbaumuseum Grube Anna e. V.	
Arbeitsgemeinschaft fußgän- ger- und fahradfreundlicher Städte, Gemeinden u. Kreise in NRW e. V.	Förderverein Nationalpark Eifel e. V.	Zinkhütter Hof e. V.	
Eifel Touristik Agentur e. V.		Pro RWTH e. V.	
Veranstaltergemeinschaft für den Lokalfunk in der StädteRegion Aachen e. V.			
Monschauer Land Touristik e. V.			
Business Network Aachen e. V.			
digitalHUB Aachen e. V.			

Es werden nur die Mitgliedschaften
in den Vereinen dargestellt,
in deren Gremien die StädteRegion Aachen
Vertreter entsendet.



Mitgliedschaften in Vereinen



Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Beauftragung des „Zweckverbandes Entsorgungsregion West“ mit der Aufgabenwahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Dies umfasst die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zu Sortierung, stofflichen Verwertung, thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Siedlungsabfällen sowie die Errichtung und den Betrieb entsprechender Anlagen. Die Beauftragung weiterer Aufgaben, Rechte und Pflichten bedarf im Einzelfall der ausdrücklichen Zustimmung derjenigen Körperschaften, um deren Aufgaben, Rechte und Pflichten es sich handelt. Soweit davon beide Gebietskörperschaften betroffen sind, bedarf dies der Zustimmung beider.

Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft darf abfallwirtschaftliche Aufgaben von kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Zustimmung beider Gesellschafter übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann einer der Geschäftsführer durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Vorsitzenden bestimmt werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 24 stimmberechtigten und vier beratenden Mitgliedern. 21 stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates und ihre Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) bestellt und in den Aufsichtsrat entsandt. Drei stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung durch Mehrheitsbeschluss der 21 vom ZEW bestimmten Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Von diesen drei Aufsichtsratsmitgliedern muss je ein Mitglied

- Angehöriger der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer zu Aachen,
- Angehöriger der Geschäftsführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der Region Aachen,
- Angehöriger des Kreises der Professoren der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sein.

Jedes Mitglied des ZEW entsendet eine fachkundige Person als Mitglied in den Aufsichtsrat mit beratender Stimme. Ihre Stellvertreter werden gleichfalls von dem Mitglied des ZEW bestimmt. Ein Vertreter des Betriebsrates nimmt mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen, sofern es sich hierbei um Angehörige der Verwaltung des vertretenen Gesellschafters handelt. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Frank Wolff

Vertreter der StädteRegion per ZEW im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Gabriele Bockmühl	Städteregionstagsmitglied
Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
Uwe Friedrich Löhr	Städteregionstagsmitglied

Beratendes Mitglied:	Uwe Zink	Dezernent – bis 31.08.2017
	Thomas Pilgrim	komm. Dezernent – ab 01.09.2017

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Städteregionsrat Helmut Etschenberg

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 640.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Zweckverband ZEW	600.000,00	93,750
StädteRegion Aachen	20.000,00	3,125
Stadt Aachen	<u>20.000,00</u>	<u>3,125</u>
	640.000,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG	6.392.000,00	50,00
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH	12.782,30	50,00
MOENA Grundstücksverw.GmbH & Co.KG i.L.	12.782,29	50,00
MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH	12.782,30	50,00
AWA Service GmbH	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
A. Anlagevermögen	27.610	32.490	32.939
I. Imm. Vermögensgegenst.	189	124	92
II. Sachanlagen	24.882	29.827	30.308
III. Finanzanlagen	2.539	2.539	2.539
B. Umlaufvermögen	42.966	35.582	33.547
I. Vorräte	86	86	81
II. Forderungen / sonst. VG	26.594	26.127	25.397
III. Wertpapiere	3.000	1.000	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	13.286	8.369	8.067
C. Rechnungsabgrenzungsposten	36	66	58
Bilanzsumme Aktiva	70.612	68.139	66.543
A. Eigenkapital	4.327	5.184	10.263
I. Gezeichnetes Kapital	640	640	640
II. Gewinnrücklagen	3.000	3.000	3.000
III. Gewinn/ Verlustvortrag	-2.457	687	1.544
IV. Jahresübersch./-fehlbetrag	3.144	857	5.079
B. Rückstellungen	35.363	36.659	35.887
C. Verbindlichkeiten	30.538	25.944	20.074
D. Rechnungsabgrenzungsposten	384	352	320
Bilanzsumme Passiva	70.612	68.139	66.543

	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
Umsatzerlöse	50.586	50.154*	51.632
Sonstige betriebliche Erträge	398	167	340
Aufwendungen für bezogene Leistungen	35.486	34.907	34.495
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.931	6.839	4.946
Jahresfehlbetrag/-überschuss	3.144	857	5.079

*Der Jahresabschluss 2017 wurde nach den Vorgaben von BilRUG erstellt. Daher ist der Vergleich zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	86	94	89

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Über die Ergebnisverwendung der AWA Entsorgung GmbH – d.h. über die Verwendung des Jahresüberschusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages oder, so weit einschlägig, über die Verwendung des Bilanzgewinnes – entscheidet die Gesellschafterversammlung nach freiem Ermessen. Die Gesellschafterversammlung kann insbesondere beschließen, dass das Ergebnis ganz oder teilweise in Gewinnrücklagen eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird. Soweit die Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Aufgaben resultieren, die die Gesellschafter Stadt und Städteregion Aachen in gleichem Umfang auf die AWA GmbH übertragen haben, erfolgt die Ergebnisverteilung im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander. Im Übrigen erfolgt die Ergebnisverteilung nach dem Ergebnis der jeweiligen von den Gesellschaftern übertragenen Aufgaben. Für das Geschäftsjahr 2017 hat die Städteregion Aachen in 2018 eine anteilige Gewinnausschüttung in Höhe von 1.562,50 € erhalten.

Gesellschafter der AWA Entsorgung GmbH ist der Zweckverband Entsorgungsregion West, in dem die StädteRegion Aachen ebenfalls Mitglied ist. Zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW in Verbindung mit § 2 LABfG und dem Kreislaufwirtschaftsgesetz grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Wie auch das Geschäftsjahr 2016 konnte das Geschäftsjahr 2017 im operativen Bereich erfolgreich abgeschlossen werden. Der zuvor erwähnte Preisanstieg im gewerblichen Bereich und die über das geplante Niveau hinausgehenden Mengen – insbesondere aus dem Deponiebereich – haben zu einem erfreulichen und unerwarteten operativen Ergebnis beigesteuert. Alle abfallwirtschaftlichen Ziele wurden durch zielgerichtete Steuerung erreicht. Dazu gehören die weitere Herrichtung der Zwischenabdeckung und Aufbringung der abschließenden Sicherungsabdeckung auf dem ehemaligen Deponiegelände Alsdorf-Warden, die Fertigstellung eines weiteren Entsorgungszentrums in Niederzier im Gewerbegebiet Rurbenden, welches nun neu in 2017 von den Bürgern genutzt wird. Ebenso konnten alle wirtschaftlichen Planungen eingehalten werden. Dabei standen Kosten und Qualität im Fokus. Durch positive Abweichungen konnte erneut ein entsprechend gutes operatives Ergebnis erreicht werden. Angefangen bei der wirtschaftlichen Steuerung der Abfallströme, insbesondere im Deponiebereich bis hin zum Handeln umfassender und individueller Dienstleistungen. Im betrieblichen Bereich konnten deutliche Potentiale bei den Fremdleistungen der Verbrennung und weiteren Verwertungsprozessen genutzt werden.

Abfallwirtschaftliche Entwicklung und entsorgte Mengen

Die AWA ist aufgrund der vom Aufsichtsrat beschlossenen Unternehmensziele und als 100 % kommunales Unternehmen zu vorbildlichem ökologischen Verhalten verpflichtet. Dies ergibt sich aus § 21 des KrWG. Hier ist vorgegeben, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Sinne des § 20 KrWG Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen über die Verwertung, insbesondere der Vorbereitung zur Wiederverwendung und des Recyclings und die Beseitigung erstellen. Die genauen Anforderungen richten sich nach dem Landesrecht. Diesen Verpflichtungen kommt die AWA Entsorgung GmbH vollständig nach. Als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb unterliegen alle Prozesse einer regelmäßigen Überprüfung. Im Rahmen eines umfangreichen Berichtswesens werden die Belange des Betrieblichen Umweltschutzes abgedeckt.

Anlagenbetrieb

In der ersten Jahreshälfte 2017 konnte die AWA ihre neue Kompostierungsanlage in Warden in Betrieb nehmen, welche seit der Inbetriebnahme mit guter Verfügbarkeit läuft. Darüber hinaus konnte die AWA das Entsorgungszentrum Rurbenden offiziell eröffnen, das von den umliegenden Kommunen zunehmend genutzt wird. Die Wiederinstandsetzung der Anlage aufgrund des Brandschadens in Horm hat sich verzögert. Wir gehen aber davon aus, dass die Anlage in 2018 wieder genutzt werden kann. Alle anderen Anlagen wurden im Rahmen der im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen mit guter Verfügbarkeit genutzt. Im Herbst 2017 hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat erste konzeptionelle Überlegungen zur Entwicklung des Standortes Warden vorgestellt, welche in 2018 in konkrete Planungen zu überführen sind.

Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse entfallen mit etwa € 45,9 Mio. (Vorjahr € 45,5 Mio.) auf Entsorgungsentgelte, die damit über dem Niveau des Vorjahres liegen. Hierbei ist allerdings grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen zu bemessen hat und diese nicht frei kalkulierbar sind. Die Umsatzerlöse sind somit von der Entwicklung der Entsorgungskosten abhängig, die wesentlich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beeinflusst werden. Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Schrotterlöse aus der Rostascheaufbereitung (T€ 2.275; Vorjahr T€ 1.101), Erlöse aus Geschäftsbesorgungen (T€ 1.441; Vorjahr T€ 1.351), Mieterlöse aus dem Betriebshof RegioEntsorgung (T€ 494; Vorjahr T€ 438) sowie die oben erwähnten Erlöse aus Weiterbelastungen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (€ 34,5 Mio.; Vorjahr € 34,9 Mio.) beinhalten Fremdleistungen für die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, für den Betrieb der Kompostplätze Alsdorf-Warden und Würselen sowie Leistungen für den Betrieb der Zentraldeponie Alsdorf-Warden, für die Betriebsführung der Rostascheaufbereitung, Schadstoffsammlung, für Fremdleistungen Abwasserentsorgung Siwa sowie der Kostenaufwand der Weiterbelastungen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere Kosten für Versicherungsbeiträge (T€ 124; Vorjahr T€ 113), Wartung/Instandhaltung (T€ 1.205; Vorjahr T€ 1.597), Beratungs- und Prüfungskosten (T€ 688; Vorjahr T€ 2.628), Fremdleistungen (T€ 614; Vorjahr T€ 528) und Öffentlichkeitsarbeit (T€ 307; Vorjahr T€ 378) enthalten. Beteiligungserträge wurden in Höhe von T€ 576 (Vorjahr T€ 261) erzielt. In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 932 (Vorjahr T€ 166) enthalten. Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthält neben Darlehenszinsen (T€ 621; Vorjahr T€ 698) auch zinsbasierende Anpassungen aus langfristigen Rückstellungen für Erstattungsverpflichtungen aus Entgeltkalkulationen der Vorjahre (T€ 237; Vorjahr T€ 344). Weiterhin werden Zinsen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ausgewiesen (T€ 351; Vorjahr T€ 194), die mit den Zinserträgen aus der Rückdeckungsversicherung (T€ 93; Vorjahr T€ 76) verrechnet werden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 5.079 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 857) ab.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Finanzlage der AWA Entsorgung GmbH ist weiterhin geordnet. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von T€ 66.543 liegt um T€ 1.596 unter dem Vorjahreswert (T€ 68.139). Während das Anlagevermögen von T€ 32.491 im Vorjahr auf T€ 32.939 im Berichtsjahr anstieg, nahm das Umlaufvermögen auf T€ 33.547 (Vorjahr T€ 35.583) ab.

Finanzlage

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 5.079 T€ erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 13.449; Vorjahr T€ 15.454) reduzierten sich um die planmäßigen Tilgungen. Die Rückstellungen (T€ 35.887; Vorjahr T€ 36.659) reduzierten sich insgesamt um 772 T€. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus dem Zugang von Steuerrückstellungen in Höhe von T€ 149 sowie aus dem Rückgang der Rückstellungen für Rückerstattungen aus Entgeltkalkulationen in Höhe von T€ 291 und der Rückstellung für Rekultivierung von T€ 345.

Die Finanzlage stellt sich gemäß DRS 21) wie folgt dar:

	31.12.2017 in T €	31.12.2016 in T €
Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.375	3.949
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-1.744	-6.007
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-2.931	-2.859
Veränderung des Finanzmittelfonds	-300	-4.917
Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres	8.369	13.286
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	8.069	8.369

Die Eigenkapitalquote stieg von 7,61 % auf 15,42 %. Diese ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten relativ gering, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) weist einen Wert von 153 % aus. Das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Faktor von 2,14 ab.

Umweltschutz

Die festgelegten Umweltziele wurden auch in 2017 konsequent eingehalten. Die Umsetzung der Umweltziele erfolgte vorbildlich und alle gesetzlichen und staatlichen Vorgaben wurden eingehalten. Hierbei sind die konsequente, zuverlässige und vorbildliche Überschreitung der vorgegebenen Emissionswerte der Müllverbrennungsanlage Weisweiler GmbH & Co. KG als auch der Biovergärungsanlage bemerkenswert. Mit dem seit Jahren eingerichteten Qualitäts- und Umweltmanagement werden auch die strukturellen Voraussetzungen zu einer erneuten Zertifizierung erfüllt. Die AWA Entsorgung GmbH sowie das Tochterunternehmen AWA Service GmbH ist weiterhin als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

Personalentwicklung

Insgesamt waren im Durchschnitt 89 Personen im Jahr 2017 bei der AWA Entsorgung GmbH tätig. Darüber hinaus wurden 16 Auszubildende bei der AWA Entsorgung GmbH intensiv auf ihr Berufsleben vorbereitet. Die Ausbildungsquote beträgt bei der AWA 15%. Die Gewinnung von technischen Auszubildenden erweist sich zunehmend als schwierig.

Prognosebericht

Die AWA Entsorgung GmbH als Muttergesellschaft plant zum Stichtag 01.01.2019 eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur. Im Rahmen dieses Prozesses ist vorgesehen, das operative Geschäft der AWA Service GmbH einschließlich der Betriebsmittel und des beschäftigten Personals auf die AWA Entsorgung GmbH zu übertragen (Betriebsübergang nach § 613 a BGB). Dies erfolgt zur Reduktion von Schnittstellen und Doppelaufgaben im Unternehmen sowie zur Straffung der Führungsstruktur. Diese Maßnahmen sind auch erforderlich, um die Unternehmenskompetenzen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der Mitarbeiterinnen zu sichern. Die Zusammenführung führt bedingt durch erforderliche Umgruppierungen in der neuen Organisation zukünftig zu Personalkostensteigerungen. Diese werden durch eine Verschlankung der Anzahl der Führungspositionen in der

zusammengeführten Organisationsstruktur und durch Einsparung von Planstellen (3 Mitarbeiter-äquivalente) kompensiert. Die AWA plant derzeit einen Einstellungsstopp im Verwaltungsbereich bis 2020, um diesen Stellenabbau im Rahmen von altersbedingter Fluktuation zu heben. Die Grundstücke und die Gebäude des Entsorgungszentrums Horm werden im Besitz der AWA Service GmbH verbleiben und an die AWA Entsorgung GmbH vermietet. Die Aufgaben der AWA Service GmbH werden auf die einer Grundstücksverwaltung reduziert werden.

Risikobericht

Abfallmengen und Preisentwicklungen

Im Laufe des Jahres 2017 konnte abfall- und preistechnisch keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Zum 01.01.2019 wird das novellierte VerpackG in Kraft treten und die Marktteilnehmer überlegen, sich auf diese neuen Rahmenbedingungen auszurichten. Bis dahin bestehen die von den Kommunen verhandelten Abstimmungsvereinbarungen. Bei den zu führenden Neuverhandlungen im Jahr 2018 sind neben den Systemfestlegungen nach § 22 VerpackG ebenfalls die Überlassungspflichten des Verpackungsanteils aus dem PPK-Stoffstrom zu verhandeln. Diese Verhandlungen werden Konsequenzen auf die Erlöse, den Stoffstrom und die Abwicklung sowie die neu zu erstellende Ausschreibung haben. Die Festlegungen im Gesetz sowie die Kommentare zum Gesetz, lassen jedoch heute schon eine höhere Erlösbeteiligung der Dualen Systeme befürchten. Weiterhin können die Systemfestlegungen in den Abstimmungsvereinbarungen Einfluss auf die zukünftigen Wertstoff- und Hausmüllmengen haben. So kann ein öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger mit den Systemen im Rahmen der Abstimmung vereinbaren, dass Nichtverpackungsabfälle gemeinsam mit den stoffgleichen Verpackungsabfällen erfasst werden. Damit würde dieser Stoffstrom den Anlagen der AWA Entsorgung GmbH entzogen.

Alle Systemänderungen in den Kommunen des ZEW können zudem Einfluss auf die überlassenen Stoffströme haben. Dies betrifft auch die Getrennterfassung von Altholz und Sperrmüll. Sollten die abfallerzeugenden Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe die Vorgaben der novellierten Gewerbeabfallverordnung ernst nehmen und umsetzen, würden sich – zu Gunsten einer besseren Wertstoffeffassung und –Vermarktung – die Mengen an beseitigungspflichtigen und thermischen Verwertungsmengen reduzieren, ohne dass bereits konkrete Mengenverschiebungen genannt werden können. Da aber derzeit alle Verbrennungsanlagen in Deutschland im Wesentlichen ausgelastet sind, gehen wir davon aus, dass die Verbrennungspreise in Deutschland in etwa stabil bleiben werden. Die AWA hat im Frühjahr 2017 Ergänzungen zu Verträgen mit dem Zweckverband Entsorgungsregion West („ZEW“), der Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH („EGN“) und der MVA Weisweiler KG zur Verbrennung von Abfallmengen in der MVA Weisweiler abgeschlossen, welche von einem privaten Mitbewerber vor der Vergabekammer Köln angefochten werden mit dem Ziel, die Unwirksamkeit dieser Verträge festzustellen. Der Nachprüfungsantrag richtet sich gegen den ZEW, die AWA Entsorgung GmbH und die EGN. Das Verfahren ist noch nicht weiter fortgeschritten. Wir rechnen mit einer Entscheidung der Vergabekammer im Sommer 2018. Darüber hinaus ist die AWA von einem weiteren Gerichtsverfahren berührt, in dem Ansprüche gegen die Gesellschaft in Höhe von 2,5 Mio Euro geltend gemacht werden. Die AWA hat entsprechende Verbindlichkeiten und Rückstellungen für diese Forderung gebildet. Wir rechnen mit einer Entscheidung des OLG Köln im Sommer 2018.

Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem ist fester Bestandteil des betrieblichen Alltags. Alle Geschäftsabläufe werden einer regelmäßigen Überprüfung durch eine extern beauftragte Beratungsgesellschaft unterzogen. Die Geschäftsführung erarbeitet zusammen mit den zuständigen Abteilungsleitern die Aktualisierung bzw. Anpassung der bekannten Risiken und bewertet diese entsprechend der aktuellen Entwicklung neu und ergänzt sie um evtl. neu auftretende Risiken. Mindestens einmal im Jahr wird die Risikosituation in den einzelnen Betriebs- und Unternehmensbereichen mit den verantwortlichen Abteilungsleitern und der Geschäftsführung ausführlich vor Ort erörtert und dokumentiert. Das Risikomanagement der AWA profitiert dabei vom bundesweiten Einsatz des beauftragten Ingenieurbüros. Damit ist die Gesellschaft in der Lage, die durch den Betrieb entstehenden Risiken adäquat zu bewerten und weitestgehend auch zu beherrschen.

Chancenbericht

Ziele der Organisationsoptimierung sind die Eliminierung von komplizierten Schnittstellen sowie die Verschlankeung der Führungsstrukturen. Es ist die Chance gegeben, dass trotz einer Reduzierung von Mitarbeitern die Prozesse effektiver durchgeführt werden und der Qualitätsstandard somit erhalten bleibt bzw. sogar gesteigert werden kann. Durch die Reorganisation und der damit einhergehenden Stellenverschiebungen wird es zunächst zu einer Kostenerhöhung kommen, die jedoch aufgrund der derzeitigen Planungen durch Synergieeffekte in den nächsten Jahren amortisiert werden können.

Gesamtaussage:

Durch die anhängige Vergabekammerbeschwerde im Zusammenhang mit dem unterzeichneten Vertragspaket zwischen ZEW, AWA Entsorgung und MVA KG zur Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen AWA, EGN und MVA ist die Geschäftsbeziehung risikobehaftet. Wir gehen aber davon aus, dass die Vergabekammer unserer Argumentation folgen wird. Sofern die Gegenseite obsiegen würde, gehen wir davon aus, dass wir alternative Vertragsgestaltungen finden können, welche eine Auslastung der MVA Weisweiler zu akzeptablen Marktpreisen erreichen wird. Die Aufbauorganisation und die guten technischen Kommunikationsmöglichkeiten tragen zu geordneten und effektiven Betriebsabläufen bei.

AWA Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen im Auftrag des Zweckverbandes Entsorgungsregion West und der AWA Entsorgung GmbH, und zwar einschließlich Errichtung, Erwerb und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Ulrich Reuter
 Dr. Manfred Kriek

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
A. Anlagevermögen	1.715.231	1.951.249	2.046.137
I. Sachanlagen	1.715.231	1.951.249	2.046.137
B. Umlaufvermögen	2.607.287	2.122.886	1.803.727
I. Vorräte	8.000	21.400	21.400
II. Forderungen / sonst. VG	522.126	545.504	703.101
III. Kassenbestand, Guthaben	2.077.160	1.555.982	1.079.226
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.833	3.872	2.483
Bilanzsumme Aktiva	4.326.351	4.078.007	3.852.347

A. Eigenkapital	2.284.670	2.459.835	1.450.899
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	2.155.329	2.259.670	2.434.835
III. Jahresüberschuss	104.342	175.165	-1.008.936
B. Rückstellungen	181.201	879.952	773.943
C. Verbindlichkeiten	1.130.991	738.220	1.627.504
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
E. Passive latente Steuern	729.489	0	0
Bilanzsumme Passiva	4.326.351	4.078.007	3.852.347

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
Umsatzerlöse	9.073.238	9.845.481	11.341.852
Sonstige betriebliche Erträge	101.488	294.548	24.394
Materialaufwand	5.005.083	5.210.116	6.583.127
Personalaufwand	1.898.337	1.935.824	2.326.670
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.658.451	2.252.812	3.089.948
Jahresüberschuss n. Steuern	104.342	175.164	-1.008.936

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (im Durchschnitt)	45,25	48	49,50

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen.

Zwischen der AWA Service GmbH und ihrer 100%-igen Muttergesellschaft, der AWA Entsorgung GmbH, bestehen vielschichtige Leistungsbeziehungen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die AWA Service ist im Wesentlichen für die AWA Entsorgung tätig. Wesentliche Schwerpunkte dieser Beauftragung sind die Kerngeschäftsfelder wie:

- Betrieb des ELC Horm mit Annahme, Umschlag und Abtransport von ca. 60.000 t Abfällen und Wertstoffen pro/a
- Die Durchführung der mobilen Schadstoffsammlung und der Betrieb der stationären Sammelstelle Aachen
- Betriebsführung Warden mit Umschlag und Transport von Abfällen insbesondere Altholz und Papier
- Komplette Abwicklung der Schlacketransporte von der MVA Weisweiler zur Rostascheaufbereitung der AWA Entsorgung GmbH in Neulohn

Diese operativen Dienstleistungsaufträge sind durch einen stabilen, konstanten Verlauf hinsichtlich Menge und Auftragsvolumen über das gesamte Betriebsjahr gekennzeichnet.

Besonderheiten sind hier nicht zu vermerken.

Entsorgungszentrum Horm

Die Genehmigung für die Sanierung der Halle nach dem Großbrand 2012 wurde durch die Bezirksregierung Köln erteilt. Die Rückbaumaßnahmen im Rahmen der Sanierung erfolgten ab Mai 2016, mit dem Wiederaufbau wurde im September 2016 begonnen. Die Inbetriebnahme dieser Halle, die im Wesentlichen für den Umschlag von Bioabfällen vorgesehen ist, sollte eigentlich im Sommer 2017 erfolgen, hat sich aber wegen zusätzlicher Anforderungen der Genehmigungsbehörde im Bereich des Brandschutzes in Verbindung mit verspäteten Lieferungen der Auftragnehmer verzögert und wird für den Sommer 2018 angestrebt.

Weitere Entsorgungs- und Logistikzentren

Die von der AWA Service betriebenen Privatanlieferplätze des ELC Warden und insbesondere das ELC Süd in Monschau wurden von den Bürgerinnen und Bürgern des ZEW-Gebietes sehr gut angenom-

men. Diese positive Resonanz führte dazu, eine weitere Annahmestelle am Standort Rurbenden aufzubauen. Für diesen Standort ist im Dezember 2016 eine Genehmigung durch die Bezirksregierung erteilt worden. Der vorzeitige Baubeginn wurde im September 2016 genehmigt. Die Inbetriebnahme erfolgte im Sommer 2017. Die ersten Betriebserfahrungen stellen sich positiv dar.

Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse (insgesamt T€ 11.342; Vj. T€ 9.845) betreffen in weit überwiegenderen Anteilen Erlöse aus den Beauftragungen seitens der Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH. Zu den Umsatzerlösen zählen insbesondere Erlöse aus der Annahme von Altpapier (T€ 5.711; Vj. T€ 4.504), Erlöse aus Abfallaufbereitung (T€ 1.405; Vj. T€ 936), Transporterlöse (T€ 908, Vj. T€ 917) sowie Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen (T€ 1.252; Vj. T€ 1.580) und Betriebsführung (T€ 723; Vj. T€ 720). Unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sind mit T€ 494 (Vj. T € 464) insbesondere die Bezugskosten für Kraftstoffe enthalten, die im Zuge der Mitnutzung der Tankanlage weiterbelastet werden. Die Erhöhung der Personalkosten wird neben einer Erhöhung der Mitarbeiterzahl durch Entgeltmaßnahmen verursacht. Um die Differenz in der Entlohnung zwischen der Muttergesellschaft AWA Entsorgung GmbH (TVöD) und der AWA Service GmbH (Anlehnung an BDE-Tarif) zu verringern und die Attraktivität der AWA service GmbH als Arbeitgeber zu erhöhen, wurden Anpassungen bei den Einstufungen vorgenommen und ein System für Leistungsprämien implementiert. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen Vergütungen an Dritte für Altpapier und Elektroschrott (T€ 5.119; Vj. T€ 3.833), Fremdleistungen für Transporte und (T € 409; Vj. T€ 387) und Geschäftsbesorgungsleistungen der AWA Entsorgung GmbH (T€450; Vj. T € 440). Bei den Kosten für Altpapiervergütung ist zu berücksichtigen, dass in diesem Kontext auch entsprechende Erlöse erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Kfz-Kosten (T€ 428; Vj. T€ 395), Miet- und Leasingaufwand (T€ 445; Vj. T€ 419), Wartungs- und Instandhaltungsaufwand (T €191; Vj. T€ 180) und Aufwand für Versicherungsbeiträge (T€ 151; Vj. T€ 124). Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.009 (Vj. Jahresüberschuss T€ 175) ab.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Die notwendige Liquidität ist vorhanden und wird zudem bei Bedarf durch die Muttergesellschaft garantiert (vgl. Kapitel c. Vermögenslage).

Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage wurde die nachfolgende Kapitalflussrechnung erstellt:

	31.12.2017 in T €	31.12.2016 in T €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	64	147
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-541	-668
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-477	-521
Finanzmittelfonds am Jahresanfang	1.556	2.077
Finanzmittelfonds am Jahresende	1.079	1.556

Die Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus Sondereffekten, die mit dem Großbrand im Entsorgungszentrum Horm und dessen Wiederaufbau in Zusammenhang stehen. Demgegenüber steht die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern. Insgesamt beträgt der Finanzmittelfonds Ende des Jahres T€ 1.079 (Vj. T€ 1.556).

Vermögenslage

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft wird durch das Anlagevermögen repräsentiert, das 53 % des Gesamtvermögens umfasst. Das kurzfristige Vermögen (T€ 1.804) übersteigt das kurzfristige Fremdkapital (T€ 1.751). Das Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr um T€ 226 auf nunmehr T€ 3.852 verringert. Ursächlich hierfür ist vorwiegend die Abnahme der liquiden Mittel. Demgegenüber steht jedoch auch die Erhöhung des Anlagevermögens. Grundsätzlich ist die Liquidität der Gesellschaft durch die Einräumung von vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehen gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Investitionsdarlehen i. H. v. T€ 1.000 aufgenommen.

Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr 2017 durchschnittlich 49,50 Arbeitnehmer (Vj. 48). Es blieben wegen der nach wie vor bestehenden Betriebseinschränkungen mehrere Stellen unbesetzt, wodurch der Personalaufwand unter dem Planansatz lag. Zur Überbrückung wurden teilweise Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Die Realisierung geplanter Projekte im Folgejahr sowie des vorgesehenen Aufbaus des Entsorgungszentrums Horm wird planmäßig die Einstellung weiterer Mitarbeiter – verbunden mit dem Wegfall von Zeitarbeitskräften – erforderlich machen. Auch im Bereich des Fuhrparks sollen bisher ausgelagerte Dienstleistungen durch eigenes Personal erbracht werden.

Umweltschutzmaßnahmen

Die notwendigen Vorkehrungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen werden mit höchster Priorität getroffen. Alle festgelegten Umweltziele werden – wie in den vergangenen Jahren – umgesetzt. Selbstverständlich ist die Einhaltung aller umweltrelevanten Vorschriften und staatlichen Vorgaben. Es erfolgen regelmäßige Kontrollen interner und externer Beauftragter. In ihren Jahresberichten schreibt die Umweltbeauftragte regelmäßig, dass keine besonderen Vorkommnisse Vorlagen und deshalb auch keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich waren.

Prognosebericht

Die Beauftragung zur Durchführung wesentlicher Dienstleistungsbereiche der AWA Service wird auch im Jahr 2018 fortgesetzt. Es wird davon ausgegangen, die nach dem Brandschaden wieder aufgebauten Teile des Entsorgungszentrums Horm im Sommer 2018 in Betrieb zu nehmen. Das Entsorgungszentrum Rurbenden wird ein erstes volles Betriebsjahr zur Verfügung stehen. Im Bereich Schadstoffsammlung arbeiten AWA Entsorgung GmbH und AWA Service GmbH gemeinsam mit den zuständigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, im Wesentlichen die Städte und Gemeinden im ZEW-Gebiet, an einer Optimierung der zielgruppenorientierten Sammlungsstruktur. Die AWA

Entsorgung GmbH als Muttergesellschaft plant zum Stichtag 01.01.2019 eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur. Im Rahmen dieses Prozesses ist vorgesehen, das operative Geschäft der AWA Service GmbH einschließlich der Betriebsmittel und des beschäftigten Personals auf die AWA Entsorgung GmbH zu übertragen (Betriebsübergang nach § 613 a BGB). Das Grundstück und die Gebäude des Entsorgungszentrums Horm werden in Besitz der AWA Service GmbH verbleiben und vermietet. Die Aufgaben der AWA Service GmbH werden auf die Vermögensverwaltung reduziert werden.

Chancen- und Risikobericht

Den überwiegenden Anteil der abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen erbringt die Gesellschaft gegenüber der AWA Entsorgung GmbH. Die Abrechnungsmodalitäten auf LSP-Basis für diesen Geschäftsbereich legen fest, dass die Gesellschaft die anfallenden auftragsbezogenen Kosten zuzüglich eines Wagnis- bzw. Gewinnzuschlags von 1 % vergütet bekommt, so dass in diesem Bereich prinzipiell keine Verluste auftreten können. Das installierte Risikomanagementsystem wird in der Gesellschaft aktiv gelebt. Die kontinuierliche Fortschreibung ist durch die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft unter Einbeziehung unserer betroffenen Mitarbeiter sichergestellt. Im Laufe des Jahres 2017 konnte keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Das Risikopotenzial des ELC Horm wird im Zuge des Wiederaufbaus gegenüber der früheren Situation deutlich entschärft. Die Aufgabenänderung der AWA Service GmbH in eine Vermögensverwaltungsgesellschaft ab 01.01.2019 wird sowohl Chancen als auch Risiken des Unternehmens deutlich reduzieren. Die Liquidität der AWA Service ist sichergestellt. Ein Darlehensvertrag mit der AWA Entsorgung GmbH ermöglicht bei Bedarf die Aufnahme von Investitions- oder Liquiditätsdarlehen. Bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft nicht gesehen.

Bericht über Zweigniederlassungen

Selbstständige Zweigniederlassungen bestehen nicht. Die Gesellschaft betreibt jedoch Betriebsstätten in Hürtgenwald-Horm (Entsorgungszentrum Horm), in Monschau-Imgenbroich (Entsorgungszentrum Süd), in Niederzier (Entsorgungszentrum Rurbenden), in Aachen (Schadstoffannahmestelle) und in Eschweiler (Entsorgungszentrum Warden: Betriebsführungsaufgaben auf dem Deponiegelände, Sonderabfallzwischenlager, Betrieb einer Papierumladehalle). Der Betrieb der Anlagen erfolgte ohne besondere Ereignisse in Übereinstimmung mit den betrieblichen Vorgaben und Genehmigungsaufgaben.

MVA Weisweiler GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Betrieb der MVA Weisweiler,
- technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler,
- alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten,
- Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten,
- Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern. Beide Gesellschafter entsenden entsprechend ihrem Geschäftsanteil jeweils 6 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus von den Kommanditisten AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH zu entsendenden Mitgliedern.

Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH als Komplementärin, vertreten durch die Geschäftsführer Andreas Fries und Herbert Küpper

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Willi Bündgens	Städteregiontagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Uwe Zink	Dezernent – bis 31.08.2017
	Thomas Pilgrim	komm. Dezernent – ab 01.09.2017



Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co Kommanditgesellschaft

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 12.784.000,00 Euro

Komplementärin:

MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH – ohne Einlage –

Kommanditisten:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	6.392.000	50
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	6.392.000	50

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Anlagevermögen	40.101.276	25.522.583	10.944.368
I. Imm. Vermögensgegenst.	19.089	12.544	5.999
II. Sachanlagen	40.082.187	25.510.039	10.938.369
Umlaufvermögen	15.717.402	13.615.522	12.832.416
I. Vorräte	160.000	160.000	160.000
II. Forderungen / sonst. VG	3.664.968	3.264.078	3.661.463
III. Kassenbestand, Guthaben	11.892.434	10.191.445	9.010.953
RAP	2.374.669	1.993.444	1.426.221
Bilanzsumme Aktiva	58.193.347	41.131.549	25.203.004

Eigenkapital	5.000.000.	5.000.000	5.000.000
Kapitalanteile Kommanditisten	12.784.000	12.784.000	12.784.000
Nicht eingef. ausst. Einlagen	–7.784.000	–7.784.000	–7.784.000
Rückstellungen	4.487.663	6.256.052	5.455.557
Verbindlichkeiten	48.705.684	29.875.497	14.747.447
Bilanzsumme Passiva	58.193.347	41.131.549	25.203.004

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
------------------------------	------	------	------

	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	51.546.656	46.799.355	45.437.437
Sonst. betriebl. Erträge	120.749	1.238.944	873.889
Materialaufwand	27.884.650	27.506.462	25.831.874
Personalaufwand	1.060.967	1.259.690	1.278.862
Abschreibungen	14.822.459	14.738.075	14.695.701
Sonst. betriebl. Aufwendungen	2.648.008	2.627.322	2.660.236
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2.671.951	522.949	1.152.723

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	12,5	12	12,5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer festen Kapitalkonten teil. Die gesetzlichen Vorschriften über die Haftungsbeschränkung der Kommanditisten bleiben unberührt.

Zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und ihrer Kommanditistin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren komplexe Leistungsbeziehungen.



Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung:

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Gegenstand des Unternehmens sind der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der MVA Weisweiler und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen.

Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH (AWA) und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay“-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze“ auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen“ zu kompensieren. Seit dem 1. Dezember 2017 ist dieses Anlieferkontingent für beide Gesellschafter auf jeweils 180.000 t/a erhöht worden.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Technische Entwicklung

Die Gesellschaft ist ständig darum bemüht, alle Erkenntnisse aus dem laufenden Betrieb dahingehend zu nutzen, die Durchsatz- und Zeitverfügbarkeiten zu verbessern und die Wartungsmaßnahmen und -abläufe zu optimieren. Vorrangiges Ziel ist die Senkung der spezifischen Verbrennungskosten bei einem technisch sicheren und zukunftsorientiert ausgerichteten Betrieb.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gute konjunkturelle Lage und die positive Bevölkerungsentwicklung haben dazu beigetragen, dass auch im Geschäftsjahr 2017 die deutschen Müllverbrennungsanlagen voll ausgelastet waren und überwiegend an der Kapazitätsgrenze gearbeitet haben. Die Preise im Bereich der nicht satzungsgemäß gebundenen Abfälle bewegen sich stabil auf hohem Niveau. Der im November 2017 veröffentlichte Jahresbericht der ITAD (Interessengemeinschaft Thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.) für 2015 und 2016 zeigt, dass sich zwischen 2010 und 2016 die in den ITAD-Mitgliedsanlagen verbrannte Abfallmenge um über 14 Prozent auf 23,7 Mio. Tonnen erhöht hat. Insgesamt hat sich der Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle in 2017 ausgeglichen präsentiert, da dem gestiegenen Abfallaufkommen eine verbesserte Verfügbarkeit gegenübersteht (EUWID

50/2017). In Anbetracht der guten Wirtschaftskonjunktur in Industrie und Gewerbe ist auch für die kommenden Jahre ein hohes Abfallaufkommen zu erwarten.

Geschäftsverlauf

Die hohe technische Verfügbarkeit der Anlage hat es der MVA KG auch in 2017 ermöglicht, das Ziel des Wirtschaftsplans 2017 (Plan: 360.000 t) um rund 18.000 t zu überschreiten. Insgesamt konnten 377.886 t Abfall thermisch behandelt werden (Vj. 390.771 t). Der Mengenrückgang ist zum einen darauf zurückzuführen, dass in 2017 zwei Linien, in 2016 jedoch nur eine Linie einer planmäßigen Revision unterzogen wurden und zum anderen darauf, dass die Heizwerte weiter angestiegen sind. Die Zeitverfügbarkeit lag mit 93,0 % wieder auf einem Spitzenwert. Die beiden Auslastungspartner EGN und AWA haben ihre Auslastungskontingente zuverlässig beliefert. Bei der Vermarktung der freien Spitze konnten beide Auslastungspartner zu Marktkonditionen noch ganz erhebliche Mengen anliefern. Teilweise musste aufgrund der großen Nachfrage die Anlieferung von Gewerbeabfällen tageweise gesperrt werden, um die Entsorgungsverpflichtung der öffentlich-rechtlichen Abfallmengen vorrangig erfüllen zu können. Am 7. April 2017 wurden die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen MVA KG, AWA, EGN und ZEW sowie die damit verbundenen Entsorgungs- und Anlieferverträge mit Wirkung ab 1. Januar 2021 punktuell angepasst. Am selben Tag wurden für verschiedene Verträge der MVA KG mit der RWE Power AG (Dienstleistungsvertrag, Anbindungsvertrag, Pachtvertrag sowie die Vereinbarung über die Abnahme von Überschussenergie) mit Wirkung ab 1. Januar 2021 Änderungsvereinbarungen getroffen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse von 45.437 T€ (Vj. 46.799 T€) weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung von 2,9 % aus. Es ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen LSP-basierend auf Selbstkostenbasis zu bemessen hat. Die Höhe der Umsatzerlöse wird daher in einem hohen Maße von den auf dieser Grundlage ansetzbaren Kosten beeinflusst und somit ist ein Rückgang der Umsatzerlöse nicht gleichzusetzen mit einer rückläufigen Geschäftsentwicklung. Der Materialaufwand von 25.832 T€ (Vj. 27.506 T€) ist im Vergleich zum Vorjahr stark zurückgegangen. Diese Position wird wesentlich beeinflusst durch die Bildung von Rückstellungen für die Revisionen. Im Geschäftsjahr wurden für eine Linie Rückstellungen i. H. von 2.614 T€ gebildet, wohingegen im Vorjahr Rückstellungen für die Revisionen zweier Linien i. H. von 4.842 T€ zu bilden waren. Die Abschreibungen von 14.696 T€ (Vj. 14.738 T€) sind nahezu unverändert und bilden die planmäßigen Abschreibungen ab. Die Zinserträge in Höhe von 0,5 T€ liegen deutlich unter dem Vorjahresniveau von 2,2 T€, was im Wesentlichen auf das extrem niedrige Zinsniveau im Kapitalanlagebereich zurückzuführen ist. Bei den Zinsaufwendungen macht sich die planmäßig auslaufende Finanzierungskonzeption bemerkbar, was zu einem Rückgang von 1.158 T€ im Vorjahr auf 364 T€ im Geschäftsjahr geführt hat. Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss von 1.153 T€ ab (Vj. 523 T€). Diese Ergebnisschwankung wird im Wesentlichen dadurch verursacht, dass nach den geänderten handelsrechtlichen Rech-

nungslegungsvorschriften (BilMoG) sogenannte Aufwandsrückstellungen nicht mehr zulässig sind. Da im Rahmen des LSP-basierenden kalkulatorischen Umfelds der MVA KG diesbezügliche Abgrenzungen weiterhin berücksichtigt werden dürfen, kommt es handelsrechtlich zu größeren Ergebnisschwankungen. Das Jahr 2017 ist handelsrechtlich durch die Bildung von Rückstellungen für die Revision einer Verbrennungslinie im ersten Quartal 2018 belastet worden. Die Durchschnittsverbrennungskosten bezogen auf die Anlieferungsmenge betrugen 105,75 €/t und lagen damit rund 3,2 % über Vorjahresniveau (Vj. 102,45 €/t).

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

	2017 in T €	2016 in T €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	14.472	16.167
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 116	- 158
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 15.536	- 17.710
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	- 1.180	- 1.701
Finanzmittelfonds am Jahresanfang	10.191	11.892
Finanzmittelfonds am Jahresende	9.011	10.191

Der Zugang der Investitionen i. H. von 116 T€ (Vj. T€ 158) resultiert in der Hauptsache aus einer Baumaßnahme der Außenanlagen (64 T€) und der Verbesserung der Kamerasysteme (15 T€). Die Investitionen sind mit Eigenmitteln finanziert. Die Abflüsse des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit resultieren aus der Tilgung der Darlehen für den Kauf der Anlage. Die Finanzierungskonzeption ist so angelegt, dass die Nutzungsdauer und die Darlehenslaufzeit weitgehend identisch sind und somit über die Abschreibungen Tilgungen und Liquidität gesichert sind. Hinsichtlich der Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen langfristiges, überwiegend in Sachanlagen gebundenes Vermögen in Höhe von 10.944 T€ aus. Dies entspricht rund 43 % der Bilanzsumme. Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen Forderungen und liquide Mittel) an der Bilanzsumme beträgt rd. 57 %. Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe 14,7 Mio. € führten zu einem entsprechenden Rückgang des Sachanlagevermögens von 25,5 Mio. € auf 10,9 Mio. €. Im Zuge der planmäßigen Tilgungen verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 15,2 Mio. € von 15,2 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr 0,0 Mio. €. Die ratierte Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für die Einmalzahlung der Pacht der Turbine im Vorjahr für einen mehrjährigen Zeitraum trug wesentlich zur Reduzierung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens auf 1.426 T€ (Vj. 1.993 T€) bei. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 19,8 % (Vj. 12,2 %) hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Eigenkapi-

talquote ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar immer noch niedrig, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt inzwischen zu Reisezeiten von ca. 24 Monaten. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes lassen die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu. Die sonstigen Rückstellungen enthalten Aufwendungen für Instandhaltung (4.266 T€, Vj. 5.202 T€). Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt.

Personalentwicklung

Im Jahr 2017 waren bei der MVA KG 12,5 (Vj. 12) Mitarbeiter (MA) beschäftigt. Es wurde zusätzlich 1 Aushilfe eingesetzt. Die kaufmännische Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Mitarbeiter des Gesellschafters AWA Entsorgung GmbH und die technische Betriebsführung durch die RWE Power AG.

Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2017 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut im Dezember 2017 nach einem eingehenden Prüfungsverfahren zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde über alle relevanten (auch kleineren) Vorfälle im laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2017 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Prognosebericht

Die Betriebskosten konnten im Jahr 2017 im Verhältnis zum Vorjahr noch einmal gesenkt werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2018 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Freie Spitze – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2018 stabil bleibt. Das handelsrechtliche Ergebnis wird voraussichtlich deutlich unter dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 liegen, da in 2018 die Rückstellungen für die Revision zweier Verbrennungslinien im ersten Quartal 2019 zu bilden sind.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern diskutiert. In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Technische Verfügbarkeit der Anlage
- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft werden im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die weiterhin gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle sind auf hohem Niveau stabil. Die Kostensituation der MVA Weisweiler wird sich ab 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich verbessern. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG haben am 7. April 2017 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Die geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2022 gekündigt werden. Darüber hinaus sind am 7. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 1. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power AG wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet die Geschäftsführung der MVA KG eine weitere deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2017 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine sehr zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden. Die Mengen- und Kostensituation hat zu wirtschaftlich sehr guten Ergebnissen geführt. Der Wirtschaftsplan 2018 unterstellt eine stabile Mengensituation und sieht weitere Kostenreduzierungen vor.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner derivativen Finanzinstrumente, wie Optionen, Swaps oder anderer Termingeschäfte.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft hat keine weiteren Standorte oder Niederlassungen.

MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung in der Kommanditgesellschaft unter der Firma „MVA Weisweiler GmbH & Co. KG“
- Betrieb der Müllverbrennungsanlage sowie Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Rohstoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat grundsätzlich einen kaufmännischen und einen technischen Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter hat das Recht, einen Geschäftsführer seiner Wahl vorzuschlagen. Der Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH schlägt den kaufmännischen und der Gesellschafter EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH den technischen Geschäftsführer vor.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaftervertreter werden von den beiden Gesellschaftern AWA und EGN entsandt. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andreas Fries
 Herbert Küpper

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.564,60 €



Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	12.782,30	50
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	12.782,30	50

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	– in € –	– in € –	– in € –
A. Umlaufvermögen	25.811	23.360	27.917
I. Forderungen u. sonst. VG	4.879	1.279	8.278
II. Kassenbestand, Guthaben	20.932	22.081	19.638
Bilanzsumme Aktiva	25.811	23.360	27.917
A. Eigenkapital	23.132	20.681	24.701
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Verlustvortrag	-4.391	-2.432	-4.883
III. –Jahresüberschuss/– fehlbetrag	1.959	-2.451	4.020
B. Rückstellungen	2.500	2.500	2.900
C. Verbindlichkeiten	179	179	315
Bilanzsumme Passiva	25.811	23.360	27.917
Gewinn- und Verlustrechnung:	– in € –	– in € –	– in € –
Sonstige betriebl. Erträge	4.880	1.318	8.278
Sonstige betriebl. Aufwendungen	2.924	3.770	4.258
Sonstige Zinsen u.ä. Erträge	3,62	1,06	0,41
Jahresüberschuss/–fehlbetrag	1.959	-2.451	4.020

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Den Gesellschaftern obliegt die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns. § 29 Abs. 1 GmbHG ist ausgeschlossen. Zwischen der MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH und ihrer Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Grundlagen der Aktivitäten der Gesellschaft bilden der Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1997 sowie die für den Betrieb der MVA Weisweiler abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kreis Aachen (jetzt StädteRegion Aachen), Stadt Aachen, AWA Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH, Eschweiler (jetzt AWA Entsorgung GmbH), R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) und MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vom 19.06.1997, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften Kreis und Stadt Aachen, der AWA Entsorgung GmbH als beauftragte Dritte von Kreis (jetzt StädteRegion) und Stadt Aachen und der R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) als privatem Partner bei der Zusammenarbeit regelt. Nach dem Vertragswerk übernimmt die MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Des Weiteren übt die Gesellschaft die Geschäftsführungstätigkeit für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG aus, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zum Gegenstand hat.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Müllverbrennungsanlagen in Deutschland waren im Geschäftsjahr 2017 alle voll ausgelastet. Die Preise im Bereich der nicht satzungsmäßig gebundenen Abfälle bewegen sich stabil auf hohem Niveau. Die gute Branchensituation wird auch durch den im November 2017 veröffentlichten Jahresbericht der ITAD (Interessengemeinschaft Thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.) bestätigt. Dieser zeigt eine Steigerung der verbrannten Abfallmenge der ITAD-Mitgliedsanlagen zwischen 2010 und 2016 um über 14 Prozent auf 23,7 Mio. Tonnen. In Anbetracht der guten Wirt-



schaftskonjunktur in Industrie und Gewerbe ist dieses Abfallaufkommen auch für die kommenden Jahre zu erwarten.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat über die Tätigkeit als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten. Die operativen Tätigkeiten mit dem Betrieb der Müllverbrennungsanlage sind Gegenstand der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und die betreffenden Aussagen sind dort zu entnehmen.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2017 sonstige betriebliche Erträge von T€ 8,3. Hierbei handelt es sich um die mit der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vertraglich vereinbarte Haftungsvergütung sowie Kostenerstattungen aus den Vorjahren. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Steuerberatungs- und Prüfungskosten (T€ 3,8; Vorjahr: T€ 2,5). Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von € 4.020,14 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag € 2.450,98) ab.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Gesellschaft erhält die vertraglich festgelegte Haftungsvergütung und hat darüber hinaus das Recht auf Kostenerstattung der Aufwendungen für die Geschäftsführung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Die Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist daher jederzeit gesichert. Im Rahmen ihrer Funktion und der organisatorischen Bedingungen fallen bei der Gesellschaft keine Investitionen an.

Vermögenslage

Die zuvor genannten Rahmenbedingungen stellen eine geordnete Vermögenslage sicher. Neben den Rückstellungen für Prüfungskosten von € 2.380,00 und sonstigen Rückstellungen von € 520,00 sind Verbindlichkeiten in Höhe von € 315,35 vorhanden. Letztere wurden bereits im Januar 2018 beglichen. Die Forderungen gegen die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG resultieren aus der Haftungsvergütung für das Jahr 2017 sowie Kostenerstattungen aus Vorjahren. Die Bilanzsumme insgesamt (T€ 27,9; Vorjahr: T€ 23,4) hat sich nur unwesentlich geändert.

Personalentwicklung

Die Gesellschaft hat keine eigenen Beschäftigten. Die Geschäftsführer haben Anstellungsverträge bei der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.

Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2017 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissions-

grenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungs- fachbetriebs wurde erneut im Dezember 2017 nach einem eingehenden Prüfungsverfahren zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde über alle relevanten (auch kleineren) Vorfälle im laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2017 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft sind über ihre Funktion als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten vorgesehen. Ein Prognosebericht kann sich daher sinnvollerweise nur auf den operativen Bereich und damit auf die MVA KG beziehen. Die Betriebskosten der Müllverbrennungsanlage konnten im Jahr 2017 im Verhältnis zum Vorjahr noch einmal gesenkt werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2018 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Freie Spitze – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2018 stabil bleibt.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG diskutiert. In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Technische Verfügbarkeit der Anlage
- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur werden regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die weiterhin gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle sind auf hohem Niveau stabil. Die Kostensituation der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG wird sich ab 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich verbessern. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG haben am 07. April 2017 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Diese geänderte Zusammen-



arbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2022 gekündigt werden. Darüber hinaus sind am 07. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 01. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet sich die Geschäftsführung der MVA KG eine weitere deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten. Allerdings hat gem. Gesellschaftsvertrag der MVA KG die MVA Verwaltungs-GmbH einen Erstattungsanspruch für ihre Kosten aus der Geschäftsführung, der bei Bedarf geltend gemacht wurde. Da sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf die Übernahme der persönlichen Haftung für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beschränkt, besteht kein eigenständiges Risikomanagementsystem. Allerdings ist die Gesellschaft in der Lage, auf das Risikomanagementsystem der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG zurückzugreifen. Die Implementierung eines formalisierten Risikomanagementsystems bei der MVA KG ist abgeschlossen.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2017 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine sehr zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden.

Zweckverband Entsorgungsregion West

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband Entsorgungsregion West ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von seinen Mitgliedern übertragen wurden. Mitglieder sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und der Kreis Düren. Er nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Der ZEW selbst betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten. Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung nimmt die Aufgaben des Werkausschusses entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GKG wahr. Sie besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Verbandssatzung enthält einen Katalog der Entscheidungen, die der Verbandsversammlung vorbehalten sind.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher nimmt die Aufgaben der Werksleitung entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GKG wahr. Er führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der obersten Dienstbehörde übertragen werden können, wird auf den Verbandsvorsteher übertragen. Der Verbandsvorsteher muss Hauptverwaltungsbeamter eines Mitglieds des Zweckverbandes sein. Für den Zweckverband ist dies der *Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen oder der Landrat des Kreises Düren*. Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder des Zweckverbandes wechseln sich als Verbandsvorsteher

im 2-Jahres-Rhythmus ab. Die Reihenfolge bestimmt sich nach der vorstehend kursiv gedruckten Abfolge.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
Dr. Thomas Griesse	Städteregionstagsmitglied
Kristina Klinkenberg	Städteregionstagsmitglied
Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Hendrik Hackmann	Städteregionstagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
--------------------	------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.500,00 Euro

Mitglieder:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00	33,33
Stadt Aachen	8.500,00	33,33
Kreis Düren	<u>8.500,00</u>	<u>33,33</u>
	25.500,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	24.000	93,75 %

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	24.000	24.000	24.000
I. Finanzanlagen	24.000	24.000	24.000
B. Umlaufvermögen	6.080.440	8.037.629	7.827.878
I. Forderung und sonst.Vermögensgegenstände	3.130.422	2.870.631	3.962.048
II. Kassenbestand, Guthaben	2.950.018	5.166.998	3.865.830
Bilanzsumme Aktiva	6.104.440	8.075.077	7.851.878
A. Eigenkapital	25.500	25.500	25.500
I. Gezeichnetes Kapital	25.500	25.500	25.500
II. Gewinnvortrag	0	0	0
III. Jahresüberschuss	0	0	0
B. Rückstellungen	843.016	859.587	932.183
C. Verbindlichkeiten	5.235.924	7.189.990	6.894.195
Bilanzsumme Passiva	6.104.440	8.075.078	7.851.878
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2015	 2016	 2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	41.183.955	42.215.763	42.054.816
Materialaufwand	40.841.365	41.857.645	41.712.025
Personalaufwand	209.856	182.636	226.828
sonst. betriebl. Aufwendungen	114.523	146.237	86.356
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	3	3	3

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Insofern bestehen zwischen dem ZEW und der AWA Entsorgung GmbH mehrschichtige Leistungsbeziehungen. Insbesondere mittelbar über die AWA Entsorgung GmbH bestehen darüber hinaus Leistungsbeziehungen zur MVA GmbH & Co. KG und zur AWA Service GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Der ZEW ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen werden. Der ZEW nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Es handelt sich somit um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse. Der ZEW hat auch 2015 die Aufgaben verantwortungsvoll und erfolgreich wahrgenommen, alle einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten und für eine geordnete Entsorgung aus sehr hohem technischem Niveau gesorgt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Zweckverbandes

Die Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Stadt Aachen und Kreis Düren bilden den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW), der in seiner Rechtsform eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Der ZEW ist ein öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, auf welchen seine Mitglieder ganz oder teilweise ihre Aufgaben übertragen haben. Der Umfang der ihm übertragenen Aufgaben bestimmt sich nach den Anlagen 1–3 der Verbandssatzung des ZEW. Nach der Verbandssatzung bestimmen sich ferner die Angelegenheiten, über die die Verbandsversammlung des ZEW beschließt. Weiteres Organ des ZEW ist der Vorstandsvorsitzende. Im Übrigen gibt es die Funktion des Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie der Geschäftsleitung (Geschäftsführer). Das Verbandsgebiet umfasst die Gebiete der dem ZEW angehörigen Gebietskörperschaften. In diesem Entsorgungsgebiet mit rund 800.000 Bürgerinnen und Bürgern im Großraum Aachen / Düren gewährleistet er nach Maßgabe seiner Abfallsatzung vorrangig Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, zur Vorbereitung einer Wiederverwendung sowie das Recycling und Gewinnen von Stoffen oder Energie aus Abfällen (Abfallverwertung). Ferner nimmt der ZEW das Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen (Abfallbeseitigung) wahr. Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der ZEW hauptberuflich Bedienstete (Beamte, Angestellte) eingestellt, die die Geschäftsstelle bilden. Des Weiteren kann sich der ZEW ganz oder teilweise Dritter, insbesondere der AWA Entsorgung GmbH (AWA), bedienen. Zu diesem Zweck besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem ZEW und der AWA. Die AWA als eine kommunale Entsorgungsgesellschaft mit den Tätigkeitsschwerpunkten Anlagenbetrieb, Anlagenpla-

nung, Umweltcontrolling, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit nimmt als Hauptaufgabe die flächendeckende Abfallentsorgung durch den Betrieb einer Müllverbrennungsanlage, von Biovergärungs- und Kompostierungsanlagen, von Recyclinghöfen und der Nachsorge von Altdeponien wahr. Der ZEW kalkuliert seine Gebühren nach den Grundsätzen des öffentlichen Preisrechts (LSP). Diese nach dem Prinzip der Selbstkostenerstattung ermittelten Gebühren werden jährlich für das Folgejahr im Rahmen des Wirtschaftsplans und der Gebührenbedarfsrechnung kalkuliert und finden ihren Niederschlag in der Gebührensatzung. Auf der Grundlage des Zahlenwerks aus dem geprüften Jahresabschluss erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenen Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden. Gern. § 6 Abs. 2 des KAG NRW sind Kostenüberdeckungen am Ende eines Kalkulationszeitraums innerhalb von vier Jahren auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden. Wenn nachfolgend in verschiedenen Zusammenhängen auf die kalkulatorischen Grundlagen oder Rahmenbedingungen hingewiesen wird, sind die oben beschriebenen Voraussetzungen gemeint.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

2016 ist der überarbeitete Abfallwirtschaftsplan NRW (AWP NRW) in Kraft getreten. Auf Basis der Vorgaben des AWP NRW wird z. Z. das Abfallwirtschaftskonzept (AWK) des ZEW überarbeitet. Im Frühjahr 2017 wurde am Standort Warden eine neue Grünschnittkompostierungsanlage in Betrieb genommen. Die Anlage verfügt über 7 Intensivrottetunnel. Damit können jährlich bis zu 30.000 t Grünabfall zu Kompost verarbeitet werden. Im Juni 2017 wurde das Entsorgungszentrum Rurbenden in der Gemeinde Niederzier eröffnet. Mit dieser Anlage wird das Netz von Abfallkleinmengen-Aannahmestellen im Verbandsgebiet weiter verdichtet. Das Entsorgungszentrum Rurbenden steht Bürgern und Kleingewerbetreibenden zur Abgabe von Abfällen offen. Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen strikten getrennten Abfallerfassung im Sinne der Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie ist der ZEW weiterhin bestrebt, verstärkt Maßnahmen zur Wiederverwendung und Verwertung umzusetzen. Die überarbeitete Fassung der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) räumt dem Recycling und der Verwertung von gewerblichen Abfällen unter Beachtung und Erfüllung der dafür erforderlichen Anforderungen zur Umsetzung einer ordnungsgemäßen tatsächlichen Verwertung durch das Gewerbe, Vorrang ein. Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ bleibt als Regelungstatbestand erhalten. Als neuer Tatbestand in diesem Zusammenhang gilt die sog. „Kleinmengenregel“. Im Jahre 2015 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit bis zum 31.12.2020 zwischen der MVA GmbH & Co. KG und der RWE Power AG im Rahmen einer Interimsvereinbarung beschlossen. Die Verhandlungen zwischen der MVA und der AWA Entsorgung GmbH sowie der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler über den 30.11.2017 hinaus, sind erfolgreich abgeschlossen. Das Vertragswerk hierzu wurde im Frühjahr 2016 unterzeichnet. Seit 01.12.2017 arbeiten AWA, MVA und EGN auf Basis dieses Vertragswerkes zusammen. Für den Weiterbetrieb der MVA Weisweiler ab 01.01.2021 haben AWA, MVA und EGN die Zusammenarbeitsvereinbarung fortgeschrieben. Dieser Vertrag wurde am 07.04.2017 abgeschlossen. Mitunterzeichner war auch der ZEW insbesondere als Garantiegeber für jährlich ca. 135.000 t kommunale Abfälle.

Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation. Das Entsorgungszentrum Rurbenden ist seit Juni 2017 in Betrieb. Seitdem steigt die Zahl der Nutzer der Anlage kontinuierlich. In der Grünabfallkompostierungsanlage Warden werden seit Inbetriebnahme der überwiegende Teil der Grünabfälle aus dem gesamten Verbandsgebiet verwertet. Ein geringer Teil wird daneben auf der Kompostanlage Aachen-Brand verarbeitet. Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Das Wirtschaftsjahr 2017 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen mit einem Jahresüberschuss von T€ 1 ab. Damit liegt das Wirtschaftsjahr 2017 insgesamt im Rahmen der kalkulierten Ansätze und hat einen planmäßigen Verlauf genommen.

Personalentwicklung

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr 2017 weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2017 insgesamt 2,67 Arbeitnehmer/-innen beschäftigt. Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2017 lagen mit insgesamt T€ 42.055 um 0,4 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 42.216). Der Umsatzrückgang erfolgt aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen mit T€ 11.925 (VJ T€ 12.532). Bei der StädteRegion Aachen (T€ 15.115; VJ T€ 14.952) und dem Kreis Düren (T€ 13.828; VJ T€ 13.696) sind Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i. d. R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis (T€ 343; Vj. T€ 358) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab. Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürgerinnen wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 1 aus.

Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet. Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden keine Investitionen getätigt. Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ -1.301; Vj. T€ 2.217) hatte einerseits die Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.126; Vj. T€ 5.423) und die Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 3.102; Vj. T€

1.712) sowie andererseits die Abnahme von Forderungen gegen Verbandsmitglieder (T€ 791; Vj. T€ 855). Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr 2017 eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 1.301 auf nunmehr T€ 3.866.

Vermögenslage

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2017 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern /-besitzern zu erhebenden Gebühr einzubeziehen. Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 3.102; Vj. T€ 1.712), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 791; Vj. T€ 855). Die Abnahme der liquiden Mittel (T€ 3.866; Vj. T€ 5.167) ist im Wesentlichen durch die Zunahme von Forderungen begründet. Im Umlaufvermögen ist unter den Sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 60 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des ZEW verbunden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten ratierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.126; Vj. T€ 5.423) beinhalten einen Betrag von T€ 60 aus dem o.g. Vorgang bezüglich der MOE-NA-Mietnebenkosten. Als Verbindlichkeit gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.721; Vj. T€ 1.716) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, die aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und ihren Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar. Die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/ kurzfristiges Fremdkapital) weist einen Wert von 56 % auf. Die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/ kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 111 %. Auch die Eigenkapitalquote (0,32 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der unter Ziffer I. beschriebenen besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich und kann somit akzeptiert werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung. Hierbei ist der ZEW bestrebt, die fünfstufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Zahlreiche Projekte der durch den ZEW beauftragten Abfallberatung der AWA Entsorgung GmbH, wie die „Wunderkiste“, ein „Umsonst-Laden“ und ein "Repair-Cafe" sind hierzu nennen. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler unter den festgesetzten Größenordnungen liegen.

Prognosebericht

Der überarbeitete AWP NRW ist 2016 in Kraft getreten. Auswirkungen sind bisher nicht erkennbar. Insbesondere die Einteilung in drei Entsorgungsregionen, an die die Gebietskörperschaften, die über keine eigene MVA-Kapazität verfügen, gebunden sind, kann dazu führen, dass im Wettbewerb um Hausmüllmengen aus diesen Gebietskörperschaften nur noch niedrigere Preise durchgesetzt werden können. Allerdings standen bisher auch nicht größere Ausschreibungen von kommunalen Abfallsorgern an, deren Ergebnis durch die Vorgaben des neuen Abfallwirtschaftsplanes hätten beeinflusst werden können. Das in der Fortschreibung befindliche Abfallwirtschaftskonzept des ZEW wird die Vorgaben des Abfallwirtschaftsplanes berücksichtigen. Insbesondere sind hier Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen und die Zielwerte für die Erfassung von Grün- und Bioabfällen zu nennen. Des Weiteren wird der ZEW sich auf Basis des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24.02.2012 in der derzeit geltenden Fassung und der Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung / -verwertung dieser Stoffe annehmen. Die Mehrfachnutzung von Gebrauchsgegenständen in Läden und Netzwerken sowie der weitere Ausbau von Entsorgungszentren im Verbandsgebiet sind beispielhaft zu nennen. Die Entwicklung der gewerblichen Abfallmengen zur Verwertung / Beseitigung auf die öffentliche Entsorgung aus der Novellierung der GewAbfV hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzung eines hochwertigen Recycling und eine Verwertung von Abfällen durch das Gewerbe sowie bezüglich der Kleinmengenregel und der ansonsten weiterhin verpflichtenden Nutzung der Pflichtrestmülltonne bleibt weiterhin abzuwarten. Im Jahre 2017 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit ab dem 01.01.2021 zwischen der MVA und der RWE Power AG vereinbart. In 2017 sind die Verhandlungen zwischen der MVA, der AWA Entsorgung GmbH und der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler ab dem 01.01.2021 erfolgreich abgeschlossen worden. Die Verträge wurden am 07.04.2017 unterzeichnet. Die neuen Konditionen beschränken das vom ZEW auszulastende MVA-Kontingent auf 135.000 t jährlich. Gegen den Abschluss dieser Verträge wurde bei der Vergabekammer Köln ein Nachprüfungsantrag gestellt. Der Ausgang des Verfahrens bleibt abzuwarten. Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2017 betrugen T€ 42.055 (Vj. T€ 42.216). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Nieder-

schlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 41.712; Vj. T€ 41.858) und den Umsatzerlösen (T€ 42.055; Vj. T€ 42.216). Der Wirtschaftsplan 2018 weist Entsorgungskosten von T€ 35.482 und Umsatzerlöse von T€ 36.055 aus.

Risikobericht

Im AWP wird das Land NRW in 3 Entsorgungsregionen aufgeteilt. Vor dem Hintergrund des fehlenden Instruments der Zuweisung bleibt abzuwarten, wie sich die Abfallmengenströme innerhalb von NRW auf die Entsorgungsanlagen verteilen. AWA, EGN und MVA haben die Zusammenarbeitsvereinbarung zum Weiterbetrieb und zur Auslastung der MVA Weisweiler für die Zeit ab 01.01.2021 in 2017 fortgeschrieben. Hiergegen wurde bei der Vergabekammer Köln ein Nachprüfungsantrag gestellt. Sollte durch die Vergabekammer und ggf. in nachfolgenden Gerichtsverfahren entgegen der Auffassung von ZEW, AWA, EGN und MVA der Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung mit Geltung ab 01.01.2021 für nicht vergaberechtskonform angesehen werden, so ist der Weiterbetrieb der MVA ab 01.01.2021 gefährdet. Im Hinblick auf die Novellierung der GewAbfV bleibt weiterhin abzuwarten, inwieweit ein hochwertiges Recycling und eine hochwertige Verwertung von gewerblichen Abfällen tatsächlich und erfolgreich durch das Gewerbe umgesetzt werden und inwieweit die Tatbestände der „Kleinmengenregel“ und „Pflichtrestmülltonne“ im Sinne der bestehenden Überlassungspflichten tatsächlich und nicht missbräuchlich angewandt werden.

Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden. Im Rahmen einer geplanten Novellierung des LAbfG sieht die Landesregierung vor, dass eine Gebietskörperschaft bei einer möglichst günstigen Entsorgung, jedoch mit langen Transportwegen, einen Ausgleich in ihre Kalkulation einbeziehen muss. Dieser Ausgleich wäre von der jeweiligen Gebietskörperschaft in eine noch zu gründende Stiftung auf Landesebene zu entrichten, aus welcher Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung finanziert werden sollen. In dieser geplanten Regelung liegt die Chance, trotz der im AWP NRW festgelegten nur drei zugrundeliegenden Entsorgungsregionen in NRW die Umsetzung des Näheprinzips zu stärken. Die Neufassung des AWP NRW in 2016 gibt Zielvorgaben für das in Überarbeitung befindliche AWK des ZEW. Die daraus resultierende Lenkungsfunktion von Vorgaben des AWP NRW im Sinne des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, wird ebenso als Chance betrachtet wie der Aspekt, dass sich weitere Maßnahmen, Aktionen und Ideen zur effektiven Wiederverwendung und – Verwertung ergeben, die durch den Drittbeauftragten AWA Entsorgung GmbH weiterhin umgesetzt werden. Der ZEW setzt damit weiterhin die Vorgaben des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie im Sinne der fünfstufigen Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen um. Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der GewAbfV zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wieder-



verwertung sind demnach strenger. Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV.

Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist. Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben. Im Sinne des Gebührenzahlers achtet der ZEW auf Kostenbewusstsein und trägt durch entsprechende Maßnahmen zur Wirtschaftlichkeit und Gebührenstabilität bei.



Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband hat im Verbundraum insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband Nahverkehr- SPNV & Infrastruktur – Rheinland" (ZV NVR),
2. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die vom Zweckverband gegründete Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
3. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
4. Aufstellung von Rahmenvorgaben für die Betrauung von Verbundverkehrsunternehmen (ASEAG, DKB und west) durch die Verbandsmitglieder mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen sowie Abschluss von gesonderten Kooperationsverträgen mit anderen Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) gemäß § 11.

Öffentliche Zwecksetzung

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern. Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung, darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von diesem benannten Bediensteten. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und mehrere Stellvertreter. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvor-

stehers begründet ist. § 6 Abs. 2 der Satzung legt fest, dass die Verbandsversammlung die Entscheidungen über die dort genannten Angelegenheiten nicht übertragen kann.

Beiräte:

Zur Wahrung der strukturellen Besonderheiten der Teilräume und der Interessen der einzelnen kreisangehörigen bzw. regionsangehörigen Gemeinden auf dem Gebiet des Nahverkehrs, der Tarifpolitik und des Leistungsangebotes werden vier regionale Beiräte, jeweils ein Beirat für die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen, den Kreis Düren und den Kreis Heinsberg, gebildet. In diesen Beiräten sind alle Gebietskörperschaften der betreffenden Region vertreten. Sie beraten die Verbandsversammlung und die Vertreter des betroffenen Verbandsmitgliedes.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen und an den Sitzungen gebildeter Ausschüsse teilzunehmen. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsstellenleiter geleitet wird. Der Geschäftsstellenleiter ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltsatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Besetzung der Organe

Verbandsvorsteher:

Wolfgang Spelthahn	Landrat Kreis Düren
--------------------	---------------------

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat, I. stv. Verbandsvorsteher
Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Marc Peters	Städteregionstagsmitglied
Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband
Sitz:	52068 Aachen

Mitglieder:	Anteil in %
Stadt Aachen	25
StädteRegion Aachen	25
Kreis Düren	25
Kreis Heinsberg	25

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Aachener Verkehrsverbund GmbH	25.600	100

Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages der Verbundgesellschaft. Er bedient sich ihrer wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
A Anlagevermögen	153.002	153.002	153.002
I. Sachanlagen	1	1	1
II. Finanzanlagen	153.001	153.001	153.001
B Umlaufvermögen	7.158.072	7.321.711	7.581.418
I. Forderungen/sonst. VG	0	1	0
II. Liquide Mittel	7.158.072	7.321.709	7.581.418
RAP	19.971.929	16.606.858	16.929.552
Bilanzsumme Aktiva	27.283.003	24.081.571	24.663.973

Eigenkapital	519.701	519.731	519.738
1.1 Allgemeine Rücklagen	517.280	517.280	517.280
1.2 Ausgleichsrücklage	2.144	2.421	2.451
1.3 Jahresüberschuss	277	30	8
Rückstellungen	6.945	6.545	5.712
Verbindlichkeiten	6.784.428	3.223.190	3.039.830
RAP	19.971.929	20.332.105	21.098.693
Bilanzsumme Passiva	27.283.003	24.081.571	24.663.973

Ergebnisrechnung:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
Zuwendungen und allg. Umlagen	17.772.598	18.294.553	14.881.946
Ordentliches Jahresergebnis	277	29	8
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	277	29	8

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	2	2	2
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,6	0,6	0,6
Eigenkapitalquote	1,9	2,2	2,1
Anlagendeckungsgrad I	339,6	339,7	339,7
Liquidität 1. Grades	105,4	227,1	249,4

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Jahr 2017 betrug die anteilige, auf die StädteRegion Aachen entfallende Zweckverbandsumlage 9.412.054 €. Diese wird zu 100 % auf die städtereionsangehörigen Städte und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) umgelegt, was eine verursachungsgerechte Verteilung der Kosten für den schienengebundenen Verkehr ermöglicht.

Weiterhin erhält die StädteRegion Aachen als Aufgabenträger für den ÖPNV nach dem ÖPNVG NRW eine jährliche Pauschale als allgemeine Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV (Nahverkehrspauschale). Als Folge der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wird die Nahverkehrspauschale nicht mehr vom Land, sondern vom AVV an die Gebietskörperschaften gezahlt.

Die Buchführung des Zweckverbands wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung durch die StädteRegion Aachen erledigt. Die Gehaltsbuchhaltung für den AVV-Zweckverband wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der GWG gGmbH durchgeführt.

Die Leistungsbeziehungen des ZV AVV zu seiner 100%-igen Tochter, der AVV GmbH, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2017.

Im Haushaltsjahr 2017 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-

Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 5.345.451,52 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 10.503,78 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen und Rückforderungen von Verkehrsunternehmen in Höhe von insgesamt 10.465,20 € sowie um Zinsen in Höhe von 38,58 €, die aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschalen für die Förderjahre 2016 und 2017 im Kalenderjahr 2017 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 5.355.955,30 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 780.000,00 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2017 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2017 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 4.575.955,30 € im ersten Halbjahr des Jahres 2018 zweckentsprechend verwendet worden. Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind um Zinsen in Höhe von 38,80 €, die aus den Mitteln der Ausbildungsverkehr-Pauschale für die Förderjahre 2016 und 2017 im Kalenderjahr 2017 erwirtschaftet wurden, aufgestockt worden. Des Weiteren wurden anteilige Mittel aus den entsprechenden Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 23.623,68 € aufgelöst, sodass insgesamt Mittel in Höhe von 10.896.783,82 € zur Förderung des Ausbildungsverkehrs gemäß § 11a ÖPNVG NRW zur Verfügung standen. Ein Anteil in Höhe von 9.385.222,06 € ist im Jahr 2017 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden. Ein weiterer Anteil in Höhe von 228.725,15 € ist gemäß § 11a Abs. 3 ÖPNVG NRW in Verbindung mit Punkt 3.1.6 der AVV-Richtlinie im Jahr 2017 zweckentsprechend verwendet worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2015 wurden darüber hinaus 1.282.836,61 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 2.410.459,43 € erhalten. Diese Mittel sind um eine Nachzahlung in Höhe von 15.512,12 € aufgestockt worden. Des Weiteren wurden anteilige Mittel aus den entsprechenden Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 21.774,20 € aufgelöst, sodass insgesamt Mittel in Höhe von 2.447.745,75 € zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV zur Verfügung standen.

Ein Anteil in Höhe von 2.410.459,43 € ist den Verkehrsunternehmen im Jahr 2017 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Weitere Mittel in Höhe von 15.512,12 € wurden im Rahmen einer Nachzahlung an die Verkehrsunternehmen im ersten Halbjahr 2018 zweckentsprechend ausgezahlt. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2015 hat der ZV AVV darüber hinaus 21.774,20 € an die Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der ZV AVV ist. Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 7,56 €. Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur

Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert. Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann. Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist. Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen. Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018.

Aachener Verkehrsverbund GmbH

Aufgaben der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die AVV GmbH dient ausschließlich Zwecken des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die in § 1 Abs. 4 aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Die Gesellschaft fördert das vom Zweckverband AVV verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Bus- und Bahnangebot zu erbringen und die Marktchancen im Aachener Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Maßnahmen und Investitionen zu verbessern. Sie unterstützt den Zweckverband AVV bei seiner Aufgabenerfüllung und unterstützt die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen in dem Bemühen, sparsam zu wirtschaften und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die im Gesellschaftsvertrag der AVV GmbH aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung führt die laufenden Geschäfte eigenverantwortlich nach Maßgabe des Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 16 stimmberechtigten Mitgliedern. Der ZV AVV bestellt je Verbandsmitglied drei stimmberechtigte Mitglieder. Auf Wunsch eines Verbandsmitgliedes bestellt er ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied, das nicht der Verwaltung oder der Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes angehört und über besondere Sachkunde auf dem Gebiet des ÖPNV verfügt. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Der Verbandsvorsteher des ZV AVV ist, sofern er nicht von der Verbandsversammlung als Mitglied des Aufsichtsrates bestellt wird, beratendes Mitglied des Aufsichtsrates.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen, soweit es die Geschäftslage erfordert, oder auf Weisung des Verbandsvorstehers des ZV AVV. Sie entscheidet in den

in § 19 des Gesellschaftsvertrags aufgeführten Angelegenheiten. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden einstimmig gefasst.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Hans-Peter Geulen
Dipl.-Ing. (FH) Heiko Sedlaczek

Vertreter der StädteRegion Aachen im Aufsichtsrat:

Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Volker Wiegand-Majewsky	sachkundiger Bürger
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied
Till von Hoegen	Vorsitzender d. AVV-Beirates in der Städte-Region Aachen u. techn. Beigeordneter der Stadt Würselen

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz: 52068 Aachen
Gezeichnetes Kapital: 25.600 €

Gesellschafter:	Anteil in %
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	287.869	281.494	670.148
I. Imm. Vermögensgegenst.	240.870	240.687	616.262
II. Sachanlagen	46.999	40.807	53.886
Umlaufvermögen	2.417.556	3.038.451	3.282.462
I. Forderungen / sonst. VG	380.630	359.222	965.618
II. Kassenbestand, Guthaben	2.036.926	2.679.229	2.316.844
RAP	13.526	4.778	0
Bilanzsumme Aktiva	2.718.950	3.324.723	3.952.610

Eigenkapital	1.485.087	1.626.643	2.255.956
I. Gezeichnetes Kapital	25.600	25.600	25.600
II. Kapitalrücklage	57.219	57.218	57.219
III. Bilanzgewinn	1.402.269	1.543.825	2.173.137
Rückstellungen	547.823	595.530	781.885
Verbindlichkeiten	686.040	1.102.550	914.769
RAP	0	0	0
Bilanzsumme Passiva	2.718.950	3.324.723	3.952.610

	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.152.767	1.132.634	1.936.107
Sonst. betriebl. Erträge	1.592.963	1.800.120	1.781.410
Personalaufwand	1.584.716	1.620.062	1.810.579
Sonst. betriebl. Aufwendungen	751.527	1.068.615	1.121.120
Ergebnis nach Steuern	310.332	145.863	633.951
Jahresüberschuss nach Steuern	305.620	141.556	629.310

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (Durchschnitt)	18	20	23

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	54,62	48,93	57,08
Verschuldungsgrad	83,08	104,39	75,21
Liquidität 2. Grades	195,94	178,93	193,47

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine direkten finanziellen Verbindungen zwischen der AVV GmbH und der StädteRegion Aachen. Die Leistungsbeziehungen der AVV GmbH zu ihrer 100%-igen Mutter, dem Zweckverband AVV, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle. Mit der ASEAG besteht ein Mietverhältnis über Geschäftsstellenräumlichkeiten, Service- und Lagerflächen sowie Stellplätze. Die E.V.A. führt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags das Finanz-, Personal- und Rechnungswesen der AVV GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Ertragslage

Die Finanzierung der Aufwendungen der AVV GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen durch die Verwendung der seitens des Landes NRW über den Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) anteilig zur Verfügung gestellten ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und durch Kooperationsverträge vereinbarte Zuschüsse der Verkehrsunternehmen im AVV. Des Weiteren wurden seitens des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) im Jahr 2017 Mittel aus der Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie der Verbesserung der Qualität im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen, in Höhe von rd. 163 T€ gewährt. Darüber hinaus wurden für bestimmte Projekte und Marketingmaßnahmen Erlöse aus der anteiligen Weiterberechnung der entstandenen Aufwendungen an die jeweiligen Projektpartner erzielt. Aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 standen der AVV GmbH im Berichtsjahr insgesamt 1.412 T€ zur Verfügung, was eine leichte Minderung (rd. – 3 %) gegenüber dem Vorjahr darstellt, in welchem der Verbundgesellschaft Restmittel des Zweckverband AVV in entsprechender Höhe zugewiesen wurden. Darüber hinaus erzielte Erträge resultieren u. a. aus EU-Fördermitteln im Rahmen der CIVITAS-Initiative zum Projekt „DYN@MO“ einerseits sowie des INTERREG-V-A-Projekts „EMR Connect“ andererseits. Die erzielten Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus vertraglich vereinbarten Beteiligungen der Verkehrsunternehmen im AVV an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft. Diese vertraglichen Vereinbarungen wurden in 2009 mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen infolge neuer bzw. modifizierter Kooperationsverträge abgeschlossen. Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs sind zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016 modifizierte Kooperationsverträge in Kraft getreten, die im Berichtsjahr erstmals eine im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verstärkte Beteiligung der betreffenden SPNV-Unternehmen an der Finanzierung der Verbundgesellschaft vorsehen. Ergänzend zu den vorgenannten Kooperationsverträgen wurde mit Wirkung seit dem Geschäftsjahr 2013 ein weiterer gemeinsamer Vertrag (Verbundbeteiligungsvertrag) mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen geschlossen, der zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit der AVV GmbH beiträgt. Die Bemessungsgrundlage für diese vertraglichen Finanzierungsbeiträge, welche von den Verkehrsunternehmen durch eine einmalige zusätzliche Anpassung des Verbundtarifs refinanziert wurden, stellt die endgültige Einnahmenaufteilungsrechnung im AW eines jeden Jahres dar. Darüber hinaus erhält die Verbundgesellschaft zur Bewirtschaftung der Landesmittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus diesen Mitteln des ZV AVV seit dem Jahr 2013 jährlich Mittel in Höhe von 100 T€, die über den ZV AVV ausgezahlt werden. Weitere Umsatzerlöse resultieren neben der Kostenbeteiligung einzelner Partner an Marketingmaßnahmen im Wesentlichen aus der Weiterberechnung von Aufwendungen für Gutachten und Auftragsarbeiten sowie insbesondere auch für die von der beim AW angesiedelten Euregionalen Koordinierungsstelle beauftragten Dienstleistungen im Rahmen des Projekts „European Travellers Club“ (ETC) zum grenzüberschreitenden Ticketing. Die Aufwendungen der Verbundgesellschaft bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen einschließlich Sozialabgaben und Altersvorsorge in Höhe von rd. 1.811 T€ und liegen damit plangemäß über dem Vorjahresniveau, verbleiben jedoch zugleich unter dem Planansatz. Der

Anstieg beinhaltet neben der allgemeinen Anpassung im Rahmen des TVöD insbesondere die Auswirkungen verschiedener personalstruktureller Anpassungen sowie einer erhöhten Zuführung zur Pensionsrückstellung im Berichtsjahr. Die betrieblichen Aufwendungen der Verbundgesellschaft sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahresniveau insgesamt leicht erhöht, wobei sich die Gesamtentwicklung in den einzelnen Kostenarten unterschiedlich darstellt. Steigende Aufwendungen sowohl im Bereich einzelner verkehrlicher Gutachten als auch im Bereich einzelner EDV-Positionen werden – bedingt durch den Wegfall erheblicher Vorjahreseffekte – überkompensiert, woraus insgesamt eine deutliche Verminderung resultiert. Während sich auch im Bereich der sonstigen Gutachten, der Aufwendungen für Werbung, Inserate und Drucksachen sowie der sonstigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr jeweils moderate Erhöhungen ergeben, zeigt der Aufwand im Rahmen des „ETC“- Projekts zum grenzüberschreitenden Ticketing einen erheblichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Es sei darauf hingewiesen, dass die vorgenannten Aufwendungen im Übrigen in erheblichem Umfang von Dritten refinanziert wurden. Die diesbezüglichen Auswirkungen finden sich in den entsprechenden Ertragspositionen wieder. Die Finanz- und Personalverwaltung wird seit Bestehen der AVV GmbH extern über Geschäftsbesorgungsverträge erledigt und erfolgt über die E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen). Insgesamt konnte das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 629 T€ beendet werden. Bedingt im Wesentlichen durch zeitliche Verzögerungen bei verschiedenen Projekten sowie aufgrund ungeplanter personalbedingter Einspareffekte liegt dieses Ergebnis trotz gestiegener Aufwendungen um rd. 393 T€ über der Budgetplanung.

Ausblick

Im Hinblick auf die anteilige Verwendung der ÖPNV-Pauschale für die Finanzierung von Regiekosten gilt auch weiterhin § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW, wonach die Mittel für Zwecke des ÖPNV verwendet werden können. Der Personalaufwand der AVV GmbH wird im Geschäftsjahr 2018 voraussichtlich erneut ansteigen. Hintergrund hierfür sind neben der erwarteten allgemeinen Tarifierhöhung im Rahmen des TVöD die ganzjährigen Auswirkungen bereits im Berichtsjahr erfolgter personeller Maßnahmen sowie eine beabsichtigte weitere personelle Verstärkung. Diese ist aufgrund des deutlich erhöhten zusätzlichen Aufwandes im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Rahmen der Digitalisierung vorgesehen und soll eine weiterhin hohe Qualität der durch die Verbundgesellschaft wahrzunehmenden Aufgaben gewährleisten. Die Ertragssituation wird im Hinblick auf Drittmittel zur Finanzierung der Verbundaufgaben auf dem Vorjahresniveau erwartet. Im Hinblick auf die Umsatzerlöse ist aufgrund des auch nach 2017 gewährleisteten Fortbestands der Kooperationsverträge im Bereich des ÖSPV einerseits sowie angesichts der ab dem Geschäftsjahr 2017 erneuerten Kooperationsverträge mit den SPNV-Verkehrsunternehmen andererseits von einer Stabilisierung auf dem Vorjahresniveau auszugehen. Mit euregionalen Förderprojekten aus EU-Mitteln, wie z. B. dem Projekt „European Travellers Club“ (ETC) (Laufzeit bis Mai 2018), dem Interreg-V-A-Projekt „EMR Connect“ sowie dem Projekt „MaaS4EU“ im Rahmen des europäischen Forschungs- und Entwicklungsprogramms Horizon 2020 (Laufzeit jeweils bis 2020) wird die Verbundgesellschaft weiterhin innovative Ansätze verfolgen, die den ÖPNV vor allem auch in der Grenzregion attraktiver machen. Darüber hinaus wird die Verbundgesellschaft auch künftig darum bemüht sein, Zuschüsse von dritter Seite sowohl für verbundweit greifende als auch für euregionale Maßnahmen zu akquirieren.

Für das Geschäftsjahr 2018 sind bei der AVV GmbH selbst keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben.

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG

Gegenstand des Unternehmens / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren und der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmungen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit ihren Personen- und Güterbeförderungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person. Die genaue Zahl bestimmt der Aufsichtsrat; diesem obliegt auch der Erlass einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat/Hauptversammlung:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern.

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen entsendet den Oberbürgermeister der Stadt Aachen, den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen vom Oberbürgermeister / Städteregionsrat vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt bzw. der Städteregion in den Aufsichtsrat. Die übrigen derjenigen Sitze, die nicht nach Maßgabe des Betriebsverfassungsgesetzes besetzt werden, sollen sich zur Hälfte auf die Stadt und zur Hälfte auf die StädteRegion Aachen verteilen.

Die zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder werden, vorbehaltlich der in Satz 2 dieses Absatzes getroffenen Regelung, auf die Dauer der durch § 102 Abs. 1 AktG zugelassenen Frist gewählt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen der StädteRegion Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen beziehungsweise des Städteregionstages der StädteRegion Aachen abzuhalten ist.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die durch § 11 festgelegte Amtsdauer einen Vorsitzenden, einen ersten und zweiten Stellvertreter.

Besetzung der Organe

Vorstand: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
Elisabeth Paul	III. stv. Städteregionsrätin
Alfred Sonders	Bürgermeister der Stadt Alsdorf (entsandt durch die StädteRegion Aachen)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Aktiengesellschaft (AG)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 6.021.120,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
E.V.A.	5.713.920,00	94,90
Stadt Aachen	<u>307.200,00</u>	<u>5,10</u>
	6.021.120,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
ASEAG Reisen GmbH	223.000,00	100,00
APAG	51.000,00	100,00
Akreka GmbH	440.000,00	100,00
ESBUS mbH	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
Anlagevermögen	63.352.527	64.553.237	68.732.474
I. Imm. Vermögensgegenst.	281.670	181.645	194.176
II. Sachanlagen	22.243.807	19.375.002	23.671.595

III. Finanzanlagen	40.827.050	44.996.590	44.866.703
Umlaufvermögen	55.809.023	60.143.621	64.174.706
I. Vorräte	437.962	424.091	459.366
II. Forderungen / sonst. VG	54.527.923	58.833.185	44.582.149
III. Kassenbestand, Guthaben	843.138	886.345	19.133.192
RAP	9.915	881.058	10.725
Bilanzsumme Aktiva	119.171.465	125.577.917	132.917.905

Eigenkapital	9.332.401	9.332.401	9.332.401
I. Gezeichnetes Kapital	6.021.120	6.021.120	6.021.120
II. Kapitalrücklage	3.311.281	3.311.281	3.311.281
Zuschüsse	494.936	1.147.971	36.277
Rückstellungen	92.311.148	96.185.219	105.399.885
Verbindlichkeiten	15.269.673	16.592.154	15.884.470
RAP	1.763.306	2.320.169	2.264.872
Bilanzsumme Passiva	119.171.465	125.577.917	132.917.905

	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	54.579.000	67.385.713	67.198.870
Sonst. betriebl. Erträge	1.401.000	1.214.507	1.902.330
Materialaufwand	34.223.000	45.332.753	45.896.994
Personalaufwand	36.063.000	28.823.004	29.828.255
Abschreibungen	2.570.000	2.798.715	3.024.586
Sonst. betriebl. Aufwendungen	8.873.000	11.606.463	12.115.271
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	555	549	556

Leistungskennzahlen:	2015	2016	2017
Fahrgäste (in Mio.)	65,5	72,3	71,4
Brutto-Wagen-km (in 1.000)	17.119	16.848	20.043
Linien	68	101	101
Linienlänge (in km)	1240,8	1.788	1.845
Busse (incl. angemietete Busse)	356	462	479

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Ergebnisübernahme der ASEAG erfolgt über die Holdinggesellschaft E.V.A. mbH Aachen, an der die StädteRegion Aachen beteiligt ist. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städtereion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Ausführungen im Lagebericht und Anhang legen dar, dass die ASEAG der aus ihrer satzungsgemäßen Aufstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung voll entsprochen hat. (Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW).

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Nachdem im Jahr 2016 in Vorbereitung auf die Direktvergabe der Verkehrsleistung in Stadt und StädteRegion Aachen die Konzessionen von Transdev Rheinland GmbH und der RVE Regionalverkehr Euregio übernommen wurden, erfolgte im April des Geschäftsjahres die formale Vergabe der Gesamtleistung für zehn Jahre auf Basis der EU-VO 1370/2007 an die ASEAG – Betriebsaufnahme war dann der 10. Dezember 2017. Vertrieblisch wurde das Geschäftsjahr von der Einführung des elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) geprägt. Zum Beginn des Schuljahres 2017/2018 begann die Ausgabe der Chip-Karten an die Schüler, später folgten sämtliche andere Kundengruppen mit einer Dauerkarte. Die Umstellung der Vertriebssoftware ist dabei mit einigen Problemen verbunden, die auch noch in das Jahr 2018 hineinreichen. Mit der Umsetzung des EFMs befindet sich die ASEAG im Einklang mit den landespolitischen Zielen zur Digitalisierung des ÖPNVs, die in der „ÖPNV Digitalisierungsinitiative NRW“ des Verkehrsministeriums des Landes NRW niedergelegt sind. Auf Seiten der Fahrzeugbeschaffung ist festzuhalten, dass die Lieferung für Elektrobusse nicht wie geplant erfolgte. Wesentlicher Grund hierfür ist nach Aussage des Lieferanten die vollständige Zerstörung eines Produktionswerkes durch einen Großbrand. Die Fahrzeuge sind nun für 2018 avisiert. Aus a-periodischen sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,0 Mio. EUR, insbesondere durch die Auflösung von Rückstellungen. Die Kosten für den Personaleinsatz reduzierten sich insgesamt um 0,9 Mio. EUR. Davon entfielen 0,5 Mio. EUR auf eigene Personalkosten und 0,4 Mio. EUR auf Fahranmietungen von ESBUS. Darüber hinaus ergab sich eine Ergebnisverbesserung bei den Aufwendungen für Altersversorgung, die sich gegenüber dem Planansatz um 1,3 Mio. EUR reduzierten. Allerdings war zum Bilanzstichtag eine Rückstellung in Höhe von 1,2 Mio. EUR für einen laufenden Arbeitsgerichtsprozess erforderlich, der sich auf eine, in Vorjahren vorgenommene Einschränkung der zukünftigen Freifahrtberechtigungen bezieht. Im Jahresabschluss werden neben den Aufzinsungen der Pensionsrückstellungen erstmalig auch die Zinseffekte aus der Zinssatzänderung unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen. Um eine

Vergleichbarkeit mit dem Wirtschaftsplan herzustellen, werden diese an dieser Stelle jedoch noch, wie vorher, als Personalaufwand behandelt. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan ergaben sich insgesamt positive Effekte. Aus diesem Grund wurde die jährliche Zuführung aus einem Fünfzehntel des Bewertungsunterschieds aufgrund der BilMoG-Einführung im Jahre 2010 in Höhe von 0,8 Mio. EUR p. a. im Berichtsjahr um weitere 3,2 Mio. EUR erhöht. Damit ist der Einmaleffekt aus der BilMoG-Einführung nun vollständig zurückgestellt.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die vier Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschafts- plan	Jahres- abschluss	+/-
<i>Nutz-km eigene Leistung inkl. ESBUS</i>	<i>in tausend</i>	9.326	9.331	5
<i>Nutz-km angemietete Leistung o. ESBUS</i>	<i>in tausend</i>	9.329	9.220	-109
	<i>in tausend</i>	18.655	18.551	-104
<i>beförderte Personen</i>	<i>in tausend</i>	71.825	71.425	-400
Beförderungserlöse	TEuro	53.443	53.002	-441
Zuschüsse	TEuro	8.305	8.431	126
Kosten Treibstoff	TEuro	-5.878	-5.789	89
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	TEuro	-26.977	-26.905	72
<i>Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)</i>	<i>Anzahl</i>	135	126	-8
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	TEuro	-5.578	-5.132	446
<i>Mitarbeiteräquivalente eigene</i>	<i>Anzahl</i>	539	533	-6
Kosten Personal	TEuro	-34.526	-33.988	538
<i>darin enthalten:</i>				
Kosten Altersversorgung	TEuro	-5.747	-5.681	66
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung infolge der BilMOG-Einführung	TEuro	-1.447	-3.987	-2.540
Ergebnis ASEAG	TEuro	-27.308	-27.299	9
<i>darin enthalten:</i>				
Ergebnis APAG	TEuro	2.192	2.515	323
Ergebnis ASEAG-Reisen	TEuro	6	-123	-129
Ergebnis ESBUS	TEuro	47	-6	-53

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Der Aufsichtsrat der ASEAG hat in seiner Sitzung vom 21.6.2017 beschlossen, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 16,67 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten. Weiter stimmte der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstandes zu, für die 1. Führungsebene am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten und für die 2. Führungsebene den Status Quo von 0 % Frauenanteil mindestens beizubehalten und eine Quote von 12,5 % für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 anzustreben.

Ertragslage

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2017 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 27,3 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 6,0 Mio. EUR. Davon resultieren insgesamt 5,2 Mio. EUR aus höheren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, die sich sowohl im Personalaufwand, im Zinsaufwand als auch bei den sonstigen Aufwendungen widerspiegeln. Aufgrund der Tarifierhöhung von nominal 2,5 % stiegen die Verkehrseinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. EUR. Die Erlöse aus Zuschüssen reduzierten sich um 0,2 Mio. EUR und die a-periodischen um 1,0 Mio. EUR. Demzufolge sind die Umsatzerlöse insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Wesentlichen aufgrund höherer Rückstellungsaufösungen insgesamt um 0,7 Mio. EUR auf 1,9 Mio. EUR. Die Materialaufwendungen erhöhten sich um 0,6 Mio. EUR auf 45,6 Mio. EUR. Gestiegene Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen und höhere außerordentliche Instandhaltungsmaßnahmen an Betriebsgebäuden wurden dabei durch geringere Treibstoffkosten kompensiert.

Der Personalaufwand erhöhte sich ohne Altersversorgung aufgrund einer gestiegenen Mitarbeiteranzahl und einer Tariflohnerhöhung insgesamt um 0,7 Mio. EUR. Die durchschnittliche Anzahl von Mitarbeiteräquivalenten stieg von 530 auf 533. Der bisher unter den Personalaufwendungen ausgewiesene Effekt aus der Veränderung des Abzinsungssatzes bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wird im Geschäftsjahr erstmalig im Zinsergebnis ausgewiesen. Demzufolge reduzierten sich die Aufwendungen für Altersversorgung gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Mio. EUR und das Finanzergebnis erhöhte sich dementsprechend.

Die Abschreibungen erhöhten sich infolge von Investitionstätigkeiten um 0,2 Mio. EUR. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden auch die außerordentlichen Aufwendungen des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG in Höhe von mindestens einem Fünftel (0,8 Mio. EUR) ausgewiesen. Dieser Betrag wurde im Vorjahr aufgrund der einmaligen Auflösung infolge der gesetzlichen Änderung bezüglich des Abzinsungssatzes auf insgesamt 2,9 Mio. EUR aufgestockt. Der noch verbliebene Bewertungsunterschied in Höhe von 4,0 Mio. EUR konnte im Geschäftsjahr vollständig den Pensionsrückstellungen zugeführt werden. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen enthalten ausschließlich die Gewinnabführung der APAG in Höhe von 2,5 Mio. EUR (Vorjahr 2,5 Mio. EUR). Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und

Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Verlust der ASEAG von der E.V.A. ausgeglichen.

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 17,5 Mio. EUR. Die Investitionen in Sachanlagen resultierten im Wesentlichen aus der Anschaffung von 14 Diesel-Gelenkbussen, 9 Diesel-Standardbussen, 1 Diesel-Midibus sowie einem Elektro-Gelenkbus. Darüber hinaus erfolgte im Berichtsjahr die Inbetriebnahme des elektronischen Fahrgastmanagements (EFM), das unter Anrechnung bereits in Vorjahren zugeflossener Zuschüsse aktiviert wurde. Die Zunahme des Umlaufvermögens resultiert im Wesentlichen aus offenen Rechnungen für die Beförderung von Schülern und Studenten (5,8 Mio. EUR) sowie aus dem höheren Verlustausgleichsanspruch gegenüber der E.V.A. (6,0 Mio. EUR). Die Mittelherkunft erfolgte mit 5,3 Mio. EUR aus der Abnahme der Finanzmittel. Die Zunahme der langfristigen Mittel resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Pensionsrückstellungen, die neben der periodischen Zuführung in Höhe von 3,6 Mio. EUR, 1,2 Mio. EUR aus Prozessrisiken sowie weitere 4,0 Mio. EUR aus dem Bewertungsunterschied der BilMoG-Einführung beinhalten, der insgesamt über 15 Jahre zugeführt werden musste. Dies ist mit der Sonderzuführung nun restlos erfolgt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 132,9 Mio. EUR und liegt um 7,3 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Das Finanzanlagevermögen bildet 33,7 % der Bilanzsumme und beinhaltet neben 9,0 Mio. EUR Ausleihungen an verbundene Unternehmen unter anderem mit 35,4 Mio. EUR den Beteiligungsbuchwert an der APAG. Der Anteil der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens beträgt 18,0 % und besteht im Wesentlichen aus Fahrzeugen für Personenverkehr. Die Finanzmittel betragen 19,9 % des Gesamtvermögens und resultieren unter anderem aus dem unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesenen Cash-Pool-Guthaben in Höhe von 7,4 Mio. EUR sowie aus Kassen- und Bankguthaben in Höhe von 19,1 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen besteht größtenteils aus dem Verlustausgleichsanspruch gegen die E.V.A. und beträgt 28,4 % der Bilanzsumme. Die Kapitalseite weist insgesamt 102,3 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Pensionsverpflichtungen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 77,0 % der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Zuschüsse, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens beträgt 13,4 %, die Cash-Pool-Verbindlichkeiten 2,6%, die Eigenkapitalquote beträgt 7,0 %.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2017 beschäftigte die ASEAG 556 Mitarbeiter/-innen. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 7 Mitarbeiter. 38 Eintritten standen 31 Austritte gegenüber. Auch im Jahr 2017 wurden wieder umfangreichen Fahrerschulungen durchgeführt. In allen Bereichen fördert die ASEAG ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bietet

ihnen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an. Das Betriebliche Gesundheitsmanagement der ASEAG hat auch im Jahr 2017 einige Aktivitäten für die Gesundheit und Fitness ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert. Fester Bestandteil sind u. a. jährlich stattfindende Gesundheitstage, bei denen neben diversen Gesundheitschecks auch Informationen rund um das Thema Fitness, gesunde Ernährung etc. gegeben werden. Im Jahr 2017 konnte die ASEAG zwei Ausbildungsplätze im Rahmen einer dreieinhalbjährigen Berufsausbildung als Kraftfahrzeugmechatroniker, Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik und zwei Ausbildungsplätze zur Fachkraft im Fahrbetrieb besetzen. Erstmals wurde im Jahr 2017 ein Ausbildungsplatz als Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker, Fachrichtung Karosserieinstandhaltungstechnik, besetzt. Nach erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung wird den Auszubildenden in der Regel ein Arbeitsvertrag angeboten. Auch in den kommenden Jahren wird dieses Ausbildungsplatzangebot aufrechterhalten bzw. ausgeweitet.

Prognosebericht

Die kommenden Geschäftsjahre 2018 bis 2022 werden geprägt sein von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AVV). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 steht der AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Für die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen – somit also für das unmittelbare Bediengebiet der ASEAG wurden wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen bereits im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen. Die entsprechende Vorabbekanntmachung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und im April 2017 erfolgte dann die formale Direktvergabe zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 an die ASEAG bis Dezember 2027. Rechtliche Einsprüche von Dritten gab es nicht, sodass die ASEAG das Leistungsvolumen von etwa 18,8 Mio. Nutz-km pro Jahr im Vergabezeitraum als gesichert angenommen werden kann. Anders stellt sich die Situation in den anderen Regionen des AVV dar. Während zu Beginn des Geschäftsjahres 2016 auch für die übrigen kommunalen Verkehrsunternehmen im AVV eine Direktvergabe durch die Aufgabenträger erwartet wurde, stellt sich hier die Situation inzwischen deutlich differenzierter dar. Der Kreis Düren hat sich letztendlich für eine Ausschreibung der gesamten Verkehrsleistung im Kreis entschieden und dies im Rahmen einer Vorabbekanntmachung im Juli 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Da ein formales Vergabeverfahren nicht mehr bis zum Ende 2017 abgeschlossen werden konnte, erfolgt die Leistungserbringung in 2018 auf Basis einer Notvergabe an die bisherigen Inhaber der Liniengenehmigungen. Die Ausschreibungsunterlagen sind nun Anfang 2018 veröffentlicht worden. Ziel ist eine rechtssichere Vergabe ab Beginn 2019. Sollte es zu Störungen des Vergabeprozesses durch vergaberechtliche Rügen o. ä. kommen, ist auch der Termin stark gefährdet. Im Kreis Heinsberg ist es zwar wie erwartet zur Vorabbekanntmachung der geplanten Direktvergabe gekommen, doch wurde seitens möglicher Wettbewerber dagegen Klage eingereicht, sodass hier die letztendliche Entscheidung über die Vergabe noch vollkommen offen ist. Die zuständigen Richter haben einige Fragestellungen aus dem laufenden Verfahren dem EuGH zur Entscheidung vorgelegt. Im Ergebnis erfolgt die Leistungserbringung im Kreis Heinsberg ab 2018 vorerst ebenfalls auf Basis einer Notvergabe. Nach dem Erreichen der gemäß Tarifvertrag vorgesehenen Mitarbeiteranzahl im Fahrdienst der ASEAG ist der Ausbau der Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler

(ESBUS), zur Fahrbetriebstochter in 2016 abgeschlossen worden. Der bei Abgängen aus dem Fahrdienst ASEAG vorgesehene Wechsel der ESBUS-Mitarbeiter in die ASEAG funktioniert planmäßig. Neueinstellungen im Fahrdienst erfolgen über die ESBUS. Nachdem sich durch die Möglichkeit zur Rente mit 63 dieser Austauschprozess in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt hat, wird für die kommenden Jahre noch ein temporäres Verweilen auf dem hohen Fluktuationsniveau erwartet, bevor hier wieder Normalität eintritt. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, sodass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 536 Mitarbeiteräquivalenten in 2018 ausgegangen wird, der sich dann in den Folgejahren nur noch marginal reduziert. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen, auch wenn die nächsten Tarifverhandlungen, die den Tarifvertrag der ASEAG betreffen erst für 2018 anstehen. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 37,7 Mio. EUR ausgegangen, wobei der Anstieg im Wesentlichen auf steigende Kosten der Altersvorsorge zurückzuführen ist. Die Bedrohung aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) für die aus der Fremdvergabe erzielten Kostenvorteile hingegen hat sich deutlich abgeschwächt, nachdem nunmehr neben dem kommunalen Spartenarbeitsvertrag NRW auch der Tarifvertrag des privaten Omnibusgewerbes in Nordrhein-Westfalen zugelassen ist. Nachdem in 2016 die Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen zu einer einmaligen Entlastung geführt hatte, werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. seit 2017 und in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen wieder belastet. Ursache hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, welche zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Darüber hinaus kann sich eine zunehmende Lebenserwartung negativ auf das Gesamtergebnis auswirken. Bezüglich dieser Fünfzehntel-Regelung hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2016 erstmalig eine höhere Rückstellung als gesetzlich gefordert gebildet. Aufgrund einer geringeren notwendigen Zuführung zur verpflichtenden Pensionsrückstellung konnten 2017 stattdessen sämtliche nach BilMoG noch offenen Rückstellungsbeträge gebildet werden, sodass die Jahre 2018 ff. entsprechend gegenüber der 5-Jahresplanung entlastet werden. Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise, das Ergebnis beeinflussen. Dabei geht mit der Leistungsausweitung seit 2016 selbstverständlich eine adäquate Ertrags- aber auch Kostensteigerung einher. Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11 a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) hat sich seit dem Jahr 2013 stabilisiert und wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben, der Anstieg der Fördermittel ab 2016 ist ausschließlich auf die Übernahmen der Liniengenehmigungen zurückzuführen. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 148 Abs. 5 SGB IX mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Mit Erreichen des Landessatzes wurden bisher keine nennenswerten weiteren negativen Entwicklungen aus diesem Zuschussegment erwartet. Allerdings kam es im Jahr

2017 zu einer deutlichen Absenkung dieses Landessatzes von 3,80 % auf 3,54 %. Dieser Satz ist nunmehr auch für die Planung angesetzt, auch wenn der deutliche Rückgang des Landessatzes zeigt, dass hier gegebenenfalls doch noch Ertragsrisiken liegen. Nachdem die Fahrgastentwicklung in 2017 im Stammgebiet leicht rückläufig ist, erwartet die ASEAG auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments für die kommenden Jahre ein moderates Fahrgastwachstum. Für das Geschäftsjahr 2018 ist ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,8 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant, wobei durch die unplanmäßig nach 2017 vorgezogenen BilMoG-Rückstellungen bereits heute eine Entlastung gegenüber der Planung 2018 zu verzeichnen ist. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieselverbrauchs sind in der Planung entsprechend enthalten. Aufgrund des Preisverfalls in 2015 – insbesondere zum Jahresende – liegt der derzeitige Einkaufspreis trotz eines inzwischen stattgefundenen erneuten Anstiegs des Dieselpreises unter den Planansätzen, sodass an dieser Stelle derzeit keine zusätzlichen Belastungen gegenüber der Wirtschaftsplanung erwartet werden. Der Verbrauch von Diesel, der durch Dieselswaps bis 2019 gesichert ist, ist unabhängig von der derzeitigen Marktpreisentwicklung. Unterstützung erhält das Ergebnis durch das auch im Geschäftsjahr 2017 erfreuliche Beteiligungsergebnis der APAG, die in 2017 ein Ergebnis von 2,5 Mio. EUR an die ASEAG abgeführt hat. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von ca. 2,1 Mio. EUR. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass sich im Geschäftsjahr 2015 die Notwendigkeit umfangreicher Sanierungsarbeiten in mehreren Parkhäusern herausgestellt hat und somit das Ergebnis über die kommenden Jahre entsprechend belastet wird. Dabei werden positive Effekte aus neuen Vertragsabschlüssen helfen, dieses Ergebnis zu erreichen. Aspekte wie das Parkhaus im Einkaufszentrum Aquis Plaza oder die zeitlich verzögert eingeführte Umweltzone in Aachen hatten vorerst scheinbar keinen spürbaren negativen Effekt auf das Parkaufkommen in Aachen, galten jedoch als weiter zu beachten. Zwischenzeitlich haben sich negative Effekte durch das Aquis Plaza eingestellt. Welche Auswirkungen die jetzt wohl doch noch kommende PKW-Maut oder aber drohende Dieselfahrverbote haben, bleibt derzeitig offen. Der beschlossene mittelfristige Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2018 bis 2022 geht von einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme zwischen –25,8 Mio. EUR und –30,8 Mio. EUR aus. Grundsätzlich gilt auch mittelfristig weiterhin, dass Erlössteigerungen einen Großteil der Kostensteigerungen auffangen werden. Analog zur Aussage im Hinblick auf das Geschäftsjahr 2018 werden auch die Geschäftsjahre bis 2022 durch erhebliche Zuführungen zu Pensionsrückstellungen belastet, wobei in 2022 bereits

von einem gegenüber den Vorjahren abgesenkten Zuführungsbetrag ausgegangen wird. Die in den früheren Mittelfristplanungen auf Basis des 7-jährigen Zinsdurchschnitts ab 2020 erwartete Entlastung aufgrund geringerer Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen wird aufgrund der Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen in 2016 nunmehr erst für Zeiträume ab 2023 erwartet, für die derzeit noch keine Detailplanungen vorliegen. Für die grundsätzliche Bewertung der Pensionsrückstellungen gilt jedoch auch zukünftig, dass ein gegenüber der Planung rasanteres Absinken des Zinssatzes derzeit als eher unwahrscheinlich angesehen wird, da das Zinsniveau bereits extrem niedrig ist. Aufgrund des starken Hebels des Zinssatzes auf die zu bildende Rückstellung für die Altersvorsorge können jedoch bereits kleinste Zinsabweichungen zu Ergebnisveränderungen im siebenstelligen Bereich führen. Um die Abhängigkeit zumindest etwas zu reduzieren, hat die ASEAG in 2016 für neue Pensionsverpflichtungen den Durchführungsweg der Altersvorsorge hin zur Unterstützungskasse „AKREKA“ gewählt, wodurch andere bilanzielle Möglichkeiten entstehen. Mit derzeit noch geringem wirtschaftlichem Effekt hat die ASEAG diese bilanzielle Gestaltungsmöglichkeit bereits genutzt und in 2017 die Unterstützungskasse bis zum steuerlich zulässigen Höchstbetrag von 25 % überdeckt. An der Höhe der letztendlich zu leistenden Pensionszahlung ändert diese bilanzielle Gestaltungsmöglichkeit jedoch nichts. Zur Erhaltung des erreichten hohen technischen Stands der Busflotte und zur Integration technischer Fortschritte beabsichtigt die ASEAG im Jahr 2018 5 Solobussen, 4 Gelenkbusse mit der Euro 6-Abgasnorm und 12 Elektrogelenkbusse anzuschaffen. Darüber hinaus steht die Auslieferung von zwei weiteren Elektrobussen aus dem Jahr 2017 noch aus. Insgesamt gestaltet sich die für 2017 und 2018 eigentlich relativ gleichmäßig geplante Auslieferung und Inbetriebnahme der Elektrobuse der Firma Sileo derzeit sehr schwierig. Im Wesentlichen sieht hier die ASEAG die vollständige Zerstörung des deutschen Werks durch einen Brand als Ursache, aber auch ohne diesen elementaren Vorfall gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Buslieferanten als schwierig. Dabei liegen die Probleme weniger in den eigentlich als kritisch angesehenen Antriebskomponenten, sondern vielmehr in klassischen Baugruppen wie Türen, Drehgelenken u. ä. Die Busbeschaffung Elektrobuse wird dabei über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz gefördert, sodass für die ASEAG unter Berücksichtigung eines reduzierten Investitionsvolumens in Dieselbusse keine Mehrkosten entstehen. Durch die Beschaffung der Elektrobuse soll nach dem Einsatz von einzelnen Elektrobussen im Testbetrieb nunmehr auch ein Test dieser Antriebsart im realen Betriebsablauf erfolgen. Darüber hinaus wird auch die Umrüstung von etwa 100 Dieselbussen mit SCRT-Filtern in Erwägung gezogen, sofern eine zusätzliche liquiditäts- und ergebnisneutrale Realisierung durch Dritt- und Fördermittel möglich wird. Nach einer solchen Umrüstung würden über 70 % der ASEAG-eigenen Busse die Kriterien der Schadstoffklasse Euro VI erfüllen. Das Ziel eines umweltverträglichen ÖPNV bleibt somit weiterhin bestehen. Durch die Teilnahme am Förderprojekt „Mobility Broker“ hatte die ASEAG in 2017 die technische Basis, um den Kunden ein multimodales Verkehrsangebot zu unterbreiten. So können Inhaber des ebenfalls in 2017 eingeführten eTickets mit ihrer Chipkarte neben dem klassischen ÖPNV auch Car- und Bike-Sharing-Angebote nutzen. Im großen Umfang wird dies von der Stadt Aachen genutzt, die die neuen technischen Möglichkeiten unmittelbar für sich genutzt hat und neue Regelungen für Dienstgänge erlassen hat, in denen private PKW nur noch als letzte mögliche Alternative angesehen werden. Darüber hinaus wird über die Tochter, ASEAG-Reisen, neben dem Vertrieb an Gelegenheitskunden auch die technische Plattform z. B. an andere

Gebietskörperschaften oder Aufgabenträgerorganisationen angeboten In der Region Aachen ist es weiterhin ein Ziel der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch im außerstädtischen Bereich voranzutreiben. Dabei kann das erste Betriebsjahr des bedarfsorientierten NetLiners in der Region Monschau nachfrageseitig als voller Erfolg angesehen werden. Ob und inwieweit es zu weiteren Ausweitungen dieser Betriebsart kommt, ist derzeitig noch nicht final geklärt. Die geplante und seitens der Politik in den Gremien auch beschlossene Einführung im Aachener Süden verzögert sich derzeitig, da einige Bürger der Region ihr bekanntes ÖPNV-Linienangebot bevorzugen und die politische Diskussion neu angestoßen haben. Neben bedarfsorientierten Verkehren ist aber auch die mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 umgesetzte deutliche Taktverbesserung zwischen dem Eifelraum und der Stadt Aachen als eine Stärkung des ÖPNV in der Region anzusehen. Insgesamt geht damit ein leichter Anstieg der Nutzwagenkilometer auf ca. 18,8 Mio. Nutz-km einher. Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt somit weiterhin im Trend der Branche und wird auch politisch zunehmend als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigen Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um die Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden. Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit der Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, zu bestätigen. Neben den vorstehend dargelegten Aktivitäten auf dem Weg zum umfassenden Mobilitätsdienstleister in der StädteRegion Aachen schließt die ASEAG nicht aus, sich zusammen mit einem Partner an der für nunmehr in 2018 erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme nun voraussichtlich 2021) zu beteiligen, da dies verkehrlich viele Vorteile mit sich bringen würde. Allerdings haben sich seit den ersten Überlegungen vor einigen Jahren, sich an einer solchen Ausschreibung zu beteiligen, einige Änderungen eingestellt. So sind zum einen rechtliche Fragestellungen rund um die EU VO 1370/2009 heute anders bzw. differenzierter zu beantworten und zum anderen hat sich auch die finanzielle Situation des Gesamtkonzerns verschlechtert. Vor diesem Hintergrund ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung eine kritische Gesamtbetrachtung des Vorhabens durchzuführen. Nachdem in 2016 sowohl bei den Beförderungserlösen als auch bei Fahrgastzahlen ganzjährig betrachtet Steigerungen verzeichnet werden konnten, kam es in 2017 bei steigenden Beförderungserlösen zu leicht rückläufigen Fahrgastzahlen. Gründe hierfür sind rückläufige Schülerzahlen und ein weiteres Absinken der Schwerbehindertenquote, die die Fahrgastzahl statistisch beeinflusst. Für 2018 geht die ASEAG von steigenden Beförderungserlösen analog zur Tarifsteigerung aus, sodass 54,5 Mio. EUR erwartet werden. Welche Effekte die nunmehr für 2019 geplante Verkehrserhebung haben wird, ist derzeitig

nicht qualifiziert zu beurteilen. Positive Effekte auf die Fahrgastzahlen werden aus den mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 umgesetzten Maßnahmen erwartet. So wurden beispielsweise die Eifelgemeinden durch einen Halbstundentakt besser an das Oberzentrum Aachen angebunden und auch in einigen Bereichen der Stadt Aachen erfolgten Taktverdichtungen, die nunmehr unter dem Begriff „City-Takt“ vermarktet werden. Insgesamt erfolgte mit dem Fahrplanwechsel die Umsetzung der seitens der Nahverkehrspläne der Stadt Aachen bzw. der StädteRegion Aachen gemachten Vorgaben, die auch Bestandteil der Direktvergabe an die ASEAG sind.

Chancen- und Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung der Risiken ergriffen. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative Betriebsrisiken sowie finanzwirtschaftliche Risiken mit ein. Um dies sicherzustellen, ist das Chancen- und Risikomanagementsystem konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controlling-Prozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlösrisiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, der Vorhersage für das Jahresendergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von § 91 Abs. 2 AktG auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und das alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand. Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2017 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Ein weiterer absinkender Abzinsungssatz für die Bewertung der Pensionsrückstellungen ist aufgrund von Zinsprognosen in die mittelfristige Wirtschaftsplanung eingeflossen. Dabei ist die im 1. Quartal 2016 eingetretene Umstellung zur Ermittlung des Abzinsungssatzes vom 7-Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt in der Zinsprognose berücksichtigt. Obwohl diese Gesetzesänderung im Geschäftsjahr 2016 einmalig zu einer erheblichen Entlastung gegenüber der Planung geführt hat, kann es in den Folgejahren dennoch durch sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Versicherungstafeln u. ä.) weiterhin zu erheblichen Belastungen des Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen. Eine diesbezügliche bilanzielle Vorsorge ist handelsrechtlich nicht möglich, wurde jedoch nach aktuellem Kenntnisstand (Zinsprognosen) in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Im Hinblick auf den nach Art. 67 (1) Satz 1 EGHGB (BilMoG) über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu bildenden Rückstellungsanteil, der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen in 2010 ergeben hatte, wurde im Geschäftsjahr 2016 erstmalig ein höherer Betrag als vom Gesetzgeber vorgeschrieben zu den Pensionsrückstellungen

zugeführt. Dies erfolgte im Rahmen des Jahresabschlusses auch in 2017, sodass ab dem Jahr 2018 abweichend von der Mittelfristplanung die Zuführung vorzeitig abgeschlossen ist. Aufgrund der hohen Unsicherheiten im Bereich Altersvorsorge beinhalten die Planungen für die Geschäftsjahre bis 2022 jedoch ebenfalls noch Zuführungen aus diesem Bereich, die nicht benötigt werden, wenn die Mittelfristplanung wie geplant eintritt. Insoweit wurde hier planerisch Vorsorge zur Risikominimierung getroffen. Um insgesamt die Abhängigkeit von der Zinsentwicklung der Pensionsrückstellungen zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge in 2016 geändert. Die Durchführung durch die Unterstützungskasse AKREKA ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe dadurch beeinflusst wird. Zusätzlich zu den Rückstellungen für die Altersvorsorge hat die ASEAG aufgrund eines Rechtsstreits bezüglich der rechtssicheren Abschaffung der Freifahrten für „Neurentner“ in 2017 eine Rückstellung gebildet. Die Urteilsverkündung wird im Planungszeitraum erwartet. Um den Bestandsschutz für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen auch für eine nächste Periode von 10 Jahren zu erhalten, hatte die ASEAG bereits im Jahr 2014 damit begonnen, sich mit den Anforderungen, die mit der Umsetzung der VO 1370/2007 einhergehen, auseinanderzusetzen und konnte im April 2017 die Vergabe an die ASEAG in Form einer gesellschaftsrechtlichen Weisung der Stadt Aachen an den E.V.A.-Konzern verzeichnen. Aufgrund fehlender Klagen besteht inzwischen Rechtssicherheit für die Direktvergabe an die ASEAG und somit Bestandsschutz bis Ende des Geschäftsjahres 2027. Neben nunmehr für die ASEAG vorerst nicht mehr bestehenden Risiken aus der Verordnung VO 1370/2007 zur Direktvergabe ergab sich aus dem seit Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen geltenden Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW), welches durch den Minister für Arbeit, Integration und Soziales im Herbst 2012 für den ÖPNV konkretisiert wurde, ein zusätzliches Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer. Nach Anpassung der hierzu gehörigen Verordnungen besteht nun nicht mehr das Risiko eines sprunghaften Kostenanstiegs bei den Subunternehmern aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Es bleibt jedoch das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs in diesem Bereich, da der Tarifvertragspartner des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. nunmehr die Gewerkschaft ver.di ist, der im Vergleich zum bisherigen Tarifvertragspartner „Christliche Gewerkschaft GÖD“ im Rahmen von Tarifverhandlungen sicher als durchsetzungsstärker einzustufen ist. Aufgrund der positiven Entwicklung der Ergebnisse aus der Beteiligung an der Aachener Parkhaus GmbH (APAG) wird derzeit das Risiko einer erneuten Anpassung des Beteiligungswertes als eher gering angesehen. Deutlich rückläufige Ergebnisse in Jahren bis 2012 hatten im Jahresabschluss 2012 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes geführt. Seitdem ist es der Geschäftsführung gelungen, die Ergebnisse zu stabilisieren. Da Schwankungen in der Auslastung der Parkhäuser aufgrund der eher geringen variablen Kostenanteile sich direkt in der Ergebnissituation widerspiegeln, gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen – das derzeitige niedrige Zinsniveau trägt dabei sicher ebenfalls zur Werthaltigkeit der Beteiligung bei. Weitere wesentliche Risiken ergaben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Die ersten Anzeichen, die sich in 2014 ergeben hatten, dass es zur Einführung einer Umweltzone in Aachen kommen wird, haben sich im Jahr 2015 dahingehend konkretisiert, dass nunmehr im Februar 2016 in Aachen und im Juni 2016 in Eschweiler eine

Umweltzone eingeführt wurde. Weitere Verschärfungen der einzuhaltenden Umweltstandards drohen vor dem Hintergrund diverser anhängiger Gerichtsverfahren gegen deutsche Großstädte aufgrund der Nichteinhaltung der Höchstwerte im Bereich der Stickoxidbelastung – unter anderem auch gegen die Stadt Aachen. Als eine Maßnahme hat die ASEAG in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen Elektrobusse in ihre Fahrzeugbeschaffungsstrategie aufgenommen. Dabei werden die Mehrkosten für die in 2017 und 2018 zur Auslieferung anstehenden Elektrobusse vom Gesellschafter übernommen. Wie mit gegebenenfalls ab 2019 aus umweltpolitischen Gründen auf der politischen Agenda stehenden weiteren Elektrobussen umzugehen ist, ist derzeit vollkommen offen. Die ASEAG erwartet, dass ein wirtschaftlicher Betrieb im Vergleich zu Euro 6–Dieselbussen dann noch nicht möglich sein wird, so dass Fördermittel oder weitere Mittel Dritter zur Verfügung stehen müssten, um einem solchen Wunsch nachkommen zu können. Dies gilt analog auch für eine mögliche Nachrüstung von ca. 100 Dieselbussen der ASEAG mit SCRT-Filtern zur Abgasnachbehandlung, die im Ergebnis dazu führen, dass alle Busse die Euro VI–Abgasnorm einhalten würden. Auch wenn sich die Zuschusssituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich der Schülerbeförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel auch keiner Dynamisierung unterliegen und die damit verbundene Notwendigkeit, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Im Geschäftsjahr 2013 ist die ASEAG bei der Schwerbehindertenquote früher als erwartet auf das gesetzliche Niveau zurückgefallen. Hierdurch hat sich das diesbezügliche zukünftige Risiko zwar erheblich reduziert, bleibt aber im Grundsatz bestehen, zumal der landesspezifische Zuschusssatz in 2017 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 0,26 %-Punkte gefallen ist. Die Zuschusssituation beim Mobil-Ticket hat sich gegenüber den Vorjahren aufgrund weiter erhöhter Verkaufszahlen bei rückläufigen Zuschusszahlungen je Ticket weiter verschlechtert. Diesem Effekt wurde 2016 und 2017 mit einer überdurchschnittlichen Tarifierung des Mobil-Tickets entgegengesteuert, die nicht zu einem Nachfragerückgang geführt hat. Ein erneuter überproportionaler Anstieg dieses Tickets war für 2018 politisch nicht durchsetzbar. Die fehlende gesetzliche Verankerung der Ausgleichszahlungen hat zur Folge, dass die Mittel jährlich erneut im Rahmen der Haushaltsplanung des Landes NRW zur Disposition stehen. Erste Haushaltsentwürfe der neuen Landesregierung in NRW sahen einen stufenweisen Entfall der Mittel vor. Lediglich durch Intervention der Verkehrsverbünde und diverser Sozialverbände konnten die Mittel für 2018 in voller Höhe gesichert werden. Die weitere Entwicklung dieser Zuschüsse bleibt formal offen, auch wenn seitens der Verkehrsverbünde derzeit davon ausgegangen wird, dass das starke Auftreten für den Erhalt dieser Zuschüsse aus diversen Interessengruppen einen erneuten Versuch der Mittelkürzung durch die Landesregierung unwahrscheinlich erscheinen lässt. Einnahmenseitig besteht darüber hinaus das Risiko, dass sich das Kundenverhalten ändert und beispielsweise Kunden mit einer netzweitgültigen Fahrkarte mehr als bisher das vorhandene Leistungsangebot anderer Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV) nutzen. Durch solche Veränderungen kann es im Rahmen der Anpassung der Einnahmenaufteilung infolge von Verkehrserhebungen bei unveränderten Gesamteinnahmen im AVV zu veränderten Einnahmenezuteilungen zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmen kommen. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko durch eine zunehmende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt

sind keine operativen Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben. Aufgrund der Betrauung bis 2027 die Stadt Aachen bzw. die StädteRegion Aachen ist der Fortbestand der ASEAG in Verbindung mit der Satzung des Aachener Verkehrsverbunds gesichert. Derzeitig nutzen die beiden Aufgabenträger den Ergebnisabführungsvertrag zwischen E.V.A. und ASEAG, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der E.V.A. gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung der Refinanzierung des ÖPNV, z. B. unter Berufung auf den satzungsgemäßen Ausgleich im AVV, einzuleiten. Vor diesem Hintergrund hat sich die E.V.A. in 2016 mit der Stadt Aachen auf ein Finanzierungskonzept für die nächsten Jahre verständigt. Insgesamt wird gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan mit einem negativen Planergebnis für 2018 vor Verlustübernahme i. H. v. 30,8 Mio. EUR gerechnet, welches bei Eintritt, insbesondere aufgrund der temporär erhöhten Belastung aus der Neubildung von Pensionsrückstellung, als sehr kritisch angesehen wird.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen, die Erbringung von Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen und damit zusammenhängende Tätigkeiten sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunaler Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), und der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG) zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich für diese Gesellschaften vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen der Stadt Aachen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus bis zu vier Geschäftsführern, von denen einer dem Vorstand der STAWAG und einer dem Vorstand der ASEAG angehören muss. Der dritte Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen. Der vierte Geschäftsführer wird von der StädteRegion Aachen vorgeschlagen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Zehn der Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern nach Maßgabe der folgenden Regelungen bestimmt, fünf von den Arbeitnehmern nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt. Zwei der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschafter werden von der Stadt Aachen und ein Aufsichtsratsmitglied vom StädteRegion Aachen in den Aufsichtsrat entsandt. Eines der von der Stadt Aachen entsandten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm benannter Vertreter. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat oder einen vom Städteregionsrat benannten Vertreter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft werden von der Gesellschafterversammlung gewählt.

Gesellschaftervertreter: Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Christian Becker
Dipl.-Kfm. Michael Carmincke

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat

Helmut Etschenberg Städteregionsrat

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Willi Bündgens Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter: Peter Timmermanns Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 14.049.880,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Aachen	14.048.840	99,99
StädteRegion Aachen	<u>1.040</u>	<u>0,01</u>
	14.049.880	100,00

Beteiligungen :	Eigenkapital in T€	Anteil in %
STAWAG	104.708	100,00
ASEAG	9.332	94,90
regio iT aachen	3.700	59,3

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in T€ –	2016 – in T€ –	2017 – in T€ –
A. Anlagevermögen	58.257	57.899	57.217
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.394	1.079	568
II. Sachanlagen	137	110	111
III. Finanzanlagen	56.726	58.899	56.537
B. Umlaufvermögen	53.901	72.158	44.318
I. Forderungen / sonst. VG	32.636	23.418	30.476

II. Kassenbestand, Guthaben	21.265	48.740	138
C. RAP	12	0,00	3
Bilanzsumme Aktiva	112.170	130.057	101.538
A. Eigenkapital	7.403	18.052	20.019
I. Gezeichnetes Kapital	14.050	14.050	14.050
II. Kapitalrücklage	29.753	43.753	43.753
III. Verlustvortrag	-28.849	-36.400	-39.751
IV. Jahresfehlbetrag	-7.551	-3.351	1.967
B. Rückstellungen	9.754	2.242	2.297
C. Verbindlichkeiten	95.013	109.763	79.220
Bilanzsumme Passiva	112.170	130.057	101.538

	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
Umsatzerlöse	16.246	16.426	16.597
Materialaufwand	2.536	2.669	3.070
Personalaufwand	9.902	10.061	9.639
Aufwendungen Verlustübernahme	27.553	21.275	27.299
Sonst. betriebl. Aufwendungen	2.702	2.860	2.560
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n.	-7.551	-3.351	1.968
Steuern			

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
	144	142	141

Leistungsindikatoren	2015	2016	2017
Eigenkapitalquote	6,6	13,9	19,7
Umsatzrentabilität	51,1	-20,4	11,9
Eigenkapitalrentabilität	53,0	-18,6	9,8

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresabschluss ergebende Gewinn fließt der Stadt Aachen zu. Die Stadt ist verpflichtet, eventuelle Verluste jährlich abzudecken. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städtereion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet. Zwischen der E.V.A. als

Holdinggesellschaft und ihren Tochtergesellschaften ASEAG und regio iT bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen (E.V.A.), ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen (ASEAG), und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Mit Kaufvertrag vom 14. Dezember 2017 und wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen (regio iT), im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen veräußert. Damit ist die E.V.A. nun mit 48,50 Prozent erstmalig nicht mehrheitlich beteiligt. Die E.V.A. hält 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen (gewoge). Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Geschäftsverlauf

Das Betriebsergebnis übersteigt das Vorjahresergebnis deutlich. Es liegt mit 4,4 Mio. Euro um 4,0 Mio. Euro über dem Vorjahr. Dies resultiert aus dem Verkaufserlös von Geschäftsanteilen der regio iT im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen, aus einem über Plan liegenden operativen Geschäft sowie aus Einsparungen auf der Aufwandsseite.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter.

Die Umsatzerlöse aus dem operativen Geschäft der E.V.A. übersteigen mit 16,6 Mio. Euro den Planwert um rund 0,6 Mio. Euro. Sie bestehen aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13,7 Mio. Euro (Plan: 13,5 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften, insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, in Höhe von 2,9 Mio. Euro (Plan: 2,5 Mio. Euro). Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 3,7 Mio. Euro (Plan: 0,0 Mio. Euro). Diese beinhalten Erträge in Höhe von 3,6 Mio. Euro aus dem Verkauf der regio iT-Anteile an die Stadt Aachen sowie Erträge in Höhe von 0,1 Mio. Euro aus der Auflösung kurzfristiger Rückstellungen wegen eines erfolgreichen gerichtlichen Einspruchs bzgl. des Job-Tickets. Die Gesamtaufwendungen unterschreiten mit 15,9 Mio. Euro den Plan (16,1 Mio. Euro) um rund 0,2 Mio. Euro. Einsparungen konnten in folgenden Aufwandspositionen realisiert werden: Der Personalaufwand liegt mit 9,6 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro unter dem Plan. Ursächlich für die Einsparungen sind insbesondere der Personalabbau im Center Konzern-Gebäudemanagement (KG) sowie die geringeren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fallen mit 2,6 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro geringer aus als geplant. Ursächlich hierfür sind vor allem geringere Beratungs- und Rechtskosten im Overhead-Bereich. Die Abschreibungen liegen mit 0,6 Mio. Euro auf Planniveau. Der Materialaufwand fällt aufgrund zusätzlicher EDV-Beratung und höheren Arbeitnehmerleistungen von Dritten um rund 0,2 Mio. Euro höher aus als geplant (2,8 Mio. Euro). Dieser Mehraufwand wirkt sich jedoch ergebnisneutral aus, da er als Weiterberechnung an Konzerngesellschaften zu Umsatzerlösen in gleicher Höhe führt. Aufgrund des Ergebnisbeitrags durch den Verkauf von Gesellschafteranteilen der regio iT, der gestiegenen Umsatzerlöse sowie der Einsparungen im Aufwandsbereich konnte ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Plan: 0,0 Mio. Euro) erzielt werden. Das Gesamtergebnis der E.V.A. wird wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. die Verlustübernahme von der STAWAG und von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse von der regio iT und von der gewoge. Die E.V.A. weist für 2017 ein Beteiligungsergebnis von -6,7 Mio. Euro (Plan: -7,4 Mio. Euro) aus. Ursächlich für die positive Planabweichung ist der Ergebnisbeitrag der STAWAG, der mit 19,3 Mio. Euro den Plan um 1,2 Mio. Euro überschreitet. Somit können der Fehlbetrag der ASEAG in Höhe von -27,3 Mio. Euro (Plan: -27,3 Mio. Euro) sowie der mit 1,1 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro niedrigere Ergebnisbeitrag der regio iT mehr als kompensiert werden. Der Ergebnisbeitrag der gewoge liegt mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau. Das Ergebnis der ASEAG für das Jahr 2017 entspricht mit einem Verlust von 27,3 Mio. Euro dem Planniveau. Die E.V.A. beschäftigt zum Stichtag 31. Dezember 2017 129 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 103 Vollzeit- und 26 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter/-innen beträgt die Personalstärke 119,2 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 125,3 MAÄ. Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften und Auszubildenden beträgt die Mitarbeiterzahl zum Jahresende 141, davon 114 Vollzeit- und 27 Teilzeitmitarbeiter/-innen. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter/-innen entspricht dies einer Personalstärke von 130,3 MAÄ gegenüber einem Planwert von 139,3 MAÄ. Ruhende

Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt. Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 20 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 1. Juni 2017 beizubehalten und für die Geschäftsführung am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 festzuhalten. Darüber hinaus hat die Geschäftsführung beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 62,5 Prozent) für den Zeitraum 1. Oktober 2015 bis 1. Juni 2017 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten. Für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 gilt: Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat am 30. Juni 2017 beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für die Geschäftsführung am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten. Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 66,6 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten. Im Geschäftsjahr entsprach der Frauenanteil in der Geschäftsführung, im Aufsichtsrat sowie auf der ersten und zweiten Führungsebene den festgelegten Größen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 2,0 Mio. Euro und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 5,3 Mio. Euro. Dies liegt vor allem an einer freiwilligen Einlage der Stadt Aachen in Höhe von 7,0 Mio. Euro gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages. Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt -7,8 Mio. Euro und liegt damit um 5,1 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis. Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 19,3 Mio. Euro fast auf dem Vorjahresniveau von 19,0 Mio. Euro. Um 23,0 Mio. Euro geringere Materialaufwendungen, insbesondere aus rückläufigen Energiebezügen, wurden durch geringere Umsatzerlöse und durch sonstige betriebliche Erträge sowie durch höhere sonstige Aufwendungen kompensiert. Der bisher unter den Personalaufwendungen ausgewiesene Effekt aus der Veränderung des Abzinsungssatzes bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wird im Geschäftsjahr erstmalig im Zinsergebnis ausgewiesen. Das Betriebsergebnis wird demzufolge um 8,3 Mio. Euro entlastet und das Finanzergebnis entsprechend belastet. Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2017 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 27,3 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 6,0 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 5,2 Mio. Euro aus höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die sich sowohl im Personalaufwand, im Zinsaufwand als auch bei den sonstigen Aufwendungen widerspiegeln. Auch hier gab es eine Verschiebung zwischen Betriebs- und Finanzergebnis aufgrund der Ausweisänderung des Effektes aus der Veränderung des Abzinsungssatzes. Der Restbetrag aus dem Bewertungsunterschied gemäß BilMoG in Höhe von 4,0 Mio. Euro wurde den Pensionsrückstellungen im Berichtsjahr in voller Höhe zugeführt. Bei den Beteiligungserträgen erhöhte sich der Beitrag der regio iT um 0,3 Mio. Euro auf 1,1 Mio. Euro und der Anteil der gewoge entsprach mit 0,2 Mio. Euro dem des Vorjahres. Das Betriebsergebnis erhöhte sich insgesamt um 4,0

Mio. Euro auf 4,4 Mio. Euro. Darin ist ein Buchgewinn aus dem Verkauf von weiteren Anteilen an der regio iT in Höhe von 3,6 Mio. Euro enthalten. Für das Geschäftsjahr belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 570 T. Euro Körperschaftsteuer und 505 T. Euro Gewerbesteuer. Ertragssteuernachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 862 T. Euro (Vorjahr Erstattung: 86 T. Euro) resultieren fast ausschließlich aus der laufenden steuerlichen Betriebsprüfung.

Finanzlage

Im Jahr 2017 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 37,7 Mio. Euro. Die Mittelverwendung ergibt sich mit 28,0 Mio. Euro im Wesentlichen aus der Tilgung der Cash-Pool-Verbindlichkeiten gegenüber der ASEAG und der regio iT. Die Zunahme der Forderungen resultiert überwiegend aus Ansprüchen gegen die Gesellschafterin Stadt Aachen und beinhaltet mit 7,0 Mio. Euro eine freiwillig vorgezogene Ausgleichsverpflichtung gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages. Für Softwareinvestitionen waren 0,1 Mio. Euro erforderlich. Die Mittel resultieren hauptsächlich aus der Abnahme der Finanzmittel infolge der Cash-Pool-Rückführungen an ASEAG und regio iT. Neben dem Jahresüberschuss in Höhe von 2,0 Mio. Euro standen weitere Finanzierungsmittel aus Abschreibungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 101,5 Mio. Euro und liegt damit um 28,5 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Das Anlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 56,4 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 13,6 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 30,0 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen. Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital weitere 36,8 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 36,3 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 10 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und dem Cash-Pool liegen bei 11,5 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 32,5 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 27,3 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 19,7 Prozent. Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der Aachener Parkhaus GmbH, Aachen (APAG), der STAWAG Abwasser GmbH, Aachen (STAWAG Abwasser), der STAWAG Energie GmbH, Aachen (STAWAG Energie), der Regionetz GmbH, Aachen (Regionetz), der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau (Monschau Infrastruktur), der FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen (FACTUR), sowie erstmalig der Energiewerke Waldbröl GmbH (EW Waldbröl) einbezogen.

Prognosebericht

Die Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute kommt in dem Frühjahresgutachten 2018 zu dem Ergebnis, dass sich die Konjunktur in Deutschland bereits das

sechste Jahr in Folge im Aufschwung befindet. Die Institute gehen davon aus, dass aufgrund der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie der fiskalischen Maßnahmen, die die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart hat, die Nachfrage schwungvoll bleibt. Somit wird die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt um 2,2 Prozent in diesem Jahre und um weitere 2 Prozent im nächsten Jahr steigen. Die Beschäftigung wird durch die hohe Nachfrage weiter steigen, aber aufgrund knapper werdender Ressourcen schwächt sich der Beschäftigungsaufbau ab. Dabei werden die Bruttolöhne spürbar zulegen und somit die Inflation beflügeln. Die Gutachter gehen davon aus, dass die Inflationsrate dieses Jahr um 1,7 Prozent und in 2019 um 1,9 Prozent steigen wird. Die Institute gehen davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2018 um 585.000 und im nächsten Jahr um weitere 420.000 steigen wird. Damit sinkt die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auf 5,2 Prozent und im nächsten Jahr auf 4,8 Prozent. Die Lage der Unternehmen im Jahr 2018 in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen ist erneut sehr positiv. An der im Frühjahr 2018 durchgeführten Konjunkturumfrage der Industrie und Handwerkskammer Aachen (IHK) haben sich rund 300 Unternehmen mit insgesamt fast 27.000 Beschäftigten beteiligt. Die IHK kommt zu dem Ergebnis, dass die sehr positive Wirtschaftslage im Bezirk Aachen sich seit dem vergangenen Herbst noch weiter verbessert hat. Mehr als die Hälfte aller befragten Betriebe beurteilen die gegenwärtige Geschäftslage als gut, nur etwa jedes zehnte Unternehmen als schlecht. Dies sind die höchsten Lagebewertungen seit sechs Jahren. Entsprechend gut ist auch die Ertragslage der Betriebe im Kammerbezirk. Des Weiteren sind die Investitions- und die Beschäftigungsabsichten hoch. Während die Unternehmen vermehrt investieren, um Kapazitäten zu erweitern, bremst der Mangel an qualifiziertem Personal sie allerdings zunehmend aus. 61 Prozent aller Unternehmen sehen im Fachkräftemangel das größte Konjunkturrisiko. Dies ist zum fünften Mal in Folge ein neuer Rekordwert. Ein Drittel aller Betriebe möchte in den kommenden Monaten Personal einstellen, jedes siebte Unternehmen geht hingegen von einem Rückgang aus. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote im Kammerbezirk Aachen bei 6,5 Prozent, das sind –0,2 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (zum Vergleich: in Nordrhein-Westfalen beträgt die Quote 7,0 Prozent, auf Bundesebene 5,3 Prozent). Die Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2018 weist ein negatives Betriebsergebnis in Höhe von 0,7 Mio. Euro aus. Ursache für das negative Betriebsergebnis sind im Wesentlichen die geringeren Umsatzerlöse aus Dienstleistungen aufgrund der Restrukturierungen im Netzbereich der STAWAG. Durch die Gründung der neuen Netzgesellschaft Regionetz GmbH, Aachen (Regionetz), durch EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg (EWV), und STAWAG fallen für die E.V.A. Kunden und somit Dienstleistungsumsätze aus dem Netzbereich weg. Hierdurch vermindert sich das Betriebsergebnis um –0,4 Mio. Euro. Die verbleibenden –0,3 Mio. Euro des Betriebsergebnisses ergeben sich aus Kostenremanenzen, die nicht durch Umsatzerlöse gedeckt werden können. Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von 10,5 Mio. Euro und ein Zinsverlust von 1,0 Mio. Euro geplant. Für das laufende Geschäftsjahr 2018 weist der Wirtschaftsplan somit einen Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von 12,2 Mio. Euro aus. Unter Berücksichtigung von Steuern in Höhe von 1,2 Mio. Euro würde für 2018 ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von 13,4 Mio. Euro ausgewiesen. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wäre eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 7,4 Mio. Euro notwendig. Damit läge der Jahresfehlbetrag nach Ausgleichszahlung bei 6,0 Mio. Euro. Der Verlustausgleich wird sich jedoch durch die in 2017 vorgezogene Zahlung der Stadt Aachen in Höhe von 7 Mio. Euro auf 0,4 Mio. Euro verringern. Ohne

Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2018 114,2 Mitarbeiteräquivalente betragen. Bei der ASEAG werden die kommenden Geschäftsjahre 2018 bis 2022 geprägt sein von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet der Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen (AVV). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 steht der AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen worden. Die entsprechende Vorabbekanntmachung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und im April 2017 erfolgte dann die formale Direktvergabe für den Zeitraum Dezember 2017 bis Dezember 2027. Die ASEAG selber hat in Erwartung der Direktvergabe mit den bisherigen Konzessionären (Taeter Aachen Transdev Rheinland GmbH bzw. RVE Regionalverkehr Euregio Maas-Rhein GmbH) Verträge geschlossen, die u. a. eine vorzeitige Übertragung der Konzessionen zum 1. Januar 2016 auf die ASEAG vorsahen. Dies ist von der Bezirksregierung so genehmigt worden, sodass die Verkehrsleistung der ASEAG seit 2016 insgesamt ca. 18,8 Mio. Nutzkilometer pro Jahr beträgt. Nach dem Erreichen der gemäß Tarifvertrag vorgesehenen Mitarbeiteranzahl im Fahrdienst der ASEAG ist der Ausbau der ESBUS zur Fahrbetriebstochter in 2016 abgeschlossen worden. Der bei Abgängen aus dem Fahrdienst ASEAG vorgesehene Wechsel der ESBUS-Mitarbeiter/-innen zur ASEAG funktioniert planmäßig. Neueinstellungen im Fahrdienst erfolgen über die ESBUS. Nachdem sich durch die Möglichkeit zur Rente mit 63 dieser Austauschprozess in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt hat, wird für die kommenden Jahre noch ein temporäres Verweilen auf dem hohen Fluktuationsniveau erwartet, bevor hier wieder Normalität eintritt. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, sodass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 536 Mitarbeiteräquivalenten in 2018 ausgegangen wird, der sich dann in den Folgejahren nur noch marginal reduziert. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen, auch wenn die nächsten Tarifverhandlungen, die den Tarifvertrag der ASEAG betreffen, erst für 2018 anstehen. Die Bedrohung aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) für die aus der Fremdvergabe erzielten Kostenvorteile hingegen hat sich deutlich abgeschwächt, nachdem nunmehr neben dem kommunalen Spartentarifvertrag NRW auch der Tarifvertrag des privaten Omnibusgewerbes in Nordrhein-Westfalen zugelassen ist. Nachdem in 2016 die Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen zu einer einmaligen Entlastung geführt hatte, werden die Ergebnisse der ASEAG – vor Verlustübernahme durch die E.V.A. – seit 2017 und den Folgejahren aufgrund von weiteren erheblichen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen wieder belastet. Ursache hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, welche zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Darüber hinaus wirken sich eine zunehmende Lebenserwartung sowie die Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des BilMoG (je ein Fünfzehntel des zum 1. Januar 2010 festgestellten gesamten Unterschiedsbetrags) negativ auf das Gesamtergebnis aus. Bezüglich dieser Fünfzehntel-Regelung hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2016 erstmalig eine höhere Rückstellung als gesetzlich

gefordert gebildet. Aufgrund einer geringeren notwendigen Zuführung zur verpflichtenden Pensionsrückstellung konnten 2017 stattdessen sämtliche nach BilMoG noch offenen Rückstellungsbeträge gebildet werden. Infolgedessen werden die Jahre 2018 ff. entsprechend gegenüber der 5-Jahresplanung entlastet. Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und für Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Dabei geht mit der seit 2016 erfolgten Leistungsausweitung eine adäquate Ertrags- aber auch eine Kostensteigerung einher. Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11 a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) hat sich seit dem Jahr 2013 stabilisiert und wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 148 Abs. 5 SGB IX mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits im Jahr 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Dieser wurde allerdings im Jahr 2017 von 3,80 Prozent auf 3,54 Prozent deutlich abgesenkt und nunmehr auch für die Planung angesetzt. Nachdem die Fahrgastentwicklung in 2017 im Stammgebiet leicht rückläufig ist, erwartet die ASEAG auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments für die kommenden Jahre ein moderates Fahrgastwachstum. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen. Die erwarteten Ergebnisverschlechterungen resultieren daher weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbleibenden Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieserverbrauchs sind in der Planung entsprechend enthalten. Der Verbrauch von Diesel, der durch Dieselswaps bis 2019 gesichert ist, ist unabhängig von der derzeitigen Marktpreisentwicklung. Aufgrund der beschriebenen Einnahme- und Kosteneffekte wird der Jahresfehlbetrag der ASEAG für das Wirtschaftsjahr 2018 auf 30,8 Mio. Euro geplant. Damit fällt das Ergebnis um 3,5 Mio. Euro schlechter aus als das Ergebnis für 2017 (-27,3 Mio. Euro). Unterstützung erhält die Ergebnisentwicklung der ASEAG durch die Beteiligungsergebnisse der APAG, die mittelfristig Ergebnisse von ca. 2,1 Mio. Euro erwartet. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass sich im Geschäftsjahr 2015 die Notwendigkeit umfangreicher Sanierungsarbeiten in mehreren Parkhäusern herausgestellt hat und somit das Ergebnis über die kommenden Jahre entsprechend belastet wird. Dabei werden positive Effekte aus neuen Vertragsabschlüssen helfen, negative Effekte, die sich durch das Einkaufszentrum Aquis Plaza eingestellt haben, zu kompensieren. Welche Auswirkungen die jetzt wohl doch noch kommende PKW-Maut oder aber drohende Dieselfahrverbote haben, bleibt derzeit offen. Die STAWAG hat das Geschäftsjahr 2018 im Geschäftsfeld Vertrieb erfolgreich begonnen und geht auf der Grundlage der vorliegenden ersten Geschäftsdaten davon aus, dass das geplante Ergebnisniveau erreicht wird. Die STAWAG verfolgt vor diesem Hintergrund weiterhin die Strategie, ihr

Investitionsportfolio im Bereich der konventionellen Kraftwerke zu bereinigen und die operativen Ergebnisse in den Kraftwerksbeteiligungen zu optimieren. Hierzu wird die STAWAG gemeinsam mit ihren Partnern alle sich ergebenden Möglichkeiten nutzen. Weiterhin ist die STAWAG engagiert, ihren Know-how-Vorsprung in der Projektentwicklung durch die Entwicklung attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Windkraft zu nutzen. Insgesamt ist hier festzustellen, dass die aus dem Anlagenportfolio der STAWAG Energie resultierenden Ergebnisbeiträge z. T. deutlich über den Planannahmen liegen. Für das Geschäftsjahr 2018 wird erneut mit einem stabilen Ergebnisbeitrag aus diesem Geschäftssegment gerechnet. Dabei geht die STAWAG davon aus, dass die für dieses Geschäftssegment relevanten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zur Onshore- Windkraftvergütung – auch im neuen Ausschreibungsregime die Realisierung attraktiver Projekte ermöglichen. Positive Ergebnisbeiträge erwartet die STAWAG auch aus ihren Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung, aus den Konzessionsübernahmen und aus dem Beteiligungsgeschäft, hier insbesondere aus den Beteiligungen an der SW Lübeck und aus der Geschäftsentwicklung bei der FACTUR.

Finanzielle Kennzahlen

<u>Kennzahl</u>	<u>Ist 2017 (In T. Euro)</u>	<u>Plan 2018 (in T. Euro)</u>	<u>Abweichung (in Prozent)</u>
Umsatzerlöse	389 960	307 767	-21,1
EBITDA	55 791	-1 871	-103,3
EBIT	43 442	-6 502	-115,0
EBT	23 137	19 483	-15,8

Für das Geschäftsjahr 2018 geht die STAWAG trotz der operativen Ergebnisbelastungen davon aus, dass das geplante Ergebnis in Höhe von rund 19,5 Mio. Euro erreicht wird. Neben der Fortsetzung der Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung sowie der Stabilisierung des Stammgeschäftes in Aachen wird der Schwerpunkt der STAWAG dabei auf der gemeinsamen Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz liegen. Des Weiteren wird die STAWAG die bereits in 2017 auf den Weg gebrachte Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs durch die Einbringung der bislang noch von der STAWAG und von der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath (enwor), selbst betriebenen Wasserwerke in die WAG, an der beide Gesellschaften zu jeweils 50 Prozent beteiligt sind, umsetzen. Auch der Wärmebereich wird in 2018 in einem separaten Geschäftsfeld gebündelt, um eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung und eine gesamtheitliche Steuerung des Wärmenetzes, der Wärmeerzeugungsanlagen und des Endkundengeschäfts sicherzustellen. Hierfür werden die aktuell noch im Eigentum der STAWAG Energie befindlichen Wärmeerzeugungsanlagen mit Rückwirkung zum 1. Januar 2018 von dieser abgespalten und auf die STAWAG übertragen. Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie durch den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden, auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen: mit einem voraussichtlichen Umsatz von 88,8 Milliarden Euro und einem Wachstum von 3,1 Prozent im Jahr 2018 ist dieser nach

wie vor Wachstumstreiber der ITK- Branche. Mit einem Volumen von 24,4 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2018 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,3 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,6 Prozent ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 40,0 Milliarden Euro. Ein Wachstum auf 24,4 Milliarden Euro (+0,9 Prozent) wird ebenfalls bei der IT-Hardware erwartet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Traditionell in Eigenregie betriebene IT-Infrastrukturen können weder den Anforderungen an die Haltung und die Nutzung stetig steigender Datenmengen begegnen, noch die Herausforderungen hinsichtlich der Sicherheit, der Leistungsfähigkeit und der Kosteneffizienz bewältigen. Auch der Gesetzgeber ist ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die Umstellung auf möglichst digitale Stadtverwaltungen wollen alle Bundesländer weiter vorantreiben. So sollen in NRW – u. a. in Aachen – Behördengänge und interne Abläufe in den Rathäusern digitalisiert werden, unterstützt mit Mitteln der Landesregierung. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und bei Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2018 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund zwei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln. Für das Geschäftsjahr 2018 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/ Applikationsbetrieb mit 48,0 Mio. Euro, das bedeutet eine Steigerung von 2,0 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind Dienstleistungen im Bereich Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich sowie produktiv gesetzte Portale für Kommunen. Nachdem die Projekte mit der Stadt Bielefeld im Bereich neues Einwohnerwesen, für die Übernahme des SAP-Hostings für das Oberhausener Gebäudemanagement sowie für den erfolgreichen Abschluss des Client- Service-Projektes bei der Leitungspartner GmbH (Stadtwerke Düren) absolviert sind, erfolgt im kommenden Geschäftsjahr der laufende Betrieb für diese Produkte. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 6.9 Mio. Euro von Erlösen auf Vorjahresniveau aus. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel, ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen und aufgrund verschiedener Gespräche zu Ausschreibungen wurden die Umsätze optimistisch auf weiterhin hohem Niveau geplant. Nach wie vor ergeben sich Beratungsumsätze in allen Unternehmensbereichen und bei allen Kundengruppen. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 4,3 Mio. Euro eher rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher werden nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre erwartet. Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier wird eine Steigerung um 2 Mio. Euro auf 27 Mio. Euro angenommen.

Diese Steigerung basiert zum einen auf erwarteten tariflichen Erhöhungen, zum anderen auch auf Neueinstellungen in 2017/2018. Diese sind erforderlich, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können. Aufgrund der weiterhin umfangreichen eigenen Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2018 eine Steigerung des Rohergebnisses von 40,3 Mio. Euro auf 42,9 Mio. Euro. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,9 Mio. Euro aus, welches um 0,3 Mio. Euro leicht unter dem hervorragenden Niveau des Berichtsjahres (4,2 Mio. Euro) liegt. Das Beteiligungsergebnis der regio iT für 2018 wird phasenverschoben in 2019 ausgeschüttet. Für das Wirtschaftsjahr 2018 werden 1,1 Mio. Euro als Anteil (48,5 Prozent) des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2017 erwartet. Für das Beteiligungsergebnis gewoge ist im Wirtschaftsplan 2018 ein Wert von 0,2 Mio. Euro berücksichtigt.

Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG. Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2017 bleibt der Bereich konventionelle Energieerzeugung – trotz aller in den letzten Jahren durchgeführten Gegenmaßnahmen – eine wirtschaftliche Belastung. Da zumindest mittelfristig weiterhin keine signifikante Erholung des konventionellen Erzeugungsmarktes zu erwarten ist, hat die STAWAG ihre Drohverlustrückstellung gegenüber dem Vorjahr um rund 3,6 Mio. Euro erhöht. Beim Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen leistet die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit Jahren einen positiven Beitrag und genießt für alle bereits erbauten Anlagen einen Bestandsschutz hinsichtlich Einspeisevergütung. Auch unter den neuen Ausschreibungsbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) möchte die STAWAG Energie neue Windparks entwickeln. Damit verbunden sind weiterhin die allgemeinen Risiken einer Projektentwicklung, wie beispielsweise die Verzögerung eines Genehmigungsprozesses oder behördliche Auflagen, und bauherren-typische Risiken, wodurch die Projekte nicht in dem geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Vielzahl unterschiedlichster Projekte, in denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig war, unterstreicht jedoch ihre Kompetenz, sodass die künftig hieraus zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden. Die in 2017 anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen verhalfen der STAWAG zwar zu einer zinsgünstigen, langfristigen

Fremdkapitalaufnahme, führen in den nächsten Jahren jedoch weiterhin zu einer zinsbedingt erhöhten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der Regionetz und der FACTUR. Derzeit ist davon auszugehen, dass die wirtschaftliche Belastung durch den Rückgang des Diskontierungszinssatzes noch bis zum Jahr 2023 anhalten wird. Ansonsten gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatz- und die Einspeisemengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG-Gesellschaften. Auf der Kunden- und der Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten. Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2017 bleiben die zu erwartenden Belastungen aus der Anpassung der Pensionsrückstellungen weiterhin das größte Ergebnisrisiko. Obwohl die Gesetzesänderung im Geschäftsjahr 2016 einmalig zu einer erheblichen Entlastung gegenüber der Planung geführt hatte, rechnet die ASEAG in den kommenden Jahren durch sich verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Versicherungstabellen u. ä.) wieder mit hohen Aufwendungen. Mittels Direktvergabe erhielt die ASEAG im vergangenen Jahr von der Stadt Aachen den Auftrag, ihre Verkehrsleistungen für weitere zehn Jahre fortzuführen. Aufgrund fehlender Klagen besteht inzwischen Rechtssicherheit und somit Bestandsschutz bis Ende 2027. Das Risiko besteht demzufolge nicht mehr. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung wird aufgrund der sehr positiven Entwicklung der Ergebnisse als eher gering angesehen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz in 2012 entstanden war, ist nach Anpassung der hierzu gehörigen Verordnungen entfallen. Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Umweltzonen in den Städten Aachen und Eschweiler sowie drohende Verschärfungen der einzuhaltenden Umweltstandards haben die ASEAG in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen veranlasst, Elektrobusse in ihre Fahrzeugbeschaffungsstrategie mit aufzunehmen. Die Mehrkosten für die Busauslieferungen in 2017 und 2018 werden von der Gesellschafterin übernommen. Offen ist dagegen, wie es ab 2019 weitergeht. Dies gilt auch für mögliche Umrüstungen von ca. 100 Dieselnissen. Die ASEAG erwartet, dass entsprechende Fördermittel oder weitere Mittel von Dritten zur Verfügung gestellt werden müssten. Ein weiterhin wesentliches Risiko besteht bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringer bewertete Risiken, wie die Abhängigkeit von Zuschüssen und von Fördermitteln und das geänderte Kundenverhalten bei der ÖPNV- Nutzung. Die E.V.A. selbst fungiert nicht nur als geschäftsführende Holding, sondern auch als steuerliche Organmuttergesellschaft. Sie trägt damit sämtliche steuerliche Risiken, die sich bei den Organgesellschaften aus deren steuerrelevanten Geschäftsaktivitäten oder aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben. Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Die Ergebnisschere zwischen Handels- und Steuerbilanz geht

somit auch durch eine Betriebsprüfung immer weiter auf und stellt damit zunehmend eine Ergebnisunsicherheit dar. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar. Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – hat daher schon im Jahr 2015 finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Jahr 2016 im Zuge eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die E.V.A. nochmals erweitert. In 2016 flossen der E.V.A. aufgrund dessen zusätzliche finanzielle Mittel zur Eigenkapitalstärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG in Höhe von 4,3 Mio. Euro zu. Außerdem beschloss die Stadt Aachen in 2017 eine vorgezogene Zahlung in Höhe von 7,0 Mio. Euro auf ihre in den kommenden Jahren zu erwartenden Ausgleichsverpflichtungen, die im April 2018 geleistet wurde. Da die E.V.A. neben den Ausgleichszahlungen der Gesellschafterin auch unverändert neue Darlehen der ASEAG in Anspruch nehmen kann, dürften die Risiken aus einer finanzwirtschaftlichen oder einer eigenkapitalmäßigen Unterdeckung vorerst behoben sein. Kurzfristig wird sich die E.V.A. weiterhin aus der vorhandenen Liquidität sowie über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren. Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin – die Stadt Aachen – mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sichern und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte. Diesbezüglich stellt sie der E.V.A. eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit. Insofern hat sich die Risikolage der E.V.A. momentan entschärft. In Zukunft wird es jedoch verstärkt auf die Einhaltung der Planergebnisse der operativen Tochtergesellschaften ASEAG und STAWAG, die dem Finanzierungskonzept zugrunde gelegt sind oder einer angemessenen Bereitstellung zusätzlicher Mittel ankommen. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingearbeitet.

Energie- und Wasser-Versorgung Gesellschaft mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der Städte-Region Aachen und in benachbarten Gebieten, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages der EWV besteht der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihr vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städteregionsverwaltung oder Mitglied des Städteregionstages sein kann.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, so weit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Beirat:

Gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages der EWV wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden

von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen. Vorsitzender des Beirates ist der Hauptverwaltungsbeamte der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred Schröder

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg Städteregionsrat
Axel Wirtz Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Vertreter: Axel Hartmann Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Gregor Jansen Dezernent

Vertreter der StädteRegion im Beirat:

Axel Wirtz Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 18.151.450,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhenag Beteiligungs GmbH, Köln	9.750.450,00	53,717
Stadt Stolberg	2.591.650,00	14,278
Stadt Eschweiler	2.394.150,00	13,190
StädteRegion Aachen	1.679.300,00	9,252
Kreis Heinsberg	687.950,00	3,790
Stadt Alsdorf	395.750,00	2,180
Stadt Würselen	358.350,00	1,974
Stadt Baesweiler	181.550,00	1,000
Kreis Düren	105.300,00	0,580
Gemeinden Roetgen, Simmerath und Stadt Mon- schau	Je 1.050,00	je 0,006
Stadt Heinsberg, Gemeinden Aldenhoven, Inden u. Langerwehe, Stadt Linnich, Gemeinde Niederzier, Stadt Geilenkirchen	<u>je 550,00</u>	<u>je 0,003</u>
	18.151.450,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
regionetz GmbH , Düren	25.000	100,00
Wärmeversorgung Würselen GmbH	192.650	49,00
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	2.224.171	24,90
GREEN GmbH, Stolberg	9.750	39,16
Green Solar Herzogenrath GmbH	12.500	45,00
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	11.250	45,00
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	4.500	45,00
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	14.418	59,18

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
A. Anlagevermögen	159.409.887	142.553.767	146.528.583
I. Imm. Vermögensgegenst.	968.112	565.855	563.906
II. Sachanlagen	148.202.984	12.586.776	13.040.273
III. Finanzanlagen	10.238.791	129.401.134	132.924.404
B. Umlaufvermögen	42.905.623	25.735.296	26.122.959
I. Vorräte	671.314	808.523	17.783
II. Forderungen u. sonst. VG	41.169.617	24.345.116	25.410.989
III. Kassenbestand, Guthaben	1.064.693	581.656	694.188
C. Rechnungsabgrenzungsposten	185.163	154.293	207.022
Bilanzsumme Aktiva	202.500.673	168.443.356	172.858.565
A. Eigenkapital	41.090.087	50.871.771	49.346.516
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450	18.151.450	18.151.450
II. Kapitalrücklage	7.045.124	7.045.124	7.045.124
III. Andere Gewinnrücklagen	3.150.000	3.385.000	10.665.000
IV. Gewinnvortrag	7.561	8.512	10.198
V. Jahresüberschuss	12.735.951	22.281.684	13.474.744
B. Sonderposten	10.919.360	0	0
C. Rückstellungen	108.026.623	68.195.796	65.071.158
D. Verbindlichkeiten	31.189.510	49.329.814	58.403.377
E. Rechnungsabgrenzungsposten	11.275.094	45.974	37.514
Bilanzsumme Passiva	202.500.673	168.443.355	172.858.565

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse (inkl. Stromsteuer)	286.154.660	264.583.902	262.859.137
Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages	0	3.806.922	4.401.610
Erträge aus Beteiligungen	563.855	521.194	793.570
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	77.661	281.559	387.665
Sonstige betriebliche Erträge	4.068.376	4.199.816	3.179.276
Materialaufwand	189.156.921	193.714.845	199.086.060
Personalaufwand	19.528.593	18.394.315	19.315.642
Abschreibungen	11.414.414	2.266.040	2.534.021
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.219.946	2.672.450	4.196.292
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26.646.539	24.195.617	26.412.355
Steuern vom Einkommen und Ertrag	8.834.416	9.640.500	6.478.388
Jahresüberschuss	12.735.952	22.281.685	13.474.744

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (Ende Gj.)	240	216	225
Leistungskennzahlen	2015	2016	2017
Umsatzrendite	4,5 %	8,4 %	5,1 %
Eigenkapitalrendite	54,2 %	31,6 %	27,3 %
Anlagenintensität	74,7 %	78,7 %	84,7 %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	45.900.000	12.500.000 €	12.900.000 €

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn der EWV fließt der StädteRegion Aachen jeweils in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 9,252 % zu. Im Haushaltsjahr 2018 hat die StädteRegion Aachen eine Bruttogewinnausschüttung von EWV in Höhe von 1.202.708 € für das Geschäftsjahr 2017 erhalten. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen sind nicht zu nennen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2017 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäft und Rahmenbedingungen

Unternehmensgegenstand

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt ca. 200.000 Privathaushalte und Unternehmen in der Städteregion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Energiedienstleistungen. Darüber hinaus liefert EWV Strom und Gas an Privat- und Geschäftskunden in weiten Teilen Deutschlands. Ihre Tochtergesellschaft regionetz GmbH betrieb bis zum 31.12.2017 eigene und gepachtete Strom-, Gas- und Wassernetze in den Konzessionsgebieten der EWV. In 2018 werden diese Aufgaben von der neuen Netzgesellschaft „Regionetz GmbH“ durchgeführt. Den Planungen entsprechend soll diese durch die regionetz GmbH und die INFRAWEST GmbH, eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Aachen AG, gebildet werden. Hierzu soll die regionetz in 2018 rückwirkend zum 1.1.2018 auf die INFRAWEST verschmolzen werden. Im Vorfeld dieser Verschmelzung wurde die regionetz GmbH bereits in RegioTemp GmbH sowie die INFRAWEST GmbH in Regionetz GmbH umfirmiert.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der Städteregion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen. In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben. Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWV das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt für die Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt. Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WWV) und deren Betriebsführung versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen u.a. mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWV im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt. Daneben erbringt die EWV seit 01.01.2013 die kaufmännische Betriebsführung für ihre 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz GmbH (regionetz), Eschweiler, mit der sie zusätzlich über einen Ergebnisabführungsvertrag verbunden ist. Die regionetz führt den technischen Netzbetrieb in den Versorgungsnetzen für Gas, Strom und Wärme durch. Zudem hat die EWV zum 01.01.2016 das Eigentum an den

Strom- und Gasnetzen an die regionetz – im Rahmen einer Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes – übertragen. Durch die Umsetzung des Netzprojekts werden diese Tätigkeiten zukünftig durch die „Regionetz“ durchgeführt. Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH (GREEN), Stolberg, und deren Betriebsführung ist die EWV gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und der 5%-Beteiligung an der RURENERGIE GmbH (RURENERGIE) in 2014 wurde das Gesellschaftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Ebenfalls im Bereich der regenerativen Energien ist Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO) tätig, an der die EWV mit 6,58 % beteiligt ist. Seit 2016 ist die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH in Stolberg eine weitere Beteiligung der EWV i.H.v. 60 %, die auch von der EWV betriebsgeführt wird.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Vision und Leitbild

EWV und regionetz leben fortgesetzt das in 2015 neu gestaltete Strategiepapier für die Unternehmensgruppe. Die Vision und das Leitbild fokussieren sich auf die Schwerpunkte Kunden, Produkte, Gemeinschaftsleistung, Mitarbeiter, Arbeitssicherheit sowie Klima- und Umweltschutz.

Konzession

In 2017 lief die Gaskonzession der Gemeinde Inden aus, die in der Neuvergabe erneut an EWV vergeben wurde. Darüber hinaus hat die EWV an der noch nicht abgeschlossenen Ausschreibung der Gaskonzession der Gemeinde Gangelt teilgenommen. Das Vergabeverfahren ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung 2017 noch nicht abgeschlossen. Konzessionsverluste gab es in 2017 nicht.

Erneuerbare Energien

Im Bereich der regenerativen Projekte wurden in 2017 insbesondere der Windpark auf dem Gebiet der Stadt Eschweiler erfolgreich realisiert. Der Windpark besteht aus den zwei Teilgebieten Eschweiler Nord (4 WEA, Anfang 2017) und Eschweiler Fronhoven (9 WEA, Ende 2017). An der Windparkgesellschaft innogy indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG ist die EWV durch die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH als Gesellschafter beteiligt.

EWV Energiegenossenschaft & Render

Die EWV beteiligte sich an der Innovationsgruppe „RenDEr: Regionaler Dialog Energiewende: „Gemeinsam auf den Weg machen zur EnergieRegion Aachen 2030“. Hier stehen die beiden Pilotvorhaben „Gründung einer Energiegenossenschaft“ und „Entwicklung und Umsetzung von Erneuerbaren Energie Projekten“ im Fokus. Hinsichtlich der Bürgerenergiegenossenschaft erhielt die EWV Ende März 2017 von der entsprechenden Genossenschaftsverband RWGV eine Zulassungsbescheinigung. Am 13. Juni 2017 wurde diese Genossenschaft im Genossenschaftsregister eingetragen. Diese Gesellschaft wird sich im ersten Schritt auf Freiflächenanlagen unter 750 kWp konzentrieren. Folgende Flächen wurden hierbei untersucht:

- Randstreifen von Autobahnen

- Randstreifen von Schienenverkehrswegen
- Bestehende Gewerbeflächen, die bisher keiner gewerblichen Nutzung zugeführt werden konnten
- Versiegelte Flächen
- Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrsrechtlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung

Daneben ist eine Beteiligung an einem Windparkprojekt der EWV angedacht. EWV beteiligt sich für 4 Jahre durch einen Mitarbeiter an dem Forschungsvorhaben, welche sich in Kerngruppentreffen, Coachingtreffen und Innovationsgruppentreffen zusammenfinden.

Externe Akquise von Privatkunden

Die im November 2016 gestartete bundesweite Akquise von Privatkunden mit der Marke enerSwitch entwickelt sich kontinuierlich positiv. Im Dezember 2017 konnte die Marke von 4.500 gewonnenen Kunden überschritten werden. Das Wachstum wird derzeit überwiegend über die Wechselportale Verivox und Check24 erreicht. In 2018 gilt es nun weitere Kunden zu gewinnen und die belieferten Kunden über die Erstlaufzeit der Verträge an die Marke enerSwitch zu binden.

Vertriebsprojekt

Im Sommer 2017 startete EWV – unterstützt von Ernst & Young – mit dem Projekt „Optimierung der Vertriebsprozesse“. Die Projektziele lauteten:

- Optimierung von Prozessen und internen Schnittstellen des Vertriebs,
- Neues Zusammenarbeitsmodell zwischen Vertrieb und (internen) Kunden,
- Stärkung der Vertriebs-Performance-Kultur
- Organizational Readiness des Vertriebs für 2018

Die Analyse und die Ableitung von Empfehlungen erfolgten in 2017, die Umsetzung dieser Empfehlungen soll Anfang 2018 erfolgen. Durch die Maßnahmen wird EWV zukünftig noch umfassender und schneller auf die Bedürfnisse von existierenden und potenziellen Kunden reagieren können und sich auf weitere Innovation in neuen Geschäftsfeldern einstellen.

Kooperationen Netzbetrieb – Regionetz

Die Anreizregulierung für das regulierte Netzgeschäft wird auch nach der Novelle der Anreizregulierungsverordnung die EWV und die regionetz vor große Herausforderungen stellen. Neben der fortlaufenden Anpassung der Betriebs- und Kostenstrukturen steht die EWV gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft regionetz zudem vor einer spürbaren demografischen Fluktuation in der Belegschaft, die eine erhebliche personalwirtschaftliche Aufgabe darstellt. Darüber hinaus erhöhen beispielsweise die Integration und Steuerung dezentraler Stromerzeugung aus EEG-Anlagen und die hinter den Schlagworten smart meter und smart grid stehenden Entwicklungen die technische Komplexität nochmals deutlich. Das know how und die Kompetenzen unserer Belegschaften müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten, was fortgesetzt erheblicher Anstrengungenbedarf. Schließlich werden die fehlenden Wachstumsoptionen im regulierten Netzgeschäft auch in Zukunft dazu führen, dass andere Netzbetreiber dem Kostendruck durch externes Wachstum über die Akquise von Netzen im Konzessionswettbewerb zu begegnen versuchen. Angesichts dieser Herausforderungen sehen sich

Management und Belegschaft gemeinsam in der Verpflichtung tragfähige Zukunftskonzepte zu entwickeln. Im Jahr 2016 beschloss der Aufsichtsrat der EWV eine Fokussierung auf eine Kooperation mit STAWAG/I NF RAWEST. Seit Sommer 2016 erfolgte die Vorbereitung auf eine Kooperation zum 01.01.2018 in Form eines Umsetzungsprojektes. Hierfür wurden die erforderlichen Beschlüsse im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung für die weitere Umsetzung (z.B. Budget und Vertragsunterzeichnungen) am 13. Juli 2017 eingeholt. Ebenfalls gab es erfolgreiche Verhandlungen mit den Betriebsräten und Gewerkschaften. Geplant ist, dass die RegioTemp GmbH mit rechtlicher Wirkung durch Eintragung ins Handelsregister in der zweiten Jahreshälfte per Verschmelzung in die Regionetz GmbH aufgeht. Daneben ist ferner geplant, dass die Stawag AG ihr Netzvermögen im Wege einer Ausgliederung im Verlauf des Jahres 2018 auf die Regionetz GmbH überträgt. Beide Umwandlungen erfolgen mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 01. Januar 2018. Durch Abschluss von Betriebspachtverträgen und der Umfirmierung der Infracore GmbH in die Regionetz GmbH mit Eintragung im Handelsregister am 03. Januar 2018 handelt die Regionetz GmbH ab dem 01. Januar 2018 bereits als Verteilnetzbetreiber. Die kaufmännische Betriebsführung übernimmt die EWV. Daher wurden in 2017 bei EWV entsprechende Kapazitäten aufgebaut, um die zusätzlichen Aufgaben ab 1.1.2018 wahrnehmen zu können.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis. Die jährlichen Investitionen in die Netzinfrastruktur erfolgen seit 2016 durch die regionetz und werden dort bilanziell abgebildet. Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert. Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2017 13,5 Mio. € gegenüber 22,3 Mio. € im Vorjahr. Das Geschäftsjahr 2016 war durch die positiven Ergebniseffekte aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung geprägt. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach niedriger als dies in der Prognose des Vorjahres (15,0 Mio. €) geplant war. Dies war u.a. durch die Projektkosten in 2017 im Rahmen der Netzkooperation begründet.

Investitionen: Durch die Übertragung der netzseitigen Infrastruktur auf die regionetz erfolgen seit 2016 keine Netzinvestitionen mehr durch EWV. EWV investierte in 2017 3,0 Mio. € in den Bereichen immaterielle Vermögensgegenstände, Energiedienstleistungen und Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie i.H.v. 4,2 Mio. € in Finanzinvestitionen (Vorjahr 6,2 Mio. €, geplant waren in 2016 für 2017 3,3 Mio. €). Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2017 hat die EWV 806 GWh Strom (Vorjahr 693 GWh, geplant waren in 2016 für 2017 697 GWh) und 1.547 GWh Gas (Vorjahr 1.682 GWh, geplant waren in 2016 für 2017 1.532 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2017 belaufen sich auf 262,9 Mio. € (Vorjahr: 264,6 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 131,5 Mio. € (Vorjahr 119,6 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 81,9 Mio. € (Vorjahr: 92,3 Mio. €) sowie 2,7 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 35,8 Mio. € (Vorjahr: 39,1 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungs- sowie Materialerlösen erzielt. Der Rückgang resultiert insbesondere aus geringeren Erlösen aus Betriebsführung und Warenverkäufen. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 11,0 Mio. € (Vorjahr: 11,4 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen. Die Umsatzerlöse liegen um 12,2 Mio. € über der Prognose des Vorjahres (250,7 Mio. €) aufgrund der positiven Effekte im Strombereich.

Entwicklung im Stromsegment

Zu Jahresbeginn bis in den Mai hinein war die Entwicklung der Großhandelspreise für Strom seitwärts gerichtet. Die Preise für das Jahresband 2018 schwankten um 30 €/MWh und erreichten Ende März das Minimum bei knapp über 28 €/MWh. Ab Mitte Mai begann dann ein kontinuierlich steigender Preistrend. Zwischenzeitliche Konsolidierungsversuche im September und November scheiterten letztendlich. So wurden zum Jahresende die Jahreshöchststände im Bereich von 38 €/MWh erreicht. Für das Frontjahr 2018 waren dies auch die höchsten Notierungen seit 4 Jahren. Da die Folgejahre 2019 und 2020 um etwa 1 €/MWh unter den Preisen für 2018 quotiert werden, spricht viel für die Annahme, dass ein Teil der Preisanstieges auf kurzfristig wirkende Ursachen zurückzuführen ist. Hier sind vor allem die Verlängerungen der Revisionszeiten bei den französischen Kernkraftwerken zu nennen. Analog der Beschaffungsstrategie der EWV wurden für das Jahr 2017 insgesamt 88 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 5 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen. Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2018, gehandelt in 2017.



In 2017 erfolgte keine Preisanpassung für die Privatkunden Strom. Damit blieben selbst veranlasste Kundenverluste durch Kundenaufstörungen aus. Dagegen war der Wettbewerb auf allen Kanälen sehr intensiv. Gegen unseriöse Wettbewerber ist die EWV in diesem Jahr mit Abmahnungen, Unterlassungserklärungen und gerichtlichen Verfügungen noch intensiver und erfolgreich vorgegangen. Durch die Erfolge der Marke enerSwitch konnten seit Sommer 2017 die monatlichen Kundenverluste durch Kundengewinne ausgeglichen werden. Der Kundenbestand entwickelt sich seitdem positiv. Maßnahmen zur Kundenbindung, wie der Ausbau des Förderprogramms und der intensivere Einsatz im Außendienst trugen dazu bei, die Kundenverluste nicht noch stärker ansteigen zu lassen. Das Dienstleistungsgeschäft mit dem Verkauf von PV-Anlagen entwickelt sich auch positiv. Mit mehr als 85 verkauften Anlagen überschreitet die EWV die gesetzten Ziele erneut. Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Insgesamt stabilisiert sich das Gewerbe- und Geschäftskundensegment. So konnten insbesondere der Abwärtstrend bei den Gewerbekunden im Stammgebiet gestoppt und deutlich mehr Sondervertragskunden gewonnen werden als Kundenabgänge zu verzeichnen sind. Die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft wird weiter vorangetrieben. Die Marke „enerSwitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt auf Privat- und Gewerbekunden ab. Der Kundenbestand ist im Berichtsjahr auf ca. 5.900 Kunden angestiegen. Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2017 bei 806 GWh und damit über der Abgabemenge des Vorjahres (693 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Zugewinn von rd. 150 GWh (inkl. periodenfremd) an Key Account Kunden. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 18,7 GWh (davon -21 operativ und +2,3 periodenfremd). Rd. 1,8 GWh/a ergaben sich durch Zugewinne bei der Marke „enerSwitch“. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 221 GWh auf private Haushalte, 82 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 503 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Anstieg des Absatzes liegt dabei insgesamt ca. 16 % unterhalb der Prognose für 2017. Der Stromeinkauf erfolgte zu 81 % über innogy und zu 19 % über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Preisentwicklung am Großhandelsmarkt für Erdgas unterschied sich in der ersten Jahreshälfte deutlich von der Situation am Strommarkt. Zum einen war am Gasmarkt kein konstanter, sondern ein fallender Preistrend zu beobachten und zum anderen dauerte dieser Trend länger. Erst im August begannen die Preise zu steigen. Diese Entwicklung verlief dann aber parallel zu derjenigen am Strommarkt, so dass auch hier die höchsten Preise des Jahres am Jahresende erzielt wurden. So stieg das Frontjahr 2018 von August bis Dezember von 16 €/MWh auf 19 €/MWh und somit um über 18 % innerhalb von 4 Monaten. In diesem Jahr war der Einfluss des weltweiten Leitenergieträgers „Rohöl“ wieder höher als in den Vorjahren. Die Versuche der OPEC in Kooperation mit Russland, das weltwei-

te Angebot an Rohöl zu verknappten und somit den Marktpreis für Rohöl ansteigen zu lassen, waren letztendlich erfolgreich. Dem steigenden Preistrend der wichtigen Energieträger Rohöl und Strom konnte sich schließlich auch der Gasmarkt nicht entziehen. Analog der Beschaffungsstrategie der EWV wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2017/18 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 41 Einzelverträge mit unterschiedlich großen Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 9 verschiedenen Lieferanten geschlossen.

Auch im Privatkundengasvertrieb konnte in 2017 auf eine Preisanpassung verzichtet werden. Trotzdem waren wieder hohe Kundenverluste, insbesondere zum Auslaufzeitpunkt der Fixverträge zu verzeichnen. Trotz Reakquisen, Neukundengewinnen im Bereich Umsteller und Neubau und die Marke enerSwitch konnte eine Kompensation der Verluste nicht erreicht werden. Die hohe Nachfrage nach einer Förderung der Heizungswartung und der damit verbundenen Kundenbindung von zwei Jahren konnte zumindest dämpfend wirken. Contractinganlagen verkaufen sich im vierten Jahr in Folge sehr gut. Im Dezember wurde erstmalig die Marke von 100 verkauften Anlagen überschritten. Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wird zunehmend erfolgreicher. Es konnten im externen Gebiet höhere Kundengewinne im Gewerbekundenbereich erzielt werden. Hierzu hat der Ausbau weiterer Vertriebskanäle beigetragen. Im angestammten Gebiet ist es das Ziel, eine Balance zwischen Kundenverlusten und Kundenzugewinnen bei den Gaskunden zu erreichen. Dies ist in 2017 nur zum Teil gelungen. Die Gasabsatzmenge im Jahr 2017 verteilt sich mit 898 GWh auf private Haushalte, mit 184 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 465 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Die Erdgasabsatzmenge 2017 liegt mit rund 1.547 GWh insgesamt –135 GWh (–8%) unter der des Vorjahres (1.682 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Kundenabgängen. Gegenüber der Prognose aus 2016 für 2017 wurden +15 GWh mehr abgesetzt, die i.W. aus Zugang eines nicht budgetierten Key Account Kunden resultierten. Der Gasabsatz wurde dabei zu rund 15 % über innogy und zu 85 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 13,5 Mio. € (Vorjahr: 22,3 Mio. €). Im Verhältnis zur Planung i.H.v. 15,0 Mio. € demnach um 1,5 Mio. € niedriger. Die Ertragslage des Geschäftsjahrs 2017 ist nicht mit dem Vorjahr vergleichbar, da dieses im Wesentlichen durch die Neubewertung der Pensionsrückstellungen beeinflusst wurde (positiver Ergebniseffekt im Vorjahr: 5,9 Mio. €). Die auf die wesentlichen Posten reduzierende Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2017		2016		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	262.859	100,0%	264.584	100,0%	-1.725	-0,7%
Materialaufwand	-199.086	-75,7%	-193.715	-73,2%	-5.371	-2,8%
Rohergebnis	63.773	24,3%	70.869	26,8%	-7.096	-10,0%
Andere betriebliche Erträge	3.167	1,2%	4.125	1,6%	-958	-23,2%
Personalaufwand	-19.316	-7,3%	-18.394	-7,0%	-922	-5,0%
Andere betriebliche Aufwendungen	-29.166	-11,1%	-26.659	-10,1%	-2.507	-9,4%
Betriebsergebnis	18.459	7,0%	29.941	11,3%	-11.483	-38,4%
Beteiligungsergebnis	5.195	2,0%	4.327	1,6%	868	20,1%
Zinsergebnis	-3.701	-1,4%	-2.346	-0,9%	-1.355	-57,7%
Steuerergebnis	-6.478	-2,5%	-9.640	-3,6%	3.162	32,8%
Jahresüberschuss	13.475	5,1%	22.282	8,4%	-8.807	-39,5%

Die Umsatzerlöse nahmen um 0,7% bzw. 1,7 Mio. € auf 262,9 Mio. € ab; im Verhältnis zur Planung i.H.v. 250,7 Mio. € ergab sich eine Zunahme i.H.v. 12,1 Mio. €. Es zeigt sich ein Mengeneffekt im Gasgeschäft i.H.v. 135 GWh, welcher in Kundenabgängen begründet ist. Dies führt dazu, dass die Gaserlöse von 92,3 Mio. € um 10,4 Mio. € (13,2%) auf 81,9 Mio. € abnahmen. Die GWh-Absatzmenge im Strom und damit die Stromerlöse stiegen von 119,6 Mio. € um 11,9 Mio. € auf 131,5 Mio. € (+113 GWh). Des Weiteren steigen die Erlöse aus Fernwärme und Contracting um 0,5 Mio. € auf 2,7 Mio. €. Ursache hierfür sind einerseits periodenfremde Nachberechnungen aufgrund von nicht angepassten Preisgleitklauseln. Andererseits führen Akquisemaßnahmen – sowohl im Privat-, als auch im Gewerbekundensegment – zu höheren Umsatzerlösen. Schließlich reduzierten sich die Betriebsführungserlöse um 1,7 Mio. €, die Materialerlöse um 1,0 Mio. € sowie die weiteren Dienstleistungen um 0,8 Mio. €. Der Materialaufwand nahm gegenläufig zu den Umsatzerlösen um 5,4 Mio. € (2,8%) auf 199,1 Mio. € zu. Die Strombezugskosten stiegen überproportional zu den erhöhten Verkaufsmengen um 22,4 % (14,6 Mio. €). Die Gasbezugskosten hingegen reduzierten sich überproportional zu dem gesunkenen Gasabsatz um 18,9% (7,4 Mio.€). Die Netzentgelte nahmen im Stromsegment um 3,4% zu und im Gassegment um 7,4% ab. Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 63,8 Mio. € (Vorjahr: 70,9 Mio. €) bzw. 24,3% der Umsatzerlöse und unterlag einer relativen Abnahme i.H.v. 10,0%. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten weit überwiegend Rückstellungsaufhebungen i.H.v. 1,9 Mio. € (Vj: 3,1 Mio. €). Der Personalaufwand beträgt 19,3 Mio. € und erhöhte sich um 5,0%. Wesentlicher Grund hierfür sind die erhöhten Zuführungen zu den Altersversorgungsverpflichtungen aus der Bewertung der Pensionsrückstellung. Die Abschreibungen erhöhten sich leicht um 0,3 Mio. € auf 2,5 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 2,2 Mio. € bzw. 9,2%. Wesentlicher Grund hierfür ist der Anstieg der Beratungsaufwendungen in Höhe von 2,1 Mio. €. Das Betriebsergebnis nahm aufgrund der vorangestellten Gründe um 11,5 Mio. € von 29,9 Mio. € auf 18,5 Mio. € ab. Das negative Zinsergebnis beträgt 3,7 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 3,7 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €). Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr nahezu unverändert bei 0,3 Mio. €. Das Beteiligungsergebnis liegt ohne den Ergebnisabführungsvertrag mit der regionetz bei 0,8 Mio. €. Die Ergebnisabführung von der Tochtergesellschaft regionetz zeigt sich im aktuellen Geschäftsjahr mit einem Betrag i.H.v. 4,4 Mio. € (Vorjahr: 3,8 Mio. €). Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2017 mit einem Betrag i.H.v. 6,5 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragssteuern/Ergebnis vor Ertragssteuern) beträgt im Geschäftsjahr 32,5% (Vorjahr: 30,2%). Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr bei 5,1 % (Vorjahr: 8,4 %) und verringerte sich somit um 3,3 %-Pkt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 13,5 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 26,4 % (Vorjahr: 54,2 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 7,0 % (Vorjahr: 11,3 %). Unter Berücksichtigung der Sondereffekte des Vorjahres sowie der Projektkosten in 2017 im Rahmen der Netzkooperation konnte das Ergebnis stabil gehalten werden. Für das Geschäftsjahr 2018 wird vor dem Hintergrund gegenläufiger Effekte von Kundenanzahl, Bezugskosten und Witterungsverhältnissen von einem leicht erhöhten Jahresergebnis im Verhältnis zu 2017 ausgegangen.

Investitionen

EWV Investitionen i.H.v. 7,3 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €, wobei alleine 6,0 Mio. € die Finanzinvestition an der Beteiligung der Windpark Eschweiler Beteiligung GmbH ausmachte) erfolgten in den Bereichen: Energiedienstleistungen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Finanzinvestitionen. Bei den Investitionen in Energiedienstleistungen wurden 1,5 Mio. € im Segment Privat- und Geschäftskunden investiert. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagencontractings von Heiz- und KWK-Anlagen. Ebenso wurden im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung 1,5 Mio. € investiert. Im Bereich der Finanzinvestitionen ist maßgeblich die Aktivierung von Anschaffungsnebenkosten i.H.v. 3,2 Mio. € auf den Beteiligungsbuchwert der RegioTemp GmbH (vormals: regionetz GmbH) anzuführen, welche aufgrund des in 2018 zu vollziehenden wirtschaftlichen und rechtlichen Zusammengangs der RegioTemp GmbH mit der Regionetz GmbH (vormals: INFRAWEST GmbH) im Geschäftsjahr 2017 entstanden sind. Ferner wurden netto 0,6 Mio. € in die Beteiligung an der Windpark Eschweiler GmbH investiert.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
<u>Aktiva</u>						
Anlagevermögen	146,5	84,7%	142,6	84,7%	3,9	2,7%
- davon Sachanlagen	13,0	7,5%	12,6	7,5%	0,4	3,2%
- davon Finanzanlagen	132,9	76,9%	129,4	76,8%	3,5	2,7%
Umlaufvermögen	26,1	15,1%	25,7	15,3%	0,4	1,6%
- davon Forderungen aus LuL	21,4	12,4%	23,3	13,8%	-1,9	-8,2%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,2	0,1%	0,1	0,1%	0,1	100,0%
	172,9	100,0%	168,4	100,0%	4,5	2,7%
<u>Passiva</u>						
Eigenkapital	49,4	28,6%	50,9	30,2%	-1,5	-2,9%
Rückstellungen	65,0	37,6%	76,4	45,4%	-11,4	-14,9%
- davon Pensionsrückstellungen	51,2	29,6%	52,1	30,9%	-0,9	-1,7%
Verbindlichkeiten	58,4	33,8%	41,1	24,4%	17,3	42,1%
- davon ggüber Kreditinstituten	24,9	14,4%	17,1	10,2%	7,8	45,6%
	172,9	100,0%	168,4	100,0%	4,5	2,7%

Die Bilanzsumme erhöhte sich leicht um 4,5 Mio. € von 168,4 Mio. € auf 172,9 Mio. €. Die Anlagenintensität liegt bei 84,7% (Vorjahr: 84,7%). Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 0,4 Mio. € auf 26,1 Mio. €. Im Geschäftsjahr erfolgte der Verkauf des Vorratsvermögens an die regionetz (Vorjahr: 0,8 Mio. €). Das Eigenkapital zeigt sich leicht reduziert um 1,5 %-Pkt. bei 28,6 % der Bilanzsumme. Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 51,2 Mio. € (52,1 Mio. €) betragen. Diese machen nahezu 29,6 % der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten nahmen im kurzfristigen Bereich um 8,4 Mio. € zu und im langfristigen Bereich gemäß den Tilgungsplänen um 0,6 Mio. € ab.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird. Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der nachschüssigen Vereinnahmung der Abschläge der Tarifikunden am letzten Werktag im Monat sowie durch die Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet. Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft, aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2017	2016	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	12,9	12,5	0,4	3,2%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-5,4	-7,6	2,2	28,9%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-16,7	-14,3	-2,4	-16,8%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-9,2	-9,4	0,2	2,1%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	-11,4	-2,0	-9,4	> 100,0%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	-20,6	-11,4	-9,2	-80,7%

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich nahezu unverändert. Dieser wurde um 0,4 Mio. € erhöht und liegt im Geschäftsjahr bei 12,9 Mio. €. Dieser wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich Und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt – 5,4 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Mio. € reduziert. Im Wesentlichen ist dies durch die Investitionen in das Finanzanlagevermögen bedingt. Im Vorjahr wurden 6,0 Mio. € Eigenkapitaleinzahlungen an die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH getätigt. Im aktuellen Geschäftsjahr wurden hingegen 3,2 Mio. € Anschaffungsnebenkosten auf die Beteiligung an der Regio-Temp GmbH (vormals: regionetz GmbH) verausgabt und ferner weitere – unter Verrechnung von Kapitalrückführungen – 0,6 Mio. € Eigenkapitalzuführungen an die Windpark Eschweiler GmbH getätigt. Demgegenüber stehen höhere Investitionen in das Sachanlagevermögen und in die immateriellen Vermögensgegenstände i.H.v. 0,7 Mio.€ auf 3,0 Mio. € und höhere Beteiligungserträge, welche von 0,5 Mio.€ auf 0,8 Mio.€ anstiegen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung i.H.v. 15,0 Mio. € (Vj.: 12,5 Mio. €) und die zum Vorjahr unveränderten Darlehenstilgungen i.H.v. 1,5 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 3,1 Mio. € (Vj.: 4,6 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit weitgehend kurzfristig

finanziert. Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt – 20,6 Mio. € und setzt sich zusammen aus einem kurzfristigen Kontokorrentkredit i.H.v. 21,3 Mio. € und Guthaben aus dem Börsenkonto bei der Bayern LB i.H.v. 0,7 Mio. €. Er reduzierte sich demnach um – 9,2 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 24,9 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 82,7%. Es zeigen sich folgende Gründe für diese Zunahme auf. Die Nettoinvestitionen in das Finanzanlagevermögen im Geschäftsjahr i.H.v. 3,3 Mio. € wurden vollständig über die vorhandene Kreditlinie finanziert. Daneben wurden die Darlehenstilgungen i.H.v. 1,5 Mio. € über den Kontokorrentkredit bedient. Schließlich wurden 15,0 Mio. € im Geschäftsjahr ausgeschüttet, gleichwohl im Vorjahr nur 12,5 Mio. € aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet wurden. Auch hier wurde der übersteigende Betrag i.H.v. 2,5 Mio. € über die Kreditlinie bedient.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2017 beschäftigte die EWV durchschnittlich 225 (Vorjahr: 216) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 27 Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann,
- Industriekauffrau/-mann mit integriertem Studium (PLuS),
- Industriekauffrau/-mann mit gefördertem Studium an der FOM,
- Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“),
- Kaufmann/-frau für Büromanagement,
- Elektroniker/in für Betriebstechnik und
- Elektroniker/in für Betriebstechnik mit integriertem Studium (PLuS).

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika, Bachelor- und Masterarbeiten sowohl im kaufmännischen als auch im gewerblichen Bereich angeboten. An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,5 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. Der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 462.

Personalentwicklung

Im Jahr 2017 wurde das Kompetenzmodell weiterentwickelt und auf der Abteilungsleiter-Ebene implementiert. In 2018 soll das Modell für alle Stellen angewandt werden. Es dient als Grundlage für strategische Entscheidungen und Entwicklungen im Personalbereich, z. B. Stellenbesetzungsverfahren. Mit dem Führungskräftenachwuchs-Programm konnten wir in 2017 zum wiederholten Male unsere neuen Führungskräfte im Unternehmen willkommen heißen. Das Führungskräftenachwuchs-Programm dient im Wesentlichen dazu, die Kultur des Konzerns kennen zu lernen, ein einheitliches Führungsverständnis zu entwickeln und moderne Methoden der Personalführung zu erlernen. Gleichzeitig können sich unsere neuen Führungskräfte vernetzen. Um die Führungskompetenzen in der EWV weiter zu stärken, haben wir in 2017 damit begonnen, Impulsworkshops zu aktuellen Füh-

rungsthemen durchzuführen. Die positive Resonanz darauf bestärkt uns darin, diese Führungskräfteentwicklung weiter fortzusetzen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Im Jahr 2017 wurde der Schwerpunkt „Umgang mit psychischer Belastung“ fortgeführt. Die Aufenthaltsräume in den Dienststellen Eschweiler und Stolberg wurden bereits in 2016 gesundheitsgerecht und freundlicher gestaltet. Außerdem wurde ein Arzt- bzw. Ruheraum, sowie eine flexibel überdachte Sitzgelegenheit im Außenbereich in Eschweiler geschaffen. Im Zug des Wiederbezuges eines bisher vermieteten Gebäudeteils in Stolberg wurden die Büros ergonomisch optimal ausgestattet. Seit 2016 gibt es bei EWV eine Konfliktberatung, die von allen Mitarbeitern in Anspruch genommen werden kann.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. EWV berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

Tätigkeitsabschlüsse

Die EWV erbringt nach der Assetübertragung der Strom- und Gasnetze auf die regionetz GmbH keine Tätigkeiten mehr im Sinne des EnWG, sodass ab dem Geschäftsjahr 2016 keine Tätigkeitsabschlüsse mehr zu erstellen sind.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der innogy-/RWE- Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut. Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmenden Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden. Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken. Die für das Jahr 2018 benötigten Strom- und Gas-mengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2015 bis 2017 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2019 bis 2021 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betriebstechnischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar. Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt. Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnissrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen. Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis. Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen. Ebenso führen die Regelungen des EEG (Erneuerbares Energien Gesetz) zu fortwährenden Kostensteigerungen im Stromsegment in Folge des Kostenwälzungsmechanismus bei der Förderung des Ausbaus der neuen Energien (Einspeisevergütung und in Folge EEG Satz). Diese Kostensteigerungen können z.T. durch den EWV Vertrieb nur begrenzt im Markt weitergeben werden. In Folge der Förderung der dezentralen Stromerzeugung wächst insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien und damit der Grad der Eigenproduktion bzw. des Eigenverbrauchs. Damit sinkt der Stromabsatz im Bestandskundensegment.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - > Niedrig (>1 bis 10 %)
 - > Mittel (>10 bis 20%)
 - > Hoch (>20 bis 50 %)
 - > Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - > Gering (0 bis 10 %)
 - > Mittel (>10 bis 20 %)
 - > Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - > Kritisch (>50 %)
 - > Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWV auf 1,2 Mio. € p.a. festgelegt. Ferner wurde in 2015 beschlossen, nur noch Risiken ab einer Nettoschadenshöhe von 0,5 Mio. € oder einer Eintrittswahrscheinlichkeit > 50 % im Risikokatalog zu erfassen. Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Folgende Risiken wurden als wesentlich eingestuft:

1. Weitergabe von gesetzlichen Preisbestandteilen in Verträgen nicht möglich (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (1,2 Mio. €)

Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge außerhalb des Anwendungsbereiches der

Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

2. Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,0 Mio. €)

Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.

3. Politische Krisen (Schadensklasse „Gering/Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. €)

Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Für das Jahr 2018 geht die Gesellschaft von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2018 werden nicht unterstellt. In Zukunft wird es Aufgabe der EWV sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

Strategische Entwicklung der EWV

Auf- und Ausbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2017 hat EWV den Ausbau der „neuen“ Geschäftsfelder Dienstleistungen, Nah- und Fernwärme und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Im Geschäftskundensegment wurden für rund 0,75 Mio. € Projekte im Bereich von Heizungs- und KWK-Anlagen akquiriert und umgesetzt. Darüber hinaus wurde bei einer Reihe von Kunden das Energiemonitoringsystem EMSO mit begleitendem Messstellenkonzept eingeführt bzw. umgesetzt, mit dem sich der Energieverbrauch aufgeschalteter Messstellen überwachen und steuern lässt. Strategisch wird der Wärmemarkt für die EWV Privat- und Gewerbekunden nach wie vor hohe Bedeutung behalten. Neben dem Contracting für

Erdgasanwendungen wird sich die EWV zunehmend Stromanwendungen zuwenden. Neben Smart Meter, PV und Speicher wird es auch das Thema Wärmepumpe sein. Das Geschäftsfeld Elektromobilität verspricht in naher Zukunft – aufgrund umweltpolitischer Rahmenbedingungen und der damit verbundenen vermehrten Ausrichtung der Automobilkonzerne auf E-Fahrzeuge – eine zunehmend positive Entwicklung. EWV erfüllt mit den im Konzernumfeld verfügbaren Leistungen und Produkten die Grundvoraussetzungen für eine Teilhabe an der Entwicklung. Die Sensibilisierung und Nachfrage nach Ladeinfrastruktur und Lösungen für Elektromobilität ist deutlich wahrnehmbar.

Kooperationen

Im Bereich der erneuerbaren Energien werden gemeinsam mit der GREEN Projekte im Bereich Wind und Photovoltaik entwickelt sowie Dienstleistungen vermarktet. Die Marktpartnergruppen Elektro, SHK, Bezirksschornsteinfeger, Architekten/beratende Ingenieure und Großhändler sind in der regio-energiegemeinschaft, einer in den Gebietskörperschaften Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren agierender Energiegemeinschaft, organisiert. EWV ist gemeinsam mit den Stadtwerken Jülich Gründungsmitglied der Marktpartnergemeinschaft und stellt den Vorsitzenden des Vorstands. Die STAWAG ist in einem zweiten Schritt ebenfalls der Marktpartnergemeinschaft beigetreten. Das im Oktober 2011 durch die regioenergiegemeinschaft mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Den beteiligten Handwerkern dient das effeff als Auftragsvermittlungsplattform. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig. Ebenso steigt die Zahl der Marktpartner. EWV ist u.a. mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green GECCO GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist RWE Innogy GmbH. Insgesamt betreibt Green GECCO GmbH & Co. KG 5 große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide) und Nordrhein-Westfalen (Titz)) fortgesetzt. Neue Projekte sind nicht geplant. Daneben hat EWV – zusammen mit dem Dienstleistungsunternehmen SME sowie den Versorgungsunternehmen NEW AG, Mönchengladbach, Stadtwerke Düren sowie STAWAG Aachen eine Projektinitiative im Umfeld der Sicherstellung der Versorgungssicherheit von dezentral vernetzten, regionalen Energieinfrastrukturen, insbesondere Stromverteilnetzen im Rheinischen Revier gestartet. Ziel ist, in 2018 ein gemeinsames Unternehmen – die neue Gesellschaft lautet DEM GmbH – mit den o.g. Partnern zu gründen, um künftige Wertschöpfungspotentiale vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung besser heben zu können. Es ist vorgesehen, dass EWV an der DEM GmbH 24,5 % Anteile erwerben soll. Die notwendigen Gremienzustimmungen sollen im Frühjahr 2018 vorliegen.

Ausblick

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2018 voraussichtlich um rund 3% steigen. Die konjunkturelle Erholung des Euro-Raums dürfte sich im Prognosezeitraum wahrscheinlich

fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt um rund 2% steigen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: der Sachverständigenrat hält für 2018 einen weiteren Anstieg der Wirtschaftsleistung im Bereich von 2,2% für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die starke Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2017 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2018 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage sollte aufgrund der Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau überschreiten. Diesen Impulsen werden voraussichtlich wieder dämpfende Einflüsse eines immer effizienteren Energieeinsatzes gegenüberstehen. Ein positiver Einfluss auf die Gasnachfrage ist im Hinblick auf die erwartete Entwicklung der CO₂- und Kohlepreise bei gleichzeitig relativ günstigen Gaspreisen zu erwarten, die die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Gas in der Stromerzeugung weiterhin unterstützen sollte.

Energiepreise

Bei den international gehandelten Rohstoffen Öl und Kohle notieren die Forward-Kontrakte für das Jahr 2018 bei zuletzt (04.01.2018) rund 66 \$/bbl bzw. 91 \$/t und damit etwa 21% bzw. 7% über den Preisniveaus des Jahres 2017. Gas-Forward kontrakte (TTF) für 2018 werden zur Zeit mit rund 18,2 €/MWh gehandelt und somit rund 5% über dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet. Auch für CO₂-Zertifikate werden aktuell höhere Preise erwartet: Forwards für 2018 liegen mit 7,8 €/t rund 33% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2017. Im Strommarkt notiert der Base-Forward kontra kt 2018 mit durchschnittlich knapp 37 €/MWh ca. 7% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2017, während der Peak-Forwardkontrakt mit rund 45 €/MWh ca. 18% über dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegt.

EWV Schwerpunkte

Das Jahr 2018 wird sehr stark durch die Regionetz geprägt sein. Die neue Struktur als auch Prozesse müssen operativ zusammengeführt werden und zusammenwachsen. Die für die kaufmännische Betriebsführung notwendigen Ressourcen müssen geschaffen und etabliert werden. Ebenfalls in 2018 wird die Umsetzung der Ergebnisse des Vertriebs Projektes erfolgen. Dies betrifft sowohl die Organisation als auch Optimierung von Prozessen und IT. Dies wird gestärkt durch die Bindung unserer Kunden durch ein sehr gutes Image, exzellenten Service, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen, sowie die Entwicklung unserer Kunden durch „up-selling“ und „cross-selling“ der vertrieblischen Arbeit. Die dazu benötigten detaillierten Kenntnisse über Kunden, den Grad ihrer Zufriedenheit mit den EWV-Produkten und Leistungen werden sukzessive erarbeitet und/oder ausgebaut. Durch die konsequente Intensivierung der Vertriebsarbeit wird der Ansatz verfolgt, jeden Kundenkontakt und jede Referenz aktiv als vertriebliche Chance nutzen. Eine stärkere Ausrichtung an existierenden und neuen Kunden und deren Bedürfnissen wird so erreicht. Die Digitalisierung beeinflusst zunehmend die Geschäftsprozesse und die Marktbearbeitung der EWV. Die Digitalisierung von

Prozessen soll ein wesentliches Instrument zur Verbindung von Kundenorientierung und Effizienz sein. Deshalb engagiert sich EWV in dem regionalen „Digital Hub“ und bei konzernweiten Digitalisierungsprojekten. In den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird die Rolle als Projektierer, Produzent, Investor, Dienstleister oder Vermarkter gestärkt und weiter ausgebaut. Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2018 241,9 Mio. € betragen. Für 2018 ist geplant, 736 GWh Strom und 1.623 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2018 mit Stromerlösen i.H.v. 129 Mio. € und Gaserlösen i.H.v. mit 78,0 Mio. € geplant. Das Ergebnis der Regionetz ist in der Planung für 2018 mit 7,7 Mio. € unterstellt, wobei die Regionetz als große Netzgesellschaft von STAWAG und EWV abgebildet ist. Der Jahresüberschuss wird in 2018 gemäß Planung ca. 15,7 Mio. € betragen. EWV strebt in 2018 an, ca. 3,7 Mio. € zu investieren.

enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen. Enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt ca. 270.000 Menschen dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Im Gebiet der Stadt Herzogenrath ist enwor auch Gasversorger und versorgt dort ca. 20.000 Einwohner mit Erdgas. In den Städten Herzogenrath und Würselen versorgt enwor ca. 85.000 Menschen mit Strom.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer beschließt die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 17 Mitgliedern besteht. 16 Mitglieder des Aufsichtsrates werden wie folgt von den einzelnen Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandt:

Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen sowie 9 weitere vom Städteregionstag zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Herzogenrath sowie 3 weitere vom Stadtrat zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Würselen sowie ein weiteres vom Stadtrat zu wählendes Mitglied. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Gesellschaft ist ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrates. Der Betriebsrat kann bis zu vier weitere Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Städteregionsrat der StädteRegion Aachen. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates wird auf Vorschlag der Städte Herzogenrath und Würselen vom Aufsichtsrat gewählt. Zweiter stellvertretender Vorsitzender ist der Betriebsratsvorsitzende der Gesellschaft.

Gesellschafterversammlung:

Jeder Gesellschafter kann nur einen stimmberechtigten Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsenden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Herbert Pagel

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Marie-Theres Sobczyk	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
	Wolfgang Goebbels	Städteregionstagsmitglied
	Friedhelm Krämer	Städteregionstagsmitglied
	Harald Siepmann	Städteregionstagsmitglied
	Udo Rüttgers	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
-------------------	---------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52134 Herzogenrath

gezeichnetes Kapital: 21.007.400,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	11.724.300	55,81
Stadt Herzogenrath	5.860.300	27,90
Stadt Würselen	2.497.900	11,89
Stadt Alsdorf	550.250	2,62
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319.700	1,52
Stadt Baesweiler	52.600	0,25
2 ehem. Aktionäre StwAG	<u>2.350</u>	<u>0,01</u>
	21.007.400	100

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
WAG	550.000,00	50,00
enwor – Wärme vor Ort GmbH*	51.129,19	100,00
WWV Wärmeversorgung Würselen GmbH	192.650,00	49,00
IWA – Institut für Wasser- und Abwasseranalytik	9.000,00	30,00
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	100.000,00	25,10

*Verschmelzung auf die enwor energie & wasser ort Ort zum
01.10.2017

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	157.885.995	163.189.272	157.407.164
I. Imm. Vermögensgegenst.	3.791.845	3.511.871	2.129.998
II. Sachanlagen	118.821.456	120.970.220	111.670.015
III. Finanzanlagen	35.272.694	38.707.181	43.607.151
B. Umlaufvermögen	14.235.775	15.786.480	13.780.792
I. Vorräte	1.253.559	1.065.853	1.220.681
II. Forderungen / sonst. VG	12.625.605	13.907.341	12.560.111
III. Kassenbestand, Guthaben	356.611	813.287	21.729.552
C. Rechnungsabgrenzungsposten	324.445	338.944	581.128
Bilanzsumme Aktiva	172.446.215	179.314.680	193.498.637

A. Eigenkapital	42.609.177	49.491.989	61.226.800
I. Gezeichnetes Kapital	21.007.400	22.325.000	22.325.000
II. Kapitalrücklage	3.555.708	8.508.108	8.508.108
III. Gewinnrücklagen	9.996.041	10.046.069	10.046.069
IV. Gewinnvortrag	–	0	112.813
V. Jahresüberschuss	8.050.028	8.612.813	20.234.811
B. Sonderposten Investitionszuschüsse	14.437.022	15.019.679	16.293.628
C. Rückstellungen	71.561.912	75.932.909	78.167.944
D. Verbindlichkeiten	41.593.196	37.290.788	36.779.487
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.244.908	1.579.314	1.030.778
Bilanzsumme Passiva	172.446.215	179.314.680	193.498.637

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	123.402.605	124.255.175	121.938.190
sonst. betriebl. Erträge	1.938.197	2.224.964	15.431.577
Materialaufwand	75.607.596	73.217.285	68.484.248
Steuern v. Einkommen und v. Ertrag	5.638.371	6.286.502	9.404.055

Personalaufwand	26.252.991	21.522.262	20.436.550
Ergebnis nach Steuern	5.638.371	6.463.824	20.076.279
Jahresüberschuss n. Steuern	8.050.028	8.612.813	20.234.811

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	318	322	326
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Materialaufwandsquote	k.A.	59,0	56,3
Umsatzrendite	k.A.	6,9	16,6
Eigenkapitalrentabilität	15,26	14,42	28,2
Leistungskennzahlen	2015	2016	2017
Stromversorgung			
Netzlänge (km)	1.105	1.112	1.119
Hausanschlüsse (Anzahl)	25.575	25.633	25.726
Abgabe (Mio. KWh)	324,0	310,4	312,3
Gasversorgung			
Netzlänge (km)	131	132	132
Hausanschlüsse (Anzahl)	6.074	6.168	6.286
Abgabe (Mio. KWh)	209,8	218,9	224,4
Wasserversorgung			
Netzlänge (km)	1.276	1.280	1.284
Hausanschlüsse (Anzahl)	70.597	70.899	71.279
Abgabe (Mio. m³)	14,9	15,3	15,3

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der StädteRegion Aachen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 55,81 % zu. Für das Geschäftsjahr 2017 hat die StädteRegion Aachen im Haushaltsjahr 2018 eine Brutto-Gewinnausschüttung in Höhe von 4.201.317 € erhalten. Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen dergestalt, dass die enwor in ihrem Versorgungsgebiet auch für diese Leistungen entsprechend ihrem Gesellschaftszweck erbringt.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Trinkwasser, Strom, Gas und Wärme sicher und erbringt Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung. Darüber hinaus verlegt enwor Breitbandkabel, die an Telekommunikationsunternehmen vermietet werden und ist als Dienstleister für das Beteiligungsunternehmen WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH tätig. Als Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk fühlt sich enwor den Menschen in der Region verpflichtet. Als Sponsor setzt enwor Schwerpunkte im Bereich der Jugendarbeit im Versorgungsgebiet und dient so dem Gemeinwohl. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2017 ihre Leistungen in der Daseinsvorsorge für die Menschen und Unternehmen in der Region erfolgreich erbracht. Unterstützt wird die Geschäftsführung der enwor hierbei von insgesamt 328 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit 61 weiblichen Mitarbeiterinnen erreicht die enwor im Bereich der angestellten Mitarbeiter eine Quote von nahezu 40%, jedoch im Gesamtunternehmen liegt diese Quote lediglich bei knapp 20% aufgrund der überwiegend männlichen Kollegen im gewerblich technischen Bereich. Im Bereich der Leitungsebene unterhalb der Geschäftsführung sind von insgesamt 9 Abteilungs- bzw. Stabstellenleiterpositionen 2 mit weiblichen Mitarbeiterinnen besetzt, so dass auch auf der Lenkungebene ein Anteil weiblicher Mitarbeiterinnen von 22% erreicht wird. Damit unterstützt enwor im Rahmen der betrieblichen Belange auch die Zielsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW. Die enwor verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Aufbauend auf den Ergebnissen der Strategiesitzung des Aufsichtsrates, die in der Regel im Herbst eines jeden Jahres durchgeführt wird, entwickelt die Geschäftsführung die mittelfristige Wirtschaftsplanung, die die Investitionsplanung, die Liquiditätsplanung und die Ertragsplanung sowie alle Geschäftsfelder umfasst. Die Geschäftsstrategie wird dann dem Aufsichtsrat in Form einer kurz- und mittelfristigen Planungsrechnung zur Genehmigung vorgelegt, was in der Regel in der letzten Sitzung des Geschäftsjahres erfolgt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland war im Geschäftsjahr 2017 unverändert von einer positiven Entwicklung geprägt. Im Umfeld von hoher Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosenzahl, hohen staatlichen Steuereinnahmen mit gleichzeitig rückläufiger Staatsverschuldung sowie einer niedrigen Inflationsrate und guten Tarifabschlüssen konnten sich sowohl der private Konsum als auch die privaten und staatlichen Investitionen positiv entwickeln. Von diesen stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat 2017 sowohl die Branche der Energie- und Wasserversorgung, als auch die enwor – energie & wasser vor ort GmbH mit ihren operativen Geschäftsfeldern in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung profitiert. Außerhalb des operativen Geschäftes war das Geschäftsjahr 2017 für die enwor von wesentlichen strategischen Weichenstellungen geprägt. So hat sich mit Übergang des Geschäftsjahres 2017/2018 die regionale Wasserwirtschaft neu aufgestellt. Die Bündelung aller Wassergewinnungs- und Aufbereitungsanlagen bei unserer Beteiligungsgesell-

schaft WAG, im operativen Betrieb organisiert durch neue, umfangreiche technische und wirtschaftliche Dienstleistungsverträge, hat eine neue Struktur gelegt, aus der sich zukünftig Synergiepotentiale und Effizienzsteigerungen für alle beteiligten Partner ergeben werden. Im Bereich der Wärmeversorgung haben wir unser 100%iges Tochterunternehmen enwor – wärme vor ort GmbH mit Wirkung zum 01. Oktober 2017 auf die Muttergesellschaft enwor – energie & wasser vor ort GmbH verschmolzen, wodurch wir ebenfalls Effizienzgewinne in der Prozessabwicklung erzielen. Das Beteiligungsportfolio wurde weiter ausgebaut und auch an einer Stelle bereinigt, was aber Gegenstand der Berichterstattung im gesonderten Beteiligungsbericht der enwor ist. Auch räumlich hat die enwor wichtige Entscheidungen zur Entwicklung des Standortes Herzogenrath im Geschäftsjahr 2017 herbeigeführt. So wurde das bisher angemietete Kundencenter als Verwaltungssitz der enwor zu Eigentum erworben und auch der Firmensitz entsprechend an die Kaiserstraße 100 verlegt. Unmittelbar angrenzend an unseren Technischen Betrieb in der Kaiserstraße 86 wurde eine große Freifläche über einen 20-jährigen Mietvertrag langfristig zur Nutzung durch die enwor gesichert, was ebenfalls entsprechende Entwicklungsperspektiven bietet. Der politische und hier vor allem der gesetzgeberische Einfluss auf die Energiewirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2017 unverändert hoch. Das im Jahr 2016 verabschiedete Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende mit dem neuen Messstellenbetriebsgesetz und den geänderten Regelungen zur Marktkommunikation konnte aufgrund von Regelungslücken im Jahr 2017 noch nicht wirklich in stabile betriebliche Prozesse überführt werden. Ab Mai 2018 sind nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) deutlich verschärfte Datenschutzbestimmungen beim Einsatz von IT-Systemen einzuhalten. All dies macht einerseits die rasant steigende Bedeutung digitaler Geschäftsprozesse deutlich, zeigt aber andererseits auch deren Sensibilität im Hinblick auf Informationssicherheit sowie Schutz personenbezogener Daten auf. Die enwor ist diesen Herausforderungen begegnet durch Implementierung eines Informations-Sicherheits-Management-Systems (ISMS), das als erster Baustein eines Integrierten-Management-Systems (IMS) in 2017 aufgebaut wurde und im Dezember durch die DQS GmbH erfolgreich extern auditert und zertifiziert wurde. Aber auch neben den strategischen Weichenstellungen konnte die enwor – energie & wasser vor ort GmbH das Geschäftsjahr 2017 in ihren klassischen operativen Geschäftsfeldern erfolgreich bestreiten. Die Wasserwirtschaft konnte bei konstanten Bezugskosten und unveränderten Abgabepreisen und einer erneut höheren Wasserabgabe ihr Rohergebnis wieder über Vorjahresniveau abschließen. Die Versorgung mit Trinkwasser in der Stadt Übach-Palenberg findet weiterhin auf der Basis einer Interimsvereinbarung statt, da die Ende 2016 einstimmig durch den Rat der Stadt erfolgte Neuvergabe der Wasserkonzession an die enwor durch einen im Verfahren unterlegenen Bieter rechtlich angegriffen wurde. Eine abschließende gerichtliche Entscheidung ist dazu in 2017 noch nicht erfolgt. Auch die Gassparte hat witterungsbedingt von einem höheren Absatz profitiert und dadurch ebenfalls ihr Spartenergebnis verbessert. In der Stromwirtschaft konnten rückläufige Mengen durch Verbesserungen bei der Beschaffung margenneutral kompensiert werden, so dass hier ebenfalls das Vorjahresergebnis erreicht werden konnte. Weiter wachsend sind die Umsätze in dem noch relativ neuen Geschäftsbereich Telekommunikation und Betrieb von Glasfasernetzen. Das Bilanzbild der enwor im Geschäftsjahr 2017 ist wesentlich durch die Auswirkungen der oben beschriebenen strategischen Entscheidungen geprägt, jedoch zeigt sich auch bei einer um diese Effekte bereinigten Sicht auf die Zahlen, dass sich die enwor mit ihrer seit Jahren bewährten Strategie der diversifizierten Unternehmensaufstellung auch im Geschäftsjahr 2017 erfolgreich wei-

ter entwickelt hat. Die Aktivitäten der enwor in allen Wertschöpfungsstufen, teils im eigenen Unternehmen, teils in strategischen Kooperationen, führen zu einer stabilen Gesamtaufstellung des Unternehmens, mit der wir Schwankungen einzelner Geschäftsbereiche im Endergebnis immer wieder auffangen können und damit die seit Jahren bekannt hohe Ergebnisstabilität immer wieder erreichen. Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor detaillierter dargestellt. Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die enwor sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse
- Rohertrag
- Investitionen
- Liquidität
- Jahresüberschuss

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser und Wärme
- Entwicklung der Kundenzahlen.

Zusammenfassend kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor im Geschäftsjahr 2017 jederzeit geordnet war.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss nach Steuern ist im Geschäftsjahr 2017 mit 20,2 Mio. EUR deutlich höher ausgefallen als im Vorjahr. Dies ist im Wesentlichen auf die bereits im vorstehenden Kapitel ausgeführte strategische Neuaufstellung der Wasserwirtschaft und die damit verbundene Übertragung der Wassergewinnungs- und aufbereitungsanlagen an die WAG zurückzuführen. Aber auch bereinigt um diese Sondereffekte fällt der Jahresüberschuss der enwor im operativen Geschäftsbetrieb mit 8,0 Mio. EUR wieder in der Höhe der Vorjahre aus und bestätigt somit die bei enwor seit Jahren hohe Ergebniskonstanz. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. EUR an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 12,2 Mio. EUR auf neue Rechnung vorzutragen. Insgesamt sind die Umsatzerlöse der enwor im operativen Geschäft mit 122,2 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr mit 124,5 Mio. EUR nahezu konstant geblieben. Korrespondierend dazu sind ebenfalls die Materialaufwendungen mit 68,8 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr 73,5 Mio. EUR leicht rückläufig was im Saldo zu einem verbesserten Rohergebnis im operativen Geschäft der enwor im Geschäftsjahr 2017 geführt hat. Der Personalaufwand liegt mit 20,4 Mio. EUR ebenfalls leicht unter dem Vorjahr mit 21,5 Mio. EUR, was auf einen geringeren Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Im Finanzergebnis hat sich im Geschäftsjahr 2017 ein Mehraufwand ergeben, der auf einen Anstieg der Zinskomponente bei den Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Der Entlastungseffekt im Vorjahr durch Umstellung des HGB-Rechnungszinses auf eine 10-jährige Durchschnittszinsperiode war natürlich ein Einmal-Effekt der im Geschäftsjahr 2017 folgerichtig wieder zu höheren Zinsbelastungen bei den Pensionsrückstellungen geführt hat. Im Folgenden wird die Ertragslage für die einzelnen Geschäftsbereiche dargestellt. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus den veröffentlichten Spartenabschlüssen.

Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

Enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und versorgt dort 87.000 Einwohner über ein rund 1.119 km langes Leitungsnetz (Vorjahr 1.112 km) mit insgesamt 25.726 Anschlüssen (Vorjahr 25.633). Die Jahresnetzlast liegt mit 312,3 Mio. kWh wieder auf dem Vorjahresniveau. Die Durchleitungsmengen für Fremdlieferanten sind im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 143,0 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert mit 140,2 Mio. kWh leicht gestiegen. Die Gesamterlöse des Stromnetzbetriebes lagen 2017 mit 19,4 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert in Höhe von 20,9 Mio. EUR, was auf eine Absenkung der Netzentgelte im Geschäftsjahr 2017 zurückzuführen ist.

Stromvertrieb

Wie bereits in den Vorjahren hat sich aus vertrieblicher Sicht erneut im Geschäftsjahr 2017 die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor von 228,8 Mio. kWh auf jetzt noch 203,9 Mio. kWh deutlich verringert. Ursächlich hierfür ist wieder der Absatzrückgang im Out-of-Area-Bereich von 57,2 Mio. kWh auf nunmehr 41,5 Mio. kWh. enwor zieht sich bewusst aus Teilen dieses Marktes zurück, da die bestehenden Handelsrisiken nicht mehr in einem ausgewogenen Verhältnis zu den extrem geringen Margen stehen. Insgesamt liegt das Rohergebnis Strom Vertrieb mit 2,9 Mio. EUR dennoch wieder auf Vorjahresniveau. Der Mengenrückgang war nur mit geringen Margenverlusten verbunden und zudem konnte der Vertrieb von teilweise abgesenkten Netzentgelten profitieren.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den Sonstigen Aktivitäten zählen die Stromerzeugung aus den Kraftwerken in Hamm und Lünen mit denen die enwor über Stromabnahmeverträge verbunden ist, sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben. Die im Geschäftsjahr 2015 durchgeführte umfassende Restrukturierung des GuD-Kraftwerkes in Hamm hat sich auch im Geschäftsjahr 2017 positiv ausgewirkt. Wie bereits im Vorjahr war erneut im abgelaufenen Geschäftsjahr kein Fehlbetrag mehr zu verzeichnen und auch ein von der enwor bereit gestelltes Darlehen zur laufenden Betriebsmittelfinanzierung musste in 2017 nicht abgerufen werden. Nach derzeitigem Planungsstand gehen wir bis zum Geschäftsjahr 20/21 von keinen weiteren Ergebnisbelastungen aus dem GuD-Kraftwerk bei enwor aus. Dem gegenüber ist die Situation des Steinkohlekraftwerkes in Lünen weiter schwierig und für die enwor auch ergebnisbelastend. Jedoch konnte auch hier durch eine Umstellung der Finanzierungsverträge des Kraftwerkes der Leistungspreis in den Stromabnahmeverträgen im Geschäftsjahr 2017 abgesenkt werden, wodurch bei enwor der Fehlbetrag aus dem Stromabnahmevertrag auf 1,6 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) abgesenkt werden konnte. Da dieser neue Finanzierungsvertrag auch auf die Folgejahre wirkt, ist mit dieser Entlastung auch in den zukünftigen Geschäftsjahren zu rechnen. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht hat enwor jedoch die bereits bestehende Drohverlustrückstellung in voller Höhe beibehalten. Der erste Bauabschnitt der Umstellung unserer Straßenbeleuchtungsanlagen auf LED-Technik wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 abgeschlossen. Die vollständige Umstellung wurde in zwei

weiteren Bauabschnitten in den mittelfristigen Investitionsplan aufgenommen, wobei in 2018 bis 2020 jährlich 205 TEUR und in 2021 bis 2024 jährlich 350 TEUR in die Umrüstung investiert werden sollen. Eine weiterhin sehr positive Entwicklung zeigt der in 2014 neu aufgesetzte Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen. Nach der Erschließung des Stadtgebietes Würselen sowie großer Teile der Stadtgebiete von Alsdorf und Baesweiler mit Lichtwellenleitern in FTTC-Technik konnten in diesen Städten auch weitere Netzverdichtungsmaßnahmen durchgeführt werden sowie erste Installationen von Lichtwellenleitern in FTTH-Technik im Stadtgebiet Herzogenrath erfolgen. Die Umsatzerlöse stiegen entsprechend wiederum um mehr als 20% von 403 TEUR auf 488 TEUR im Geschäftsjahr 2017.

Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath mit einer im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Leitungslänge von 132 km. Die Anschlussentwicklung ist weiterhin positiv und konnte von 6.160 Anschlüssen im Vorjahr auf 6.286 Anschlüsse im Geschäftsjahr 2017 erneut gesteigert werden. Die Gasabgabe im Netz war mit 224,4 kWh leicht über dem Vorjahreswert von 218,9 Mio. kWh. Bei der leicht gestiegenen Gasabgabe sowie der positiven Hausanschlussentwicklung konnte auch das Rohergebnis im Bereich Gas Netz sich um 59 TEUR im Vergleich zum Vorjahr auf jetzt 2,34 Mio. EUR verbessern.

Gas Vertrieb

Der Gas Vertrieb konnte sich im Geschäftsjahr 2017 gut behaupten. Nach Jahren kontinuierlicher Kundenverluste konnte im Geschäftsjahr 2017 die Kundenanzahl im eigenen Netzgebiet gehalten werden und im Out-of-Area-Bereich konnten die Lieferstellen von 1.493 im Vorjahr auf jetzt 1.622 Abnahmestellen deutlich gesteigert werden. Dadurch konnte die Gasabgabe an Kunden ebenfalls von 209,4 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 212,4 kWh leicht gesteigert werden. Bei leicht gesunkenen Beschaffungskosten und nahezu konstanten Netzentgelten konnte die Gasvertriebspartei im Geschäftsjahr 2017 ihr Rohergebnis um 318 TEUR im Vergleich zum Vorjahr verbessern.

Entwicklung im Wasserbereich

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Übach-Palenberg sowie in Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt rund 270.000 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die enwor betreibt hierzu ein 1.284 km langes Leitungsnetz (Vorjahr 1.280 km) mit 71.279 Hausanschlüssen (Vorjahr 70.899). Die Wasserabgabe lag mit 15,3 Mio. m³ exakt auf dem Vorjahresniveau. Ein Großkunde wurde aufgrund stark gesteigener Abnahmemengen in einen Sondervertrag überführt, bei ansonsten unveränderten Abgabepreisen lagen die Umsatzerlöse mit 37,5 Mio. EUR annähernd auf dem Vorjahreswert in Höhe von 37,6 Mio. EUR. In den enwor-eigenen Wasserwerken Binsfeldhammer und Hastenrath wurden wiederum wie im Vorjahr 3,1 Mio. m³ Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Alle übrigen Mengen werden aus Oberflächenwasser gewonnen, das die enwor von der

WAG zu einem Wasserbezugspreis von unverändert 69,5 ct/m³ zzgl. Wasserentnahmeentgelt bezogen hat. Bei Wasserbezugskosten in Höhe von 10,5 Mio. EUR und abzuführenden Konzessionsabgaben Wasser in Höhe von 3,8 Mio. EUR konnte die Wassersparte mit 23,1 Mio. EUR wiederum ein sehr gutes Rohergebnis erzielen. Die Abgabepreise an Endkunden werden auch im Geschäftsjahr 2018 unverändert bleiben. Durch die bereits beschriebenen Neuordnungen der Wasserwirtschaft und die für 2018 geplante Übertragung der Grundwasserwerke auf die WAG wird es jedoch bei den Bezugsbedingungen in 2018 zu Veränderungen kommen. In der Planung erwarten wir per Saldo eine Entlastung bei den Wasserbezugskosten und somit für das nächste Geschäftsjahr eine Verbesserung des Rohergebnisses der Wassersparte. Die mit der Stadt Übach-Palenberg seit dem 01. Juli 2016 bestehende Interimsvereinbarung zur Versorgung mit Trinkwasser wurde um ein weiteres Jahr zunächst bis zum 30. Juni 2018 verlängert, da ein nach Abschluss des Wasserkonzessionsverfahrens anhängiges Gerichtsverfahren zwischen einem im Konzessionsverfahren unterlegenen Wettbewerber und der Stadt Übach-Palenberg noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnte.

Entwicklung im Wärmebereich

Wie in Kapitel 2. bereits beschrieben, haben wir unser 100%iges Tochterunternehmen enwor – wärme vor ort GmbH mit Wirkung zum 01. Oktober 2017 auf die Muttergesellschaft enwor – energie & wasser vor ort GmbH verschmolzen. Der Verschmelzung lag eine Schlussbilanz zum 30. September 2017 / 01. Oktober 2017 zugrunde, die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüft wurde und dem Aufsichtsrat auf seiner Sitzung vom 11. Dezember 2017 zur Kenntnis gegeben wurde. Der bis zum Verschmelzungstichtag erwirtschaftete Bilanzgewinn in Höhe von 618 TEUR wurde an die Muttergesellschaft abgeführt. Im letzten Quartal des Geschäftsjahres 2017 wurden sodann im Namen und auf Rechnung der Muttergesellschaft im Wärmemarkt noch Umsatzerlöse von 543 TEUR bei Materialaufwendungen in Höhe von 360 TEUR erzielt, wodurch der Wärmemarkt noch zusätzliches Rohergebnis erwirtschaftete.

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2017 die Betriebsführungen für die Gesellschaften WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH sowie bis zum 30.09.2017 für die enwor – wärme vor ort GmbH durchgeführt. Die Umsatzerlöse lagen in Höhe von 6,8 Mio. EUR auf Vorjahresniveau. Der mit der enwor – wärme bestehende Betriebsführungsvertrag ist mit der Verschmelzung zum 01. Oktober 2017 erloschen. Auch der mit der WAG seit 01. Januar 2004 bestehende Betriebsführungsvertrag wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 beendet. An seine Stelle trat mit Wirkung ab 01. Januar 2018 ein umfassender Dienstleistungsvertrag über die Erbringung von technischen/kaufmännischen Dienstleistungen für die Gewinnung und Aufbereitung von Trinkwasser zwischen der WAG und der enwor, der am 23. Juni 2017 mit einer Erstlaufzeit bis zum 31. Dezember 2027 geschlossen wurde. Damit ist die Fortführung dieses Geschäftsbereiches bei der enwor wieder langfristig gesichert.

Finanzlage

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2017 in ihrem operativen Geschäftsbetrieb weiter in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert

und diese im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert. Eine besondere Investitionsmaßnahme stellte der Neubau einer Trinkwassertransportleitung von Roetgen nach Relais Königsberg dar, die mit einem Investitionsvolumen von 2,5 Mio. EUR fristgerecht im Dezember 2017 abgeschlossen werden konnte. Wie in den Vorjahren hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionstätigkeit in Finanzanlagen weiter zugenommen. Hier investiert die enwor schwerpunktmäßig in den Bereich der regenerativen Energieerzeugungsanlagen, sodass in diesem Bereich der Beteiligungsgesellschaften quasi indirekt mittelbare Investitionen abgewickelt werden. Unser Engagement in Finanzanlagen stieg im Geschäftsjahr 2017 erneut deutlich per Saldo um 3,6 Mio. EUR auf einen Gesamtwert von jetzt 34,1 Mio. EUR. Unter Einbeziehung der Gesellschafterdarlehen einerseits sowie des Anlagenabgangs der enwor – wärme durch Verschmelzung andererseits ergibt sich eine Summe der Finanzanlagen bei enwor in Höhe von 43,6 Mio. EUR. Der Schwerpunkt dieser Investitionstätigkeit lag in 2017 in einer Erhöhung unserer Beteiligung bei der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) in Höhe von 476 TEUR sowie insbesondere bei der Trianel Windkraftwerke Borkum II GmbH & Co. KG (TWB II) mit einer Erhöhung um insgesamt 7,7 Mio. EUR, die sich in einen Teilbetrag von 3,3 Mio. EUR Kommanditkapital und 4,4 Mio. EUR Gesellschafterdarlehen aufteilt. Die darüber hinaus bestehenden Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerke Borkum GmbH & Co. KG (TWB I) sowie die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH) bestehen in gleicher Höhe fort. Auf das Darlehen der TWB I wurden im Geschäftsjahr 2017 erstmals Zinszahlungen geleistet. Aufgrund der zum 31. Dezember 2017 geplanten Transaktionen (Erwerb des bisher angemieteten Kundencenter der enwor in Eigentum, Veräußerung der Talsperren und der TWA Stolberg-Schevenhütte an die WAG) wurden unterjährig in 2017 die über die Möglichkeiten der Innenfinanzierung hinausgehenden Finanzierungsnotwendigkeiten durch die Inanspruchnahme von kurzfristigen Kontokorrentlinien abgedeckt. Durch den planmäßigen Mittelzufluss zum Jahresende wurden diese Linien vollständig zurückgeführt und der Guthabenbestand bei Kreditinstituten konnte mit 21,7 Mio. EUR zum Ende des Geschäftsjahres 2017 deutlich höher als mit 813 TEUR in 2016 ausgewiesen werden. Die Zahlungsfähigkeit der enwor war im Geschäftsjahr 2017 zu jedem Zeitpunkt in voller Höhe gegeben.

Vermögenslage

Ein Vergleich der Bilanzkennzahlen 2016/2017 muss insbesondere die in 2017 einmaligen Geschäftsvorfälle wie die Verschmelzung der enwor – wärme, die Veräußerung der Anlagen an die WAG sowie den Erwerb des enwor-Kundencenters berücksichtigen. Unter Beachtung dieser zum Teil gegenläufigen Auswirkungen beträgt das Anlagevermögen der enwor zum Bilanzstichtag 157,4 Mio. EUR gegenüber 163,1 Mio. EUR im Vorjahr. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bedingt durch die Anlagenabgänge jetzt noch bei 81,3% (vorher 91,0%). Dennoch zeigt das Anlagevermögen immer noch die für Versorgungsunternehmen typische Anlagenintensität auf. Korrespondierend hierzu ist das Umlagevermögen auf 35,5 Mio. EUR angestiegen, im Wesentlichen durch die Veräußerungserlöse, die sich im Bilanzbild als Guthaben bei Kreditinstituten zeigen. Der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme beträgt nunmehr 18,4%. Die Passivseite setzt sich neben dem gestiegenen Eigenkapital in Höhe von 61 Mio. EUR (Vorjahr 49 Mio. EUR) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen in Höhe von 62,8 Mio. EUR, Sonstigen Rückstellungen in Höhe von 12 Mio. EUR und Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 23,9 Mio. EUR zusammen. Das betriebs-

wirtschaftliche Eigenkapital der enwor ist durch das Zusammenwirken der vorstehend beschriebenen Maßnahmen deutlich auf die Quote von 41,38 % im Geschäftsjahr 2017 angestiegen, wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen von 58,62 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 93,10 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen in voller Höhe ab. Hieraus lässt sich auch die Einhaltung des betriebswirtschaftlichen Grundsatzes der fristenkongruenten Finanzierung ablesen.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Das Geschäftsjahr 2017 war – wie bereits in den vorstehenden Kapiteln beschrieben – von mehreren strategischen Neuausrichtungen geprägt, die auch nachhaltige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der enwor zeigen. Um aber eine plausible und damit eine belastbare Prognose der zukünftigen Chancen und Risiken der enwor für die nächsten 10 Jahre abgeben zu können, ist es erforderlich, sich nicht nur mit den Auswirkungen dieser Neuausrichtung zu befassen, sondern auch die Entwicklung des operativen Geschäftes in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung zu betrachten, die weitere Entwicklung unserer Kraftwerksaktivitäten zu prognostizieren, sich intensiv mit Personalaufwendungen und Pensionsrückstellungen zu befassen, eine ebenfalls mittelfristige Investitionsstrategie zu entwerfen und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Beteiligungsportfolios zu bewerten. Diese vorgenannten Sachverhalte hat die enwor im Februar 2017 in eine umfassende Bewertung einfließen lassen, hieraus eine Mehrjahresplanung abgeleitet und diese detailliert mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft beraten. Im Bereich der operativen Geschäftsfelder erwarten wir in der 10-Jahres-Planung in Summe eine konstante Entwicklung. Während die Strom- und Gasversorgung weiter unter erheblichem Wettbewerbsdruck stehen wird, erwarten wir bei der Wasserversorgung und den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen für die WAG gleichbleibend stabile wirtschaftliche Verhältnisse und sehen in neuen Geschäftsfeldern wie Telekommunikation oder energie-nahe Dienstleistungen auch Wachstumspotential. Zudem können wegbrechende Umsatzerlöse auch teilweise durch eingesparte Materialaufwendungen kompensiert werden. Per Saldo erwarten wir aus den klassischen Geschäftsfeldern der enwor ein stabiles Rohergebnis von ca. 56 Mio. EUR in den kommenden Geschäftsjahren. Im Bereich des Stromnetzes sehen wir – maßgeblich getrieben von der für die Elektromobilität notwendigen Ladeinfrastruktur sowie der zunehmenden Digitalisierung bei Industrie- und Gewerbekunden – zusätzlich Investitionsbedarf, um die Leistungsfähigkeit des Verteilnetzes dafür zu steigern. Zusätzlicher Bedarf für Reinvestitionen besteht aufgrund des hohen Alters im Bereich der Haupttransportleistungen im Wassernetz, da in den vergangenen Jahren Investitionsmittel in erster Linie in die Netzerweiterung im Verteilnetz investiert werden mussten. Beides zusammen sind maßgebliche Faktoren für die notwendige Erhöhung der Netzinvestitionen in 2018. Die Situation bei den Beteiligungen an Großkraftwerken hat sich ebenfalls etwas entspannt. Die erfolgreiche Restrukturierung des GuD-Kraftwerkes in Hamm hat zu einer Beendigung unseres Stromlieferungsvertrages (PPA) geführt, dessen Unterdeckung in den zurückliegenden Jahren das Ergebnis der enwor belastet hat. Aufgrund der gegebenen Gesellschafterdarlehen ist die wirtschaftliche Lage des Kraftwerkes zumindest bis zum Jahr 2021 gesichert und aufgrund der Abschaltung der Atomkraftwerke ab dem Jahr 2022 erwarten wir auch für die konventionelle Stromerzeugung ein verbessertes Marktumfeld, das auch die weiteren Aussichten der GuD-Anlage positiv beeinflusst.

Schwieriger ist die Situation im Kohlekraftwerk in Lünen. Zwar konnte hier durch eine Umstellung der Finanzierung eine Reduzierung des Leistungspreises im PPA bewirkt werden, die auch für die Zukunft Wirkung zeigen wird, jedoch sind die mittelfristigen Aussichten für die Kohlestromerzeugung in Deutschland nicht zuletzt aufgrund der CO₂-Diskussion weiter als schwierig zu betrachten. Vor diesem Hintergrund hat enwor weiterhin eine angemessene Drohverlustrückstellung aufrechterhalten. Demgegenüber entwickelt sich die Beteiligung der enwor an regenerativen Stromerzeugungsanlagen weiter positiv. Hauptsächlich über unsere Beteiligungen an den Gesellschaften TOW, TEE, STAWAG Solar, TWB I und TWB II ist ein regeneratives Erzeugungsportfolio im Aufbau, das perspektivisch in den nächsten 10 Jahren steigende Beteiligungserträge zum Ergebnis der enwor beisteuern wird. Bei den Personalaufwendungen erwarten wir im Bereich Löhne und Gehälter eine Steigerung um 2% per anno, während wir im Bereich der sozialen Aufwendungen mittelfristig eine Entlastung sehen. Dies ist auf den Zinseffekt bei den Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Spätestens ab 2023 erwarten wir das Ende der schrittweisen Absenkung des HGB-Rechnungszinses und somit keine zinsinduzierten Zuführungen zur Pensionsrückstellung mehr. Bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 hatten wir nur noch in der handelsrechtlichen Bilanz eine Zuführung zur Pensionsrückstellung, während in der steuerrechtlichen Bilanz bereits ein Auflösungsbetrag zu verzeichnen war. Mittelfristig erwarten wir bei der wirtschaftlichen Entwicklung der enwor wieder ein stabiles Jahresergebnis nach Steuern von über 8 Mio. EUR, so dass sich auch nach der Neuausrichtung die bisherige erfreuliche Ergebniskonstanz der enwor wieder einstellen wird. Die enwor wird die aus der Neustrukturierung resultierenden Einmalerträge in den Zwischenjahren zur Stabilisierung der Ergebnisse einsetzen und dadurch für ihre Gesellschafter eine Gewinnausschüttung auf gleichbleibend hohem Niveau sicherstellen. Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahr 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & wasser vor ort GmbH erstellt. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung und leitet in Abstimmung mit den verantwortlichen Mitarbeitern ggf. die erforderlichen Maßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Aufsichtsrat ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die Gesellschaft führt die überörtliche Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, den Wassertransport und die Wasseraufbereitung aus der Rur-Schiene sowie nach deren Übernahme auch aus der Wehebachtalsperre für die Gesellschafter durch. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck zu dienen.

Die WAG betreibt an den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen und Wehebachtalsperre in Stolberg Schevenhütte Trinkwasseraufbereitungsanlagen für ihre Gesellschafter enwor und STAWAG. Weiterhin beliefert sie die WML Waterleiding Maatschappij Limburg in den Niederlanden, den Perlenbachverband und die Stadtwerke Düren mit Trinkwasser.

Öffentliche Zwecksetzung

Gemäß § 50 WHG ist die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung (öffentliche Wasserversorgung) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Umfang und Verteilung der Aufgaben bestimmen sich im Einzelnen nach einer vom Aufsichtsrat zu erlassenden Geschäftsordnung. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 stimmberechtigten und sechs beratenden Mitgliedern. Stimmberechtigte Mitglieder sind: Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, ein Geschäftsführer der enwor, ein Vorstandsmitglied der STAWAG, je 5 vom Städteregionstag vorgeschlagene und von enwor entsandte Vertreter sowie vom Rat der Stadt Aachen vorgeschlagene und von der STAWAG entsandte Vertreter. Beratende Mitglieder sind: Ein vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen zu bestimmender Fachbeamter der StädteRegion, ein vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen zu bestimmender Fachbeamter der Stadt, der Technische Betriebsleiter des enwor, der Technische Betriebsleiter der STAWAG, der Betriebsratsvorsitzende der enwor, der Betriebsratsvorsitzende der STAWAG.

Neben den stimmberechtigten und den beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats kann zugleich für ein jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied durch die vorschlagende bzw. bestimmende Stelle benannt werden. Die Stellvertreter haben ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates nur, wenn die ordentlichen Mitglieder selbst nicht anwesend sind.

Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sein Vertreter ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die STAWAG durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und durch ein Vorstandsmitglied, die enwor durch den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen und durch einen Geschäftsführer vertreten. Die Stimmen jedes Gesellschafters dürfen nur einheitlich abgegeben werden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dipl.-Ing. Walter Dautzenberg	
	Dipl.-Kfm. Johannes Grote	– bis 01.07.2017
	Dipl.-Ing. Rudolf Roß	– ab 01.07.2017

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stimmberechtigte Mitglieder:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Uwe Zink	Dezernent bis 31.08.2017
	Thomas Pilgrim	kom. Dezernent – ab 01.09.2017

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52159 Roetgen

gezeichnetes Kapital: 1.100.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
STAWAG	550.000	50
enwor	<u>550.000</u>	<u>50</u>
	1.100.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	– in T€ –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	35.718	33.802.141	67.886.345
I. Imm. Vermögensgegenst.	5.416	5.392.619	6.822.106
II. Sachanlagen	30.252	28.359.522	61.064.237
III. Finanzanlagen	50	50.000	2
B. Umlaufvermögen	4.390	5.594	8.090
I. Vorräte	41	60.289	67.914
II. Forderungen/sonst. VG	2.539	2.381.541	7.593.645
III. Kassenbestand, Guthaben	1.810	3.151.951	428.253
C. Rechnungsabgrenzungsposten	336	232.972	222.621
Bilanzsumme Aktiva	40.445	39.628.894	76.198.778
A. Eigenkapital	16.193	18.331.525	21.041.109
I. Gezeichnetes Kapital	1.100	1.100.000	1.100.000
II. Kapitalrücklage	12.322	12.322.134	12.322.134
III. Gewinnvortrag	1.216	2.771.308	4.909.391
IV. Jahresüberschuss	1.555	2.138.084	2.709.583
B. SoPo Investitionszuschüsse	2.160	2.151.649	1.848.019
C. Rückstellungen	827	824.453	1.056.745
D. Verbindlichkeiten	21.265	18.321	52.253
Bilanzsumme Passiva	40.445	39.629	76.199
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2015	 2016	 2017
	– in T€ –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	27.261	27.324.439	28.515.014
Materialaufwand	19.598	19.522.558	20.090.642
Abschreibungen	3.416	3.209.972	3.128.039
Steuern v. Einkommen und Ertrag	850	1.160.191	1.485.064
Jahresüberschuss nach Steuern	1.555	2.138.084	2.709.583

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	(betriebsgeführt durch Mitarbeiter der enwor)		

Leistungskennziffern	2015 in Tm ³	2016 in Tm ³	2017 in Tm ³
Entnahme:			
Dreilägerbachtalsperre	4.407	4.525	4.211
Kalltalsperre	12.433	13.568	12.042
Obersee	12.136	9.483	13.560
Wehebachtalsperre	7.724	8.996	7.931
Summe Entnahme	36.699	36.571	37.744
Abgabe:			
enwor	13.607	14.056	14.170
STAWAG	13.560	13.016	13.732
WML Waterleiding Maatschappij Limburg	5.134	5.163	5.109
Perlenbach Zweckverband	0,3	0,3	03
Stadtwere Düren	3.226	3.194	3.556
Summe Abgabe	35.528	35.430	36.567
Spülwasserverluste:	1.172	1.141	1.177
in % von Entnahme	3,19	3,12	3,12

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der WAG über die enwor GmbH mittelbar beteiligt. Zwischen der WAG und der enwor GmbH besteht ein Betriebsführungsvertrag, darüber hinaus ein Wasserlieferungsvertrag sowie ein Netznutzungsvertrag.

Zwischen der StädteRegion Aachen und der WAG besteht ein Avalkreditvertrag über die Übernahme einer kommunalen, modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der WAG zur teilweisen Besicherung der Finanzierung des Neubaus einer Membranfiltrationsanlage. Die vereinbarten Avalprovisionen der WAG werden durch die enwor GmbH jährlich zugunsten des Haushaltes der StädteRegion geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Das Absatzvolumen der WAG stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. m³ auf 36,6 Mio. m³. Mit diesem Wert wurde die höchste Wasserabgabe seit dem „Jahrhundertsommer“ 2003 erreicht. Bis auf die WML, die geringfügig weniger Wasser als im Vorjahr entnommen hat, hatten alle Kunden teils erheblich höhere Wasserbezüge, enwor bezog ca. 0,1 Mio. m³ mehr als im Vorjahr, während STAWAG bedingt durch die zeitweise Außerbetriebnahme einer Grundwasseranlage mehr als 0,7 Mio. m³ über dem Vorjahresbezug lag. Auch die SWD nahm, infolge der geringeren Eigenförderung,

0,4 Mio. m³ mehr ab als im Vorjahr. Der Planansatz in Höhe von 34,4 Mio. m³ wurde somit deutlich übertroffen. Das abgegebene Wasser entsprach jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Lage

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 571 T€ auf insgesamt 2.710 T€. Das Ergebnis vor Steuern beträgt 4.239 T€. Damit wurde das Vorjahresergebnis (3.341 T€) um 898 T€ übertroffen. Die Umsatzerlöse des Jahres 2017 erreichten 28.515 T€ und lagen damit um 1.191 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 28.059 T€ (Vorjahr 27.013 T€), die in Höhe von 1.829 T€ (Vorjahr 1.771 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 74 T€ (Vorjahr 77 T€) erzielt werden. Bei den Umsatzerlösen sind auch Erlöse aus Miet- und Pachteinahmen (56 T€), aus Holzverkäufen (170 T€) sowie sonstige Einnahmen (157 T€) ausgewiesen. Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichen 354 T€. Sie beinhalten im Wesentlichen die Auflösung von Sonderposten in Höhe von 304 T€ sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (37 T€). Die Materialaufwendungen lagen insgesamt mit 20.091 T€ um 568 T€ über dem Vorjahresniveau. Der Einmaleffekt bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen aus dem Vorjahr in Höhe von 394 T€ wegen zurückgeforderten Stromsteuerentlastungen zeigte sich nicht mehr, so dass beim periodenfremden Aufwand eine Verbesserung in Höhe von 392 T€ ausgewiesen ist. Der von der WAG wegen der Rückforderung eingelegte Einspruch beim Hauptzollamt Aachen war bis zum Jahresabschluss 2017 noch nicht abschließend geklärt. Im Bereich der Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen die Kosten für Strombezug um 225 T€ auf 1.499 T€, die Fremdleistungen für die Unterhaltung der Anlagen um 391 T€ auf 2.481 T€. Weiterhin stieg der Betriebsführungsaufwand infolge einer einmaligen Ausgleichszahlung für noch zu erstattende Pensionsrückstellungen um 220 T€ auf 4.937 T€. Die Beitragshöhe für den Wasserverband Eifel-Rur (WVER) sank leicht um 11 T€ auf 1.606 T€. Aufgrund der oben dargestellten Effekte stieg der Rohertrag (Umsatzerlöse ./ Materialaufwand) von 7.711 T€ auf 8.060 T€ in 2017 an. Die Abschreibungen auf Sachanlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 111 T€, während die Abschreibung für immaterielle Wirtschaftsgüter um 29 T€ angestiegen ist. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Unterhaltungsaufwendungen für Betriebsgebäude, die auch Lohnkosten für enwor-Mitarbeiter beinhalten, Versicherungsaufwendungen sowie Gebühren, Beratungs- und Prüfungskosten. Insgesamt belaufen sich die Instandhaltungskosten auf 346 T€ (Vorjahr 437 T€). Die Reduzierung um 91 T€ resultiert aus deutlich niedrigerem Aufwand für die Unterhaltung von Betriebsgebäuden. Auch die Aufwendungen für Gutachter- und Beratungsleistungen gingen um 31 T€ auf 127 T€ zurück. Die periodenfremden Aufwendungen fielen um 9 T€ geringer aus als im Vorjahr. Insgesamt konnten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 134 T€ auf 712 T€ gesenkt werden. Das weiterhin niedrige Zinsniveau sowie der geringe Bestand an liquiden Mitteln führten zu einem geringen Zinsertrag in Höhe von 7 T€. Da im Verlauf des Jahres auch der Darlehensbestand weiterhin reduziert werden konnte, verbesserte sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 45 T€ auf -674 T€. Zur Finanzierung des Kaufs der bisher von enwor gepachteten Anlagen sind zum 31.12.2017 neue Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 38,1 Mio. €

aufgenommen worden, deren Auswirkungen sich erst im Finanzergebnis des Jahres 2018 zeigen werden. Weiterhin ist eine Abschreibung auf die Finanzanlage aus der Beteiligung der WAG am IWW durchgeführt worden. Aufgrund der dargestellten positiven wirtschaftlichen Entwicklung schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem deutlich höheren Jahresüberschuss nach Steuern von 2.710 T€ gegenüber dem Vorjahr (2.138 T€) ab. Die Planabweichung für das Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 in Höhe von 1.037 T€ (Plan: 1.673 T€, Ist: 2.710 T€) resultiert überwiegend aus einer deutlichen Umsatzsteigerung in Höhe von 1.888 T€ (Plan: 26.627 T€, Ist: 28.515 T€). Diese Steigerung ist primär durch die witterungsbedingte Mehrabgabe von Trinkwasser begründet, die Erlöse sind hierfür gegenüber dem Planansatz um 1.499 T€ gestiegen. Da durch diese Mengenmehrung auch gegenläufige Effekte wie z.B. Mehraufwand für Pumpstrom bedingt sind, ergibt sich in der Gesamtbetrachtung die oben genannte Planabweichung.

b) Finanzlage

aa) Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Kaufs der Dreilägerbachtalsperre, Kalltalsperre und der TWA Wehebachtalsperre hat die Gesellschaft zum 31.12.2017 Darlehen in einer Gesamthöhe von 38,1 Mio. € aufgenommen. Das Gesamtvolumen ist in drei Kreditlinien unterteilt. 21,8 Mio. € wurden mit einer 30-jährigen Laufzeit aufgenommen, 12,3 Mio. € mit 15-jähriger Laufzeit und 4 Mio. € mit 5-jähriger Laufzeit. Im Übrigen ist die Kapitalstruktur unverändert. Die Darlehen wurden planmäßig getilgt.

bb) Investitionen

Der Investitionsplan 2017 hatte ein genehmigtes Volumen von 1.440 T€. Hiervon wurden lediglich 500 T€ für den Kauf von Grundstücken, Baumaßnahmen, Maschinen und Anlagen benötigt. Zwei größere Vorhaben zur Umsetzung des Hygienekonzepts konnten wegen ausstehender Genehmigungen nicht umgesetzt werden und wurden ins Folgejahr verschoben. Abgeschlossen wurden die maschinelle und elektrotechnische Ausrüstung des Bodenfilters in Dreiborn, sowie die noch ausstehenden Restarbeiten an der Zentrifuge der TWA Roetgen. Weiterhin wurde in der TWA Roetgen die Regelungstechnik der Chloranlage erneuert. Einen weiteren Investitionsschwerpunkt bildete die Anpassung der IT Sicherheit an die Forderungen aus der BSI Kritis Verordnung. Der Investitionsplan für 2018 sieht Ausgaben in Höhe von 2.475 T€ vor. Diese betreffen Investitionen in die Einzugsgebiete (z.B. Bau von Retentionsfiltern), in Wassergewinnungsanlagen (z.B. Mess- und Regeltechnik) und in die Wasseraufbereitungsanlagen (z.B. Anpassung an IT-Sicherheitsstandard). Die Finanzierung erfolgt über den laufenden betrieblichen Cash-Flow.

cc) Liquidität

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben. Durch die Aufnahme von 3 neuen Krediten mit einem Gesamtvolumen von 38,1 Mio. € konnten die Kaufpreise für die bisher gepachteten Anlagegegenstände zum Jahresende 2017 beglichen werden. Der Finanzmittelbestand zum Ende des Jahres betrug 428 T€. Vermögenslage Im Geschäftsjahr 2017 sind im Zuge der Maßnahmen zur Neuordnung der WAG die bisher von enwor gepachteten Vermögensgegenstände Kalltalsperre, Dreilägerbachtalsperre und die TWA Schevenhütte, die

jeweiligen zugehörigen Grundstücke einschließlich dem Aufwuchs sowie das Hygienekonzept als immaterielles Wirtschaftsgut zum Stichtag 31.12.2017, 24:00 Uhr käuflich erworben worden. Der Kaufpreis beträgt 36,2 Mio. €. Zur Finanzierung des Kaufpreises zuzüglich zu entrichtender Steuern sind Kredite mit einem Gesamtvolumen von 38,1 Mio. € aufgenommen worden. Dieser Vermögenszuwachs erklärt die deutlichen Veränderungen in der Bilanz des Jahres 2017 im Vergleich zum Vorjahr: das Anlagevermögen hat sich mit einem Zuwachs von 34,1 Mio. € auf 67,9 Mio. € mehr als verdoppelt und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 34,3 Mio. € auf insgesamt 51,6 Mio. € angewachsen. Die Bilanzsumme hat sich hierdurch von 39,6 Mio. € im Jahr 2016 auf 76,2 Mio. € erhöht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Durch den Kauf der Dreilägerbach- und Kalltalsperre sowie der TWA Wehe einschließlich der jeweils zugehörigen Grundstücke erhöhte sich das Anlagevermögen um 34,1 Mio. € auf 67,9 Mio. €. Zur Finanzierung des Kaufpreises sind 3 neue Kredite mit einem Gesamtvolumen von 38,1 Mio. € aufgenommen worden. Durch die Tilgung schon bestehender Kredite im Laufe des Jahres konnten die Verbindlichkeiten für die Alt-Kredite um 3,77 Mio. € gesenkt werden. Somit bestanden zum 31.12.2017 insgesamt Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 51,6 Mio. €. Im gleichen Zeitraum stieg das Eigenkapital aufgrund der Erhöhung der Gewinnvorträge um 2.710 T€ auf 21,0 Mio. €. Infolge der Vermögensveränderungen erhöhte sich die Bilanzsumme um 39,6 Mio. € auf 76,2 Mio. €. Da die insgesamt 6 Grundwasserwerke einschließlich Grundstücke in den Wasserschutzgebieten von enwor und STAWAG erst rückwirkend zum 01.01.2018 an die WAG übertragen werden sollen, stellt sich die Eigenkapitalquote der WAG zum 31.12.2017 mit einem Wert von 27,6 % dar.

Prognose- und Risikobericht

Prognosebericht

Die Entwicklung des Wasserabsatzes in den letzten Jahren ist stetig gestiegen. Durch die Besonderheiten im Wasserwirtschaftsjahr 2016/2017 stieg die Abgabe von Trinkwasser nochmals von 35,4 Mio. m³ in 2016 auf 36,6 Mio. m³ in 2017. Diese hohen aus Talsperrenwasser aufbereiteten Mengen werden aber von der Geschäftsführung nicht als Basis für die weiteren Planungen unterstellt; vielmehr wird hierfür auf die langjährigen Mittelwerte zurückgegriffen. Durch die vorgesehene Einlage der insgesamt 6 Grundwasserwerke von den Gesellschaftern enwor und STAWAG in die WAG sowie der ab 2018 geltenden neuen Wasserlieferverträge mit enwor und STAWAG können die Planzahlen für das Jahr 2018 nicht mehr direkt mit den Zahlen aus den Vorjahren ins Verhältnis gesetzt werden. Als Gesamt-Wasserlieferant für die Kunden enwor und STAWAG sowie unter Berücksichtigung der Mengen für WML, Stadtwerke Düren und dem Perlenbachverband wird für 2018 mit einer Gesamtwasserabgabe in Höhe von rund 41,5 Mio. m³, bestehend aus ca. 35,5 Mio. m³ Talsperrenwasser und aus ca. 6 Mio. m³ Grundwasser, gerechnet. Durch das neue, ab 2018 geltende Preismodell für die Belieferung der Gesellschafter enwor und STAWAG werden die Umsatzerlöse trotz steigender Wasserabgaben gegenüber dem Jahr 2017 um 2,1 Mio. € auf 26,4 Mio. € absinken. Die Materialaufwendungen werden sich durch den weiteren

Tausch der Filtermembranen in der TWA Roetgen, durch den Entfall der Pachtzahlungen für die in 2017 gekauften Anlagegegenstände sowie durch die neuen Dienstleistungsverträge mit enwor und STAWAG, bei denen die technischen Dienstleistungen weiterhin im Materialaufwand gezeigt werden, um 3,6 Mio. € auf 16,5 Mio. € reduzieren. Somit wird ein voraussichtlicher Rohertrag in Höhe von 9,8 Mio. € (2017: 8,1 Mio. €) erwartet. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen insbesondere durch die nun von enwor und STAWAG zu erbringenden kaufmännischen Dienstleistungen und den in den Dienstleistungsverträgen vereinbarten Regelungen für die Ansprüche zur Altersversorgung für enwor und STAWAG um 1,4 Mio. € auf 2,1 Mio. €. Darin enthalten sind auch die Versicherungsprämien für die bisher gepachteten Anlagen, die nun direkt von der WAG geleistet werden. Somit wird für das Geschäftsjahr 2018 ein Betriebsergebnis in Höhe von 2,9 Mio. € erwartet, das damit um 2,0 Mio. € geringer als in 2017 ausfallen wird. Durch die Bedienung der zum Erwerb der bisher gepachteten Anlagen aufgenommenen Kredite steigt der Zinsaufwand um 455 T€, so dass im Ergebnis ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,1 Mio. € (2017: 2,7 Mio. €) erwartet wird. Das Recht zur Entnahme von Wasser aus der Wehebachtalsperre war bis zum 31.12.2016 befristet. Das Anfang 2017 von der Bezirksregierung Köln begonnene Verfahren zur Erteilung eines neuen Wasserrechts konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Bezirksregierung hat daher hilfsweise eine auf 2 Jahre befristete Erlaubnis zur Entnahme erteilt. Im Februar 2018 fand die Erörterung der Einwände Dritter statt. Es wurden keine eine Bewilligung gefährdenden Einwände erhoben. Die Bezirksregierung Köln hat die Verleihung der Bewilligung im Sommer 2018 in Aussicht gestellt. Im Verfahren zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets Wehebachtalsperre hat die Bezirksregierung Köln keine neuen Aktivitäten entfaltet. Mit dem Wasserverband Eifel – Rur wurden erste Gespräche geführt, um eine Nachfolgeregelung für die zum 31.12.2020 auslaufenden Kooperationsverträge zur Minimierung der mikrobiologischen Belastung von Kalltalsperre und Obersee (Hygienekonzept) zu erörtern.

Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (Kon-TraG) hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Die WAG ist deshalb in das Risikomanagementsystem der Betriebsführerin enwor eingebunden. Im Geschäftsjahr 2017 hat die Geschäftsführung mit Unterstützung der enwor 20 Risiken identifiziert, die regelmäßig einer Betrachtung unterzogen werden. Diese wurden strukturiert und nach Risikoursachen einem Risikoverantwortlichen zugeteilt. Im Wesentlichen werden drei unterschiedliche Risikoursachen beobachtet:

- wirtschaftliche Risiken
z. B. Preisentwicklung bei Energie und Zusatzstoffen
- administrative Risiken
z. B. Wasserentnahmerechte und Wasserschutzgebiete
- elementare Risiken
z. B. Hochwasser, Erdbeben, Unfälle in Atomkraftwerken

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und sich aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken abzeichnen. Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.



Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und des Segelfluggeländes Aachen–Merzbrück. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to Höchstabfluggewicht. Er steht ferner der Rheinisch–Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der Fachhochschule Aachen für wissenschaftliche und Forschungszwecke zur Verfügung. Beim Betrieb und beim Ausbau des Flugplatzes sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die “Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen” vom 05.01.1999 (BGBl. I S. 3) zu beachten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaftern wie folgt entsandt werden:

Stadt Aachen	2 Mitglieder
Stadt Eschweiler	2 Mitglieder
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	2 Mitglieder
Fluggemeinschaft Aachen	1 Mitglied
StädteRegion Aachen	1 Mitglied

Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist von dem entsendenden Gesellschafter ein Vertreter zu bestimmen. Die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder können von dem Gesellschafter, der sie entsandt hat, jeder Zeit abberufen und durch andere Personen ersetzt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates soll der jeweilige Bürgermeister der Stadt Würselen gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden soll eines der beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt Aachen gewählt werden.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städtereionstag bestellt.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Uwe Zink

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

	Josefine Lohmann	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 57.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.535,00	14,97
Stadt Aachen	14.256,00	25,01
Stadt Eschweiler	14.256,00	25,01
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	14.256,00	25,01
FGA e.V.	<u>5.697,00</u>	<u>10,00</u>
	57.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	1.674.154	1.680.790	1.736.598
I. Imm. Vermögensgegenst.	3.526	1.893	365
II. Sachanlagen	1.670.628	1.678.897	1.726.233
B. Umlaufvermögen	497.503	517.297	478.233
I. Vorräte	1.112	1.810	1.450
II. Forderungen / sonst. VG	78.856	69.289	58.369
III. Kassenbestand, Guthaben	417.535	446.197	418.421
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	11.294
Bilanzsumme Aktiva	2.171.657	2.198.087	2.226.125



	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
A. Eigenkapital	559.930	653.488	749.7
I. Gezeichnetes Kapital	57.000	57.000	57.0
II. Kapitalrücklage	246.304	294.306	344.2
III. Gewinn-/Verlustvortrag	182.038	256.626	302.1
IV. Jahresüberschuss	74.588	45.556	46.3
B. Rückstellungen	32.452	33.832	37.1
C. Verbindlichkeiten	1.550.961	1.482.454	1.415.0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	28.314	28.314,02	24.1
Bilanzsumme Passiva	2.171.657	2.198.087	2.226.1

	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
Gewinn- und Verlustrechnung:			
Umsatzerlöse	333.511	329.206	321.223
Sonst. betriebl. Erträge	55.152	50.858	48.656
Materialaufwand	1.737	1.517	2.171
Personalaufwand	188.865	195.098	206.699
Sonst. betriebl. Aufwendungen	108.221	122.588	101.358
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	98.216	106.773	103.563
Ergebnis nach Steuern	74.890	45.858	46.648
Jahresüberschuss nach Steuern	74.588	45.556	46.346

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	15	15	15
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	77,09	76,47	78,01
Eigenkapitalquote	25,78	29,73	33,68
Anlagendeckungsgrad I	33,45	38,88	43,17
Liquidität 1. Grades	431,37	486,57	461,89



Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Ergebnisverwendung bzw. Verlustabdeckung ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Haushaltsjahr 2017 hat die StädteRegion im Rahmen der Verlustabdeckung (anteilige Pachtkosten und Übernahme Kapitaldienstleistungen) insgesamt 21.766,91 € an die FAM geleistet. Die FAM GmbH leistet ihrerseits Miet- und Pachtzahlungen für den Tower sowie die Hallen auf dem Gelände in Merzbrück an die StädteRegion Aachen. In Vorbereitung des Flugplatzausbaus wurden außerdem Ende des Jahres 2009 Grundstückskäufe notariell beurkundet, welche in 2010 bilanzwirksam wurden. Im Zusammenhang hiermit haben die Gesellschafter Beschlüsse getroffen (vgl. Vorlage 2009/0482 für die Sitzung des Städteregionstages am 10.12.2009), die die Übernahme von Ausfallbürgschaften sowie die Übernahme von Finanzierungskosten für ein durch die Grundstückskäufe erforderlich gewordenen Darlehen sicherstellen. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht, es ist lediglich ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen der Entwicklung der FAM GmbH und der Entwicklung der AKM Gesellschaften zu nennen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht zum 31.12.2017 führt aus, dass die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt wurden, vgl. Absatz 1 des vorstehenden Berichtes.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gremien

Im Geschäftsjahr 2017 haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung je dreimal getagt. Das Jahresergebnis 2016, die Entlastung des Aufsichtsrates und die Entlastung des Geschäftsführers wurden in der 82. Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der 56. Gesellschafterversammlung am 29.11.2017 beschlossen. Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Weltweit liegen Flugzeugverkäufe in den USA fast dreimal so hoch wie im Bereich Europas. Die amerikanische Gesellschaft hat ein anderes Verhältnis zum Fliegen generell. Im letzten Jahr ist der Anteil von Kolbenmaschinen und Turbopropmaschinen in Europa gestiegen. Sollte es zu einer Entwicklung eines neuen kostengünstigen und leisen Flugzeuges kommen und die Einstellung des europäischen Marktes sich in Richtung amerikanischer Markt entwickeln, könnte das Verhältnis des Geschäftsreisenden zum Individualflug gegenüber dem Linienflug sich zugunsten der Verkehrslandeplätze verändern. Sollte es zu einem Ausbau des VLP kommen, wird dies laut Gutachten im Geschäftsreiseflugverkehr einen Zuwachs von max. 2 % bedeuten. Bei 18.995 Geschäftsreiseflügen bedeutet dies im Jahr 380 Flüge mehr. Auf dem Verkehrslandeplatz (VLP)



Aachen — Merzbrück dürfen neben den motorgetriebenen Luftfahrzeugen auch Segelflugzeuge operieren. Aus der Betriebsgenehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf, Landesluftfahrtbehörde, sind die weiteren auf dem Platz zugelassenen Luftfahrzeuge und deren Beschränkungen zu entnehmen. Der VLP Aachen-Merzbrück ist durch einen Bauschutzbereich geschützt. Er unterliegt der Betriebspflicht und muss deshalb im Rahmen der Öffnungszeiten der Allgemeinen Luftfahrt zur Verfügung stehen. Die Öffnungszeiten sind von 09:00 — SS (sunset), längstens 20:30 Uhr. Für Nutzer des Platzes besteht die Möglichkeit über PPR-Anfrage (prior permission required) eine Früh- oder bis 22:00 Uhr Spätabfertigung morgens ab 07:00 Uhr oder abends zu beantragen. Dies bedarf der Zustimmung der FAM GmbH. Gemessen an der Zahl der Flugbewegungen von durchschnittlich 40.000 – 42.000 Flugbewegungen liegt der VLP Aachen-Merzbrück im oberen Drittel aller Verkehrslandeplätze in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Kauf des Grundstückes zur Verlängerung und Verlegung der Start-/Landebahn haben die Gesellschafter die Aufwendungen für Zins und Tilgung übernommen. Die Tilgungsleistungen werden der Kapitalrücklage der FAM zugeführt. Außerdem erhält die FAM seit 1998 jährlich einen Pachtzuschuss von den Gesellschaftern von jährlich rd. 29.000 Euro und zusätzlich von der FGA einen Betriebskostenzuschuss von jährlich 10.000 Euro.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Ergebnis des VLP Aachen-Merzbrück hat nur wenige Stellschrauben, um dieses zu beeinflussen. Für die Landeentgelte wirkt sich das tägliche Wetter auf die Zahl der Flüge aus. Die Anzahl der Flugbewegungen hat sich mit 41.668 auf dem Level der Vorjahre gehalten. Die gewerblichen Flugbewegungen, die derzeit hauptsächlich aus den Bewegungen der Flugschule resultieren, sind in den letzten Jahren stetig leicht gefallen und die nichtgewerblichen im gleichen Bereich leicht gestiegen. Im Bereich der Segelflüge hat sich dank der Aktivitäten der Vereine die Anzahl der Bewegungen gesteigert. Hierbei ist sicherlich hilfreich, dass es sich um einen leisen, im Vereinsverbund kostengünstigen und für die Entwicklung des Piloten erfahrungsreichen Sport handelt. Für alle – vor allem Jugendliche — ist der Segelflug der Eingangssport für das Fliegen. Insgesamt bewegt sich die Entwicklung der Flugbewegungen in einem Bereich von 40.000 – 42.000 Flugbewegungen pro Jahr. Eine Flugbewegung ist in der Luftfahrt der zusammenfassende Begriff für Start und Landung. Der Start und die Landung zählen jeweils als einzelne Flugbewegung. Auch im Hinblick auf Fluglärm spielt – neben zahlreichen weiteren Faktoren — die Anzahl an Flugbewegungen und deren Verteilung über den Tagesverlauf eine bedeutende Rolle. Die höchsten Flugbewegungen lagen 1991 bei knapp unter 80.000. Die Einnahmen aus den Flugbewegungen ergeben sich nur aus den Landungen. Die Entgelte reichen von der Gewichtsklasse bis 1.000 kg (je Landung 6,65 €) bis 3.000 kg – der höchstzulässigen Gewichtsklasse auf unserem VLP – bei erhöhtem Schallschutz von 32,85 €. Generell bemessen sich unsere Landegebühren nach Gewicht und Schallschutz. In 2018 soll die Entgeltordnung der Kostenentwicklung und den Erfordernissen des Schallschutzes weiter angepasst werden. Eine weitere finanzielle Stellschraube sind die Veranstaltungen auf dem Verkehrslandeplatz. Hiernach können bis zu 5 Veranstaltungstage auf dem Verkehrslandeplatz jährlich geplant werden, bei denen der Verkehrslandeplatz mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf geschlossen wird. Hierfür gibt es keine Entgelterstattung. Die Veranstaltungen sind mit der Luftaufsicht in Düsseldorf und der örtlichen Ordnungsbehörde der Stadt Würselen abgestimmt. Ein weiteres Problem für die Durchführung größerer Veranstaltungen



sind die Verkehrs- und die Parkverhältnisse. Auf dem Gelände des Verkehrslandeplatzes wäre eine Veranstaltung mit bis zu 50.000 Besuchern möglich. Die Einnahmen lägen bei einer solchen Veranstaltung für die FAM in der Größenordnung von über 20.000 Euro. Das Risiko steigt bei Open-Air Veranstaltungen im Verhältnis mit der Größenordnung für den Veranstalter. Die Zahl der Veranstaltungen ist nach der Absage einer Veranstaltung in 2015 rückläufig. 2017 sind die Einnahmen um 15.000 Euro zurückgegangen. Vier Jahre nach dem Erörterungstermin in Alsdorf wurden von der Bezirksregierung in Düsseldorf die Ergebnisse in schriftlicher Form vorgelegt und am 27.03.2017 der Planfeststellungsbeschluss festgestellt. Der Planfeststellungsbeschluss weist eine intensive Auseinandersetzung mit dem Lärm auf, die im Vorfeld schon zu Forderungen nach Messeinrichtungen an verschiedenen Orten durch die Bezirksregierung führten, die an zwei Orten aber abgewendet werden konnten. Der dritte Messpunkt im Gewerbegebiet Marshallstrasse führte zu einer Klage durch die FAM gegen den Planfeststellungsbeschluss. Eine Lärmmessstelle wäre über 10 Jahre zu Lasten der FAM zu unterhalten und nach dieser Zeit müsste ein weiteres Gutachten der Bezirksregierung Düsseldorf vorgelegt werden. Mit dem gewählten Weg über einen Gutachter soll durch Direktmessung und Berücksichtigung der Baunormungen stattdessen das Problem gelöst werden. Bei der Klage der Privatperson wird die Lösung über eine Vermittlung gesucht. Im Mai 2017 gründeten neun Professoren der RWTH und FH die Air s.Pace GmbH. Sie wurde im Tower der FAM angesiedelt, damit die Erforschung eines neuen Prototypen eng mit den Möglichkeiten des Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück verbunden werden kann. Falls es zur Entwicklung des Prototypen kommt, wird es bis zur Nutzung des VLP mindestens ein Jahr dauern, bis erste Ergebnisse der Erforschung sichtbar werden. Auf diesem Weg wird die Frage der Förderung durch das Land zu klären sein.

Geschäftsergebnis

Der Jahresüberschuss (46.345,98 Euro) entspricht in etwa dem des Vorjahres 2016 (45.555,64 Euro). Signifikante Veränderungen gegenüber den Vorjahren sind nicht festzustellen. Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betreffen hauptsächlich Landegebühren, Pachteinahmen, Provisionserlöse (Total) und Erlöse aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit (Städteregion Aachen, Stadt Aachen, Aachener Kreuz Merzbrück GmbH, ADAC). Die ergebniswirksamen Zuschüsse betragen derzeit 105.359,04 Euro. Die Erträge des operativen Geschäftes sind hauptsächlich durch die Landegebühren geprägt:

199.233 €	Landegebühren und Sonderentgelte
5.464 €	Erlöse Segelflug
4.921€	Nutzungsgebühren

und auch weiterhin deutlich positiv. Fehlendes Eigenkapital für die geplanten investiven Maßnahmen erfordern Zuschüsse der Gesellschafter.

Umsatzentwicklung

Die Eigenkapitalquote von 33,67 % ist als zufriedenstellend einzustufen. Dadurch dass die Tilgung der Kapitalrücklage zugeführt wird, verbessert sich dieser Wert zunehmend. Die Liquidität 1. Grades hat sich wie folgt verändert:



Bankbestand x 100

Verbindlichkeiten bis zu 1 Jahr

Für die Jahre 2017 und 2016 ergeben sich folgende Werte:

2017: $418.420,61 \text{ €} * 100 / 90.588,01 \text{ €} = 461,89 \%$

2016: $446.197,51 \text{ €} * 100 / 91.703 \text{ €} = 486,57 \%$.

Die Werte zeigen, dass die Gesellschaft zum Bilanzstichtag 31.12.2017 bzw. 31.12.2016 in der Lage war, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten vier- bis nahezu fünffach zu decken.

Investitionen

Die Investitionen konzentrierten sich in der Hauptsache auf die zukünftige Landebahn. Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Gebühren und gutachterliche Tätigkeit. Darüber hinaus notwendige Investitionen wurden zurückgestellt.

Finanzierungsmaßnahmen bzw. –Vorhaben

Durch die Ansiedlung der Air s.Pace GmbH hat sich ein Unternehmen aus dem Bereich der RWTH/FH auf dem VLP angesiedelt. Neun Professoren aus dem Bereich der RWTH und FH kommend von unterschiedlichen Lehrstühlen beabsichtigen, einen leisen und kostengünstigen Prototypen im Bereich der Luftfahrt zu entwickeln. Die Frage einer Förderung des Ausbaues des VLP steht noch aus.

Personal und Sozialbereich

Zwei Drittel der Umsatzerlöse werden für Personal (Löhne und Gehälter, soziale Abgaben) 206.700 Euro aufgewendet. Personelle Veränderungen haben bis auf die Verlängerung des Geschäftsführervertrages um vier Jahre nicht stattgefunden:

Vollzeitkräfte 3

Teilzeitkräfte 2

Aushilfskräfte 9

Die zusätzliche Besetzung des Towers durch die Installation der Zugwarneinrichtung wirkt sich negativ aus, da ein Ausgleich über das anwesende Personal nicht möglich ist. Die Besetzung wird durch die Luftaufsicht permanent kontrolliert und es gibt auch keine alternative Einsparungsmöglichkeit. Erst mit der Elektrifizierung und dem Wegfall der Zugwarneinrichtung können die Personalkosten gegebenenfalls reduziert werden.

Zusammenarbeit der FAM mit Schule und Wissenschaft

Auch in 2015 fanden Gespräche zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit mit Schule und Forschung sowie Ausbildungsstätten statt. Diese Entwicklung ist dank der Bildungszugabe der Städteregion möglich und schafft eine Verstärkung in der schulischen Ausbildung bei den MINT Fächern.

Bahnübergang Merzbrück

Die Arbeiten zum Bau der Zugankündigungseinrichtung für die nunmehr regelmäßig verkehrende EUREGIO-Bahn wurden in 2016 abgeschlossen. Hierbei wurden auch wichtige Regelungen im



täglichen Funkverkehr mit der Bezirksregierung abgestimmt und mehrfach verbessert. Im April 2017 fand ein Abschlussgespräch mit der Luftaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf, der Landesluftfahrtbehörde und den Flugleitern des Flugplatzes statt. Dieses Gespräch diente auch dem Verständnis der Aufgaben aller Beteiligten und soll zukünftig fortgesetzt werden. Die getroffenen Regelungen führen dazu, dass gegenüber den Vorjahren der Tower permanent besetzt sein muss und im Sprechfunkverkehr die Flugleitung auf den querenden Zugverkehr hinzuweisen hat. Die Permanentbesetzung des Towers führt zu einer höheren Präsenz der Flugleitung und damit zu höheren Personalkosten. Mit dem Ausbau des Flugplatzes könnte auf diese Regelungen wieder verzichtet werden. Die Abrechnung mit der Förderung der Zugwarneinrichtung ist Ende 2017 noch nicht abgeschlossen und wird im Laufe 2018 erwartet.

Elektrifizierung der Bahnstrecke

Die EVS beabsichtigt die Elektrifizierung der Bahnstrecke der EUREGIO-Bahn in den kommenden Jahren. Bereits im Planfeststellungsverfahren hat die EVS dies geäußert, worauf die FAM auf die fehlende Finanzierung verwiesen hat, wenn die Umsetzung kurzfristig zu erfolgen hätte. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass in 2018 weitere Gespräche hinsichtlich einer Vereinbarung erfolgen werden.

Sonstige Entwicklungen im Geschäftsjahr

Um die Einnahmesituation der Gesellschaft zu verbessern und Verbesserungen der Ertragssituation zu sichern, wird die FAM versuchen, die nachfolgenden Bereiche für die Zukunft zu sichern:

Übernahme der Tankstelle,

Bau zweier Hangars,

Übernahme der Hangars der StädteRegion/Stadt Aachen,

Pachtvertragsverlängerung.

Aus der Integration der beschriebenen Dienstleistungen könnte eine Erweiterung der personellen Besetzung einhergehen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Sollte es zu einer Verbindung von Forschung und Neubau des Flugplatzes kommen, so wird sicherlich bis Ende 2020 der Platz ausgebaut sein müssen, damit die Elektrifizierung und die Errichtung des Haltepunktes abgeschlossen sind. Der noch offen stehende Schadensersatz zwischen EVS und FAM müssten bis dahin geregelt und die einzelnen Bauschritte ingenieurtechnisch durchgeplant und ausgeführt sein. Außerdem geht es darum die Dienstleistungsfähigkeit der FAM zu erweitern und damit die Gewinnerwartung zu verbessern. Der Tankstellenbereich, der Neubau von Hangars und die Übernahme der bestehenden Hangars können die Einnahmesituation zu Gunsten der Gesellschafter optimieren und die Belastung der Gesellschafter minimieren. Mit dem Ausbau des Platzes wird die Sicherheit erhöht, die Lärmsituation gemindert und der Ausgleich mit der Umwelt hergestellt. Die qualitative Leistungsfähigkeit des Platzes könnte somit gesteigert werden.



**Wirtschafts- und
Strukturförderung**

AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführer werden durch den Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen.

Die Mitglieder aus dem Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften werden für die Dauer einer Wahlzeit der Kommunalvertretungen in den Aufsichtsrat entsandt. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entscheidung eines Nachfolgers im Amt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. Je 1.000,00 Euro Kapitalbeteiligung gewähren eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lothar Mahnke

Vertreter der StädteRegion / WFG im Aufsichtsrat:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Prof. Dr. Axel Thomas	WFG StädteRegion Aachen
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 3.253.000,00 Euro

Gesellschafter:

	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	500.378	15,38
Stadt Aachen	971.450	29,86
Handwerkskammer Aachen	138.934	4,27
IHK Aachen	421.242	12,95
WFG StädteRegion Aachen mbH	52.000	1,60
Kreis Düren	277.867	8,54
Kreis Heinsberg	138.934	4,27
Kreis Euskirchen	138.934	4,27
Sparkasse Aachen	467.815	14,38
Sparkasse Düren	67.296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36.000	1,11
Kreissparkasse Heinsberg	39.075	1,20
Fachhochschule Aachen	3.075	0,10
	3.253.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	5.455.587	4.597.408	3.696.271
I. Imm. Vermögensgegenst.	28.226	12.362	1.015
II. Sachanlagen	5.378.365	4.542.440	3.652.651
III. Finanzanlagen	48.996	42.605	42.605
B. Umlaufvermögen	840.334	719.489	755.320
I. Forderungen / sonst. VG	612.970	410.611	478.022
II. Kassenbestand, Guthaben	227.364	308.878	277.298
C. RAP	1.610	14.819	940
Bilanzsumme Aktiva	6.297.531	5.331.716	4.452.530
A. Eigenkapital	932.687	1.102.881	1.249.005
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000
II. Verlustvortrag	-2.091.537	-2.320.313	-2.150.119
III. Jahresüberschuss	-228.776	170.194	146.123
B. SoPo Investitionszuschüsse	1.609.964	963.732	321.794
C. Rückstellungen	105.200	64.651	205.500
D. Verbindlichkeiten	3.649.680	3.146.894	2.661.232
E. Rechnungsabgr.	0	53.558	15.000
Bilanzsumme Passiva	6.297.531	5.331.716	4.452.530
Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	3.542.653	3.433.773	3.661.618
Sonst. betriebl. Erträge	1.592.006	1.770.361	1.826.754
dav. Gesellschafterzuschüsse	888.973	1.052.380	1.128.091
Materialaufwand	2.158.750	2.149.425	2.406.905
Personalaufwand	1.540.685	1.399.048	1.497.097
Sonst. betriebl. Aufwendungen	538.763	366.136	330.276
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	93.901	91.820	85.626
sonstige Steuern	-117.80	-117.501	117.270
Ergebnis nach Steuern	110.916	287.695	263.393
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-228.776	170.194	146.123

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	25	20	19

Indikatoren zur Vermögens- und Finanzlage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	86,6	86,1	83,0
Eigenkapitalquote	40,5	38,8	35,3
Anlagendeckungsgrad	46,6	45,0	42,5
Liquidität 1. Grades	20,8	38,8	44,5
Liquidität 2. Grades	77,0	90,5	121,2

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Aufwendungen der AGIT, die nicht aus Erlösen und sonstigen Zuschüssen gedeckt sind, werden durch Zuschüsse der Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalanteile zueinander getragen. Der im Jahr 2017 gezahlte Zuschuss der StädteRegion an die AGIT betrug insgesamt 239.728 €. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH ist Mitgesellschafterin der AGIT. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Vorbemerkungen zum Jahr 2017

Zum Ende des Jahres 2017 sind der Kreis Heinsberg und die Kreissparkasse Heinsberg als Gesellschafter bei der AGIT ausgeschieden. Auch das Jahr 2017 war weiterhin von verschiedenen Diskussionen hinsichtlich der inhaltlichen und organisatorischen Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Region Aachen geprägt, ohne das hierzu konkrete Entscheidungen der Gesellschafter getroffen wurden.

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in Aachen betreibt, technologieorientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt. Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert: Im Bereich „Technologiezentrummanagement“ wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen. Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst die Beratung von Existenzgründern und Unternehmern in innovativen Wachstumsprojekten sowie die Durchführung von Wirtschafts-

förderungsprojekten, insbesondere in der Euregio Maas–Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

Forschung und Entwicklung

Die AGIT betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Nachfrage nach Mietflächen blieb in den beiden Technologiezentren auch in 2017 auf einem gleichbleibend hohen Niveau, sodass die beiden Häuser über das ganze Jahr hinweg nahezu voll ausgelastet waren. Im TZA waren Ende 2017 insgesamt 77 Unternehmen mit rund 900 Arbeitsplätzen angesiedelt. An den AGIT-Veranstaltungen zur technologie-orientierten Wirtschaftsförderung nahmen rund 1.500 Unternehmensvertreter teil.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2017 über 20 festangestellte Mitarbeiter, sowie über 7 Auszubildende und Aushilfskräfte. Alle befristeten Verträge konnten abgebaut werden.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement

Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Mietflächen im TZA konnte die Auslastung über das gesamte Jahr 2017 hinweg nahe 100% gehalten werden. Insgesamt zogen 6 Firmen aus, während 8 Unternehmen neu in das TZA einzogen. Bei der sehr guten Auslastung muss doch auch berücksichtigt werden, dass nur noch 7% der vermietbaren Fläche von tatsächlichen Unternehmensgründern (bis zu fünf Jahre nach Gründung) belegt werden, das TZA seinen Wirtschaftsförderungsauftrag zur Unterstützung von Existenzgründern nur noch bedingt wahrnimmt. Im ZBMT vergrößerten 5 Unternehmen ihren Flächenbedarf, während sich 1 Unternehmen auszog. Damit konnte auch für das ZBMT in 2017 eine Vollauslastung erreicht werden. Insgesamt sind dort 15 Unternehmen mit rund 200 Arbeitsplätzen angesiedelt. Der Konferenzbereich hat sich gegenüber dem Vorjahr gleich entwickelt, insgesamt ist die Auslastung aber weiterhin zufriedenstellend. Über 40.000 Teilnehmer nahmen an rund 1.000 Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen in 2017 im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region blieb weiterhin hoch. 60 Unternehmen nahmen eine Patenberatung in Anspruch und 186 Firmen wurden individuell beraten. Insgesamt konnten zusätzlich 107 Unternehmen auch im Rahmen der Förderberatung betreut werden.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen für die internationale Standortwerbung konnte die AGIT in 2017 insgesamt 50 Ansiedlungsanfragen bearbeiten. Die aktiven Ansiedlungsmaßnahmen konzentrierten sich in 2017 auf gemeinsam mit der RWTH durchgeführte Aktivitäten in China und Korea.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Der verspätete Projektstart für die beiden Interreg-Projekte „Early Tee“ und „I2M“ erlaubte in 2017 für diese beiden Vorhaben nur im letzten Quartal tatsächlich realisierte Maßnahmen. Das seit rund zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring und das daraus abgeleitete Gewerbeflächenkonzept wurden auch in 2017 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden wie in den Vorjahren hauptsächlich im Bereich Technologiezentrummanagement erwirtschaftet und konnten mit insgesamt 3.530 TEUR gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. In beiden Zentren lag die Auslastung über das ganze Jahr hinweg bei nahe 100%, wobei im TZA der Anteil der tatsächlichen Neugründer (mit reduzierten Mieten) leicht gesteigert werden konnte. Erfreulich ist auch die Erlösentwicklung im ZBMT, wo mit 973 TEUR die Mieterlöse gegenüber dem Jahr 2016 weiter deutlich gesteigert werden konnten. Dadurch konnten die Verluste im ZBMT mit 78 TEUR gegenüber dem Vorjahr halbiert werden. Insgesamt konnte der Bereich Technologiezentrummanagement aber trotz der weiter angestiegenen Leasingrate für den II. Bauabschnitt ein Gesamtergebnis in Höhe von knapp 200 TEUR erreichen. Die Gesellschafterzuschüsse zur Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung“ stiegen auf 1.050 TEUR. Damit konnten erstmals seit vielen Jahren die Gesamtkosten im Bereich Wirtschaftsförderung durch diesen Zuschuss in etwa gedeckt werden. Insgesamt konnte die Gesellschaft damit mit 146 TEUR ein positives Gesamtergebnis erwirtschaften.

b) Finanzlage

Auch in 2017 wurde wie in den Vorjahren ein Kontokorrentkredit in Höhe von 400 TEUR zur Liquiditätserhaltung in Anspruch genommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch eine hohe Anlagenintensität durch das früher errichtete TZA gekennzeichnet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bezüglich der Auslastung der beiden Zentren bewegt sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befindet sich 2017 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau. Die Anzahl der Neuansiedlungen von Unternehmen ist dagegen auch im Berichtszeitraum weiter deutlich zurückgegangen.

Prognosebericht

Die Leasingrate für den II. Bauabschnitt des TZA wird im Jahr 2018 mit knapp 700 TEUR den Höchstbetrag während der gesamten Laufzeit erreichen. Die Auslastung der beiden Technologiezentren ist auch in 2018 auf einem weiterhin hohen Niveau zu erwarten. Da die regionalen und euregionalen Projekte in 2018 voll angelaufen sind, ist in diesem Bereich im Gegensatz zu den beiden Vorjahren auch mit wirtschaftlich besseren Ergebnissen zu rechnen.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Besondere Risiken bestehen derzeit nicht.

Chancenbericht

Die Gesellschaft bietet in mehreren Bereichen Ansatzpunkte, die ursprünglich gesetzten Gesellschaftsziele – Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung – wieder besser zu erreichen. Hierzu sollte geprüft werden, ob mit dem Verkauf des für die reine Gründerförderung zu großen TZA nicht die notwendigen finanziellen Mittel erwirtschaftet werden können, um ein modernes Technologiezentrum neu zu errichten. Mittelfristig könnten so auch die Mittel für die Wirtschaftsförderung weitgehend aus den Mieterlösen erwirtschaftet werden.

Gesamtaussage

Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage, für die Erreichung der ursprünglich gesetzten Ziele ist in 2018 zu prüfen, ob grundlegende Entscheidungen für eine tiefergehende Neuausrichtung der Gesellschaft getroffen werden sollen.

Zweckverband Region Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas–Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Je 12 Vertreter werden von den Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Der Landschaftsverband Rheinland entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der kommunalen Vertreter einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Die Wahl erfolgt in der ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und danach jeweils am Anfang und zur Mitte der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften. Die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Verbandsgebiet nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine vier Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Amtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet wird. Der Geschäftsführer ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Zweckverbandspräsident

Der Regierungspräsident in Köln ist Präsident des Zweckverbandes. Der Zweckverbandspräsident hat die besondere Aufgabe, die Region Aachen als höchster Repräsentant in den Gremien der Euregio Maas-Rhein zu vertreten und umgekehrt in die Region Aachen hinein Angelegenheiten der Euregio Maas-Rhein zu transportieren. Der Zweckverbandspräsident nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verbandes teil.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter
	Hans-Josef Hilsenbeck	stv. Städteregionsrat (verst.)
	Axel Wirtz	stv. Städteregionsrat – ab 12.04.2018
Stellvertreter:	Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Jost Nobis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Franz Plum	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter	Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
	Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Janine Köster	Städteregionstagsmitglied
	Thomas Hartmann	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	René Maaßen	Städteregionstagsmitglied

	Martin Peters	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Dr. Werner Pfeil	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Dr. Hans-Joachim Helbig	Städteregionstagsmitglied
	Uwe F. Löhr	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Harald Siepmann	Städteregionstagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Wolfgang Spelthahn Landrat des Kreises Düren

Zweckverbandspräsidentin:

Gisela Walsken Regierungspräsidentin

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52070 Aachen

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	20,00
Stadt Aachen	20,00
Kreis Düren	20,00
Kreis Heinsberg	20,00
Kreis Euskirchen	<u>20,00</u>
	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	5.020	3.807	5.426
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	497	187	8
II. Sachanlagen	2.523	1.620	3.418
III. Finanzlagen	2.000	2.000	2.000
B. Umlaufvermögen	710.269	596.318	911.688
I. Forderungen / sonst. VG	476.808	501.936	832.282
II. Kassenbestand, Guthaben	233.461	94.382	79.406
Bilanzsumme Aktiva	715.289	600.125	917.115

A. Eigenkapital	66.579	48.461	63.362
I. Allgemeine Rücklage	52.987	52.987	49.003
II. Sonderrücklagen	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	26.493	13.592	0
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-12.901	-18.118	14.359
Sonderposten	0	0	0
B. Rückstellungen	10.500	30.500	36.985
C. Verbindlichkeiten	638.210	521.164	816.768
Bilanzsumme Passiva	715.289	600.125	917.115

	2015	2016	2017
Gesamtergebnisrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Ordentliche Erträge	2.374.387	2.384.524	3.084.879
Ordentliche Aufwendungen	2.382.743	2.400.375	3.066.991
Finanzergebnis	-4.545	-2.267	-3.530
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	-12.901	-18.118	14.359
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	-12.901	-18.118	14.359

Eckdaten und Leistungskennziffern

Indikatoren der Vermögens-Finanz und Ertragslage:	2015	2016	2017
Liquidität 1. Grades	36,58	18,11	-11,20
Eigenkapitalquote	9,31	8,08	6,83
Allgemeine Umlagequote	33,32	47,85	36,99
Zuwendungsquote	66,49	51,49	54,81
Personalintensität	67,83	67,66	56,95
Aufwandsdeckungsgrad	99,65	99,34	100,56

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Städteregion Aachen hat im Haushaltsjahr 2017 eine Umlage in Höhe von 279.875,00 € an den Zweckverband Region Aachen gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen – Zweckverband umgesetzt. Geschäftsführerin ist Frau Prof. Dr. Christiane Vaeßen, bis zum 22.11.2017 war Manfred Bausch alleiniger stellvertretender Geschäftsführer.

Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2017 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von 13.549,77 Euro ab.

Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Ordentliche Erträge	2.558.359	2.812.485	3.084.879	272.394
Ordentliche Aufwendungen	2.573.669	2.807.985	3.067.800	259.815
Ordentliches Ergebnis	-15.310	4.500	17.079	12.579
Finanzergebnis	-2.267	-4.500	-3.530	970
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-17.577	0	13.549	13.549
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Jahresergebnis	-17.577	0	13.549	13.549

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen. Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von 17.079 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von –3.530 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von 13.549 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 13.549 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2017.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2017 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt 13.549 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um 13.549 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2017. Im Anhang zum Jahresabschluss wurde bereits unter „Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Schlussbilanz“ aufgezeigt, dass das Jahresergebnis in voller Höhe der Ausgleichsrücklage zugeführt werden soll. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2017:

Position	Ist 2014 in €	Ist 2015 in €	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €
Jahresergebnis	28.521	-12.901	-17.576	0	13.550
Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.	16.986	26.493	13.592	0	0
Inanspruchnahme/Zuführung Ausgleichsrücklage	0	-12.901	-13.592	0	+13.550
Endbestand Ausgleichsrücklage	26.493	13.592	0	0	13.550
Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.	33.986	52.987	52.987	49.003	49.003
Inanspruchnahme/Zuführung Allgemeine Rücklage	0	0	-3.984	0	0
Endbestand der Allgemeinen Rücklage	52.987	52.987	49.003	49.003	49.003

Ertragslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2017:

Ertragsart	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.542.894	2.812.485	2.831.764	19.279
Sonstige Transfererträge	0	0	0	0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
Privatrechtliche Leistungserträge	0	0	0	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	7.331	7.331
Sonstige ordentliche Erträge	15.465	0	245.784	245.784
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	2.558.359	2.812.485	3.084.879	272.394
Finanzerträge	0	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe	2.558.359	2.812.485	3.084.879	272.394

Gegenüber dem Planansatz 2017 ist eine Abweichung von 272.394 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und den fünf Gebietskörperschaften für den Grenzübergang Aachen-Eurode zurückzuführen sowie auf zusätzliche, zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht vorhersehbare Projekterträge.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen und allgemeine Umlagen von 2.831.764 Euro sind die zentrale Ertragsart der Region Aachen. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder (1.141.095 € = 40,3 %), projektorientierte Fördermittel (1.607.187 € = 56,8 %) sowie sonstige Zuschüsse (83.483 € = 2,9%).

Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in den zentralen

Aufgabenfeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regionalmanagements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen – Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben nur sehr schwierig zu gestalten ist: Bedingt durch einen hohen Anteil befristeter Personalstellen ist eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen, wie im Rahmen der informellen Regionalplanung und Strukturentwicklung nicht in der erforderlichen Qualität möglich.

Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2017:

Aufwandsart	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Personalaufwendungen	1.624.051	1.945.333	1.747.248	198.085
Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.350	10.000	18.352	-8.352
Bilanzielle Abschreibungen	1.231	0	1.118	-1.118
Transferaufwendungen	70.433	0	173.009	-173.009
Sonstige ordentliche Aufwendungen	854.604	852.652	1.128.073	-275.421
Ordentliche Aufwendungen	2.573.669	2.807.985	3.067.800	259.815
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.267	4.500	3.530	970
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Summe	2.575.936	2.812.485	3.071.330	-258.845

Gegenüber dem Planansatz 2017 ist eine Abweichung von –258.845 Euro festzustellen. Wie ebenfalls unter 2.1.2. Ertragslage dargestellt, ist die Abweichung im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und den fünf Gebietskörperschaften für den Grenzüfopunkt Aachen-Eurode zurückzuführen (203.816 €).

Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2016 in €	Plan 2017 in €	Ist 2017 in €	Abweichung Plan/Ist 2017
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.491.487	2.812.485	2.564.108	248.377
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.520.007	2.812.485	2.712.228	100.257
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-28.520	0	-148.120	-148.120
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-559	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-559	0	0	0
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	-29.079	0	-148.120	-148.120
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-110.000	0	0	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-110.000	0	0	0
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	-139.079	0	-148.120	-148.120

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 148.120 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2017 beträgt –53.738 Euro.

Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2017). Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Gesamtbilanzsumme um rd. 315.000 Euro auf 916.305,35 Euro. Wesentlichen Anteil an der Erhöhung hat der Abschluss der Forderungsvereinbarung zum Grenzfunkpunkt Aachen-Eurode.

Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt. Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen – Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %
Eigenkapitalquote 1	5,85	10,96	9,31	8,16	6,83

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %
Liquidität 1. Grades	68,27	23,60	36,58	18,11	-11,20
Liquidität 2. Grades	105,79	111,38	110,63	114,38	119,78

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2017 nicht in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen. Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2017 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %
Allgemeine Umlagequote	35,77	38,24	33,32	44,61	36,99
Zuwendungsquote	64,23	61,76	66,49	54,78	54,81
Personalintensität	69,03	72,15	67,83	63,10	56,95
Aufwandsdeckungsgrad	102,71	101,58	99,65	99,41	100,56

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat. Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen – Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband darzustellen. Die Haushaltsstruktur des Region Aachen – Zweckverband basiert auf zwei wesentliche Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Auch im Jahr 2017 wird seitens der Geschäftsführung festgestellt, dass die Finanzierung des Zweckverbands mit seinen vielfältigen Aufgaben nicht auskömmlich ist und ein strukturelles Defizit vorliegt. Ziel ist es, langfristig die Kernaufgaben und die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte, sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf mindestens 40 zu senken ist. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für die Jahre 2016/17 wurde durch die Erhöhung des Umlagebetrags von 250.000 € ein wichtiger Schritt in die Stabilisierung der Grundfinanzierung des Region Aachen – Zweckverband gemacht. Es zeigt sich jedoch bereits jetzt, dass vor allem durch die tarifbedingten Erhöhungen der Personalkosten auch nach o.g. Erhöhung des Umlagebetrages der Region Aachen – Zweckverband nicht auskömmlich finanziert ist. Ein zusätzliches Problem ergibt sich durch die späte Refinanzierung von Projektaufwendungen, insbesondere bei Interreg-finanzierten Projekte, die dazu führt, dass im Jahr 2017 erstmalig eine negative Liquidität 1. Grades vorliegt. Weiterhin wird das strukturelle Defizit des Region Aachen Zweckverband dadurch deutlich, dass die Kennzahl der Personalintensität seit Jahren abnimmt. Das bedeutet, dass mit immer weniger Personal immer mehr Aufgaben zu erledigen sind. Dem Region Aachen – Zweckverband fällt insbesondere durch seine

breite politische Legitimation eine zentrale steuernde Funktion zu. Gleichmaßen ist er schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regional wichtigen Themenfeldern operativ tätig. Die Struktur der regionalen Aufstellung der Aachener Region war im Jahr 2017 stark in Bewegung. An einer verbindlichen Strategie, transparenten und eindeutigen Aufgabenzuordnungen sowie der Definition von Schnittstellen wurde im Jahr 2017 intensiv gearbeitet. So wurde in der Verbandsversammlung im Juni 2017 das strategische Papier „Den Wandel gestalten – Eckpunkte der Strukturentwicklung Region Aachen 2030“ als Arbeitsgrundlage für die gesamte Region verabschiedet. Ergänzt wurde dieses im Dezember um das Papier „Regionalentwicklung als Kernaufgabe des Region Aachen Zweckverband – Konzept zur Weiterentwicklung der Region“, in dem die zukünftigen Aufgaben für den Zweckverband detailliert beschrieben sind. Die hierdurch erfolgte klare und eindeutige Aufgabenbeschreibung bietet die Grundlage, um in den zukünftigen Haushalten eine entsprechende solide Grundfinanzierung zu erreichen, die durch projektbezogene, zeitlich befristete Finanzierung aus unterschiedlichen Fördermitteln ergänzt wird.

Der Region Aachen –Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturpolitischen Regionen NRWs als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Dies stellt einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung der strukturpolitischen Ziele der Aachener Region dar. Gerade vor dem Hintergrund des Strukturwandels ist die Region Aachen im Rahmen der Mitarbeit bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier ein verlässlicher Partner und unterstützt deren Aktivitäten. Die Mitarbeit innerhalb der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas-Rhein sind weitere Handlungsfelder.

Als neue Aufgabe ist die Unterstützung der Prozesse im Rahmen der informellen Regionalplanung eine wichtige Herausforderung. Im Jahr 2017 wurde in einem gesamtregionalen Prozess mit der Erarbeitung des Fachbeitrages im Rahmen des Regionalplanverfahrens begonnen. Dies erfolgte durch Mitarbeit der teilregionalen Verwaltungen, insbesondere durch den Planungsdezernenten des Kreises Heinsberg. Auch hier gilt, dass die erforderliche vertiefte inhaltliche Bearbeitung innerhalb der Geschäftsstelle nur durch zusätzliches umlagefinanziertes Personal geleistet werden kann. Im Jahr 2017 wurden im Hinblick auf die strategische Weiterentwicklung der Region wichtige Entscheidungen getroffen. Nun ist es für die regionale Entwicklung der Aachener Region wichtig, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und nicht durch erneute Diskussionen um strategische und organisatorische Anpassungen zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft

- Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen darin, die wirtschaftliche Entwicklung in der Städte-Region Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.
- Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.
- Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion zu planen, zu realisieren und zu verwalten.
- Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere
 - mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
 - sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen.
 - Zweigniederlassungen errichten.
- Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 16 Mitgliedern. Je ein Mitglied wird von den Städten Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg, Würselen und den Gemeinden Roetgen und Simmerath entsandt sowie der Sparkasse Aachen. Das entsandte Mitglied kann nur der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde bzw. ein Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen sein. Vorsitzender ist der jeweilige Städtereionsrat der

StädteRegion Aachen. Der stellvertretende Vorsitzende wird von den Aufsichtsratsmitgliedern der Städte und Gemeinden sowie der Sparkasse Aachen aus deren Mitte gewählt. Weitere geborene Mitglieder sind der jeweilige Kämmerer der StädteRegion Aachen und vier vom Städteregionstag zu entsendende Städteregionstagsmitglieder.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied
	Egon Metten	Kämmereileiter – 30.06.2017
	Thomas Claßen	komm. Kämmereileiter – ab 01.07.2017

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52477 Alsdorf

gezeichnetes Kapital: 2.303.500,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.183.100	51,361
Regionsangehörige Städte / Gemeinden (ohne Stadt Aachen)	813.600	35,320
Sparkasse Aachen	<u>306.800</u>	<u>13,319</u>
	2.303.500	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
keine		

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	5.032.875	2.813.772	3.422.833
I. Imm. Vermögensgegenst.	678	125	26
II. Sachanlagen	4.993.861	2.784.201	3.395.633
III. Finanzanlagen	38.336	29.446	27.200
B. Umlaufvermögen	13.080.115	11.112.851	8.560.501
I. Vorräte	1.663.614	1.664.407	908.200
II. Forderungen / sonst. VG	9.691.903	8.036.360	6.335.089
III. Kassenbestand, Guthaben	1.724.597	1.412.084	1.317.212
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13.184	18.143	9.120
D. Aktive latente Steuern	92.617	74.000	88.500
Bilanzsumme Aktiva	18.218.791	14.018.766	12.080.980
A. Eigenkapital	2.211.473	2.381.274	2.367.672
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500	2.303.500	2.303.500
II. Verlust/- Gewinnvortrag	221.011	-92.027	77.774
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-313.038	169.801	-13.602
B. Rückstellungen	966.210	696.180	725.938
C. Verbindlichkeiten	15.035.756	10.939.880	8.987.370
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.352	1.432	0
Bilanzsumme Passiva	18.218.791	14.018.766	12.080.980
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2015	 2016	 2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.931.987	1.288.522	1.181.660
Materialaufwand	390.093	319.146	504.760
Personalaufwand	486.512	485.235	486.181
Sonst. betriebl. Aufwendungen	1.164.219	208.940	203.567
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	625.178	408.325	330.441
Ergebnis nach Steuern	-707.118	-226.831	-413.745
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	394.399	396.769	400.448
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-313.038	169.801	-13.602

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	6,5	6,0	5,35

Indikatoren zur Vermögens– Finanz– und Ertragslage	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	28	20	28
Eigenkapitalquote	12	17	20
Eigenkapitalrentabilität	–	7	–

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Für die Finanzierung der WFG hat die StädteRegion im Haushaltsjahr 2017 einen anteiligen Betrag in Höhe von 200.244,05 € gezahlt. Die regionsangehörigen Städte und Gemeinden als kommunale Gesellschafter leisten zusammen einen gleich hohen Beitrag.

Die WFG GmbH erbringt Geschäftsbesorgungsleistungen für die KuK GmbH sowie die SPRUNGBrett gGmbH. Für KuK werden einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrgenommen mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist. Zur Unterstützung des Rechnungswesens bei der SPRUNGBrett gGmbH wird eine Mitarbeiterin der WFG mbH als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen gemäß Gesellschaftsvertrag darin, „die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten“. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2017 war das 7. Geschäftsjahr, nachdem der Beschluss gefasst wurde, kein Neugeschäft mehr zu akquirieren und das bestehende Leasingvolumen ressourcenschonend abzuwickeln. In diesem Sinne haben die Gremien der WFG zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, die damals im Bestand gehaltenen Engagements bis zu ihrem Austaufer weiterzuführen und keine

neuen Leasingverträge mehr einzugehen. Im Jahr 2017 ist es erneut gelungen, Risikovolumen abzubauen. Alle Leasingnehmer kamen ihren vertraglich vereinbarten Pflichten nach. Der Leasingzinsüberschuss, der im Berichtsjahr erzielt werden konnte, lag exakt auf dem Niveau der Planung. Zum 01.01.2017 verfügte die WFG noch über ein Leasingvolumen von ca. 7,5 Mio. €. Zum Jahresende lag das Leasingvolumen bei ca. 5,8 Mio. €. Der Rückgang des Leasingvolumens ist sowohl darauf zurückzuführen, dass planmäßige Tilgungen erbracht wurden, als auch Auslaufzeitpunkte von Zinsbindungen zum Anlass genommen wurden, Engagements in gegenseitigem Einvernehmen zu beenden.

Baumanagement

Die WFG erbrachte Baumanagement-Dienstleistungen außerhalb bzw. unabhängig vom Public-Leasing-Bereich. Hierbei ist die WFG für ihre Schwestergesellschaft Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH im Rahmen von administrativen Projektsteuerungsaufgaben tätig. Darüber hinaus ist sie immobilienwirtschaftlich noch im Bereich Vermietung engagiert.

Vermietung

Die beiden im Portfolio der WFG verbliebenden Vermietungsobjekte der Gesellschaft waren zum Jahresende jeweils mit Mietverträgen unterlegt. Zum Ende des Geschäftsjahres 2016/Jahresanfang 2017 lief bei dem ehemaligen Leasingobjekt Schornstein, das seit Jahren vermietet wird, ein Mietvertrag aus. Gleichwohl hat der Mieter den Mietgegenstand nicht fristgerecht zurückgegeben. Vielmehr ist die Schlüsselübergabe erst im April 2017 erfolgt. Der Mietgegenstand wurde dabei in einem sehr in Mitleidenschaft gezogenen Zustand zurückgegeben. Schadenersatzansprüche gegen den ehemaligen Mieter sind berechtigt, aber uneinbringlich. Der frühere Mieter hat Insolvenz angemeldet. Die Auszahlungen für die Sanierung des Objektes liegen bei ca. 164 T€. Pro m2 vermietbarer Fläche gerechnet beträgt der Instandhaltungsaufwand 126 €. Dieser Sanierungsaufwand schlägt unmittelbar ins Ergebnis durch und bewirkt ganz wesentlich den festgestellten Jahresfehlbetrag. Auf Grund der intensiven und zeitaufwändigen Sanierung des Gebäudes gelang es erst im Q4/2017 Mietzahlungen für die dann mängelfreie Gesamtfläche zu bewirken. Ein Mietvertrag wurde abgeschlossen bis zum 31.07.2021. Zu diesem Zeitpunkt läuft die Finanzierung des Objektes aus. Das Objekt wird dann schuldenfrei sein und planmäßig zu diesem Zeitpunkt an einen Dritten übertragen.

Weitere Dienstleistungen

Die WFG ist unverändert engagiert in der Geschäftsbesorgung der Business Park Alsdorf (kurz: BPA) GmbH, der Technologie Park Herzogenrath GmbH sowie der Camp Astrid Gruppe in Stolberg. Darüber hinaus wurden letztmalig im Jahr 2017 mehrere Rechnungswesensmandate für kommunale Gesellschaften in Monschau wahrgenommen. Hier ist das Vertragsverhältnis zum Jahresultimo im besten gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben worden. Gleiches gilt auch für die Rechnungswesensbetreuung des KuK Kunst- und Kulturzentrum der StädteRegion Aachen e.V..

Regionalmarketing

Im Geschäftsfeld Ansiedlung/Regionalmarketing wurden 2017 ähnlich viele Unternehmensanfragen von Kunden bearbeitet, die einen Standortwechsel oder eine -ergänzung zum Ziel haben, wie im

Vorjahr. Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitete die WFG im Berichtszeitraum 63 allgemeine Standortanfragen von Neukunden, von denen 48 als konkrete Standortanfragen eingestuft wurden. Aufgrund der geldwirtschaftlichen Rahmenbedingungen („billiges Geld“) steht vor allem der Kauf einer bebauten oder unbebauten Liegenschaft im Fokus. Miete wird derzeit im Vergleich zum Eigentum weniger bevorzugt. Strukturell sind die Anfragen hinsichtlich der einzelnen Segmente (vorhandenes Bauwerk oder freie, noch zu bebauende Fläche) annähernd gleichverteilt, mit leichter Tendenz zum bebaubaren Grundstück. Im Bestandsgebäudesegment werden wenn, dann kleine Büroflächen im Anmietungsbereich nachgefragt. Hallenflächen werden zumeist in einer Größenordnung zwischen 1 Tsd. und 5 Tsd. m² gesucht. Das Anfrageninteresse ist breiter und ausgeglichener gefächert als im Vorjahr. Autobahnnähe der Standorte ist unverändert das wichtigste Suchkriterium. Die Grundstücksnachfrage gestaltete sich im Berichtszeitraum heterogener als im Vorjahr. Es wurden oftmals Grundstücke in der Größe zwischen 2.000 m² bis 6.000 m² nachgefragt, sowie die Flächengrößen oberhalb von 10 Tsd. m² bzw. insbesondere oberhalb von 30 Tsd. m². Bei den anfragenden Unternehmen dominiert die Branche Produzierendes Gewerbe, gefolgt von dem Bereich Logistik.

Konkrete Ansiedlungen

Die konkreten Vertragsabschlüsse im Berichtsjahr werden nachfolgend in alphabetischer Reihenfolge der Ansiedlungskommune besprochen. Die Berichterstattung beginnt mit dem Standort Alsdorf, wo im Berichtsjahr 68.000 m² verkauft wurden (Vorjahr: 58.000 m²). Jahrelange Akquisitionsvorleistungen zahlten sich aus und führten zu zahlreichen Ansiedlungserfolgen. Vom Business Park Alsdorf Hoengen hat die WFG/BPA ein Aachener Elektrotechnikunternehmen überzeugt. Das derzeit 15 Mitarbeiter starke Unternehmen wird im 2. Quartal 2018 den ca. 1.000 m² großen Neubau beziehen. Am neuen Standort plant die Geschäftsleitung einen Mitarbeiteranstieg von 15 auf 30 Personen (also plus 100 %). Ebenfalls konnte im Business Park Alsdorf Hoengen ein ca. 10.000 m² großes Grundstück an einen gemeinnützigen Dienstleister veräußert werden. Im Rahmen von Erweiterungsabsichten hatte die WFG einen bereits am Standort investierten globalen Automobilzulieferer überzeugt, im Business Park Alsdorf Hoengen Erweiterungsflächen in einer Gesamtgröße von ca. 28.000 m² zu erwerben. Vor Ort arbeiten bereits in den Bestandsgebäuden mehr als 500 Personen. Ein Großhandelsunternehmen bebaut derzeit im Business Park Alsdorf Hoengen ein im Berichtsjahr erworbenes Grundstück mit einer Größe von ca. 2.500 m². Das neu gegründete Unternehmen handelt mit Gastronomieausstattungen. Ein weltweit tätiger Industriefußbodenbauer bebaut ebenfalls im Business Park Alsdorf Hoengen ein im Berichtszeitraum erworbenes ca. 2.400 m² großes Grundstück. Der Bezug der Immobilie durch die 35 Mitarbeiter geschieht im 1. Quartal 2018. Im 2. Quartal 2017 hat ein Logistikdienstleister im Bereich Telekommunikationsgeräte mit derzeit 120 Mitarbeitern eine neu errichtete ca. 13 Tsd. m² große Immobilie im Business Park Alsdorf Hoengen bezogen. In direkter Nachbarschaft zum vorgenannten Unternehmen investierte ein Messebauunternehmen in eine ca. 3.500 m² große Immobilie auf einem ca. 11 Tsd. m² großen Gewerbegrundstück im Business Park Alsdorf Hoengen. Seit Frühsommer 2017 führen dort 40 Mitarbeiter die Bereiche Logistik, Messebau und Marketing aus. Ein weiteres Logistikunternehmen konnten WFG/BPA dazu gewinnen, im Business Park Alsdorf Hoengen in ca. 5.200 m² Grundstücksfläche nachzuinvestieren. Das entsprechende Bauvorhaben ist für das Jahr 2018 geplant. Eine Bauunternehmung hat im letzten Quartal 2017

das neue, auf einem zuvor erworbenen ca. 2.400 m² großen Grundstück erstellte Gebäude mit 18 Mitarbeitern im Business Park Alsdorf Hoengen bezogen. Ein Handelsunternehmen hat WFG/BPA auf einem ca. 2.250 m² großen Grundstück im Business Park Alsdorf Hoengen angesiedelt. Im 4. Quartal 2017 wurde mit den Bauaktivitäten begonnen. Ebenfalls haben WFG/BPA einen weiteren Logistikdienstleister zum Erwerb einer ca. 8.900 m² großen Grundstücksfläche im Business Park Alsdorf Hoengen beraten. Die Errichtung einer Logistikimmobilie ist für das Jahr 2018 geplant. Im Business Park Alsdorf Schaufenberg hat ein Lebensmittellogistiker seinen bestehenden Rhein-Maas-Standort vergrößert. Hierfür wurde ein Grundstück mit einer Fläche von insgesamt ca. 25.000 m² bebaut und in 2017 den Produktivstart gebracht. Ein Unternehmen aus der Messtechnik hat die WFG im Rahmen seiner Erweiterungsabsichten im Business Park Alsdorf Schaufenberg zum Kauf motiviert. Auf einem ca. 17.500 m² großen Grundstück haben die Bauarbeiten im November 2017 begonnen. Der Bezug der ersten Baustufe ist für Frühsommer 2018 avisiert. In Eschweiler hat im Frühjahr 2017 ein LKW-Service-Unternehmen ein ca. 20 Tsd. m² großes Grundstück erworben, um dort einen DAF-Standort in direkter BAB-Nähe zu errichten. In Herzogenrath konnte ein Eventveranstalter mit seinen 10 Mitarbeitern angesiedelt werden. Ebenfalls im Technologiepark Herzogenrath konnte ein kanadisches Softwareunternehmen mit 4 Mitarbeitern angesiedelt werden, woran auch die WFG beteiligt war. Einem Hersteller von Prüfsystemen in der Kunststoff- und Verpackungsindustrie hat die Gesellschaft eine ca. 11.000 m² große Grundstücksfläche im Herzogenrather Gewerbegebiet Dornkaul verkauft. Das mittlerweile fast 200 Mitarbeiter starke Unternehmen wird im Rahmen eines Neubauprojekts vollständig seinen Standort von Aachen nach Herzogenrath verlegen. Ein derzeit im Technologiepark Herzogenrath eingemietetes Medizintechnikunternehmen haben WFG/TPH in Bezug auf einen Grundstückskauf im Herzogenrather Gewerbegebiet Dornkaul beraten. Das Unternehmen plant, den Neubau im Jahr 2018 anzugehen. Im März 2017 haben Camp Astrid/WFG einem Leiterplattendienstleister ein ca. 2.950 m² großes Grundstück im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid verkauft. Das vormals Aachener Unternehmen hat mit den Neubau mit 15 Mitarbeitern zum Jahreswechsel bezogen. Ebenfalls am Standort Camp Astrid konnte ca. 2 Tsd. m² große Grundstücksfläche an ein Garten- und Landschaftsbauunternehmen veräußert werden. Dieses ist mit seinen 5 Mitarbeitern seit Frühjahr 2017 am neuen Standort aktiv. Camp Astrid hat an eine Bauunternehmung im Stolberger Gewerbegebiet eine Erweiterungsfläche von ca. 1.200 m² veräußert, um den Expansionskurs weiter zu ermöglichen. Einer Medienagentur haben im 2. Quartal 2017 die Camp Astrid/WFG ein ca. 2.300 m² großes Grundstück im Gewerbegebiet Camp Astrid verkauft. Das Bauvorhaben ist zwischenzeitlich weit fortgeschritten und wurde im Februar 2018 beendet. Einem weiteren Unternehmen aus der Garten- und Landschaftsbaubranche konnten zwei Grundstücke mit einer Gesamtgröße von ca. 3.500 m² im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid verkauft werden. Das Aachener Unternehmen plant, mit den 16 Mitarbeitern zum 1. Quartal 2018 den Stolberger Standort zu beziehen. Ein international orientiertes produzierendes Unternehmen aus dem Bereich Fiberglas hat im Frühjahr 2017 im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid die neue Produktionsstätte mit 8 Mitarbeitern bezogen. Einem Düngemittelentwickler haben die Wirtschaftsförderer ebenfalls im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid ein Gewerbegrundstück veräußert. Das Unternehmen plant einen Neubau im Jahr 2018. Im Bereich der Abschlüsse sehen wir ein Rekordjahr (qualitativ und quantitativ). Aufgrund der hohen Anzahl der in diesem Jahr realisierten Projekte im Geschäftsfeld und den aktuellen positiven Verhandlungsständen mit interessierten Unternehmen sind wir optimistisch, dass wir im ersten Halbjahr

2018 noch interessante Unternehmen von dem Standort StädteRegion Aachen überzeugen können. Die Geschäftsbesorgungen für die Mandate in Alsdorf (Business Park Alsdorf), Herzogenrath (Technologiepark) und Stolberg (Camp Astrid) laufen wie dargestellt störungsfrei und ausgesprochen erfolgreich, sie enden im Juli 2018 planmäßig und einvernehmlich.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (gerechnet nach Kopfzahlen) bei der WFG betrug zum Jahresanfang 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Jahresende 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der weiblichen Arbeitskräfte betrug absolut 7 bzw. 58,33 %. Die WFG hat im Hinblick auf ihre Mittelfristplanung keine Ausbildungsstelle mehr besetzt. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFG, die einen Dauerarbeitsvertrag und einen Beschäftigungsvolumen von mehr als einer halben Stelle haben, verfügen über Telearbeitsplatz-Funktionalitäten und nutzen die Möglichkeiten des Home-Office. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit unterstützt. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG NRW) bei der Personalentwicklung stets beachtet. Der Krankenstand der WFG ist wie auch in den letzten Jahren stets unterdurchschnittlich gering, was für die überdurchschnittliche Motivationslage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spricht.

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rund 3.423 T€ und somit rund 609 T€ höher als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt neben der planmäßigen Abschreibungen (147 T€) im Wesentlichen in Anlagenzugängen (758 T€) begründet. Abgänge waren in Höhe von 2 T€ zu verzeichnen. Das Vorratsvermögen wird repräsentiert durch ein Grundstück in Herzogenrath-Dornkaul, das eine Ursprungsfläche ca. 30.000 qm hatte. Des Weiteren wird aufgrund der Insolvenz des Leasingnehmers im Geschäftsjahr ein ehemaliges Leasingobjekt unter dem Vorratsvermögen ausgewiesen. Das Vorratsvermögen beträgt im Geschäftsjahr unverändert 908 T€. Bei den Forderungen, die insgesamt 6.335 T€ betragen (Vorjahr 8.036 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 23 % (von 7.574 T€ auf 5.820 T€) gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing resultiert aus planmäßigen Tilgungsleistungen. Der Kassenbestand hat sich von rund 1.412 T€ auf 1.317 T€ vermindert. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen. Das Eigenkapital bleibt im Verhältnis zu den nicht granulierten Risiken gering. Konkret gibt es unverändert Einzelrisiken, die höher sind als die Haftungsmasse. Die Verbindlichkeiten sind von 10.940 T€ auf 8.987 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar. Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 14.019 T€ auf 12.081 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	3.423	2.814
Gesamtvermögen	12.081	14.019
Anlagenintensität in %	28	20

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	2.368	2.381
Gesamtkapital	12.081	14.019
Eigenkapitalanteil in %	20	17

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	9.713	11.636
Eigenkapital	2.368	2.381
Verschuldungsgrad in %	410	489

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sinken von 1.289 T€ auf 1.182 T€. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduzieren sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus dem Zinsüberschuss. Der Zinsaufwand reduziert sich in Folge der Leasing-Nehmer-Tilgungen um 78 T€. Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag (-15 T€) sowie der Gesellschafterzuschüsse (400 T€) erzielt die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 14 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss: 170 T€).

Kennzahlen zur Rentabilität:

Umsatzrentabilität

Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Gesamtleistung}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresergebnis	-14	170
Gesamtleistung	1.182	1.289
Umsatzrentabilität in %	-	13

Eigenkapitalrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresergebnis	-14	170
Eigenkapital	2.368	2.381
Eigenkapitalrentabilität in %	-	7

Prognosebericht

Die WFG verfügt über insgesamt 4 Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

- a) Leasingzinsüberschuss
- b) Managementbetreuungsentgelte
- c) Sockelförderung
- d) Vermietungsergebnisse.

Der Leasingzinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt bzw. in der Nachfolge von Vertragsaufhebungen. Insgesamt weist die Zinsüberschusskurve einen treppenförmig abfallenden Verlauf auf. Auf Grund des hohen Volumens an Tilgung (gemessen an der Erstinvestitionsbetrag bzw. der Anfangsforderungen gegenüber den Leasingnehmern) sind die Wahrscheinlichkeiten im Leasingbereich gering, beim Ausfall eines Leasingnehmers in wirtschaftliche Turbulenzen zu geraten. Die Sockelförderung als Einnahmequelle wird synchron zum reduzierten Betätigungsumfang abgesenkt, wovon die Haushalte der Gesellschafter profitieren. Im Gewerbeimmobilienbereich erwartet die Geschäftsführung bei Vertragserfüllung weder spartenbezogene Überschüsse noch Fehlbeträge, sondern in etwa ausgeglichene Ergebnisse. Zum 31.07.2018 wird es keine hauptamtlich Beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der WFG geben. Zeitverträge laufen aus. Im Übrigen werden Beschäftigungsverhältnisse nur im Ausnahmefall gekündigt. Überwiegend ist davon auszugehen, dass Beschäftigungsverhältnisse arbeitnehmerseitig gekündigt werden, da sich die Geschäftsführung und insbesondere die Gesellschafter intensiv darum bemüht haben, Folgebeschäftigungslösungen für die im einzelnen Betroffenen zu generieren. Die Büroräumlichkeiten am Standort Alsdorf werden zum 31.07.2018 aufgegeben. Zu diesem Zeitpunkt endet das Geschäftsbesorgungengagement für die Business Park Alsdorf GmbH. Auch für die Technologie Park Herzogenrath GmbH ist die WFG dann nicht mehr aktiv. Diese beiden Mandate sind die bei weitem umsatzstärksten der WFG. Eine Reihe von Mandaten im Rechnungswesenbereich wurde per Jahresultimo 2017 eingestellt. Im Bereich des Kunst- und Kulturzentrums Monschau wurde der auslaufende Mietvertrag

bis 31.07.2019 verlängert. Zu diesem Zeitpunkt wird letztmalig eine Prüfung von Seiten der NRW.Bank in Bezug auf die Fördermittelkonformität durchgeführt werden. Damit entfallen ggf. Rückzahlungsrisiken.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Restrisiken zu minimieren, sei es im Leasingbereich oder sei es im Gewerbeimmobilienvermietungsbereich. Das Risiko der Nachhaftung für technische Probleme bei einer Immobilie in Baesweiler ist nicht entstanden. Im Vermietungsbereich ist die WFG ebenfalls bemüht, die Anzahl der Engagements noch weiter zu reduzieren. Für das größere der beiden Engagements, die ehemalige Schornsteinimmobilie in Eschweiler, ist bereits eine Übergangslösung im Jahr 2021 generiert worden. Bis dahin ist es wichtig, die Auslastung auf einem bestmöglichen Niveau zu konservieren und das Mietverhältnis komplikationsfrei und mietvertragstreu zu gestalten. Die ersten Monate mit der Mieterschaft begannen nicht unproblematisch. Das bedeutendste Risiko liegt in der Vermietung der Immobilie Schornstein, die im Jahr 2021 veräußert wird.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt nicht über risikotragende Finanzinstrumente wie Swaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig abgebaut worden. Im Übrigen ist die WFG weitestgehend fristen- und größenkongruent refinanziert.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2017

Erneut haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen hohen Arbeitseinsatz gezeigt, der weit über das arbeitsvertraglich geschuldete Maß hinausging. Für das große Engagement bedankt sich die Geschäftsführung auch im Namen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung bei jedem Einzelnen bzw. bei jeder Einzelnen. Auch wenn das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag endet, muss darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche und erhebliche Risiken und Verlusterweiterung durch den Übereinsatz aller WFG-seitig Beteiligten vermieden werden konnten und die Gesamtbelastung dadurch erheblich minimiert wurde.

Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH berechtigt und verpflichtet. Sie selbst und ihre Geschäftsführer sind für die Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen aus vier Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu entsenden und das von ihm entsandte Mitglied wieder abzurufen. Die Entsendung erfolgt für die Dauer von fünf Jahren.

Gesellschafterversammlung:

Jede 2.100 Euro eines Kapitalanteils gewährt eine Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH – vertreten durch
Manfred Zitzen

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregiontagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro



Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>8.400</u>	<u>33,333</u>
	25.200	100,000

Komplementärin: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH –ohne Kapitalanteil–

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
Anlagevermögen	0	1.657.060	1.640.065
Umlaufvermögen	4.031.363	2.536.452	3.722.210
I. Vorräte	3.953.595	2.352.339	3.567.278
II. Forderungen / sonst. VG	14.833	36.245	54.748
III. Kassenbestand, Guthaben	62.935	147.867	100.184
Rechnungsabgrenzungsposten	–	4.384	2.658
Bilanzsumme Aktiva	4.031.362	4.197.895	5.364.934
Eigenkapital	90.285	72.626	81.176
I. Kapitalant. Kommanditisten	25.200	25.200	25.200
II. Rücklagen	0	65.085	47.426
III. Verlustvortrag	–17.747	0	0
IV. Jahresfehlbetrag	82.831	–17.659	–10.557
Rückstellungen	7.500	8.550	8.550
Verbindlichkeiten	3.932.993	4.116.134	5.294.017
Rechnungsabgrenzungsposten	586	586	298
Bilanzsumme Passiva	4.031.362	4.197.895	5.364.934
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2015 – in € –	 2016 – in € –	 2017 – in € –
Umsatzerlöse	348.244	236.714	234.317
Erhöhung d. Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	–	72.780	1.214.939
Sonstige betriebliche Erträge	170	0	175
Materialaufwand	80.558	163.756	1.305.776
Abschreibungen	0	16.996	16.995
Sonstige betriebliche Aufwendungen	157.819	112.224	102.986
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33.764	34.196	34.231
Jahresüberschuss/–fehlbetrag	82.831	–17.659	10.557

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Geringfügig Beschäftigte	1	1	1

Aufgrund der eingeschränkten Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind weitere Kennzahlen nicht von wesentlicher Aussagekraft.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die Städteregion Aachen ist mit 8.400 Euro, entsprechend zu 1/3 am Gesellschaftskapital als Kommanditistin beteiligt. Am Gewinn-/Verlust der Gesellschaft nimmt die Städteregion Aachen in Höhe ihres Kapitalanteils teil. Im Jahr 2017 hat die StädteRegion Aachen keine Zahlungen zur Verlustabdeckung geleistet.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen –mit Ausnahme der AKM Verwaltungs GmbH– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Zweck der Aachner Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Gemäß Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen (Elisabethspitalfond-Stiftung, StädteRegion Aachen, Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG, Sparkassen Immobilien GmbH) abgeschlossen werden konnten, lagen die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr, neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen, in der Erstellung des Entwässerungskonzeptes sowie im Abschluss der Kaufverträge mit privaten Veräußerern. Des Weiteren wurde Ende 2017 mit den planungsrechtlichen Begutachtungen wie Kampfmittel- und Bodendenkmaluntersuchungen begonnen. Aktuell ist die Entwässerung des neuen Gewerbegebietes gesichert, ohne die ein rechtskräftiger

Bebauungsplan nicht zustande kommen kann. Nach wie vor steht die Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 noch aus, die jedoch für Ende 2018 / Anfang 2019 erwartet wird.

Sämtliche Kaufverträge über die benötigten Grundstücksflächen für die Erschließung sind nunmehr abgeschlossen. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen Grundstücksflächen der StädteRegion Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG und Sparkassen Immobilien GmbH wird mit Zahlung der Kaufpreise in Höhe von insgesamt 1.451.020,00 € erfolgen. Die Fälligkeitsvoraussetzungen lagen im Berichtsjahr noch nicht vor.

Darstellung der Lage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.640.064,92 € (30,57%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 3.518.908,91 € (65,59%), geleistete Anzahlungen und kurzfristige Forderungen in Höhe von 103.117,50 € (1,92%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 100.183,88 € (1,87%) ausgewiesen. Das Guthaben bei Kreditinstituten beinhaltet einen Betrag in Höhe von 27.012,19 €, die als Treuhandkonto die Kautionen der Mieter umfasst. Der gleiche Betrag wird auf der Passivseite als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Versicherungsbeiträge für das Jahr 2018, die bereits im Jahr 2017 bezahlt wurden, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten verbucht. Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 5.241.571,14 € (97,70%) strukturiert. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (Komplementärin und Kommanditisten) bestehen in Höhe von 23.540,93 €. Die noch an das Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer ist in Höhe von 1.235,32 € ausgewiesen. Steuerrückstellungen waren nicht zu passivieren. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen und deren geplante Erschließung soll ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet entstehen. Durch den vorhandenen Flugplatz, die günstige Autobahnanbindung sowie den Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen. Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können und somit ein höherer Zinsaufwand durch die Refinanzierung entsteht. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen. Die Entwicklung des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück (Nord) korrespondiert mit der Weiterentwicklung des unmittelbar angrenzenden Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück mit der geplanten Verschwenkung der Start- und Landebahn durch die Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH. Aus der zeitlichen Realisierung der Verschwenkung der Start- und Landebahn ergeben sich für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Chancen und Risiken. Ende 2017 schafften die Gesellschafter in ihren Gremien die Voraussetzung zur Erhöhung des Kommanditkapitals der Gesellschaft um 6 Mio. €. Der entsprechende Beschluss der Gesellschafterversammlung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG und damit verbunden die Einzahlung der Geldmittel steht derzeit noch aus. Auch liegen der Geschäftsführung Angebote für Darlehensverträge zur Fi-



finanzierung des weiteren Investitionsbedarfs für die Erschließung der beiden Gewerbegebiete Nord und Süd mit einer langfristigen Zinssicherung vor, deren Abschluss ebenfalls in der nächsten Gesellschafterversammlung beschlossen werden soll. Damit ist eine weitere Grundlage für die Umsetzung der gesamten Projekte gegeben, die insbesondere weitere Zinsrisiken abfedert.

Auch wenn sich die Erschließung des Gewerbegebietes Nord und damit verbunden die Vermarktung von ersten Gewerbegrundstücken je nach Zeitpunkt der Rechtskraft des Bebauungsplans verschieben sollte, wird für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG im Jahr 2018 ein positives Ergebnis erwartet.



Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flughafens Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Manfred Zitzen

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz: 52146 Würselen
gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>8.400</u>	<u>33,333</u>
	25.200	100,000

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Bilanz:			
Anlagevermögen	0	0	0
Umlaufvermögen	20.175	20.911	21.112
I. Forderungen / sonst. VG	17.249	17.999	17.999
II. Kassenbestand, Guthaben	2.925	2.912	3112
Bilanzsumme Aktiva	20.175	20.911	21.112
 Eigenkapital	 18.386	 18.709	 19.076
I. Gezeichnetes Kapital	25.200	25.200	25.200
II. Jahresüberschuss/fehlbetrag	–1.087	322	367
III. Vortrag auf neue Rechnung	–5.726	–6.814	–6.491
Rückstellungen	1.731	2.065	1.955
Verbindlichkeiten	57	137	81
Bilanzsumme Passiva	20.175	20.911	21.112
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2015	 2016	 2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Sonst. betriebliche Erträge	54.036	72.000	72.157
Sonst. betriebliche Aufwendungen	59.302	74.318	74.430
Erträge aus Beteiligungen	4.178	2.640	2.640
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresüberschuss/–fehlbetrag	–1.087	322	367

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist am Ergebnis der Gesellschaft entsprechend ihrem quotalen Anteil beteiligt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion

Aachen –mit Ausnahme der AKM GmbH & Co. KG– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Entsprechend der Formulierung im Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gegenstand der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat. Die Jahresabschlussprüfung wurde wie in den Vorjahren der örtlichen Rechnungsprüfung der StädteRegion Aachen übertragen.

Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke am Flugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können. Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, so dass sich nunmehr alle für die Erschließung benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG befinden. Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstückserschließungen bedingt ist. Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zum 01.04.2015 wurde daher der Wechsel der Geschäftsführung auf Herrn Manfred Zitzen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG von den Gesellschaftern beschlossen und vollzogen. Für diese Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG monatlich in Rechnung gestellt.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5% des eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5%), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Camp Astrid GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung erfolgt durch die Geschäftsführer der Komplementärin, der Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu benennen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist beschließendes Organ in allen Angelegenheiten, die hierfür im Gesellschaftsvertrag vorgesehen sind. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Camp Astrid Verwaltungs GmbH
Michael Eßers

Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregiontagsmitglied
Stellvertreter:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 50.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	12.500	25,00
Stadt Stolberg	25.000	50,00
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>12.500</u>	<u>25,00</u>
	50.000	100,000

Komplementärin: Camp Astrid Verwaltungs GmbH
–kein Kapitalanteil–

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	8.047	4.598	1.150
I. Imm. Vermögensgegenst.	8.047	4.598	1.150
B. Umlaufvermögen	10.716.335	10.617.984	10.036.634
I. Vorräte	8.619.165	8.375.700	7.374.396
II. Forderungen / sonst. VG	1.492.191	1.573.659	1.527.635
III. Kassenbestand, Guthaben	604.979	668.625	1.134.603
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.860	3.466	3.620
Bilanzsumme Aktiva	10.727.242	10.626.048	10.041.404

A. Eigenkapital	122.964	122.964	122.964
I. Kapitalanteile Kommanditisten			
1. Festkapital	50.000	50.000	50.000
2. Bewegliches Kapital	72.964	72.964	72.964
B. Rückstellungen	9.200	17.300	10.200
C. Verbindlichkeiten	10.595.079	10.485.784	9.908.240
Bilanzsumme Passiva	10.727.243	10.626.048	10.041.404

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Umsatzerlöse	304.476	190.711	532.845
Verminderung des Bestands an Unfertigen Erzeugnissen	531.383	243.465	1.001.304
Materialaufwand	14.522	38.261	0
Sonstige betriebliche Erträge	376.661	99.630	584.759
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	107	78.829	9

Abschreibungen	2.819	3.449	3.448
Sonstige betriebliche Aufwendungen	55.864	70.874	67.425
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an den Gewinnen/Verlusten entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Kupferstadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet durchgeführt. Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen. Auftrag der Gesellschaft war bzw. ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der zuvor beschriebenen Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Neben den eingezahlten Kapitalanteilen der Kommanditisten verfügt die Gesellschaft im Berichtsjahr über Grundbesitz in der Größenordnung von ca. 10 ha vermarktbare Gewerbegebietsfläche zzgl. ca. 37 ha Waldfläche, die im Berichtszeitraum auf die Kupferstadt Stolberg übertragen wurde. Zur Finanzierung der Maßnahme hatte die Gesellschaft mit Datum vom 20.05.2005 ein zinsvariables Kommunaldarlehen auf EURIBOR-Basis in Höhe von 5 Mio. Euro und ein festverzinsliches Darlehen in Höhe von 10 Mio. Euro aufgenommen. Die Sicherung der Darlehen erfolgt über eine Ausfallbürgschaftserklärung der Stadt Stolberg in Höhe von insgesamt 15 Mio. Euro. Die Darlehens(rest)schuld wurde seitens der Kupferstadt Stolberg im Mai 2015 beglichen. Die tagesaktuelle Liquidität der Gesellschaft wird über ein Tagesgeldkonto sichergestellt. Voraussetzung, um treuhänderisch für die Stadt Stolberg arbeiten zu können, war die am 30.09.2002 von der Bezirksregierung Köln ausgesprochene Anerkennung der Gesellschaft als Entwicklungstreuhänder für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid gern. § 167 i. V. m. § 158 BauGB. Hierbei handelt es sich um eine maßnahmenbezogene Anerkennung, die nur für das Projekt Camp Astrid gilt. Zur Finanzierung der unrentierlichen Kosten der Maßnahme hat die Stadt Stolberg einen Förderantrag auf Zuweisung von Städtebaufördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt. Die Maßnahme ist seit 2001 im Städtebauförderprogramm des Landes NRW enthalten und erhielt seit 2005 Fördermittel aus dem Bundesprogramm Stadtumbau West. Da mit dem Abruf der Fördermittel der Bewilligungs- und Durchführungszeitraum für die Maßnahme endete, wurde an die Bezirksregierung Köln ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes gestellt. Dem Antrag wurde entsprochen und der Durchführungszeitraum bis zum 31.12.2014 verlängert. Mit Datum vom 29.04.2015 wurde absprachegemäß an die Bezirksregierung Köln ein weiterer Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes bis zum 31.12.2016 gestellt. Im dritten Quartal 2015 wurden Gespräche mit der Bezirksregierung Köln in Bezug auf den Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid geführt. Es wurde seitens der Bezirksregierung vorgegeben, dass der Schlussverwendungsnachweis bis Ende 2015 eingereicht werden soll, was mit Versand am 03.12.2015 geschehen ist. Mit Einreichung des Schlussverwendungsnachweises geht die Aufhebung der Entwicklungssatzung einher. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (§ 165 ff. BauGB) für den Bereich des Gewerbegebietes „Camp Astrid“ ist abgeschlossen. Die Ziele der Entwicklungsmaßnahme wurden erreicht, die Notwendigkeit einer Fortsetzung besteht nicht. Gemäß § 169 Abs. 1 Nr. 8 BauGB i. V. m. § 162 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist daher die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches aufzuheben. Seit Jahren begleitet den Standort die Artenschutzthematik rund um die Schlingnatter. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung sind StädteRegion Aachen und Kupferstadt Stolberg in Bezug auf die weitere Vorgehensweise abgestimmt und erste Ausgleichsmaßnahmen sind für den Standort eingeleitet worden. Das Gesamtkonzept zur Thematik soll im Frühjahr 2018 fertig gestellt und bereit zur Umsetzung sein. Diese Ausgleichsmaßnahmen für den Artenschutz sind notwendig, damit weitere gewerbliche Nutzungen generiert werden können.

Vermarktungssituation

Die aktuelle Vermarktungssituation ist positiv. Im Jahr 2017 wurden mit 47 Unternehmensvertretern Vertriebsgespräche in dem Sinne geführt, dass ihnen der Standort Camp Astrid präsentiert wurde. Davon konnte bei ca. 40 % der Anfragenden leider kein weiterführendes Interesse am Standort Camp Astrid identifiziert werden. Bei ca. 30 % der potentiellen Kunden konnte ein Anfangsinteresse geweckt werden, wobei diese Kunden bis dato unschlüssig und unentschieden sind. Ganz konkretes Kaufinteresse konnte bei ca. 30 % der Unternehmen hervorgerufen werden, was dazu geführt hat, dass diese Unternehmungen das jeweilige Grundstück konkret beplanen und die entsprechenden Flächen gesellschaftsseitig reserviert wurden. Bei vier der konkret planenden Unternehmen ist eine Reservierung leider nicht in einen Flächenverkauf gemündet. Aktuell sind aber ca. 3,8 ha Fläche Gegenstand von Reservierungen bzw. Verkaufsverhandlungen. Im Berichtszeitraum konnten 8 Grundstücksgeschäfte in einem Volumen von ca. 15.000 qm beurkundet werden. Dieser Wert entspricht mehr als dem Doppelten des Vorjahres, was die positive Entwicklung im Vermarktungsprozess zeigt. Im Einzelnen wurden folgende Grundstücksgeschäfte generiert: Ein Garten- und Landschaftsbauunternehmen hat in Camp Astrid eine ca. 2 Tsd. qm große Grundstücksfläche erworben. Dieses ist mit seinen 5 Mitarbeitern seit Frühjahr 2017 am neuen Standort aktiv. Ein Leiterplattendienstleister hat im März 2017 ein ca. 2.950 qm großes Grundstück im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid erworben. Der Neubau wurde zum Jahreswechsel 2017/2018 von den 15 Mitarbeitern bezogen. Ein bereits investiertes Bauunternehmen hat ebenfalls in Camp Astrid eine Erweiterungsfläche von ca. 1.200 qm erworben, um den Expansionskurs weiter zu ermöglichen. Eine Medienagentur hat im 2. Quartal 2017 ein ca. 2.300 qm großes Grundstück im Gewerbegebiet Camp Astrid erworben. Das Unternehmen möchte den neuen Standort im 1. Quartal 2018 beziehen. Ein weiteres Garten- und Landschaftsbauunternehmen hat im Berichtszeitraum zwei Grundstücke mit einer Gesamtgröße von ca. 3.500 qm im Camp Astrid erworben. Das Aachener Unternehmen hat im November mit den Erdarbeiten begonnen und plant, mit den 16 Mitarbeitern zum 2. Quartal 2018 den Stolberger Standort zu beziehen. Ein Unternehmen aus dem Bereich Düngemittelentwicklung hat ebenfalls im Gewerbegebiet Camp Astrid ein Gewerbegrundstück in der Größenordnung von ca. 1.700 qm erworben. Das Unternehmen plant einen Neubau im Jahr 2018. Mit einem bereits am Standort investierten Metallbauunternehmen konnte ebenfalls ein Flächenzukauf beurkundet werden. Damit ein Glasfasernetz am Standort zeitgemäße Breitbandgeschwindigkeiten garantiert, hat ein regionaler Telekommunikationsdienstleister eine Grundstücksfläche erworben, um entsprechende Technik einzubringen. Der Kupferstadt Stolberg wurden für die Vermarktung nicht mehr notwendige Waldflächen übertragen. Es ist angedacht, im Jahr 2018 auch die im Gewerbegebiet vorhandenen Verkehrsflächen an die Kupferstadt Stolberg zu übertragen. Branchenseitig stammen die derzeit noch interessierten Unternehmen aus den Bereichen Handwerk, Produktion, Schulung, Dienstleistung sowie Transport und Logistik. Die Anfragenstruktur zeigt, dass ca. 40 % der aktuell interessierten Unternehmen noch keinen Unternehmenssitz am Standort Stolberg Vorhalten. Die restlichen anfragenden Unternehmen sind aufgrund der Unternehmensentwicklung nicht mehr am derzeitigen Standort in der Kupferstadt Stolberg expansionsfähig und benötigen eine Alternative für weiteres Wachstum. Aktuell sind ca. 11,5 ha der Camp Astrid Gewerbeflächen vermarktet. Das seinerzeit formulierte Ziel, einen Gewerbestandort in der Kupferstadt Stolberg zu schaffen, an dem sich Wirtschaft entwickeln und entfalten kann, füllt sich kontinuierlich mit Inhalt.

Finanzlage

Alle Konten werden im Berichtsjahr auf Guthabenbasis geführt. Den Verpflichtungen finanzieller Art konnte zu jedem Zeitpunkt nachgekommen werden.

Prognosebericht

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg. Wald- und Verkehrsflächen sollen auf die Kupferstadt Stolberg übertragen werden. Die aktuelle und zukünftige Vermarktung der Gewerbeflächen wird weiterhin seitens der Gesellschaft aktiv betrieben.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Kann der in den drei Vorjahren realisierte Vermarktungsschwung auch im Jahr 2018 aufrecht gehalten werden, wird das Gewerbegebiet Camp Astrid eine unverändert positive Entwicklung nehmen. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 11 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen vor. Für den Fall, dass zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte kein Risiko für die Gesellschaft. Die Dynamik am Standort würde jedoch eine Unterbrechung erfahren. Im Jahr 2016 ist wegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung über das Vermögen eines Vertragspartners das Insolvenzverfahren eröffnet worden. In diesem Grundstücksgeschäft, dessen Ursprünge in das Jahr 2012 zurückreichen, ist im Rahmen komplexer Vertragsbedingungen die Kaufpreiszahlung in Teilen in die Zukunft datiert worden. Mit anderen Worten wird der Kaufpreis des Grundstückes in monatlichen Raten gezahlt. Bislang, d.h. auch nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens, hat die insolvente Gesellschaft bzw. der Insolvenzverwalter sämtliche Kaufpreistraten nach Maßgabe des Kaufvertrags erfüllt. Ein Zahlungsrückstand besteht gegenwärtig nicht. Es ist beabsichtigt, den Kaufvertrag mit der CA KG mit einem neuen Investor weiterzuführen. Im Januar 2018 konnte ein Weiterverkauf an die Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG beurkundet werden. Der Weiterverkauf der Grundstücke ist in Fortsetzung zur Vorgehensweise beim Weiterverkauf einer Teilfläche im Jahr 2015 durchgeführt worden. Der neue Vertragspartner ist in den zwischen der CA KG und dem bisherigen Kunden geschlossenen Kaufvertrag eingetreten, d.h. in nahezu alle relevanten Pflichten aus dem damaligen Kaufvertrag eingetreten. Der Erwerber hat die restliche noch offene Kaufpreisschuld gegenüber der CA KG übernommen. D.h. durch den Weiterverkauf der Grundstücke sind der CA KG finanziell und im Hinblick auf die weitere Nutzung und Entwicklung des Grundstücks keine finanziellen Nachteile entstanden. Somit konnte in diesem Projekt eine nachhaltige Lösung gefunden werden, die Risiko und finanziellen Schaden von der Gesellschaft fernhält.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

Camp Astrid Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der beziehungsweise für die Camp Astrid GmbH und Co KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung und die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Probsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern.

Gesellschafterversammlung:

Pro 6.250,- Euro Einlage hat jeder Gesellschafter eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Michael Eßers

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregiontagsmitglied
Stellvertreter:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Stolberg	12.500	50,00
StädteRegion Aachen	6.250	25,00
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>6.250</u>	<u>25,00</u>
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	41.518	40.321	41.790
I. Forderungen / sonst. VG	12.836	14.061	15.840
II. Kassenbestand, Guthaben	28.682	26.261	25.950
Bilanzsumme Aktiva	41.518	40.321	41.790
A. Eigenkapital	34.580	35.353	36.227
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	8.934	9.580	10.353
III. Jahresüberschuss	646	773	875
B. Rückstellungen	2.448	2.414	2.464
C. Verbindlichkeiten	4.490	2.555	3.099
Bilanzsumme Passiva	41.518	40.321	41.790
	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:	– in € –	– in € –	– in € –
Betriebliche Erträge	19.083	29.130	29.892
Sonst. betriebl. Aufwendungen	18.324	27.970	28.856
Ergebnis nach Steuern	645	1.017	875
Jahresüberschuss n. Steuern	646	773	875

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der Gesellschaft mit einer Einlage von 6.250,- € beteiligt. Keine Verbindungen zum Haushalt.

Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid GmbH & Co. KG.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Gesellschaftszweck ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Camp Astrid GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat. Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Stadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt. Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen. Dem Gesellschaftszweck entsprechend wurden im Berichtsjahr die Geschäfte für die Camp Astrid GmbH & Co. KG geführt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die Gelder, die der Gesellschaft aus eingezahlten Stammeinlagen zur Verfügung gestellt waren, wurden im Berichtszeitraum auf einem Festgeldkonto bei der Sparkasse Aachen als Termineinlage verwaltet. Über den mit der Stadt Stolberg abgeschlossenen Treuhändervertrag kann die finanzielle Situation der Gesellschaft als gesichert angesehen werden. Die Gesellschaft konnte im Berichtszeitraum jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachkommen. Im Berichtszeitraum konnten acht Grundstücksgeschäfte beurkundet werden. In der 29. Gesellschaftersitzung der Camp Astrid Verwaltungs GmbH am 29.06.2015 wurde Herr Michael Eßers zum Geschäftsführer der Gesellschaft ab 01.07.2015 bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Am 26.08.2015 sind die entsprechenden Eintragungen ins Handelsregister vollzogen worden.

Prognosebericht

Die Kernaufgabe der Gesellschaft in 2018 ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Durch den Vermarktungsschwung der drei Vorjahre hat das Gewerbegebiet Camp Astrid eine positive Entwicklung genommen und hat sich qualitativ und quantitativ weiter entwickelt. Dies gilt es, im Jahr 2018 aufrecht zu erhalten bzw. fortzuführen. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 11 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen vor. Sollten zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte zwar kein operationelles Risiko für die Gesellschaft, aber die Dynamik am Standort würde an Fahrt verlieren, was nicht positiv für die weitere Entwicklung und Vermarktung des Standorts wäre.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

Vogelsang IP gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms und von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den vorgenannten Punkten stehen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt. Ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Geschäftsanteile des Kreises Aachen und der Stadt Aachen auf die StädteRegion Aachen sind deren Aufsichtsratssitze gem. § 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags auf die StädteRegion übergegangen.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Sie haben die Interessen ihrer Gebietskörperschaft zu verfolgen, sind an die Beschlüsse ihrer Vertretung gebunden und haben ihr Amt auf deren Beschluss jederzeit niederzulegen. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entsendung eines Nachfolgers im Amt. Die Benennung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig. Satz 2 gilt nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Albert Moritz

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
1. Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
2. Stellvertreter:	Thomas König	Stabsstellenleiter S 85
	Elisabeth Paul	Städteregiontagsmitglied

Stellvertreter: Hans-Josef Hilsenbeck Städteregionstagsmitglied (verst.)

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Stimmführer	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Hans-Josef Hilsenbeck	Städteregionstagsmitglied (verst.)
	Andreas Hermanns	Städteregionstagsmitglied – ab 26.01.2018
	Margret Schulz	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Janine Köster	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
 Sitz: 53937 Schleiden
 gezeichnetes Kapital: 27.300,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.650,00	50,00
Kreis Euskirchen	7.800,00	28,57
StädteRegion Aachen	1.950,00	7,14
Kreis Düren	1.300,00	4,76
Kreis Heinsberg	650,00	2,38
Stadt Schleiden	1.300,00	4,76
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	<u>650,00</u>	<u>2,38</u>
	27.300,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Anlagevermögen	34.477.887	45.551.779	45.777.931
I. Imm. Vermögensgegenst.	27.530	18.694	14.299
II. Sachanlagen	34.450.357	45.533.085	45.763.632
Umlaufvermögen	3.846.048	2.594.346	1.849.016
I. Vorräte	21.473	283.905	238.465
II. Forderungen / sonst. VG	1.787.637	1.291.621	916.902
III. Kassenbestand, Guthaben	2.036.938	1.018.819	693.649
RAP	24.288	44.801	56.848
Bilanzsumme Aktiva	41.776.660	48.190.927	47.683.794

Eigenkapital	11.103	11.103	11.025
I. Gezeichnetes Kapital	27.300	27.300	27.300
II. Verlustvortrag	-6.892	-16.198	-16.198
III. Jahresüberschuss	-9.306	0	0
SoPo f. Investitionszuschüsse	34.012.062	34.776.332	33.289.229
Rückstellungen	113.733	158.328	235.878
Verbindlichkeiten	7.384.263	13.245.164	14.147.585
RAP	255.500	0	0
Bilanzsumme Passiva	41.776.660	48.190.927	47.683.794

	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	432.827	918.319	2.161.985
Sonstige betriebliche Erträge	1.513.513	683.545	1.183.475
dav. Zuschüsse der Gesellschafter	500.000	500.000	847.760
Andere aktivierte Eigenleistungen	150.019	813.385	461.795
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	116.195	609.764	1.487.103
Materialaufwand	127.133,53	229.353	307.632
Personalaufwand	1.301.731	1.481.202	1.525.834
Abschreibungen	133.172	777.591	1.995.094
Sonstige betriebliche Aufwendungen	657.004	738.682	1.201.538
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.174	7.687	753
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.994	55.404	200.970
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-9.306	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	39	41	38
Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:	2015	2016 in %	2017 in %
Anlagendeckungsgrad I	0,1	76	73
Eigenkapitalquote	0,1	63	63

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2017 einen Betriebskostenzuschuss für die vogelsang ip gGmbH in Höhe von 59.508,00 € gezahlt. Als Gesellschaft, zu der seitens der vogelsang ip gGmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die SEV GmbH zu nennen.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Der öffentliche Zweck wurde im Jahr 2017 wie in den Vorjahren vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die zunehmende Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel, das neue Forum als Informationszentrums am Standort Vogelsang IP sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Änderung des Gesellschaftsvertrags zum 01.01.2018

Zum 01.01.2018 wurde eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen, die am 06.03.2018 ins Handelsregister eingetragen wurde. Wesentliche Punkte sind:

- Erhöhung des Stammkapitals auf 100.000 €, dabei neue Beteiligung des LVR i.H.v. 70% und quotale Reduzierung bei den anderen Gesellschaftern
- Einzahlung in die Kapitalrücklage von 400.000 € nach den neuen Beteiligungsquoten
- Organe der Gesellschaft sind nunmehr die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat besteht nicht mehr. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung wird durch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des LVR ausgeübt, der stellvertretende Vorsitz durch den Kreis Euskirchen
- Mehrheitserfordernis von 85 % bei einzelnen wichtigen Beschlüssen (vgl. § 8 Abs. 4 des neuen Gesellschaftsvertrages)
- Erhöhung des Rahmens für den Verlustausgleich der Gesellschafter auf maximal 1,4 Mio. € p.a.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)
- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)

- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

Wirtschaftsbericht inkl. Geschäftsverlauf und VFE-Lage

Geschäftsverlauf/laufender Betrieb

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von Vogelsang IP sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation) – seit Neueröffnung des Forums am 11.09.2016
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

Darüber hinaus vermietet die GmbH einen Teil der Forumsflächen langfristig an den Landesbetrieb Wald und Holz NRW zum Betrieb des Nationalpark-Zentrums Eifel und der dortigen Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“. Die Betreiberschaft des Nationalpark-Zentrums liegt beim Landesbetrieb Wald und Holz NRW. Die Betriebsführung des beide Ausstellungen erschließenden Besucherzentrums erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags durch die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH. Nach der Neueröffnung des Forums am 11.06.2016 war das Jahr 2017 das erste durchgängige Normaljahr. Dies führte im Ergebnis zu einem insgesamt deutlichen Anstieg der Besucherzahl:

- 270.000 Besucherinnen und Besucher konnten begrüßt werden (d.h. plus 44% gegenüber dem Vorjahr).

Im Bildungsbereich der Akademie Vogelsang IP war folgende Nachfrage festzustellen:

- 2.345 Bildungsformate mit 42.531 Teilnehmenden, davon 8.313 Schülern/Schülerinnen bzw. Jugendliche in überwiegend vertiefenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen. (das sind plus 83% (Bildungsformate) bzw. plus 64% (Teilnehmende) im Vergleich zum Vorjahr)

Hinzu kamen

- 35.534 Individual-Besucherinnen und -Besucher der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch ...“

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2017 erneut mehrere Sonderprojekte durchgeführt bzw. fortgeführt. Hierzu zählten neben diversen Jugendbildungsprojekten mehrere geförderte Projekte, u.a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die Landeszentrale für politische Bildung (Lzpb), die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) und den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB). Insgesamt kann die Entwicklung des Unternehmens in 2017 als günstig bezeichnet werden. Die Erwartungen an die Entwicklung der Nachfragewerte haben sich erfüllt.

Geschäftsverlauf / Investitionsprojekte

Bei den in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (gefördertes Volumen: 35,1 Mio. €),
2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (gefördertes Volumen: 3 Mio. €) und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (gefördertes Volumen: 1,2 Mio. €)

standen im Jahr 2017 eine Vielzahl von Restmaßnahmen und insbesondere diverse Mängelbeseitigungen an. Zur Finanzierung der über die Förderung hinaus gehenden Mehrkosten wurden zwei bankenfinanzierte, langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. € (insgesamt 10 Mio. €) aufgenommen. Der darüber hinaus gehende Betrag wurde in 2017 über ein temporäres Gesellschafterdarlehen des LVR mit Laufzeit bis zum 31.12.2017 sichergestellt. Ab dem 01.01.2018 ist dies durch ein langfristiges Gesellschafterdarlehen des LVR abgelöst worden. Dieses bietet einen nach aktuellem Erkenntnisstand hinreichenden Puffer für eventuelle Risiken (worst-case-Prognose für die ungeforderten, eigen zu finanzierenden Investitionen: 14,5 Mio. €).

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis 2017 ist durch den satzungsgemäßen Gesellschafterverlustausgleich ausgeglichen. Die Planzahlen für das Jahr 2017 wurden insgesamt weitgehend erfüllt.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 45.764 T€ (Vorjahr 45.533 T€; + 0,51%), darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Vorräte in Höhe von 238 T€ (Vorjahr 284 T€; - 16,01%), durch sonstige Vermögensgegenstände (hier vor allem Umsatzsteuerforderungen) von 804 T€ (Vorjahr 1.214 T€; -34%) und durch liquide Mittel in Höhe von 694 T€ (Vorjahr 1.019 T€; -31,90%)
- geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere
 - Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 33.289 T€ (Vorjahr 34.776 T€; -4,28%),
 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 9.664 T€ (Vorjahr 4.958 T€; +94,91%),
 - Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (hier: temporäres Gesellschafterdarlehen LVR) in Höhe von 3.200 T€ (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 6.700 T€; - 52,24%),

- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.155 T€ (Vorjahr 1.501 T€; -23,06%) sowie
- Rückstellungen in Höhe von 236 T€ (Vorjahr 158 T€; +48,98%)

gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 € ist in voller Höhe eingezahlt.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- des investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch den Gesellschafterkredit des Landschaftsverbands Rheinland LVR sowie
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet. Zum Ende des Jahres 2017 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.040 T€, im Wesentlichen per Stichtag vergebene Aufträge für Umbauarbeiten. Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 694 T€ (Vorjahr: 1.019 T€). Die Differenz zum Vorjahr resultiert vor allem aus den Darlehensaufnahmen und -tilgungen.

Ertragslage

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2017 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen. Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2017 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 847.759,28 € (Vorjahr 498.114,70 €) aus. Der Verlust liegt unter dem durch Gesellschafterbeschlüsse gesetzten Rahmen von maximal 850.000 €, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird. Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2017 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 2.161.901 €, d.h. + 135%
2. Verminderung des Bestandes fertige/unfertige Erzeugnisse | 50.586 €, d.h. -120%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 461.795 €, d.h. -43%
4. Sonstige betriebliche Erträge (inkl. Gesellschafter-Verlustausgleich) | 1.183.476 €, d.h. + 73%
5. Materialaufwand | 307.632 €, d.h. 34%
6. Personalaufwand | 1.525.834 €, d.h. + 3 %
7. Abschreibungen | 1.995.094 €, d.h. + 157%
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen 1.201.538 €, d.h. + 63%
9. Zinserträge | 753 €, d.h. -90%
10. Zinsaufwand | 200.970 €, d.h.+ 263%
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag | 13.457 €, d.h. + 802%

Die vom Vorjahr deutlich abweichenden Werte erklären sich zusammengefasst wie folgt:

1. Betrieb des neuen Forums Vogelsang, hier insbesondere:

- ganzjährige Erlöse aus neuen Forumsnutzungen und gestiegenen Besuchszahlen
 - Betriebskosten des Forums: ganzjährig, wie Umsatzerlöse
 - moderater Anstieg beim Personalaufwand
 - Steigerung des Abschreibungs- und Zinsaufwandes, teilweise gegenläufig: erhöhte Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten für den geförderten Anteil
2. Restabwicklung Baumaßnahmen, hier insbesondere:
- die Abnahme der aktivierten Eigenleistungen beim baubedingten Einsatz eigener Mitarbeiter in Bezug auf Restmaßnahmen / Mängelbeseitigungen

Nachtragsbericht

Die Gesellschafterversammlung hat bei Ihrer Sitzung am 02.02.2018 einer langfristigen Stabilisierung der Personalausstattung der GmbH zugestimmt und damit die Grundlage für ein moderates Entwicklungsszenario gelegt.

Prognosebericht

In 2018 wird sich der Geschäftsbetrieb den bisherigen Betriebserfahrungen nach leicht über dem 2017er Niveau bewegen. Wesentlicher operativer Schwerpunkt 2018 wird zum einen die noch umfangreiche Mängelbeseitigung sowie die Durchführung von Restmaßnahmen rund um das Forum, zum anderen die Stabilisierung und der Ausbau des Akademiebetriebs sein. Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2018 ein wiederum ausgeglichenes Ergebnis, bei einem Gesellschafterverlustausgleich von ca. 1,0 Mio. €. Die Ergebniserwartung 2018 basiert in Ermangelung von längerfristigen Erfahrungswerten auf den ersten Betriebserfahrungen im laufenden Jahr 2018 und darauf aufbauenden Prognosen/Fortschreibungen. Hier liegen in verschiedenen Bereichen Unwägbarkeiten vor, insbesondere im Bereich der tatsächlichen Nachfrageentwicklung (Besuchszahlen allgemein, Ausstellungsbesuche, Programmnachfragen) sowie des tatsächlichen Aufwandes für das Facility-Management.

Chancen-/Risikobericht

Die Wirtschaftsplanung 2018 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem erst 2ten Normal-Betriebsjahr unter neuen Randbedingungen nicht exakt prognostizierbar ist. Bei den geförderten Investitionsprojekten können grundsätzlich insbesondere folgende Risiken eintreten:

1. ggf. Rückforderungen von Zuwendungsgebern, z.B. als Ergebnis von Prüfungen, und
2. ggf. weitere, über das in der Investitionsplanung prognostizierte Volumen von 13,6 Mio. € hinausgehende Projektausgaben, insbesondere im Zusammenhang mit einem anhängigen Rechtsverfahren (worst case 0,9 Mio. €) sowie durch ggf. weitere, als nicht werthaltig beurteilte Forderungen, von Firmen im Rahmen laufender Maßnahmen.

Bei der Prognose des Investitionsvolumens wurden alle erkenn- bzw. absehbaren Mehrkosten berücksichtigt. Eine weitere Erhöhung ist aus Sicht der Geschäftsführung unwahrscheinlich. Es wird damit gerechnet, dass bis Ende 2018 eine abschließend belastbare Prognosebasis besteht. Zur kon-

tinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird unverändert eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und die Gesellschafterversammlung bei jeder Sitzung (bei konkretem Anlass ggf. umgehend) über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können. Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen, insbesondere in Bezug auf die Umsatzerlöse und die Liquidität, monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild **Vogelsang IP** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel und der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur,
- Projektentwicklung Kernnutzungen;
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden Flächen von ca. 90 ha,
- Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur;
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie.

Die SEV GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut. Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren jeweils 1 Mandat zu. Das Land Nordrhein-Westfalen wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 2 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmt ist. Je 240 EUR eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thomas Fischer-Reinbach

Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

	Hans-Josef Hilsenbeck	Städteregiontagsmitglied (verst.)
	Andreas Hermanns	Städteregiontagsmitglied – ab 12.04.2018
Stellvertreterin:	Elisabeth Paul	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 53937 Schleiden

gezeichnetes Kapital: 36.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00	33,33
Land Nordrhein-Westfalen (vertr. durch das Ministerium f. Wirtschaft, Mittelstand und Energie)	12.000,00	33,33
Kreis Euskirchen	6.480,00	18,00
StädteRegion Aachen	2.160,00	6,00
Kreis Düren	2.160,00	6,00
Stadt Schleiden	<u>1.200,00</u>	<u>3,34</u>
	36.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	– in € –	– in € –	– in € –
Anlagevermögen	42.589	34.358	31.008
I. Imm. Vermögensgegenst.	3	1	1
II. Sachanlagen.	42.586	34.357	31.007

Umlaufvermögen	332.900	271.538	227.469
I. Forderungen / sonst. VG	15.698	29.824	20.576
II. Kassenbestand, Guthaben	269.875	241.714	206.893
RAP	4.739	3.465	1.471
Bilanzsumme Aktiva	332.900	309.361	259.948
Eigenkapital	253.682	233.230	204.374
I. Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000
II. Gewinnvortrag	169.699	217.682	197.230
III. Jahresüberschuss	47.983	-20.452	-28.856
Rückstellungen	19.124	18.351	18.724
Verbindlichkeiten	60.094	57.779	36.850
Bilanzsumme Passiva	332.900	309.361	259.948
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	116.969	149.436	172.934
Sonst. betriebl. Erträge	452.959	454.170	455.764
Personalaufwand	91.570	107.197	124.080
Sonst. betriebl. Aufwendungen	418.557	506.724	527.296
Jahresüberschuss n. Steuern	47.983	-20.452	-28.856

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	5	5	5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2017 einen Finanzierungsbeitrag zur SEV GmbH in Höhe von 27.000 € geleistet.

Als Gesellschaft, zu der seitens der SEV GmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die Vogelsang IP gGmbH zu nennen.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Auszug Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2017

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag der „Letter of Intent (LOI) über die Standortentwicklung Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018“ von August 2016, in dem auf der Grundlage eines Verwertungsplanes vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim erfolgen sollen. Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2017 waren die Vermarktung der Bestandsimmobilien und die Verhandlungen zur Übertragung der Flächen für die Kernnutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt. Nachdem mit dem Forum Vogelsang IP das Leitprojekt für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination Vogelsang IP im Jahr 2016 eröffnet wurde, sollen die beiden öffentlichen Nutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt als Teil der 1. Entwicklungsstufe zeitnah auf dem Grundstück der Redoute realisiert werden. Die Verhandlungen zur Übertragung der hierfür erforderlichen Teilflächen von insgesamt ca. 53 ha, Bauflächen an der Redoute und Umweltbildungsflächen, konnten allerdings nicht wie geplant im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des Kaufvertrages soll bis Mitte 2018 erfolgen. Die Angebote der Rotkreuz-Akademie im Rotkreuz-Fluchthaus, dem Haus der ehemaligen Hundestaffel, waren im Jahr 2017 so erfolgreich, dass das DRK die Immobilie Anfang 2018 erworben hat. Der provisorische Betrieb des Naturschutzhaus Eifel-Ardenne durch den NABU wurde fortgesetzt. Allerdings ist es dem Verein bisher nicht gelungen, die Finanzierung zum Ankauf des ehemaligen Kameradschaftshauses 9 zu sichern. Verkauft werden konnte aber das Kameradschaftshaus Nr. 14 zur Erweiterung des Gästehauses K 13. Erfolgreich war auch die Grundstücksausschreibung zur Entwicklung eines Wohnmobilparks, der Kaufvertrag wurde im Februar 2018 abgeschlossen. Positiv entwickelt haben sich auch die Bemühungen der SEV zur Ansiedlung eines Hotels. Die Geschäftsführung steht in konkreten Verhandlungen mit einem Investor, der alle vier sog. Hundertschaftshäuser erwerben möchte. Ein Hotelbetrieb soll auf Grundlage der durch die SEV erstellten Planungsstudie zunächst in Hundertschaftshaus 4 und 4a aufgebaut werden. Auf die Ausbietungen der Immobilien „Van Dooren“, Eingangsgebäude Malakoff und Fahrzeughof sowie Kameradschaftshaus 8 am Markt erfolgte nur eine mäßige Nachfrage von Interessenten. Die Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW auf einer Teilfläche der Schelde von 7,0 ha wurde Anfang des Jahres 2017 in Betrieb genommen. Trotz vorheriger Befürchtungen ergaben sich bisher keine negativen Auswirkungen auf den allgemeinen Besucherverkehr. Die Einrichtung war im Durchschnitt mit etwa 150 Bewohnern belegt. Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurde ein neues Wegweisungssystem für den KFZ-Verkehr mit allen Nutzern abgestimmt und installiert, die Beschilderung nach StVO den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Nach umfangreichen Untersuchungen des ehemaligen Luftschuttraums vor Hundertschaftshaus 4a wurde sich schließlich angesichts der angestrebten Hotelnutzung in Gebäude 4a mit der Denkmalpflege auf einen Rückbau verständigt. Die Bauarbeiten zum Rückbau des Bunkers wurden im Herbst 2017 begonnen und sollen im Frühjahr 2018 abgeschlossen werden. Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurden das Schadenskataster fortgeschrieben und insbesondere Sanierungsarbeiten an den Dachflächen durchgeführt. Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes

wurde im Jahr 2017 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit eigenem Personal fortgeführt. Das Klageverfahren gegen die Eintragung der gesamten Liegenschaft Vogel-sang als Baudenkmal wurde im dritten Jahr fortgeführt. Eine Entscheidung des Gerichts, nach einer Anhörung vor Ort, liegt noch nicht vor.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Nach der Eröffnung des neuen „Forum Vogelsang IP“ im September 2016 ist das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2016 noch ca. 218.000 betrug, im ersten vollen Betriebsjahr 2017 auf ca. 270.000 gestiegen. Zusammen mit den Besuchern der übrigen Nutzungen wurde damit im Jahr 2017 das avisierte Gesamtaufkommen von 300.000 Besucher pro Jahr erreicht. Diese Zahlen spiegeln die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino Vogelsang IP weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Laut Auskunft der Standortpartner waren Ende 2017 insgesamt 249 Personen in Vogelsang beschäftigt, davon 161 mit festen Arbeitsplätzen. Damit wurde das Ziel, die mit dem Weggang des belgischen Militärs weggefallenen 170 zivilen Arbeitsplätze neu zu schaffen, erreicht. Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der ersten Jahre wie im Jahr 2016 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren, ist vorhanden. Mit dem Rotkreuz-Fluchthaus, dem Kameradschaftshaus 14 und der Fläche für den Wohnmobilpark wurden drei weitere Immobilien veräußert. Chancen auf Realisierung durch private Investoren im Jahr 2018 oder danach werden weiterhin für die Kameradschaftshäuser 8 und 9, die vier Hundertschaftshäuser und das Grundstück „Depot 31“ gesehen. Wichtig für die weitere Gesamtentwicklung war es, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang IP“ mit den beiden zentralen Ausstellungen im September 2016 eröffnet wurde und seinen Regelbetrieb erfolgreich aufgenommen hat. Für die beiden Kernnutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt sollte nunmehr im Jahr 2018 nach 12 Jahren Konversion endlich eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen werden.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2017 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen. Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.856,25 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 20.452,05 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 259.948,38 € (Vorjahr: 309.360,74 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 31.008,00 € (Vorjahr: 34.358,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 228.940,38 € (Vorjahr: 275.002,74 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 204.374,08 € (Vorjahr: 233.230,33 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 55.574,30 € (Vorjahr: 76.130,41 €) gegenüber. Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 206.893,32 € (Vorjahr: 241.714,36 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 204.374,08 € (Vorjahr: 233.230,33 €) den wesentlichsten Posten.

Ertragslage

Im Jahr 2017 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.856,25 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.452,05 € im Jahr 2016. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die hohen Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von 628.697,76 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement), stehen Aufwendungen in Höhe von 657.554,01 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,00 € (Vorjahr: 302.260,02 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.. Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 124.080,08 € (Vorjahr 107.197,02 €) im Jahr 2017 für die Personalkosten.

Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 259.948,38 € (Vorjahr: 309.360,74 €) beträgt das Eigenkapital 204.374,08 € (Vorjahr: 233.230,33 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 79 % (Vorjahr: 75 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 206.893,32 € (Vorjahr: 241.714,36 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet. Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich überwiegend um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 21 % (Vorjahr: 25 %) der Bilanzsumme. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Chancen und Risiken

Nachdem mit dem Forum Vogelsang IP als zentrales Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum das Leitprojekt des Standorts im September 2016 eröffnet wurde, erreichten die Besucher-

zahlen bereits im ersten vollen Betriebsjahr 2017 die 300.000er Marke. Gleichzeitig wurde im Jahr 2017 mit 161 festen Arbeitsplätzen das Ziel erreicht, mit der Konversion die 2005 mit dem Abzug der belgischen Militärverwaltung weggefallenen 170 Stellen neu zu schaffen. Dreizehn Nutzungen konnten realisiert werden. Die reale Konversion, die vor zwölf Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit zu einem guten Teil gelungen. Wichtig für die Gesamtausrichtung des Standortes wäre als nächster Schritt die zeitnahe Umsetzung der Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt und damit auch die Bespielung der Umweltbildungsflächen. Gute Chancen des Ankaufs und Umbaus durch private Investoren werden weiterhin für die beiden Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 9 und das Grundstück „Depot 31“ gesehen. Auch für die Unterbringung eines Hotels in den Hundertschaftshäusern besteht noch eine realistische Entwicklungsperspektive. Nach dem Rückbau des Bunkers vor Hundertschaftshaus 4a muss hierfür die Infrastruktur weiter ausgebaut werden. Nach der Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft „Schelde“ im Januar 2017 haben sich trotz vorheriger Befürchtungen bisher weder auf die Gesamtentwicklung noch auf den Besucherbetrieb negative Effekte gezeigt. Auch die Auswirkungen der Beleuchtung der Landeseinrichtung auf die Astronomie-Werkstatt sind nicht so gravierend, dass der Betrieb gefährdet wäre. Durch den stabilen Betrieb des Forum Vogelsang IP bereits im ersten Jahr nach Eröffnung und die damit einhergehenden vermehrten Bildungs- und Kulturangebote sowie steigende Besucherzahlen wurde und wird das Vertrauen des Marktes in den Standort weiter gestärkt und auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren gefestigt. Damit steigen auch die Chancen, die schwierigen Immobilien wie die Hundertschaftshäuser, den Malakoff-Komplex und das Grundstück Depot 31 zu vermarkten. Zu klaren Standortbedingungen würde auch beitragen, wenn für die schon lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt endlich eine zeitnahe Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Damit würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination Vogelsang IP weiter gestärkt und somit für private Nutzungen interessanter. Für das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren zeigt der Markt keinerlei Interesse, hier soll im Jahr 2018 intern eine neue Nutzungsperspektive erarbeitet werden. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen. Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung und der kommu-

nalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2018 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2018. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis zum Laufzeitende der Gesellschaft am 31.12.2018 nicht erkennbar.

Prognose

Die Laufzeit der SEV wurde im Jahr 2016 letztmalig bis zum 31.12.2018 verlängert. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert. Zielsetzung der Gesellschaft in der verbleibenden Zeit ist vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang auf Grundlage des im Letter of Intent vereinbarten Verwertungsplans. Als Grundlage für die Umsetzung der Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt soll im Jahr 2018 die Übertragung der Baufläche an der Redoute und der Umweltbildungsflächen von insgesamt rund 53 Hektar erfolgen und ein Investorenverfahren vorbereitet werden. Damit wären etwa 74 % der vermarktbareren Flächen übertragen. Der Verkauf von weiteren, zurzeit noch verpachteten Immobilien mit 5 Hektar Fläche (6 %) ist ebenfalls bis Ende 2018 geplant. Die Entwicklung des Wohnmobilparks wurde auf den Weg gebracht, eine Eröffnung für Juni 2018 avisiert. Chancen bei der Vermarktung werden darüberhinaus für das Kameradschaftshaus 8 und die Hundertschaftshäuser gesehen. Das einzige noch verbliebene Grundstück zur Entwicklung von Neubauten, Depot 31, wird seit Beginn des Jahres am Markt angeboten. Für das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren und das 4 Hektar große zentrale Grundstück soll eine Nutzungsperspektive erarbeitet werden. Weiteres Ziel ist die Übertragung von Teilen der Besucherwege und Freiflächen an Dritte. Der Geschäftsbereich Geländemanagement soll nach Vorstellungen der SEV zum 01.01.2019 an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen werden. Entscheidend zum Erfolg der gesetzten Ziele tragen neben der zurzeit günstigen Investitionslage klare Standortbedingungen bei. Hierzu zählt maßgeblich der stabile Regelbetrieb im Forum Vogelsang IP u. a. mit der Steigerung der Besucherfrequenz. Positiv ist sicher auch, dass sich der Betrieb der Flüchtlingsunterkunft Schelde bisher nicht negativ auf die Entwicklung des Standortes auswirkt.

Für das kommende Geschäftsjahr wird nach derzeitigem Stand wegen der weiterhin forcierten Verwertung der Immobilien wieder ein Verlust auf mindestens gleichem Niveau erwartet.

Ergänzender Hinweis zur Lageberichterstattung

Der Städteregionstag hat in seiner Sitzung am 27.10.2016 die weitere Beteiligung der StädteRegion Aachen als Gesellschafterin an der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV)“ bis zum 31.12.2018 beschlossen sowie die weitere Bereitstellung des Finanzierungsanteils der StädteRegion Aachen in der bisherigen Höhe von jeweils 27.000 € /a.



Energeticon gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die ENERGETICON gGmbH wurde 2010 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist primär die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und -technische Entwicklung insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort) aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen. Durch die Vermittlung von Wissen wird indirekt die Nachfrage nach innovativen energietechnologischen Produkten und Dienstleistungen gefördert. Das ENERGETICON wird zugleich als Ort kultureller Fremd- und Eigenveranstaltungen sowie privater Fachtagungen und Feierveranstaltungen betrieben. Zu diesen Zwecken nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II westlich des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Dokumentationszentrum Energie mit didaktisch und gestalterisch innovativem Museumscharakter umgestaltet. Für die Qualität seines Kommunikationsdesigns erhielt die Ausstellung mehrere renommierte Preise (z.B. Red dot award; One show award).

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Gesellschaft hat sich in ihrem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft. Die Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB ist erteilt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 9 Mitgliedern. 5 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder von der Stadt Alsdorf und 1 Mitglied von der StädteRegion Aachen entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. § 11 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags enthält die Aufgaben, die dem



Aufsichtsrat insbesondere obliegen. Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbands Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt – analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen. Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird. Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags enthält einen Katalog der der Gesellschafterversammlung vorbehaltenen Angelegenheiten.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Harald Richter

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
1. Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
2. Stellvertreter:	Thomas König	Leiter Stabsstelle S 85

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Stimmführer:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Horst-Dieter Heidenreich	sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52477 Alsdorf

gezeichnetes Kapital: 26.000 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.000	50
Stadt Alsdorf	6.500	25
StädteRegion Aachen	2.600	10



Stadt Eschweiler	650	2,5
Stadt Stolberg	650	2,5
Stadt Baesweiler	650	2,5
Stadt Herzogenrath	650	2,5
Energeticon e.V.	650	2,5
Verein Bergbaumuseum Grube Anna e.V.	650	2,5

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	8.309.792	8.109.223	7.828.551
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.159.423	1.100.175	1.034.902
II. Sachanlagen	7.150.369	7.009.048	6.793.649
B. Umlaufvermögen	268.921	152.396	555.491
I. Vorräte	7.534	7.020	4.355
II. Forderungen / sonst. VG	19.873	17.791	11.032
III. Kassenbestand, Guthaben	241.514	127.586	540.104
RAP	0	0	0
Bilanzsumme Aktiva	8.578.714	8.261.619	8.384.043
Eigenkapital	629.364	523.747	522.987
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Kapitalrücklage	602.604	496.987	496.987
III. Bilanzgewinn	760	760	0
Sonderposten	7.696.034	7.420.207	7.184.793
Rückstellungen	22.560	23.313	20.765
Verbindlichkeiten	130.755	281.352	327.124
RAP	100.000	13.000	0
Bilanzsumme Passiva	8.578.713	8.261.619	8.384.043
Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
Umsatzerlöse	263.246	292.526	317.788
sonst. betriebl. Erträge	577.006	562.660	979.972
dav. Finanzierungsanteile d. Hauptgesellschafter	160.000	160.000	160.000
Materialaufwand	48.139	61.146	66.406
Personalaufwand	272.335	292.758	301.138
sonst. betriebl. Aufwendungen	245.013	232.121	229.768
Entnahmen aus Kapitalrücklage	103.834	105.617	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	-103.834	-105.617	327.614



Eckdaten und Leistungskennziffern

Im Geschäftsjahr 2017 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 20 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Anlagendeckungsgrad I	72,0	71,0	75,0
Anlagendeckungsgrad II	100,0	98,0	103,0
Eigenkapitalquote	70,0	69,0	70,0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2017 einen Betriebskostenzuschuss für die Energeticon gGmbH in Höhe von 10.000 € geleistet.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsmodell

Die ENERGETICON gGmbH besteht seit Herbst 2010. Ihr Geschäftsmodell sieht drei Betriebsbereiche vor: Bildung, Kultur/Freizeit und Vermietung.

Das ENERGETICON ist primär ein **Ort für Bildung**. Es geht um die Förderung von Wissen über energiegeschichtliche und -technische Entwicklungen insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort), aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Es geht in diesem Kernbetriebsbereich um die niederschwellige Kommunikation der Energiewende im globalen Zusammenhang, ihrer Notwendigkeit und ihrer technischen Wege. Dieser Gesellschaftszweck wird im Wesentlichen verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen.

Das ENERGETICON ist zugleich **Ort von Kultur und Freizeitgestaltung**, durch unter anderem kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen insbesondere im Fördermaschinenhaus.

Das ENERGETICON betreibt ein **Vermietungsgeschäft** für Fachtagungen, private und öffentliche Unterhaltungs-/Freizeitangebote sowie für private Feiernveranstaltungen. Für diesen Betrieb unterhält und bespielt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Energie-Erlebnis-Museum mit didaktisch und gestalterisch innovativem Charakter umgestaltet.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2017 war das dritte Vollbetriebsjahr des ENERGETICON. Das Geschäftsfeld Museumspädagogik als Kernaufgabe des ENERGETICON stand 2017 im Mittelpunkt der betrieblichen Tätigkeiten: Ausformulierung und Anwendung pädagogischer Angebotsmodule (Führungsformate, Besucherrallys, neue pädagogische Workshops, Projektwochen, Exkursionen in die Umgebung (Energieweltlandschaft AnnA) etc.) sind hier zu nennen. Die erste Veranstaltung der Reihe „Netzwerk erzählte Geschichte“ im Rahmen der Daueraufgabe „Generationenbrücke“ konnte erfolgreich durchgeführt werden. Das ENERGETICON intensivierte parallel dazu die Vermarktung für fachbezogenen und kulturellen Betrieb im Fördermaschinenhaus und den Panoramaräumen. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen insbesondere um öffentliche Unternehmungsformate (Meyer Konzerte) und Tagungen (Hochschulen). Paketangebote von Vermietung und Ausstellungsbesichtigung fanden eine weiterhin gute Nachfrage. Insgesamt führte dies zu einer Einnahmesteigerung von rd. 15% dieser Einnahmequelle der Gesellschaft. Im Bereich Marketing intensivierte die Gesellschaft regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Hierbei wurden alle medialen Wege genutzt (Print, Facebook, Homepage, TV, Radio). Die hierfür aufgewandten Finanzmittel für Werbung blieben auf dem Niveau des Vorjahres. Markenbildung und Markteinführung des ENERGETICON sind auch 2017 einen guten Schritt vorangekommen. Die Vernetzung des ENERGETICON wurde fortgeführt: Der Aufbau eines Netzwerks der Kooperationsschulen wurde 2017 fortgesetzt und um weitere vier Kooperationen auf insgesamt 32 erhöht. Hierzu liegen schriftliche Kooperationsvereinbarungen vor. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen wurde konsequent fortgeführt (Energiespar-Detektive, Bildungszugabe, Kultur macht stark). Ein weiteres Beispiel für Projekte mit Netzwerkpartnern war mit der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH im Mai eine Veranstaltung zum Thema Nachhaltige Mobilitätsentwicklung, in deren Folge das ENERGETICON im August 2017 mit dem Verein VERA e.V. die 1. Alsdorfer Mobilitätsrallye veranstaltete. Die Privatisierung der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede an einen erfahrenen Gastropartner (BG Gastronomie GmbH) hat sich bewährt. Vermehrt kommen Tagungspauschalen bei Vermietungen zur Anwendung in rd. 10% der Vermietungen. Die schwierige Phase des Anlaufbetriebs konnte im dritten Vollbetriebsjahr 2017 abgeschlossen werden. Der Tagesbetrieb läuft zwischenzeitlich routiniert und professionell. Insgesamt verzeichnet das ENERGETICON dadurch eine sehr hohe Besucherzufriedenheit. Dies belegen immer wieder persönliche Rückmeldungen von Besuchern an Kassen- und Führungspersonal sowie schriftliche Äußerungen auf entsprechenden Fragebogen am Counter.

Investitions- und Finanzierungsbereich

Im Wirtschaftsjahr 2017 fanden neben dem Grubenwasserthermieprojekt GREEN keine baulichen Investitionen der Gesellschaft statt. Wegen technischer Probleme konnte nur ein kleiner Teil der Projektkosten von GREEN umgesetzt werden. Die Sparkasse Aachen bewilligte bereits 2015 zur Zwischenfinanzierung der EU-geförderten Maßnahme GREEN einen Euriborkredit. Dieser wurde 2017 für investive Maßnahmen (GREEN) lediglich mit rd. 200 Euro in Anspruch genommen.



Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 konnten die Erlöse aus den Bereichen Vermietung und Veranstaltungen mit 110 TEUR gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden. Im Geschäftsjahr konnten Spenden i.H.v 9 TEUR vereinnahmt werden, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 20 TEUR entspricht. Im Bereich der Ausstellung konnten 156 TEUR Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop generiert werden, was einer Steigerung von 10 TEUR gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die verstärkten Marketingbemühungen zahlten sich auf diese Weise 2017 aus. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr rd. 456 TEUR übrige sonstige betriebliche Erträge aus dem Empfang des Stiftungskapitals der Stiftung „Bergbaumuseum Grube Anna II“ generiert werden. Die Stiftung wurde mit Beschluss des Kuratoriums und Veröffentlichung des Beschlusses im Dezember 2016 aufgelöst. Nach Ablauf des Sperrjahres nach BGB erfolgte die Auszahlung durch die Treuhänderin Stadt Alsdorf im Dezember 2017. Die Löhne und Gehälter 2017 betrugen 243 TEUR gegenüber 235 TEUR im Vergleichszeitraum 2016. Die absolute Veränderung beträgt damit 8 TEUR. Dies ergibt, bedingt durch Wegfall der auf maximal zwei Jahre begrenzten Zuschüsse der Agentur für Arbeit für eine Technikerstelle, eine Erhöhungsrage von 3,31 %. An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen im Berichtsjahr 2017 unverändert gegenüber dem Vorjahr 58 TEUR an. Insgesamt ist das Jahresergebnis durch die Auszahlung des Stiftungskapitals der Stiftung „Bergbaumuseum Grube Anna II“ maßgebend positiv beeinflusst. Es ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 328 TEUR.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2017 <u>T€</u>
Jahresüberschuss	328
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	392
Abnahme der Rückstellungen	-2
Abnahme Sonderposten	-236
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	1
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-1
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-16
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>475</u>
 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	 -112
Investitionstätigkeit	<u>-112</u>



Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	50
Finanzierungstätigkeit	<u>50</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	128
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>412</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>540</u>

c) Vermögenslage

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 122 TEUR auf insgesamt 8.384 TEUR erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Zunahme der flüssigen Mittel um 412 TEUR auf 540 TEUR, welcher durch den Werteverzehr des Anlagevermögens in Höhe von 280 TEUR teilweise kompensiert wird. Demgegenüber wird der Zugang im Eigenkapital in Höhe von 328 TEUR größtenteils durch den Rückgang des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen um 235 TEUR kompensiert.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	7.829	8.109
Gesamtvermögen	8.384	8.262
Anlageintensität in %	93,4	98,1

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	8.036	7.944
Gesamtkapital	8.384	8.262
Eigenkapitalanteil in %	95,9	96,2



Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	348	318
Eigenkapital	8.384	7.794
Verschuldungsgrad in %	4,2	4,0

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

Sonstige wesentliche Ereignisse

Das Grubenwasserthermieprojekt GrEEN (Grubenwasserenergie für das ENERGETICON) konnte 2017 ingenieurseitig abschließend umgeplant und die Finanzierung der Mehrkosten sichergestellt werden. Die Bauphase hat sich dadurch auf die zweite Jahreshälfte 2017 und die erste Hälfte des Jahres 2018 verschoben.

Prognosebericht

Insgesamt geht es darum Mehrfachbesuche zu generieren oder neue Zielgruppen zu erschließen durch immer wieder neue Zusatzangebote (innovative pädagogische Bespielung der Infrastruktur, fachbezogene aber auch künstlerische Wechselausstellungen neben den Dauerangeboten, Nachverdichtung der Ausstellung, Ausweitung der technischen Orientierung des ENERGETICON auf biologische Aspekte der Energiewende wie Insektensterben, Biologie der Halden, Fauna und Flora der Ruderalflächen, Historie der bergbauinduzierten StadWRRegionalentwicklung etc. Permanente Medienpräsenz durch verschiedenste Aktionen (Öffentliche Feier „1.000 Tage ENERGETICON“, Elektromobilitäts-Rallye, Osteraktionen, Sonderausstellungen etc.) ist weiterhin essentiell.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Im Zuge der zunehmend komplizierten öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende ist von einem wachsenden Interesse der Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Themenkomplex auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung bestehen große Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON. Die 2017 um rd. 10 % erhöhten Buchungen von Schulklassen und die steigende Zahl von Kooperationsschulen (Ende 2017 bereits 32 Kooperationsschulen) bestätigen dies.

Wesentliche Geschäftsfelder

a) Ausstellung

Eine noch intensivere Partnerschaft mit Schulen als dauerhaften staatlichen Einrichtungen in den Regelbetrieb der ENERGETICON-Ausstellung (außerschulischer Lernort) ist auch 2018 ff. ein Hauptziel. Ebenfalls Zielgruppen orientierte Werbung Richtung Freizeitbesucher/Tagestouristen (insbesondere Senioren und Familien) werden auch künftig zu wachsenden Besucherzahlen führen. Die Prognosezahlen der Eintrittserlöse 2018 weisen rd. 150 TEUR aus, 2017 lagen sie bei 148 TEUR. Durch regionales und überregionales Vermarkten auf Sozial-Plattformen wie Oecher Deal oder Groupon und durch einen erhöhten Anteil von Schulbesuchen erklären sich wachsende Besucherzahlen bei nahezu konstanten Eintrittserlösen. Die Bespielung der Ausstellung mit immer wieder aktualisierten pädagogischen Angeboten erhöht deren Attraktivität für Besucher. Insbesondere die Einführung von Escape-room-Spielen und die verstärkte Anwendung des digital geführten Besucher-Bi-Parcours sind hierzu nennen. Für die neuen Exkursionsangebote (Annapark/Fördergerüst Hauptschacht und Haldenlandschaftspark AnnA), außerhalb des direkten ENERGETICON-Geländes, sind biologische und stadtgeschichtliche Zusatzworkshops in Entwicklung. Sie erweitern die Angebotsbreite auf biologische und historische Aspekte und werden in den Folgejahren noch intensiver zu vermarkten sein. Die Infrastruktur für Museumspädagogik wird 2018 verbessert. Insbesondere die Verdoppelung der Fläche hierfür im so genannten Dreiecksraum, die neue Möblierung des Pädagogikbereichs und die verbesserte Ausstattung mit Lehrmitteln wird zu einer deutlichen Qualitätssteigerung der Workshopangebote für Schulen oder Kindergeburtstage führen. Kombiangebote von Führungen und museumspädagogischen Begleitprogrammen erhöhen die Attraktivität für Buchungen durch Klassen, Geburtstagsgruppen etc., wodurch wir steigende Besucherzahlen erwarten.

b) Tagungen

Durch noch initiativeres Marketing, insbesondere in Komplettpaketen von Vermietung, Gastro- und Führungsangeboten, soll das ENERGETICON als Tagungsstätte mit besonderen Rahmenprogrammoptionen für Nachfrager von Hochschulen, Betrieben oder Privatpersonen noch attraktiver gemacht werden.

c) Ausstellungen mit KMU

Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere der Energietechnologie, ist nach weiterer Fertigstellung des Außen-geländes in 2018 ausbaufähig. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechselausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen mit Bezug zur Energiewende statt. In 2018 soll auch eine Teilfläche im Raum „1 X 1 der Energie“ als Sonderausstellungsfläche für Wechselausstellungen eingerichtet werden. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird auch 2018 im Geschäftsfeld „Tagen und feiern“ noch stärker beworben.



d) Kunst und Kultur

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings bietet das ENERGETICON beste infrastrukturelle Voraussetzungen. In der Zukunft sind auch Open Air-Veranstaltungen auf dem großen Parkplatz des Fördermaschinenhauses geplant. Die technische Infrastruktur hierfür ist vorhanden. Durch die Installation eines Hängungssystems im Industrielook im so genannten Wellenraum des Kauengebäudes, gibt es künftig die Möglichkeit für größere Kunstausstellungen. Die Ausstellung K.O. Götz im ENERGETICON 2017/2018 hat die Eignung des Wellenraums hierfür erwiesen.

e) Privatvermietungen

Das Fördermaschinenhaus und die Panoramaräume werden durch ein noch aktiveres Marketing für Tagungen und Privatveranstaltungen / -feierlichkeiten im Geschäftsbereich „Tagen und Feiern“ in den kommenden Jahren höhere Einnahmen generieren. Ab September 2018 wird die zweite Stufe der Staffelmiete des Restaurants Eduard greifen.

Investitions- und Finanzierungsbereich

Die großen Investivmaßnahmen im Bau- und Ausstellungsbereich sind abgeschlossen. Lediglich die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die erkennbare Darstellung der ENERGETICON-Angebote in den umgebenden öffentlichen Raum, bedarf als Marketingaufwand am Standort im Laufe des kommenden Jahres weiterer Investitionen. Gleiches gilt für die Verbesserung der Eingangssituation vor dem Schmiedegebäude durch Optimierung der Infrastruktur für die Zielgruppe Fahrradtouristen (zeitgerechte Fahrradständer, Befestigung der Fläche, bessere Ladestation für E-Bikes, Sitzgelegenheiten). Für diese Maßnahmen sind Fördermittel aus dem Programm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (RWP) bewilligt worden. Das ENERGETICON leistet lediglich einen 10%igen Kofinanzierungsanteil. Die Investitionen werden, neben Umsetzung über Eigenleistungen, durch Einnahmen von Sponsorenmitteln, Spenden und Projektbeiträgen des Pro ENERGETICON Fördervereins zu finanzieren sein. 2018 werden die in 2017 begonnenen konkreten Maßnahmen zur Installation regenerativer Großexponate (insbesondere Solarthermie, CSP-Technik, Windkraft) in den Außenanlagen fortgeführt, die inhaltliche Ausschilderung neuer Exponate ergänzt und die Besucherlenkung in der Außenausstellung optimiert. Das Grubenwasserthermieprojekt GrEEN wird baulich / investiv 2018 fertiggestellt. Der Ende 2018 einsetzende Probetrieb wird erbringen, welche Raumwärmemengen durch diese Geothermieanlage für das ENERGETICON gewonnen werden können.

Geschäftsverlauf / Ergebnis

Die positive Entwicklung der Besucherzahlen des ENERGETICON im dritten Vollbetriebsjahr sind wesentlich auf intensive, effektive Werbemaßnahmen zurückzuführen, die alle Werbemittel umfasste (Printmedien, Plakate, Internetpräsenz, Facebook, TV, Radio). Nicht zuletzt trugen auch nachfrageorientierte pädagogische Angebotspakete für die verschiedenen Zielgruppen zu wachsenden Besucherzahlen bei. Die verschiedenen Netzwerke, die die Gesellschaft insbesondere mit Hochschulen geknüpft hat, beginnen Früchte zu tragen im Bereich des Vermietungsgeschäftes durch Tagungen oder Feierlichkeiten im Fördermaschinenhaus und durch ehrenamtliche

wissenschaftliche/fachliche Beratung bei Projektrealisierung, –aktualisierung (z.B. wissenschaftliche Messreihe im Probetrieb der GrEEN–Anlage). Die kostenlose Fertigung und Bereitstellung von Sonderausstellungen z.B. der RWTH/FEN GmbH zu Stromnetzen oder Kunstaussstellungen z.B. der Firma AWD zu Karl Otto Götz erschließen spezielle Nachfragen und erhöhen damit Eintrittserlöse.

Bezüglich der Personal- und Betriebskostenentwicklung ist für die zukünftige Entwicklung festzuhalten:

Personalentwicklung

a) Verwaltung / Technik

Die Geschäftsführung hat mit den Hauptgesellschaftern 2017/18 ein Modell entwickelt, das eine finanzierbare personelle Folgeleistung für den derzeitigen Geschäftsführer ab 01.09.2018 sowie eine langfristige Deckung des Betriebsdefizits umfasst. In der ersten Jahreshälfte 2018 wird es darum gehen, die politischen Gremien der Gesellschafter von diesem Modell zu überzeugen.

Die vorhandene personelle Ausstattung im Bereich Technik ist für 2018 ff. auskömmlich.

b) Museumspädagogik

Die vorhandene personelle Ausstattung des pädagogischen Stammpersonals der Geschäftsstelle ist für 2018 ff. auskömmlich. Im Bereich der Honorarkräfte gilt es bei wachsender Zahl von Workshop–Buchungen oder Kindergeburtstagsprogrammen eine weitere Honorarkraft einzustellen.

c) Besucherbegleiter

Die Altersstruktur im Bereich der Steigerführungen macht die kontinuierliche Erneuerung der Gruppe der Honorarkräfte dort erforderlich. Die erwartete Zunahme geführter Gruppenbuchungen wird auch für die Gesamtführung, die Young Energy–Führung und die Exkursionen neues Honorarpersonal erforderlich machen.

d) Kassendienst

Die vorhandene personelle Ausstattung ist für 2018 ff. auskömmlich. Personelle Fluktuation in diesem Bereich ist 2018 durch Neueinstellungen aufzufangen.

e) Reinigungsarbeiten

Die Arbeiten sollen auch künftig durch eigenes Personal im Rahmen von Minijobs erledigt werden. Diese Form hat sich sowohl finanziell als auch inhaltlich bewährt.

f) Ausstellungsüberwachung

Die installierte Videoüberwachung in Verbindung mit der ELA–Anlage vom Counter aus und die regelmäßigen, täglichen Kontrollgängen des technischen Personals, stellen eine ausreichende Aufsicht über die Ausstellung sicher. Die ohnehin geringe Zahl der Beschädigungen durch Besucher hat 2017 nicht zugenommen.



g) Projektsteuerung GrEEn

Das NRW-Pilotprojekt GrEEn kann nicht vom Stammpersonal der Gesellschaft als Zusatzleistung gesteuert werden. Die befristete Einstellung eines Projektsteuerers in 2015 für die Projektlaufzeit war daher unumgänglich. Diese Personalkosten sind in der Förderung von GrEEn bis zum Abschluss des Projektes enthalten.

h) Gastronomiebetrieb

Die BG-Gastronomie GmbH (Eduard) dient einerseits der Bewirtung von ENERGETICON-Besuchern als Ausstellungsbesucher und als Besucher von (Abend-) Veranstaltungen im Kauengebäude oder im Fördermaschinenhaus. Andererseits können im Eduard daneben auch eigenwirtschaftliche Privatveranstaltungen der BG-Gastronomie GmbH stattfinden. Es ist davon auszugehen, dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem ENERGETICON weiter funktionieren wird.

Betriebskosten

Die Gesellschaft erwartet erhebliche Einsparungen bei den Raumkosten (Heizung) durch das Geothermieprojekt GrEEn. In welchem Umfang genau dies gelingt bleibt der Erfahrung der kommenden Jahre vorbehalten. Derzeitige Berechnungen gehen von weit über 50% aus.

Chancen- und Risikobericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Mit seinem Kernthema Energie in all seinen Facetten (Stromwende, Mobilitätswende, Ernährung, energiesparendes Bauen, Klimaanpassung etc.) greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2017 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland. Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen (insbesondere Speicherung und Netze, sozialverträglicher Braunkohleausstieg), noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Die hohe Dynamik der Diskussion bietet für die unabhängige Infotainment-Einrichtung ENERGETICON Stoff für vielfältige, immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte mit eigenen und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen. Außerschulische Lernorte werden immer mehr an Bedeutung im staatlichen Schulbetrieb bekommen.

Projektbezogene Chancen und Risiken

Das ENERGETICON verfügt über beste infrastrukturelle Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum, für diese Debatte zu sein. Bei verschiedenen Veranstaltungen der StädteRegion, der Innovationsregion Rheinisches Revier, der Verbraucherzentrale NRW oder der Flohschulen war dies auch 2017 der Fall. Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr, schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung bis Ende 2019 ist einzuhalten. Das Betriebskonzept des ENERGETICON mit temporären Sonderausstellungen bzw. Veranstaltungen zu Sonderthemen löst

dieses Problem: Es begegnet der Gefahr der Zweckentfremdung von Fördermitteln dadurch, dass sich einerseits seine Kernaussstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffenden Antworten, historischer und künftiger Energieversorgung befasst, also über Jahre statisch sein kann, und dass es andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgreift. Zur Minimierung von finanziellen Risiken sind – soweit im Einzelfall erforderlich – zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert: Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung. Insbesondere durch die Auflösung der Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna im Jahr 2017, ist die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft gemäß mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 sichergestellt. Im Zuge der Auflösung der Stiftung erfolgte der Transfer des Stiftungsvermögens i. H. v. rd. 456.000,00 € von der Treuhänderin Stadt Alsdorf an die ENERGETICON gGmbH.

Geschäftsverlauf / Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes und durch Sparmaßnahmen eine Verminderung der Defizite erreicht werden. Den positiven Entwicklung der Einnahmeseite des ENERGETICON stehen erhöhte Aufwendungen gegenüber. Um das Bilanzdefizit 2018 ff. zu reduzieren geht es darum, die vorgenannten Maßnahmen, insbesondere im Bereich eines initiativeren Marketing umzusetzen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die kritische Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehrs, unter Beibehaltung der Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt und StädteRegion, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse sowie durch Umsetzung der dargestellten weiteren Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten dauerhaft bewältigt werden kann. Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote. Der Kapitalzufluss aus der ehemaligen Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II Ende 2017 wird mittelfristig die Liquiditätsprobleme der Gesellschaft lösen. Ende 2017 / Anfang 2018 hat die Geschäftsführung gemeinsam mit den Hauptgesellschaftern ein Modell entwickelt, das bei Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse mittel-/langfristig einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb sicherstellen kann. Im Frühjahr 2018 werden die politischen Gremien der Gesellschafter darüber zu entscheiden haben.

Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind die Förderung und die Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Die Gesellschaft entwickelt Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Sie unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch und betreibt die Akquise der dazu erforderlichen Finanzmittel.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von den Gesellschaftern bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 19 Mitgliedern besteht. Die Sitzverteilung richtet sich nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt die Vertretung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. Jede Einrichtung benennt das Mitglied im Aufsichtsrat, das den von ihr gehaltenen Sitz innehat, soweit der Gesellschaftsvertrag keine Regelung enthält. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Stimmrecht mit schriftlicher Vollmacht auf ein anderes Aufsichtsratsmitglied übertragen. Jedoch kann kein Aufsichtsratsmitglied mehr als fünf zusätzliche Stimmen auf sich vereinen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, wissenschaftliche und landwirtschaftliche Sachverständige hinzuzuziehen.

Gesellschaftervertreter:

Die Vertreter der StädteRegion Aachen werden vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Joachim Diehl	– bis 06.02.2017
	Heinz Weifels	– ab 07.02.2017

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
--------------------	------------------

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter
	Alexander Lenders (Stimmführer)	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Lars Lübben (stv. Stimmführer)	Städteregionstagsmitglied
	Martin Peters	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52428 Jülich

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhein-Kreis Erft	2.500	10,00
Rhein-Kreis Neuss	2.500	10,00
Kreis Heinsberg	2.000	8,00
Kreis Düren	2.000	8,00
Kreis Euskirchen	2.000	8,00
StädteRegion Aachen	2.000	8,00
Zweckverband Region Aachen	2.000	8,00
IHK Köln	1.750	7,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH	1.000	4,00
IHK Mittlerer Niederrhein	1.000	4,00
HWK Aachen	1.500	6,00
HWK Düsseldorf	1.500	6,00
HWK Köln	1.500	6,00
IHK Aachen	<u>1.750</u>	<u>7,00</u>
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	781	2.577	2.497
I. Sachanlagen	781	2.577	2.497
B. Umlaufvermögen	393.012	1.633.780	1.094.292
I. Forderungen / sonst. VG	207.516	1.457.745	950.111

II. Kassenbestand, Guthaben	185.496	176.034	144.181
Bilanzsumme Aktiva	393.793	1.637.596	1.098.045

	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Eigenkapital	61.885	71.757	64.974
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	20.000	36.885	46.757
III. Jahresüberschuss	16.885	9.872	-6.783
B. Rückstellungen	9.032	47.768	37.429
C. Verbindlichkeiten	252.877	1.509.321	995.642
D. Rechnungsabgrenzung	70.000	8.750	0
Bilanzsumme Passiva	393.793	1.637.596	1.098.045

	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Gewinn- und Verlustrechnung:			
Umsatzerlöse	70.000	70.000	73.844
Sonstige betriebl. Erträge	614.781	538.095	695.222
dav. Landes- u. Gesellschafterzuwen-			
dungen	595.539	537.836	572.870
Materialaufwand	277.787	121.992	252.422
Personalaufwand	300.694	351.413	380.792
Sonst. betriebl. Aufwendungen	89.156	99.149	141.290
Ergebnis nach Steuern	16.885	9.872	-6.783
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	16.885	9.872	-6.783

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Durchschnittliche Arbeitnehmer	5	8	9

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	15,72	4,38	5,92
Fremdkapitalquote	84,28	95,62	94,08
Liquidität 2. Grades	118,41	106,04	107,10

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2017 einen Zuschuss in Höhe von 12.986 € an die IRR GmbH geleistet.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2017 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Mit einer Laufzeit bis zum Oktober 2018 wird das Projekt „Präventive Transformation“ durchgeführt. Das Projekt wird kostenneutral bis Dezember 2018 verlängert. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden – soweit sie förderfähig sind – zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (MWIDE) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% werden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten. Zusätzlich zum Projekt „Präventive Transformation“ organisiert die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2018/Januar 2019 das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion – Kreislaufwirtschaft Bauen“. 80 % der Kosten trägt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV) sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die übrigen 20% tragen 7 der 14 Gesellschafter. Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert. Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt. Im Geschäftsjahr 2017 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 70.000,00 € von der RWE Power AG. Die 2017 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 694.221,53 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2017 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.782,90 €, der aus der Differenz zwischen extern generier-

ten Umsatzerlösen und nicht förderfähigen Ausgaben, nicht zuordenbaren Ausgaben, Steuern, etc. resultiert. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch eher dünn. Nach Abschluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf über die zu berichten wäre.

Prognosebericht

Durch die EFRE-Projekte ist die Finanzierung der Gesellschaft bis Ende 2018 gesichert. Für die Jahre 2019 ff. soll die Gesellschaft finanziell neu aufgestellt werden. Die grundsätzliche Bereitschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und der Gesellschafter für eine hälftige Finanzierung der Gesellschaft wurde von den jeweiligen Partnern erklärt. Die formalen Beschlüsse sollen in der Gesellschafterversammlung am 21. September 2018 getroffen werden.

Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass die neue Finanzierungsstruktur nicht beschlossen wird. Die bisherigen Erklärungen des Landes Nordrhein-Westfalen und der Gesellschafter lassen dies jedoch insbesondere vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der Gesellschaft für die Abwicklung von Förderprogrammen im Sinne des bevorstehenden Strukturwandels im Rheinischen Revier nicht erwarten.



Wohnungswirtschaft

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).
- Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.
- Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.
- Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit.
- Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Geschäftsführer werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Ihm gehören an:

- a) der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen,
- b) der vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen für wohnungsbaurelevante Angelegenheiten benannte Dezernent,
- c) aufgrund eines Beschlusses des Städteregionstages der StädteRegion Aachen fünf Städteregionstagsmitglieder,

- d) vier von der Gesellschafterversammlung zu wählende Mitglieder aus dem Kreis der Wahlbeamten der Gesellschaftergemeinden sowie ein von der Gesellschafterversammlung zu wählendes Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der Städteregion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der Städteregion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
	Richard Okon	Städteregionstagsmitglied – (verst.)
	Janin Köster	Städteregionstagsmitglied– ab 12.04.2018
	Christoph Simon	Sachkundiger Bürger
	Uwe Zink	Dezernent Städteregion – bis 31.08.2017
	Thomas Pilgrim	komm. Dezernent – Städteregion – ab 01.09.2017

Vertreter der Städteregion in der Gesellschafterversammlung:

	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	Sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 1.000.000,00 Euro

Gesellschafter am 31.12.1017::	Anteil in €	Anteil in %
Städteregion Aachen	781.750	78,17
Regionsangehörige Städte / Gemeinden	148.150	14,83
Sonstige	<u>70.100</u>	<u>7,00</u>
	1.000.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	30.476.415	30.932.434	31.589.128
I. Imm. Vermögensgegenst.	4.675	2.334	0
II. Sachanlagen	29.015.464	29.490.619	30.167.708
III. Finanzanlagen	1.456.276	1.439.481	1.421.421
B. Umlaufvermögen	3.336.948	4.234.752	5.770.390
I. Zum Verkauf best. Grundst.	1.141.002	1.092.992	2.401.579
II. Forderungen / sonst. VG	43.114	111.212	103.213
III. Kassenbestand, Guthaben	3.336.948	3.045.041	3.265.599
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.368	5.993	5.481
Bilanzsumme Aktiva	35.003.847	35.187.672	37.365.000
A. Eigenkapital	11.326.898	11.107.833	12.277.104
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000	1.000.000	1.000.000
II. Gewinnrücklagen	10.326.000	10.707.000	11.277.000
III. Bilanzgewinn	898	833	104
B. Rückstellungen	107.700	112.000	209.800
C. Verbindlichkeiten	23.659.250	23.367.824	24.878.096
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	15	0
Bilanzsumme Passiva	35.003.847	35.187.672	37.365.000
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2015	 2016	 2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	4.637.933	4.689.707*	4.780.002
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.536.283	1.516.958	1.478.457
Instandhaltungskosten	521.660	548.567	408.068
Personalaufwand	781.872	792.749	848.798
Abschreibungen Imm. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	988.961	1.032.431	1.074.834
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	739.133	721.850	709.346
Ergebnis nach Steuern	535.816	534.630	720.003
Jahresüberschuss	400.736	380.935	569.271

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Vollbeschäftigte	9	8	8
Teilzeitbeschäftigte	19	21	21
Auszubildende	2	2	1

Finanzielle Leistungsindikatoren:	2015	2016	2017
Eigenkapitalquote	32,4	33,3	32,9
Langfristige Fremdkapitalquote	61,8	61,0	61,2
Eigenkapitalrentabilität	3,5	3,3	4,6
Fluktuationsrate	13,3	10,4	10,2
Leerstandsquote	0,3	0,1	0,3
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,6	2,5	2,0

Bestandsentwicklung:	2015	2016	2017
	Anzahl/ m ²	Anzahl/ m ²	Anzahl/ m ²
Wohnungen	758	770	778
Gewerbereinheiten	24	24	24
Garagen / Stellplätze	444	450	458
Wohn- u. Nutzfläche – in m ²	51.584	52.332	53.740

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der Gewinnausschüttung bzw. an einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem quotalen Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Jahr 2017 erfolgte weder eine Gewinnausschüttung noch eine Defizitabdeckung.

Die GWG führt im Rahmen einer Geschäftsbesorgung die Gehaltsbuchhaltung für den AVV Zweckverband durch.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu weiteren Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Gesellschaftsvertrag weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen (GWG) einen öffentlichen Zweck zu. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der Städteregion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies

ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf ein marktgerechtes Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Konjunkturlage

Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahreswechsel 2017/2018 auf kräftigem Wachstumskurs. Die anhaltend starken Impulse, die vom industriellen Auftragseingang kommen, dürften lt. Monatsbericht Dezember 2017 der Deutschen Bundesbank dazu führen, dass die Industrie eine treibende Kraft des Aufschwungs bleibt. Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2017/2018 ist dadurch gekennzeichnet, dass die globale Konjunktur lebhaft bleibt. Die internationale Konjunktur hat ihren Schwung beibehalten. Die Stimmung in Unternehmen und unter Konsumenten bleibt auch zum Jahreswechsel heiter. Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Jahresbericht 2018, dass die deutsche Wirtschaft sich in einer Hochkonjunkturphase befindet. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten übersteigt ihren langjährigen Durchschnitt demzufolge erheblich. Sowohl bei den Unternehmen als auch in privaten Haushalten wird die Stimmung lt. dem vorgenannten Bundesbankbericht als außerordentlich gut bezeichnet und die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Die Industrie behält ganzjährig ihre Rolle als wichtigste Triebkraft des Aufschwungs bei. In ihrem Gefolge haben die unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen ihre dynamische Aufwärtsbewegung ebenfalls fortgesetzt. Der florierende Welthandel sorgte im Berichtsjahr für kräftige Absatzzuwächse bei den deutschen Exporteuren.

Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung wird – so prognostizieren es mehrere Institute – weiter stark steigen und die Beschäftigungsaussichten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind weiterhin sehr gut. Die Deutsche Bundesbank kommt im Monatsbericht Dezember 2017 zu der Auffassung, dass die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt speziell zu einer kräftigen Zunahme versicherungspflichtiger Stellen führt. Dem gegenüber ging im Jahr 2017 die Zahl der ausschl. geringfügig Beschäftigten und der Selbstständigen weiter zurück. Die Frühindikatoren der Arbeitsnachfrage sind alle auf ausgesprochen hohem Niveau und lassen eine Fortsetzung der positiven Stellenentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2018 erwarten. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist deutlich rückläufig. Bei der Bundesagentur für Arbeit betrug die Quote zwischen 5,5 % und 6 % (bezogen auf das gesamte Bundesgebiet). Der Arbeitsmarkt setzt im Jahr 2018 voraussichtlich seine günstige Entwicklung fort. Hierbei bleibt der Beschäftigungszuwachs wohl hinter dem kräftigen Anstieg in der jüngeren Vergangenheit, also dem Berichtsjahr 2017 zurück. In mehreren Segmenten verstärken sich die Anspannungen am Arbeitsmarkt. Die Unterbeschäftigung sinkt in einzelnen Sektoren und die Zahl der unbesetzten offenen Stellen steigt. Dieser Trend wird sich in den folgenden Jahren nach Auffassung der Deutschen Bundesbank fortsetzen. Während angesichts der starken Konjunktur die Nachfrage nach Ar-

beitskräften weiter deutlich zunehmen dürfte, wird die Zahl der potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte erheblich langsamer wachsen. Ein wesentlicher Grund für den in den nächsten Jahren immer gedämpfteren Zuwachs der Erwerbspersonenzahl liegt in der demografischen Entwicklung. So sinkt nicht nur die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zunehmend schneller, zusätzlich verschiebt sich auch die Altersstruktur, so dass die Altersgruppen mit der höchsten Erwerbsbeteiligung in Zukunft schwächer besetzt werden. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Zuwanderung in den nächsten Jahren weniger stark zur Ausweitung des Arbeitsangebotes beitragen wird. Bereits im Jahr 2017 ging die Zahl der Migranten per Saldo signifikant zurück. Die Erwerbsbeteiligung dürfte mit der Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen einhergehen sowie die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zulegen. Im internationalen Vergleich hat die Erwerbsbeteiligung inzwischen ein hohes Niveau erreicht, und in einzelnen Altersgruppen sind Sättigungseffekte deutlich zu erkennen. Insofern dürfte es trotz der derzeit guten Lage am deutschen Arbeitsmarkt, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders leicht macht, schwierig werden, die Erwerbsquote im gleichen Maße wie in den vergangenen Jahren zu erhöhen. Die zunehmend hohe Anspannung am Arbeitsmarkt wird mehreren Modellrechnungen zufolge dazu führen, dass die durchschnittliche Dauer von Arbeitslosigkeitsphasen in Deutschland weiter sinken wird und auch Personen mit Vermittlungshemmnissen häufiger den Weg aus der Arbeitslosigkeit finden.

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen

Die Deutsche Bundesbank beschreibt, dass die deutsche Wirtschaft sich in einem starken Aufschwung befindet. Angetrieben durch eine lebhafte Nachfrage aus dem Ausland wächst die Industriedynamisch und die kräftige Belebung der gewerblichen Investitionen setzt sich fort. Der private Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen profitieren weiterhin von der hervorragenden Lage am Arbeits- bzw. Finanzmarkt. Laut den Szenarien der Deutschen Bundesbank könnte die Wirtschaft im Jahr 2017 ca. 2,6 % an Wachstum vorweisen und im Jahr 2018 um 2,5 % wachsen.

Konjunktureller Ausblick

Das hohe konjunkturelle Grundtempo der deutschen Wirtschaft dürfte sich weiter fortsetzen. Der zuletzt starke Auftragszufluss im verarbeitenden Gewerbe deutet darauf hin, dass die Industrie ihre Aktivitäten weiter steigert und ausbaut. Da insbesondere auch aus dem Ausland hohe Auftragseingänge zu beobachten sind und die Exporterwartungen unverändert hoch sind, dürften die Ausfuhren stark zulegen. Die zunehmende Kapazitätsauslastung und die lebhafte Nachfrage dürften die Unternehmen dazu bewegen, vermehrt in neue Ausrüstungen zu investieren. Auch der private Konsum bleibt vor dem Hintergrund der kräftigen Zunahme der Beschäftigung und der optimistischen Stimmung der Verbraucher aufwärtsgerichtet. Das gegenwärtig hohe Expansionstempo der deutschen Wirtschaft wird nach Erwartungen der Deutschen Bundesbank im Zeitverlauf allerdings nachlassen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) beschreibt in seinem Kurzbericht 91.2017, dass die deutsche Wirtschaft mit hoher Zuversicht in das Jahr 2018 geht. Weit über 2/3 der vom Institut der Deutschen Wirtschaft befragten Verbände erwartet für ihre Unternehmen im kommenden Jahr eine höhere Produktion. Die Konjunktur wird im Zeitvergleich als robuster eingestuft, weil die Investitions- und Beschäftigungsperspektiven merklich besser ausfallen als noch vor einem Jahr. 26 der 48 re-

gelmäßig vom Institut der deutschen Wirtschaft zur Jahreswende befragten Verbände sprechen von einer besseren Wirtschaftslage im Vergleich zum Vorjahr. Nur zwei Verbände bezeichnen die aktuelle Geschäftssituation schlechter als zum Jahreswechsel 2016/2017. Bei diesen zwei Verbänden handelt es sich um die Ernährungsindustrie sowie den Verband der Volks- und Raiffeisenbanken. Insgesamt hat die anziehende Weltkonjunktur für eine gute Umsatzentwicklung bzw. -prognose gesorgt. Die Produktionsaussichten für das Jahr 2018 fallen insgesamt erheblich besser aus als die Perspektiven für das Jahr 2017 seinerzeit. Mit Blick auf den Branchenfächer hat die Konjunkturdynamik insgesamt an Breite gewonnen. 1/3 der vom Institut der deutschen Wirtschaft i. R. seiner Konjunkturumfrage konsultierten Firmen meldet, dass derzeit ihre Kapazitäten überausgelastet seien. Alles in allem setzt sich aus Sicht der vom IW befragten Verbände der Beschäftigungsaufbau in Deutschland im Jahr 2018 fort. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung hebt ebenfalls die Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft erneut an. Das IMK sieht einen robusten, auch von der Binnennachfrage getragenen Aufschwung, aber keinen Boom, von dem Gefahren i. S. eines Heißlaufens der Konjunktur ausgehen. Die private Nachfrage verliert nach Auffassung des IMK im Zeitablauf etwas an Dynamik, bleibt aber weiterhin kräftig. Auch lt. IMK-Prognose steigt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland weiterhin kräftig an. Die Arbeitslosenquote wird dieser Studie zufolge zwischen 5,7 % und 5,5 % erwartet.

Jahresprojektion 2018

Auch die Bundesregierung geht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2017 in Bezug auf die Jahresprojektion 2018 von einem kräftigen Aufschwung aus. Mit dem erneut deutlichen Wachstum im Jahr 2017 nimmt das Brutto-Inlandsprodukt bereits das 9. Jahr in Folge zu. Der Aufschwung stützt sich – so die Bundesregierung – mittlerweile auf eine breite binnen- und außenwirtschaftlich fundierte Basis. Die Unternehmen exportieren lebhafter und investieren wieder in Gebäude, in Maschinen und Anlagen. Die privaten Ausrüstungs-Investitionen dürften angesichts der weiterhin guten (Welt-)Konjunktur an Schwung gewinnen. Die Geschäftserwartungen sind positiv gestimmt und das Finanzierungsumfeld ist weiterhin attraktiv. Auf Grund der bereits überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung in der Industrie werden viele Unternehmen die Erweiterungsinvestitionen nicht mehr länger aufschieben können. Dies spiegelt sich z. B. in den Ergebnissen der jüngsten DIHK-Konjunkturumfrage wieder: sowohl in der Industrie als auch in den Dienstleistungssektoren wollen die Befragten mehr in ihre Kapazitäten investieren als zuvor. Zusätzlich macht sich bemerkbar, dass das knappe Arbeitsangebot verstärkt zu Rationalisierungsinvestitionen anregt.

Investitionen

Im günstigeren konjunkturellen Umfeld überwinden die Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung. Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen ziehen an, insbesondere der Wirtschaftsbau wird zulegen.

Bau

Das hohe Volumen des Auftragsbestandes, abzulesen etwa an der Reichweite der Aufträge, spricht dafür, dass die Bauproduktion auch in absehbarer Zukunft weiterhin auf hohen Touren laufen wird. Der Wohnimmobilienmarkt ist nach wie vor von einem hohen Nachfrageüberhang gekennzeichnet.

Zur weiterhin expansiven Grunddynamik der Wohnraumnachfrage tragen die günstigen Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sowie die niedrigen Zinsen bei. Impulse kommen zudem von der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung sowie der seit einigen Jahren zunehmenden Bevölkerungskonzentration in den Ballungsräumen. Das Wohnraumangebot wurde – gemessen an den Wohnungsbauinvestitionen der Vergangenheit – kräftig ausgeweitet. Insgesamt ist festzustellen, dass die Zuwachszahlen der Zukunft gemäßiger ausfallen dürften. Dies dürfte daran liegen, dass der Bau-sektor angesichts des nunmehr erreichten hohen Produktionsvolumens zunehmend an seine Kapazitätsgrenzen stößt. Die gemeldete Reichweite des Auftragsbestandes im Bauhauptgewerbe befindet sich ebenso wie die Geräteauslastung und das Geschäftsklima in der Branche auf sehr hohem Niveau. Die Unternehmen berichten vermehrt von Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften und die Baupreise ziehen spürbar an. Der Angebotsengpass am Wohnimmobilienmarkt könnte sich allmählich zurückbilden, denn die Nachfrage dürfte weniger deutlich zulegen als in den letzten Jahren. Dies gilt insbesondere für Neubauten, deren Fertigstellungen zuletzt besonders lebhaft gestiegen waren. Dafür sprechen die im Jahresverlauf nachgebenden Baugenehmigungszahlen, die zu Jahresbeginn 2017 bereits von dem erhöhten Niveau des Vorjahres aus kräftig gesunken waren. Zudem dürfte die rückläufige heimische Bevölkerungszahl so wie die – gern, den Annahmen der Deutschen Bundesbank – nachlassende Zuwanderung perspektivisch den zusätzlichen Wohnungsbedarf dämpfen. Mit Blick auf die Wohnungsbau-Investitionen insgesamt wirkt dem nachlassenden Schwung beim Neubau entgegen, dass die Investitionen in den Wohnungsbestand etwa im Zusammenhang mit energetischen Sanierungen oder dem altersgerechten Umbau weiter ansteigen dürften. Die Entwicklung des Wohnungsmarktes findet in einem Spannungsdreieck zwischen den Immobilienpreisen, dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie der Zinsentwicklung für Hypotheken-Kredite statt. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung prognostiziert, dass die Bauinvestitionen auf solidem Niveau etwas an Dynamik verlieren. Dabei kommt es zu einer Verlagerung in der Weise, dass die Investitionen in den Wohnungsbau sich abschwächen (nicht zuletzt angesichts hoher und weiter steigender Immobilienpreise), während der Wirtschaftsbau stärker zulegt. Die deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht Februar 2018, dass das Baugewerbe sich seit einiger Zeit erheblichen Kapazitätsgrenzen gegenübersteht und daher seine Produktion nicht mehr steigern konnte.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer Aachen haben sich rd. 300 Unternehmen mit insgesamt fast 27.000 Beschäftigten beteiligt. Mehr als die Hälfte aller befragten Betriebe beurteilen die gegenwärtige Geschäftslage als gut, nur etwa jedes zehnte Unternehmen als schlecht. Das sind die höchsten Lagebewertungsquoten seit 6 Jahren. Dem Boomjahr 2017 wird nach Auffassung des IHK-Hauptgeschäftsführers im Jahr 2018 das nächste Hoch folgen. Die positive Konjunktur zeigt sich vor allem im Bereich der Industrie. Dort wurde im Jahr 2017 ein neuer Rekordumsatz erreicht, mit Wachstumsraten, wie sie zuletzt im Anschluss an die Finanzkrise 2010/2011 erlebbar waren. Die bereits sehr gute Situation im Dienstleistungssektor hat sich im Zeitablauf nochmals verbessert. Die hervorragende Konjunktur im Baugewerbe setzt sich fort. Allerdings werden die Rekordwerte des Jahres 2017 aller Voraussicht nach im Jahr 2018 nicht mehr gesehen. 7 von 10 Bauunternehmen sind mit der gegenwärtigen Situation zufrieden, kein Betrieb meldet schlechte Ge-

schäfte. Die Exportnachfrage in der Industrie ist in den zurückliegenden Monaten nahezu unverändert hoch geblieben. Auf Grund der guten Rahmenbedingungen erhöht sich auch der Personalbedarf bei den Unternehmen. Immer häufiger fällt es den Betrieben allerdings schwer, qualifiziertes Personal zu finden. Im ehemaligen Kreis Aachen berichten 54 % der Betriebe von guten Geschäften, nur 4 % sind unzufrieden. Am besten wird die Lage im Einzelhandel und in der Industrie eingeschätzt. Die deutliche Mehrheit der Unternehmen geht von einer weiteren Verbesserung ihrer Geschäfte aus.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Selbst wenn die Konjunktur 2018 nach allgemeiner Einschätzung weiter lebhaft sein dürfte – die immer deutlicher zutage tretenden Besonderheiten der regionalen Arbeitsmärkte dürften zu einer weiteren Abkoppelung der jeweiligen regionalen Arbeitslosigkeit von der Durchschnittsentwicklung führen. Dies deutet die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Dezember 2017 an. Die niedrigste Quote an Arbeitslosen und gleichzeitig den größten Rückgang an Arbeitssuchenden verzeichnete innerhalb des Bereiches der Industrie- und Handelskammer Aachen der Kreis Heinsberg. In der StädteRegion Aachen bleibt die Arbeitslosenquote insgesamt bei 7,3 %. Sie liegt damit bspw. 0,3 %-Punkte oberhalb des Durchschnitts in Nordrhein-Westfalen (7,0 %) sowie 2 %-Punkte oberhalb der Arbeitslosenquote in Deutschland (per 12/2017: 5,3 %). Diese Feststellung aus dem Dezember 2017 gilt auch für den Januar 2018. Hier liegt die Arbeitslosenquote im Bereich der StädteRegion bei 7,6 %, während in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosenquote bei 7,3 % liegt und in Deutschland bei 5,8 %. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten der hiesigen Region.

	12/2017	12/2016
Aachen	7,9 %	8,2 %
Stolberg	8,5 %	8,8 %
Eschweiler	8,1 %	8,1 %
Alsdorf	6,8 %	6,9 %
Monschau	3,0 %	3,2 %

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Regionale Einkommens- und Kaufkraftarmut

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat in seiner Ausarbeitung (IW-Analysen Nr. 113 im Jahr 2017) die regionale Armut in Deutschland thematisiert. Armut ist ein Begriff, der schwierig in der Definition und Abgrenzung ist und mindestens differenziert werden kann in Einkommensarmut und Kaufkraftarmut. Um Einkommens- bzw. Kaufkraftarmut regional zu vergleichen, wird es bei IW als ideal angesehen, regionale Preisvergleiche für diejenigen Güter heranzuziehen, die den Mindestlebensstandard ausmachen oder zumindest Preisvergleiche für eher einkommensschwache Haushalte ermöglichen. Dadurch lässt sich die regionale Preisbereinigung für die dem Mindestlebensstandard entsprechenden finanziellen Ressourcen exakter bestimmen. Die Einkommensarmut in Bremen liegt bei 34,2 %, in Bayern und Baden-Württemberg bei nur 11,4 % und 11,5 %. In Nordrhein-Westfalen liegt die Quote bei 17,4 %. Die Region Aachen liegt mit einer Armutsquote von 18,6% in allen Betrachtungszeiträumen oberhalb des Landesdurchschnittes. Dies geht aus Analysen des Gesamtver-

bandes Der Paritätische hervor. Somit liegt die Region Aachen in etwa auf dem Niveau einzelner Ruhrgebietsstädte wie Bochum bzw. Duisburg/Essen. Im Vergleich mit Regionen jenseits von Nordrhein-Westfalen entspricht die Armutsquote der Region Aachen der der Lausitz oder dem Großraum Bitterfeld. Die Armutslandkarten zeigen, dass ein Stadt-/Landgefälle existiert. Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen sowie Berlin stehen am Ende des Rankings. Hier ist Armut stärker ausgeprägt und es macht sich bemerkbar, dass das Preisniveau in städtischen Regionen regelmäßig höher ist als in den eher ländlichen Gegenden. So verwundert es nicht, dass unter den 15 Regionen mit der höchsten Kaufkraft-Armutsquote 13 rein urbane Gebiete sind. Lediglich die StädteRegion Aachen befindet sich als ländliche bzw. teilurbane Räume auf dieser Liste. Im Übrigen dominieren bei den rein urbanen Gebieten die Ruhrgebietsstädte Duisburg, Dortmund, Bochum und Essen. Auch die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hat die regionale Kaufkraftverteilung untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die urbanen Bereiche u. a. deswegen häufig unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Werte aufweisen, weil sich dort auch viele weniger kaufkräftige Menschen, wie etwa Studenten in Universitätsstädten sammeln. Ruhrgebietsstädte wie Dortmund und Essen und auch die StädteRegion Aachen liegen unter den gesamtdeutschen Kaufkraftdurchschnitt. Allerdings sind sie einwohnerstark und auf Grund ihrer Kaufkraftmasse trotz der niedrigen Kaufkraft pro Einwohner attraktiv als Handelsstandorte. Die StädteRegion Aachen rangiert in ihrer Kaufkraftsumme unter den 15 stärksten Regionen. In Bezug auf den Kaufkraftindex ist festzustellen, dass dieser mit 93,6 % erheblich unter dem Durchschnitt liegt. Nachfolgend wird tabellarisch aufgelistet, wie intensiv der Abstand der verfügbaren Einkommen im Verhältnis zum Landesniveau liegt.

Verfügbares Einkommen		Rang (NRW) 1 = höchster Wert 396 = niedrigster Wert
Alsdorf	16.498	394
Baesweiler	18.266	372
Eschweiler	18.681	366
Herzogenrath	19.274	356
StädteRegion Ø	19.551	
Aachen	19.633	342
Stolberg	19.790	332
Würselen	19.993	321
NRW Ø	21.336	
Reg. Bezirk Köln	21.514	
Simmerath	22.835	116
Monschau	24.994	45
Roetgen	28.641	12

Geschäftsverlauf

Die Situation am hiesigen Wohnungsmarkt konsolidiert auf hohem Niveau. Die Baupreise steigen oberhalb der Inflationsrate. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Zinsbelastung bei einer Anschlussfinanzierung wird durch zahlreiche Maßnahmen vorgebeugt. Die GWG legt großen Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2017 und in den Folgejahren vornimmt, mindestens mit 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln und ist auf langfristige Zinssicherungen jenseits der 10-Jahresgrenze ausgerichtet. Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich weiterhin in einer bislang ununterbrochenen dynamischen Phase, die neben der allgemeinen Sympathie für Betongeld auch von der „Euphorie“ um das RWTH-Campus-Projekt unterstützt wird. Die GWG orientierte auch im Jahr 2017 ihr Handeln am Maßstab der Finanzsolidität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges. Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit seniorengerechten Neubauvorhaben sind wir in einem wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertsteigernden Neubauten verbessern und verjüngen wir unser Wohn- und Spezialimmobilien-Portfolio. Dabei konzentrieren wir uns auf klassische Wohnimmobilien. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir schwerpunktmäßig Projekte entwickeln.

Bestandsentwicklung

Wir verfügten über

	31.12.2017	31.12.2016
Häuser	124	123
Wohnungen	778	770
davon frei finanziert / preisgebunden	579/199	571/199
Garagen / Stellplätze	248/210	242/208
Wohnfläche	46.576 m ²	46.057 m ²
Gewerbeeinheiten	14	14
Anzahl sonstiger Einheiten	11	10
Gewerbeflächen	3.453 m ²	3.453 m ²
Fläche sonstiger Einheiten	3.134 m ²	2.822 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses. Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2017 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 408 (Vorjahr: T€ 549) ausgegeben.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2017 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 90 gestiegen. Dies hängt sowohl mit den üblichen Mietsteigerungen als insbesondere auch mit der Fertigstellung unseres Neubaus in Alsdorf, Pommernstraße zusammen. Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 345) durchgeführt, womit insgesamt T€ 753 zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr betragen mithin: 16,17 €. Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich ein Wert von 18,37 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung. Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2017 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 56 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 7,1 %. Darin enthalten ist allerdings die erstmalige Bildung einer Urlaubsrückstellung für die Geschäftsführung. Bereinigt um diesen Effekt (ca. 31 T€) beträgt die Steigerung nur 3,1%. Dies resultiert wesentlich aus der Übernahme einer ehemaligen Auszubildenden sowie einer Rückstellungsbildung. Das Jahresergebnis 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 569.

Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 189 über dem geplanten Wert. Dafür verantwortlich ist das Zusammenkommen von mehreren Faktoren, die sich ausschließlich positiv auf das Ergebnis ausgewirkt haben: So liegen die Umsatzerlöse ca. T€ 54 und die (nicht planbaren Bestandsveränderungen) um ca. T€ 36 über Plan. Aufwandseitig liegen die Instandhaltungskosten mit ca. 100 T€ deutlich niedriger, als erwartet.

Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist. Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden. Die Vermögenslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2017 durch eine Steigerung des Anlagevermögens gekennzeichnet. Die übrigen Kennzahlen sind annähernd unverändert zum Vorjahr.

Geschäftsergebnis und finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2017 ein Jahresergebnis von T€ 569 erwirtschaftet (gegenüber T€ 381 in 2016). Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken. Trotz Investitionen und damit zusammenhängendem Bilanzwachstum ist die Eigenkapitalquote stabil oberhalb von 30%.

Risikobericht

Sollte sich die Konjunktur abschwächen oder sollten gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, wird dies mit hoher Wahrscheinlichkeit die wirtschaftliche Situation unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten negativ beeinflussen. Daraus können sich für uns Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheiden. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen herausstellen. Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir im Neubaubereich überdurchschnittlich für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut). Die Einkommensverhältnisse in der Region sind stark unterschiedlich und insgesamt unter Landesdurchschnitt. Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist. Die Liquiditätslage ist vollkommen zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeit niedrige Zinsniveau genutzt, um für Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, mit Zinssicherheit zu versehen. Somit hat sich die Gesellschaft im Rahmen des Möglichen gegen Zinssteigerungsrisiken gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken. Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände permanent der Beobachtung bedarf. Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt, hier ist kein Risiko zu erkennen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes

Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einkünfte vermittelt. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig und früh ein und ist konsequent. Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir zwar Steigerungen aber noch keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis dato noch eine knapp ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben. Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen beidseits keine Engpässe.

Chancenbericht

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht. Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen – da Nachverdichtungen mengenmäßig limitiert sind – Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir im Sanierungsbedarf unserer Bestände. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der untersuchten Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien eine Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (mit durchaus vorhandenen regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von >70 % würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungswilligkeit der Kunden gilt es stets zu beobachten, die Mietzahlungsfähigkeit gilt es, frühzeitig zu analysieren.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Gesellschaft hat im Jahr 2007 Darlehen

über T€ 917 bzw. T€ 758 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (31.05.2027 und 31.08.2027) abgeschlossen, welche mit einer Doppelswap- Konstruktion unterlegt wurden. Die Darlehenszinssätze bemessen sich nach dem 6-Monats-Euribor zuzüglich Kreditmarge. Zur Sicherung der Risiken aus dem variablen Zins werden Festzinssätze von 4,53% p.a. bzw. 4,49% p.a. (Sicherungsgeschäft) gegen einen 6-Monats-Euribor (Grundgeschäft) gewapt. Die Bezugsbeträge entwickeln sich dabei entsprechend den Darlehensständen. Es handelt sich hier um einen Cashflow-Hedge, der als 100% wirksam zur Absicherung der Risiken aus der variablen Verzinsung der Darlehen anzusehen ist. Gern. Mitteilung der Banken beträgt der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2017 – losgelöst vom Grundgeschäft der Darlehen – T€ –168. Den Vereinbarungen liegt insgesamt ein Nominalwert von T€ 1.675 zugrunde. Auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung konnte vor dem Hintergrund der Anwendung des § 254 HGB verzichtet werden.

Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote konstant bei mindestens von 10 % liegt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- d) öffentlich geförderter Wohnungsbau.

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird. Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind eine Bestätigung. Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Trends geben uns eine Zuversicht, dass wir auch in den nächsten Jahren über gute Auslastungszahlen verfügen könnten. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist unverändert auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus. Insgesamt erwarten wir, dass aufgrund der Fertigstellung weiterer Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2018 erwarten wir operativ im Korridor der Werte, die in den letzten Jahren erzielt wurden. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeitenden der GWG beträgt insgesamt:	30
Anzahl der weiblichen Mitarbeiterinnen:	11
Anzahl der männlichen Mitarbeiter:	19

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.



Gesundheitswesen

Rhein-Maas-Klinikum GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines oder mehrerer Krankenhäuser einschließlich Ausbildungsstätten sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an Gesellschaften gleichen oder verwandten Gegenstandes zu beteiligen.
- Zweck der Gesellschaft ist eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Versorgungsauftrages.
- Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Geschäftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für die Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind.

Die ist am 01.01.2001 durch den Zusammenschluss des Knappschaftskrankenhauses Bardenberg und des Kreiskrankenhauses Marienhöhe, Würselen, gegründet worden. Gesellschafter sind zu je 50 % die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (DRV-KBS) und die StädteRegion Aachen. Seit 01.07.2017 firmiert die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH nunmehr als **Rhein-Maas Klinikum GmbH (RMK)**.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel einer wohnortnahen Patientenversorgung mit innovativen und qualitativ hochwertigen Behandlungsmethoden. In der StädteRegion Aachen zählt das RMK zu den bedeutendsten Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen und leistet einen erheblichen Beitrag zur Patientenversorgung in der StädteRegion und über die Grenzen hinaus. Zudem ist das MZ ein wichtiger Arbeitgeber mit einem breit gefächerten Angebot an Arbeitsplätzen für verschiedene Berufsgruppen. Zusätzlich leistet die Gesellschaft mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Die GmbH stellt die patienten- und bedarfsgerechte gestufte wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung im Sinne des § 1 Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW) sicher und ist in den Krankenhausplan des Landes NRW aufgenommen. Die Krankenversorgung in Krankenhäusern sicherzustellen, ist eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes dabei mit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern, von denen jeweils 6 Mitglieder von der StädteRegion Aachen und von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See entsandt und abberufen werden. Der Betriebsrat der GmbH entsendet 2 Mitglieder aus dem Kreis der Mitarbeiter des Krankenhauses in den Aufsichtsrat. Die StädteRegion Aachen und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sind berechtigt, zu den Aufsichtsratssitzungen jeweils einen Berater zu entsenden, der an der Sitzung mit beratender Stimme teilnimmt.

Gesellschafterversammlung:

In den Gesellschafterversammlungen werden die Gesellschafter durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Wird ein Gesellschafter durch mehrere Bevollmächtigte vertreten, kann die Stimmabgabe nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Wolfgang Wetzstein	sachkundiger Bürger
Beratendes Mitglied	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 3.600.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.800.000	50
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft –Bahn–See (früher Bundesknappschaft)	<u>1.800.000</u>	<u>50</u>
	3.600.000	100

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
RMK–Service GmbH	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
A. Anlagevermögen	65.587.606	63.352.822	61.219.072
I. Imm. Vermögensgegenst.	617.718	642.504	686.472
II. Sachanlagen	64.748.203	62.479.694	60.280.921
III. Finanzanlagen	221.685	230.624	251.679
B. Umlaufvermögen	20.343.190	23.196.436	29.046.020
I. Vorräte	3.134.960	3.508.243	3.332.725
II. Forderungen / sonst. VG	11.303.848	11.712.949	15.517.568
III. Kassenbestand, Guthaben	5.904.382	7.975.244	10.195.727
C. Ausgleichsposten nach KHG	4.433.683	4.477.830	4.521.978
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	23.263
Bilanzsumme Aktiva	90.364.480	91.027.088	94.810.333
A. Eigenkapital	14.158.227	15.611.161	16.807.330
I. Gezeichnetes Kapital	3.600.000	3.600.000	3.600.000
II. Kapitalrücklagen	9.882.830	9.882.830	9.882.830
III. Gewinnrücklagen	886.105	675.397	2.128.330
IV. Jahresfehlbetrag	–210.709	1.452.933	1.196.169
B. Sonderposten	28.111.381	26.626.936	25.854.427
C. Rückstellungen	9.232.995	11.809.170	15.340.555
D. Verbindlichkeiten	38.833.002	36.963.173	36.790.006
E. Ausgleichsposten aus Darl.förd.	26.776	12.220	12.220
F. Rechnungsabgrenzungsposten	2.098	4.429	5.796
Bilanzsumme Passiva	90.364.480	91.027.088	94.810.333

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	107.342.000	109.717.611	115.621.308
Sonstige betriebliche Erträge	464.000	491.681	1.317.135
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.971.000	2.905.156	4.3147.358
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten u.ä.	4.201.877	4.201.877	4.746.734
Personalaufwand	70.883.000	71.630.684	75.618.756
Materialaufwand	26.858.000	25.990.004	26.504.068
Abschreibungen	4.814.000	4.850.453	4.968.647
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.398.000	10.135.789	11.954.930
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.121.000	1.016.868	1.061.825
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.000	44.782	100
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-210.709	1.452.933	1.196.169

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Jahresdurchschnitt ohne Azubi	1.387	1.393	1.276
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	44,0	43,6	42,2
Eigenkapitalrentabilität	0	9,3	7,15
Umsatzrentabilität	0	1,4	1,1

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Gesellschafterin zu 50 % am Jahresergebnis der Gesellschaft beteiligt. Gewinnausschüttungen oder Defizitabdeckungen sind bisher nicht erfolgt.

Die RMK GmbH übernimmt Geschäftsbesorgungsleistungen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH, deren Gesellschafterin die StädteRegion Aachen ist. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH vom RMK in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Zu der 100 %-igen Tochtergesellschaft der RMK GmbH, der RMK-Service GmbH, bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendienstleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf einschließlich Ergebnisdarstellung

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH weist im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von +1.196 TEUR aus. Gegenüber dem Vorjahr, das einen Jahresüberschuss von + 1.453 TEUR auswies, verschlechtert sich das Jahresergebnis damit um rd. 257 TEUR. Das im Wirtschaftsplan 2017 ausgewiesene Jahresergebnis von 1.022 TEUR wurde übertroffen. Ursache hierfür war, dass sich im Berichtsjahr der positive Trend bei den Kliniken weiter fortgesetzt hat. So konnten u. a. die Kliniken für Pneumologie und die Klinik für Innere Medizin und Gastroenterologie sowie die Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Minimalinvasive Chirurgie und das Zentrum für Orthopädie und Unfallchirurgie ihren Umsatz deutlich steigern. Im Bereich des Akutkrankenhauses war wiederum ein positiver Trend in der Entwicklung der Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr zu erkennen. Bei einem Anstieg des Case Mix Index um 0,10 auf 1,20 wurde die Fallzahl um 539 Fälle gesenkt. Somit wurden im Jahr 2017 24.600 Fälle im Akutkrankenhaus behandelt und ein Casemix von 28.845 Punkten (inklusive umgerechneter E 3.1 Entgelte, ausländische Patienten, nicht vereinbarte Budgetanteile) erwirtschaftet. In der Inneren Medizin mit den Teilgebieten Allgemeine Innere Medizin und Gastroenterologie, Kardiologie und Nephrologie, Pulmologie und Internistischen Rheumatologie ergab sich insgesamt ein Anstieg um 934 Case-Mix-Punkte. In der Akutgeriatrie konnte der Casemix unter anderem durch die Kooperation mit der Neurologie um 91 Punkte gesteigert werden. Die Case-Mix-Punkte in der Neurologie gingen in diesem Zusammenhang um 151 Punkte zurück. In den chirurgischen Abteilungen zeigte sich ein Anstieg der Case-Mix-Punkte um 335 Punkte (Allgemein- und Viszeralchirurgie sowie Gefäß- und Thoraxchirurgie). Auch in den Bereichen der Notaufnahme (+ 246 Punkte), des Zentrums für Orthopädie und Unfallchirurgie (+ 184 Punkte) sowie der Schmerztherapie (+ 65 Punkte) konnten die Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Rückläufige Case-Mix-Punkte waren in der Gynäkologie und Geburtshilfe (– 52 Punkte) sowie in der Urologie (– 69 Punkte) zu verzeichnen. Im Berichtsjahr 2017 wurden im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation 447 Fälle behandelt (Vorjahr: 492). Insgesamt wurden 24.600 Patienten stationär und teilstationär sowie geriatrisch rehabilitativ behandelt (Vorjahr 25.139). Die Verweildauer der Patienten im Akut-Krankenhaus lag mit 6,83 Tagen um 0,15 Tage über dem Vorjahr, was in Zusammenhang mit der gestiegenen Fallschwere zu sehen ist. In der Geriatrischen Rehabilitation lag die durchschnittliche Verweildauer bei 19 Tagen. Die Anzahl der Berechnungstage lag im Jahr 2017 insgesamt bei 174.125 Tagen und ging somit um 775 Tage gegenüber dem Vorjahr zurück. Bezogen auf die 645 Planbetten (inklusive Geriatrische Rehabilitation) ergab sich ein Auslastungsgrad von 73,5 Prozent. Die Investitionen lagen im Jahr 2017 bei 2.977 TEUR (Vorjahr: 2.621 TEUR).

Lage der Gesellschaft

Ertragsbereich

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen und stationärer Rehabilitation inklusive des Ausbildungsbudgets konnten gegenüber dem Vorjahr von 95.967 TEUR auf 102.357 TEUR gesteigert werden. Die Mehrerlöse resultierten sowohl aus Mehrleistungen im Bereich der Krankenhausleistungen als auch aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes von 3.278,19 EUR auf 3.355,00 EUR. Zum Erlösbudget aus Krankenhausleistungen liegt für das Jahr 2017 noch keine Vereinbarung mit den Kostenträgern vor. Am 16. November 2017 hat eine Budgetverhandlung mit den Kostenträgern stattgefunden, bei der jedoch kein Konsens erzielt werden konnte. Die Erlöse aus Wahlleistungen waren mit 4.447 TEUR (Vorjahr: 3.732 TEUR) ebenso wie die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses mit 2.307 TEUR (Vorjahr: 2.179 TEUR) ansteigend. Die Nutzungsentgelte der Ärzte verringerten sich von 3.993 TEUR im Vorjahr auf 3.033 TEUR. Die sonstigen Umsatzerlöse verminderten sich von 3.847 TEUR auf 3.477 TEUR. Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand verringerten sich leicht von 387 TEUR im Vorjahr auf 337 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich auf 1.317 TEUR (Vorjahr: 492 TEUR). Die Aufwendungen für den Personal- und Materialeinsatz erhöhten sich im Geschäftsjahr 2017 um 4.502 TEUR auf 102.123 TEUR. Dabei erhöht sich der Materialaufwand von 25.990 TEUR im Vorjahr auf 26.504 TEUR. Davon entfielen 16.556 TEUR auf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+ 277 TEUR) sowie 9.948 TEUR auf bezogene Leistungen (+ 237 TEUR). Die Personalaufwendungen betrugen insgesamt 75.619 TEUR unter Berücksichtigung der neuen Entgeltordnung (Vorjahr: 71.631 TEUR). Auf die gesetzlichen Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge entfielen 14.214 TEUR, sie entsprachen damit ca. 18,8 Prozent des Personalaufwands. Die Neueinstellung von hochqualifiziertem Personal, ein erhöhter Personaleinsatz im Bereich des Ärztlichen Dienstes auf 217 Vollkräfte (Vorjahr: 215 Vollkräfte) sowie die Tarifsteigerungen im Bereich des TVöD und des Tarifvertrages für Ärzte mit dem Marburger Bund trugen zu einer Steigerung des durchschnittlichen Personalaufwandes je Vollkraft um 4,5 % bei. Im Jahr 2017 beschäftigte das Rhein-Maas Klinikum im Jahresdurchschnitt 1.417 Mitarbeiter/-innen als Voll- und Teilzeitkräfte (Vorjahr: 1.393). Eine Umrechnung in Vollkräfte ergibt für das Berichtsjahr 964,7 Beschäftigte (Vorjahr 954,5).

Finanzlage

Das Gesamtinvestitionsvolumen des Geschäftsjahres 2017 lag bei 2.977 TEUR (Vorjahr: 2.621 TEUR). Die Finanzierung erfolgte dabei aus Pauschalfördermitteln (1.710 TEUR), Mitteln der Baupauschale (0 TEUR), sonstigen Zuschüssen der öffentlichen Hand und Zuwendungen Dritter (12 TEUR) sowie Eigenmitteln (1.255 TEUR). Insgesamt verteilten sich die Investitionen auf immaterielle Vermögensgegenstände (282 TEUR), Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten (6 TEUR), Technische Anlagen (22 TEUR), Einrichtungen und Ausstattungen (1.975 TEUR), Anlagen im Bau (671 TEUR) und Finanzanlagen (21 TEUR). Den Investitionen standen Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einer Gesamthöhe von 4.970 TEUR (Vorjahr: 4.850 TEUR) gegenüber. Die ergebniswirksamen Abschreibungen aus Eigenmitteln belaufen sich auf 1.898 TEUR (Vorjahr: 1.794 TEUR). Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage dient nachstehende Cashflow-Darstellung.

	2017 TEUR	2016 TEUR
<u>Kapitalflussrechnung</u>		
1. Jahresergebnis	+ 1.196	+ 1.453
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 4.969	+ 4.850
3. Veränderung der Rückstellungen	+ 3.531	+ 2.576
4. Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	- 4.791	- 4.261
5. Zuführung zu Sonderposten	+ 1.886	+ 1.513
6. Veränderung Wertberichtigung und Abschreibungen auf Forderungen	+ 941	+ 688
7. Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Aktiva	- 4.575	- 1.465
8. Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Passiva	- 747	- 2.382
9. zzgl. Aufwand aus Leasingzahlungen	+ 1.569	+ 1.247
10. zzgl. Zinsaufwendungen	+ 1.062	+ 1.017
11. Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+ 5.041	+ 5.236
12. Investitionen in das Anlagevermögen	- 2.978	- 2.620
13. Einzahlungen aus Anlagenabgängen	+ 145	+ 5
14. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 2.833	- 2.615
15. Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen/Finanzierungsmitteln	0	0
16. Gezahlte Zinsen	- 1.062	- 1.017
17. Auszahlungen aus Leasing und Mietkauf	- 2.028	- 1.810
18. Einzahlungen aus Fördermitteln und Investitionszuschüssen	+ 4.309	+ 2.905
19. Auszahlungen aus der Tilgung von Darlehen	- 1.207	- 827
20. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+ 14	- 549
21. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+ 2.222	+ 2.072
22. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+ 7.939	+ 5.867
23. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+ 10.161	+ 7.939

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 5.041 TEUR und der aus Finanzierungstätigkeit + 14 TEUR. Der Zahlungsabfluss für Investitionen betrug 2.833 TEUR, so dass sich der Finanzmittelfonds zum Bilanzstichtag auf 10.161 TEUR erhöhte. Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2017 jederzeit gewährleistet. Die bestehende Kontokorrentkreditvereinbarung musste nicht in Anspruch genommen werden.

Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2017 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2016 gegenübergestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Die Passiv-

posten werden dem langfristig bzw. kurzfristig verfügbaren Kapital zugeordnet. Die Bilanzposition „Ausgleichsposten nach dem KHG“ sowie die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen wurden mit dem langfristigen Kapital verrechnet.

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>
Vermögensstruktur						
Langfristiges gebundenes Vermögen	61.219	67,8	63.353	73,2	-2.134	-3,4
Kurzfristiges Vermögen	<u>29.069</u>	32,2	<u>23.196</u>	26,8	<u>5.873</u>	25,3
Gesamtvermögen	<u>90.288</u>	100,0	<u>86.549</u>	100,0	<u>3.739</u>	4,3
Kapitalstruktur						
Langfristig verfügbares Kapital	65.479	72,5	66.160	76,4	-681	-1,0
Kurzfristig verfügbares Kapital	<u>24.809</u>	27,5	<u>20.389</u>	23,6	<u>4.420</u>	21,7
Gesamtvermögen	<u>90.288</u>	100,0	<u>86.549</u>	100,0	<u>3.739</u>	4,3

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen verminderte sich aufgrund der Abschreibungen und unter Berücksichtigung der Investitionstätigkeiten um 2.134 TEUR auf 61.219 TEUR und beträgt nunmehr 67,8 Prozent. Das kurzfristig gebundene Vermögen erhöhte sich um 5.874 TEUR auf 29.069 TEUR. Dabei verringern sich die Vorräte um 175 TEUR, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 1.997 TEUR, die Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz um 1.715 TEUR sowie der Geldmittelbestand um 2.221 TEUR. Die Forderungen an Gesellschafter erhöhen sich um 161 TEUR, wobei sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 69 TEUR verringert haben. Der Verringerung des langfristigen Kapitals um 681 TEUR auf 65.479 TEUR (= 72,5 Prozent des Gesamtkapitals) steht eine Erhöhung des kurzfristigen Kapitals um 4.420 TEUR auf 24.809 TEUR entgegen. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses, der Sonderposten und nach Abzug des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung 38.140 TEUR (Vorjahr 37.760 TEUR). Die Eigenkapitalquote am Gesamtvermögen beträgt damit 42,2 Prozent.

Leistungsindikatoren – Finanzielle Indikatoren

Nachfolgend werden einige wichtige Kennzahlen im Mehrjahresvergleich dargestellt. Diese spiegeln die Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 wider.

Wirtschaftliche Kennzahlen	2017	2016	2015
Jahresergebnis	1.196 TEUR	1.453 TEUR	-211 TEUR
Umsatzrendite	1,1%	1,4%	0%
Eigenkapitalrendite	7,15%	9,31%	0,00%
EBITDA	3.853	3.908	2.206
EBITDA-Marge	3,4%	3,6%	2,2%
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.041 TEUR	5.236 TEUR	4.321 TEUR
Deckungsfaktor Liquidität	1,3 Wochen	1,7 Wochen	2,5 Wochen
Eigenkapitalquote	42,2%	43,6%	44,0%
Fremdkapitalquote	57,8%	56,4%	56,0%

Leistungsindikatoren – Nichtfinanzielle Indikatoren

Das Rhein-Maas Klinikum leistet mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region. Durch die Bereitstellung von 100 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpfleger und 20 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpflegeassistenten wird dem viel zitierten Mangel an Pflegekräften durch Nachwuchsförderung entgegenwirkt. Die hauseigene Ausbildungsstätte und die dort vermittelten theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten bilden für das Rhein-Maas Klinikum ein ständiges Reservoir zur Rekrutierung von hochqualifizierten Pflegekräften. Für die Beschäftigten des Rhein-Maas Klinikums werden für alle Berufsgruppen vielfältige interne und externe Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Neben der Freistellung für den Besuch solcher Veranstaltungen investierte das RMK in diesen Bereich im Berichtsjahr 2017 rd. 215TEUR.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Der Wirtschaftsplan weist im Erfolgsplan für das Jahr 2018 einen Überschuss in Höhe von 22 TEUR aus. Gegenüber dem abgelaufenen Jahr 2017 bedeutet dies einen um 1.174 TEUR geringeren Jahresüberschuss. Grund dieses konservativen Ansatzes sind u. a. die noch nicht abgeschlossenen und ausstehenden Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern für die Jahre 2016, 2017 und 2018, womit gewisse Risiken im Ertragsbereich einhergehen. Des Weiteren sind im Erfolgsplan des Jahres 2018 Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von rd. 1.830 TEUR vorgesehen (Vorjahr: 926 TEUR). Dem Erlösbudget 2018 liegen knapp 30.500 Case-Mix-Punkte inklusive Überlieger zugrunde. Gegenüber der für das Jahr 2017 erreichten Leistungsmenge bedeutet dies einen Anstieg von fast 1.655 Punkten. Die Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2018 verläuft im Bereich des Akutkrankenhauses im

Wesentlichen auf Planniveau, so dass nach derzeitiger Prognose an den Umsatzerwartungen festgehalten werden kann. Der Bereich der Geriatrischen Rehabilitation liegt in den ersten Monaten im Plan. Im Personal- und Sachmittelbereich zeigt sich in den ersten Monaten des Jahres 2018 eine leichte überplanmäßige Kostenentwicklung; Insgesamt wird erwartet, dass für das Jahr 2018 der Wirtschaftsplanansatz erreicht werden kann. Die Investitionstätigkeit war in den letzten Jahren geprägt durch die Fertigstellung der Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen am Standort Marienhöhe. Im Rahmen der weiteren Umsetzung der Masterplanung sind weitere umfangreiche Baumaßnahmen und Investitionen am Standort Marienhöhe geplant. Neben dem Beginn des 3. Bauabschnitts mit dem Bau eines neuen Zentral-OP-Bereichs ist ebenfalls der Ausbau des sich noch im Rohbau befindlichen 1. Untergeschosses des neuen Bettenhauses zur Bettenstation vorgesehen. Weiterhin werden bis zur Fertigstellung des OP-Neubaus zusätzliche OP-Kapazitäten in Modulbauweise am Standort Marienhöhe geschaffen, sodass das gesamte OP-Aufkommen am Standort Marienhöhe bis Ende 2018 abgebildet werden kann. Zudem ist die Errichtung eines weiteren Modul-Bettenhauses beabsichtigt. Der Bau einer KV-Notfallpraxis wurde begonnen und wird im Jahr 2018 abgeschlossen werden. Im Auftrag des Landes NRW soll eine Einrichtung für TB-Patienten am Standort Marienhöhe errichtet werden, für die Fördermittel des Landes NRW bereitgestellt werden sollen. Für die Umsetzung der Masterplanung werden weitere bauliche Maßnahmen wie z.B. für die Erweiterung der Kardiologie umgesetzt, sodass insgesamt für die beschriebenen Maßnahmen inkl. der in der ersten Aufsichtsratssitzung 2018 beschlossenen Errichtung eines Modul-Bettenhauses für das Jahr 2018 insgesamt 13,0 Mio. EUR eingeplant wurden. Darüber hinaus beträgt das geplante Investitionsvolumen für Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Einrichtung und Ausstattung rd. 1,4 Mio. EUR. Neben dem Einsatz von Fördermitteln in Höhe von rd. 6,4 Mio. EUR ist eine Finanzierung von 8,0 Mio. EUR über Eigenmittel/Darlehen vorgesehen. Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage im Jahr 2018 aufgrund der Rahmenbedingungen als weiterhin schwierig. Zuversichtlich stimmt die voranschreitende Umsetzung des Masterplans mit der Verlagerung aller Fachabteilungen an den Standort Marienhöhe bis zum Ende des Jahres 2018 sowie die mit der Masterplanung bereits umgesetzten Maßnahmen, die deutliche Wirkung zeigen und im abgelaufenen Jahr zu einem positiven Jahresergebnis geführt haben. Darüber hinaus erweist sich die erfolgte Etablierung eines Herzkathetermessplatzes sowie die Inbetriebnahme einer Intermediate Care Einheit und einer Chest-Pain-Unit als erfolgreiche strategische Maßnahmen. Für das Jahr 2018 sind aufgrund der hohen Inanspruchnahme der weitere Ausbau der Kardiologie sowie der Überwachungskapazitäten geplant. Die Fortsetzung der Masterplanung wird aus Sicht der Geschäftsführung zur langfristigen Sicherung des Unternehmens als notwendig erachtet. Aus diesem Grund ist die weitere Umsetzung des Masterplans 2021 mit der Verlagerung aller Fachabteilungen an den Standort Marienhöhe bis zum Ende des Jahres 2018 geplant. Auf Basis des von der HHI Hanseatische Healthcare Invest Gesellschaft erstellten positiven Gutachtens haben die beiden Gesellschafter im Dezember 2016 den Masterplan 2021 genehmigt, dessen Umsetzung beschlossen und im Januar 2018 mit einer neuen Zeitschiene bestätigt. Die weitere Planung sieht u. a.

- die Konzentration aller Krankenhausfachabteilungen am Standort Marienhöhe bis zum Ende des Jahres 2018,

- die hierfür erforderlichen Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 21,9 Mio. EUR für den Erweiterungsbau OP, die Verlagerung der Kliniken für Urologie und Pneumologie,
- die (optionale) Verlagerung der geriatrischen Rehabilitationsklinik von Marienhöhe nach Bardenberg,
- den angestrebten Verkauf des Standortes Bardenberg an einen Betreiber von Rehabilitationseinrichtungen, der diesen Standort unter Einbeziehung der Errichtung eines gemeinsamen Baukörpers für die Alten- und Krankenpflegeschule weiterentwickeln möchte.

Diese richtungsweisende Entscheidung wird die mittel- und langfristige Weiterentwicklung des Unternehmens nachhaltig positiv beeinflussen.

Risiken

Der Masterplan sieht für die Jahre 2016 bis 2021 stetig steigende Leistungszahlen vor. Dabei wird für das Jahr 2018 aufgrund der geplanten Erweiterung der Kardiologie sowie des Ausbaus der intensivmedizinischen Kapazitäten von einer weiteren deutlichen Leistungs- und damit Ertragssteigerung ausgegangen. Mögliche Risiken können sich dadurch ergeben, dass die geplanten Leistungszahlen und Erlöse nicht erreicht werden können, weil z. B. benachbarte Krankenhäuser ein ähnliches Leistungsportfolio anbieten und damit ein verstärkter Wettbewerb auftritt. Risiken ergeben sich auch aus Gesetzes- und Rechtsänderungen, deren Auswirkungen derzeit noch nicht absehbar sind. Darüber hinaus halten die in den letzten Jahren stark zugenommene Prüftätigkeit des Medizinischen Dienstes, Strukturprüfungen sowie medienwirksame Kampagnen seitens der Kostenträger zur Eindämmung der Ausgaben für den Krankenhaussektor weiter an. Mögliche Risiken ergeben sich außerdem daraus, dass die Budgetverhandlungen für die Jahre 2016 und 2017 mit den Krankenkassen noch nicht abgeschlossen sind und ein Verhandlungstermin für das Budget 2018 voraussichtlich erst im 2. Halbjahr 2018 stattfinden wird. Insoweit ist fraglich, ob die Kostenträger die beantragten und eingeplanten Mehrleistungen budgeterhöhend anerkennen. Im Bereich der Personalaufwendungen wurden Kostensteigerungen für den TV Ärzte aufgrund des bereits getroffenen Tarifabschlusses in den Erfolgsplan von 0,7 Prozent ab Mai 2018 eingeplant. Für den nicht-ärztlichen Bereich TVÖD liegt der Tarifabschluss vor. Der Tarifabschluss sieht eine Steigerung von 3,19 Prozent ab dem 01.03.2018 vor und übertrifft die im Erfolgsplan kalkulierten Kostensteigerungen von 2,5 Prozent bei weitem. Aufgrund des hohen Personalkostenanteils bedeutet die geforderte Tarifsteigerung ein erhebliches Risiko gegenüber den im Wirtschaftsplan einkalkulierten Mehraufwendungen. Mehrkosten können jedoch nicht ausgeschlossen werden, da insbesondere die Personalgewinnung von hochspezialisierten Fachärzten eine übertarifliche Vergütung oftmals erforderlich macht. Im Bereich der Sachaufwendungen kann es insbesondere im Bereich von EDV-Dienstleistungen aufgrund des zum 1. Januar 2019 geplanten Umstiegs auf das Krankenhausinformationssystem iMedOne sowie auf SAP zu erhöhten Kosten kommen. Zur Verbesserung von Prozessabläufen, für eine erhöhte Datenperformance und vor dem Hintergrund der Datensicherheit und -Verfügbarkeit ist diese Umstellung der Informationstechnologie mit dem Ziel einer weitreichenden Digitalisierung der Prozesse ein weiterer wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung des Krankenhauses. Risiken ergeben sich auch durch die

bauliche und technische Altersstruktur der beiden Betriebsteile. Unvorhersehbare Ausfälle und Störungen erfordern oftmals hohe Ersatzinvestitionen und Instandsetzungsmaßnahmen. Zur Fortsetzung der Masterplanung bedarf es der Durchführung von weiteren erheblichen Baumaßnahmen. Insbesondere ist die Errichtung von neuen OP-Sälen am Betriebsteil Marienhöhe in den nächsten Jahren dringend erforderlich. Aufgrund der bereits erwähnten unzureichenden Investitionsförderung durch das Land NRW ergeben sich hieraus Finanzierungsrisiken, deren Höhe in Abhängigkeit von Umfang und zeitlicher Umsetzung zu sehen ist. Mögliche Risiken können sich zudem ergeben aus überplanmäßigen Kostenentwicklungen im Zusammenhang mit den vorgesehenen Verlagerungen der Kliniken für Urologie und Lungenheilkunde an den Standort Marienhöhe insbesondere für die geplanten Bau- und Investitionsmaßnahmen. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen sind neben der Aufnahme von Darlehen für den OP-Neubau und der Verwendung von Eigenmitteln ebenfalls Finanzmittel aus dem Verkauf des Standortes Bardenberg in die Finanzierung eingeplant worden. Weiterhin wurden Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds einkalkuliert, die vorbehaltlich der Prüfung und Genehmigung des Antrags durch das Bundesversicherungsamt in Aussicht gestellt werden. Die Gesellschaft hat zur Minimierung des Risikos ein umfassendes Risiko- und Projektmanagement eingerichtet, das in Abstimmung mit dem Beteiligungscontrolling der beiden Gesellschafter, der beauftragten Hanseatischen Healthcare Invest GmbH und den Darlehensgebern die Entwicklung engmaschig überwacht. Mit der Erwartung der Erreichung der im Wirtschaftsplan 2018 angesetzten Zielgrößen identifizieren wir für das Jahr 2018 keine Risiken, die insbesondere die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft und deren Bestand in 2018 gefährden werden. Wir gehen davon aus, dass die Liquiditätskrise der vergangenen Jahre aufgrund des vorliegenden und genehmigten Masterplans 2021 behoben werden und die Krise bewältigt wird. Dies setzt voraus, dass die in der Masterplanung 2021 enthaltenen Annahmen und Prämissen eintreten bzw. bei Feststellung von negativen Abweichungen im Rahmen des Risiko- und Projektcontrollings für den Masterplan 2021 die diesbezüglichen ggf. notwendigen Gegenmaßnahmen auf erkannte Risiken adäquat umgesetzt werden. Aufgrund der Vielzahl an erforderlichen Maßnahmen und des umfangreichen Investitionsvolumens wird ein engmaschiges Controlling über die wirtschaftliche Entwicklung durchgeführt. Aufgrund der strategischen Entwicklung des RMK siedeln sich immer mehr Praxen in der Nähe des Krankenhauses an, was die Entwicklung eines Gesundheitscampus in Würselen zeigt.

Chancen

Gute Chancen für eine positive Entwicklung werden durch die Erweiterung der Kardiologie gesehen. Hier wird zum 1. Juli 2018 die Chefarztposition neu besetzt und die Leistungsbereiche der Klinik für Kardiologie werden weiter ausgebaut. Zum 1. März 2018 wird eine weitere Chefarztposition in der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe für den Schwerpunkt der minimalinvasiven gynäkologischen Chirurgie eingerichtet. Zielsetzung ist insgesamt der weitere Ausbau und die weitere Spezialisierung der einzelnen Leistungsbereiche des Rhein-Maas Klinikums. Die Umfirmierung zum Rhein-Maas Klinikum war mit einer positiven Resonanz in der gesamten Region verbunden. Umfangreiche Marketingmaßnahmen wurden eingeleitet, die weiter ausgebaut werden sollen, um die Präsenz des Rhein-Maas Klinikums in der Region Aachen und darüber hinaus weiter auszubauen. Zudem wurde eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit initiiert, die im Jahr 2018 intensiviert werden soll. Zum 1. Januar 2016 ist die Verordnung zum Krankenhausstrukturfonds in Kraft getreten. Zweck des

Fonds ist eine Strukturbereinigung durch Abbau von Überkapazitäten, die Konzentration von stationären Versorgungsangeboten und die Umwandlung von Krankenhäusern in nicht akutstationäre Einrichtungen. Im Hinblick auf den getroffenen Beschluss der Gesellschafter über die Zusammenführung aller Kliniken am Standort Marienhöhe und die damit verbundene Aufgabe des Krankenhausstandortes Bardenberg wurden Mittel aus dem Strukturfonds beantragt, die zur teilweisen Finanzierung der notwendigen Investitionen zur Umsetzung des Masterplans 2021 eingesetzt werden sollen. Die Gesellschaft hat einen offiziellen Antrag auf Fördermittel aus dem Strukturfonds gestellt. Die Bezirksregierung Köln hat den Antrag des Rhein-Maas Klinikum geprüft und den Großteil der Maßnahmen als förderfähig bewertet. Fördermittel werden für einen Teil des beantragten und als förderfähig bewerteten Antragsvolumen, vorbehaltlich der finalen Prüfung und Genehmigung durch das Bundesversicherungsamt, in Aussicht gestellt. Mit einer endgültigen Entscheidung wird im 2. Quartal 2018 gerechnet. Die Zusammenführung aller Kliniken an einen Standort wird eine Verringerung des Vorhaltungsaufwandes durch Schließung und (Teil-)Abriss von Gebäuden am Betriebsteil Bardenberg sowie den Wegfall der heutigen Doppelvorhaltungen von Betten, Personal, Funktionsbereichen, Transport- und Logistikkosten bewirken. Darüber hinaus ergibt sich eine deutliche Qualitätssteigerung der Patientenversorgung durch den Entfall von Interhospitaltransporten von Patienten zwischen den beiden Betriebsteilen und durch einen effizienten Konsiliardienst durch Ärzte und Therapeuten bei interdisziplinären Behandlungen. Aktuell laufen Gespräche mit einem Betreiber von Rehabilitationseinrichtungen zum Verkauf des Standortes Bardenberg. Ziel ist es, den Betriebsteil Bardenberg bis zum Ende des Jahres 2018 zu veräußern und die Verkaufserlöse in die Finanzierung der umfangreichen Investitionsmaßnahmen am Standort Marienhöhe einfließen zu lassen. Durch die zuvor aufgeführten Maßnahmen sieht die Geschäftsführung sowohl in medizinischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht gute Chancen für eine positive Entwicklung der Gesellschaft.

RMK-Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Service-Leistungen aller Art für die Rhein-Maas Klinikum GmbH und anderen mit ihr verbundenen Unternehmen im Sinne der §§ 15 AktG. Darüber hinaus darf sie die gastronomischen Verpflegungseinrichtungen aller Art in der Rhein-Maas Klinikum GmbH bewirtschaften und betreiben. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen, die dem vorgenannten Zweck dienen, zu beteiligen und deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so muss dieser gleichzeitig Geschäftsführer der Rhein-Maas Klinikum GmbH sein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, muss einer der Geschäftsführer gleichzeitig Geschäftsführer der Rhein-Maas-Klinikum GmbH sein, dieser ist stets einzelvertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt oder abberufen werden. Die Amtszeit des Aufsichtsrates ist identisch mit der Wahl des Städteregionstages der StädteRegion Aachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates bleiben bis zur Entsendung des Nachfolgers im Amt.

Gesellschafterversammlung:

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung kraft Gesetzes durch ihre Geschäftsführung vertreten, die für ihr Abstimmungsverhalten zuvor einen Beschluss des Aufsichtsrates der Rhein-Maas Klinikum GmbH einholen muss. Dem Städteregionstag wird das Recht eingeräumt, als Vertreter in die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung der Rhein-Maas Klinikum GmbH zu bestellen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Peter Timmermanns	Städteregiontagsmitglied
	Doris Harst	Städteregiontagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhein-Maas-Klinikum GmbH	<u>25.000</u>	<u>100</u>
	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	19.342	15.148	59.328
Sachanlagen	19.342	15.148	59.328
B. Umlaufvermögen	479.731	574.297	582.564
I. Vorräte	18.876	26.211	29.836
II. Forderungen / sonst. VG	221.558	110.882	217.087
III. Kassenbestand, Guthaben	239.297	437.204	335.641
Bilanzsumme Aktiva	562.492	589.445	641.891
 A. Eigenkapital	 0	 1.606	 28.418
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Verlustvortrag	-153.770	-88.419	-23.395
III. Jahresüberschuss	65.352	65.024	26.812

B. Rückstellungen	384.241	407.821	447.979
C. Verbindlichkeiten	172.251	180.018	165.495
Bilanzsumme Passiva	562.492	589.445	641.891

Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	5.769.320	6.121.711	6.264.602
Materialaufwand	1.359.000	1.434.040	1.661.017
Personalaufwand	3.506.000	3.706.711	3.748.568
Sonst. betriebl. Aufwendungen	892.000	911.051	818.908
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	65.352	65.024	26.812

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	99	103	154
Indikatoren zur Vermögens- Fi- nanz- und Ertragslage	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Anlagenintensität	3,4	2,6	9,2
Eigenkapitalquote	negativ	positiv	positiv
Liquidität 1. Grades	43,0	74,0	54,7
Umsatzrentabilität	1,2	1,06	0,43

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen.

Zwischen der RMK-Service GmbH und ihrer Mutter Rhein-Maas Klinikum GmbH bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendiensteleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist als Service GmbH der Alleingesellschafterin Rhein-Maas Klinikum GmbH, abhängig von deren Entwicklung. Sie ist somit mittelbar abhängig von der Entwicklung des Krankenhausmarktes im Allgemeinen und im Speziellen in der Region Aachen.

Lage der Gesellschaft

Die RMK-Service GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von 27 TEUR. Im Bereich des operativen Geschäftes der RMK-Service GmbH verlief das Geschäftsjahr erfolgreich. Die Umsatzerlöse waren im Vergleich zum Vorjahr von 6.122 TEUR auf 6.265 TEUR gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Lebensmittelaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 192 TEUR gestiegen. Dies liegt an der Umstellung der Essenszubereitung auf „Cook and Chili“ und einem Anstieg der Warenlieferungen an Dritte. Die Personalaufwendungen verzeichneten im Vergleich zum Geschäftsergebnis des Vorjahres einen Anstieg um 42 TEUR. Ebenso stiegen die Abschreibungen um 7 TEUR auf 11 TEUR. Die Instandhaltungen konnten gegenüber dem Vorjahresergebnis um 34 TEUR gemindert werden. Durch den ausgewiesenen Jahresüberschuss i.H.v. 27 TEUR kann der aus Vorjahren noch bestehende Verlustvortrag i.H.v. 23 TEUR vollständig abgelöst werden.

Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2017 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2016 gegenüber gestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen:

	31.12.2017 TEUR	%	31.12.2016 TEUR	%	Veränderung TEUR	%
Vermögensstruktur						
Langfristig gebundenes Vermögen						
Anlagevermögen	59	9,2	15	2,5	44	293
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Umlaufvermögen	<u>583</u>	<u>90,8</u>	<u>574</u>	<u>97,5</u>	<u>9</u>	<u>1,6</u>
Gesamtvermögen	642	100,0	589	100,0	53	9,0
Summe Aktiva	<u>642</u>		<u>589</u>		<u>53</u>	<u>9,0</u>

	31.12.2017 TEUR	%	31.12.2016 TEUR	%	Veränderung TEUR	%
Kapitalstruktur						
Langfristig verfügbares Kapital						
Eigenkapital	29	4,5	2	0,3	27	1.350
Kurzfristig verfügbares Kapital						
Fremdkapital	<u>613</u>	<u>95,5</u>	<u>587</u>	<u>99,7</u>	<u>26</u>	<u>4,6</u>
Gesamtkapital	<u>642</u>	<u>100,0</u>	<u>589</u>	<u>100,0</u>	<u>53</u>	<u>9,0</u>

Analyse der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr 2017 von 6.122 TEUR auf 6.265 TEUR gestiegen. Dabei setzte sich der Umsatz wie folgt zusammen: Die Erhöhung des Umsatzes von insgesamt 143 TEUR (= 2,34%) resultiert überwiegend aus den Erträgen aus Warenlieferungen an Dritte. Diese Erhöhung resultiert durch den neuen Verpflegungsvertrag mit der Schwertbad Aachen GmbH. Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 42 TEUR. Dies entspricht einer Steigerung von 1,13%. Ursächlich ist hierfür die Erhöhung Kosten um 149 TEUR im Reinigungsdienst gegenüber dem Vorjahr und der gleichzeitige Rückgang der Personalkosten im Pflegedienst um 109 TEUR, da hier die Stationsassistentinnen in die RMK GmbH übergeleitet wurden. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2017 wurde das Ergebnis bestätigt. Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde bei den Erträgen aus Pflegedienstleistungen und Patiententransporte um 467 TEUR sowie bei den Erträgen aus technischen Dienstleistungen um 54 TEUR unterschritten. Bei den Erträgen aus Reinigungsdienstleistungen wurde der Ansatz um 112 TEUR überschritten. Es ergeben sich im Lebensmittelbereich Mehraufwendungen in Höhe von 140 TEUR. Die Personalaufwendungen unterschritten den Planansatz um rd. -487 TEUR. Dies betrifft in erster Linie den Pflegedienst und den Patiententransport. Die Aufwendungen für den Verwaltungsbedarf konnten um -43 TEUR gegenüber der Planzahl verringert werden. Die übrigen Positionen des Erfolgsplans haben sich planmäßig entwickelt, nennenswerte Abweichungen von den Planwerten sind nicht festzustellen.

Verpflegung	TEUR 3.148
Reinigung	TEUR 1.525
Hol- und Bringendienste	TEUR 234

Sonstige Dienstleistungen	TEUR 1.146
Sonstige Umsatzerlöse	TEUR 212
Gesamt	<u>TEUR 6.265</u>

Die Erhöhung des Umsatzes von insgesamt 143 TEUR (= 2,34%) resultiert überwiegend aus den Erträgen aus Warenlieferungen an Dritte. Diese Erhöhung resultiert durch den neuen Verpflegungsvertrag mit der Schwertbad Aachen GmbH. Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 42 TEUR. Dies entspricht einer Steigerung von 1,13%. Ursächlich ist hierfür die Erhöhung Kosten um 149 TEUR im Reinigungsdienst gegenüber dem Vorjahr und der gleichzeitige Rückgang der Personalkosten im Pflegedienst um 109 TEUR, da hier die Stationsassistentinnen in die RMK GmbH übergeleitet wurden. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2017 wurde das Ergebnis bestätigt. Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde bei den Erträgen aus Pflegedienstleistungen und Patiententransporte um 467 TEUR sowie bei den Erträgen aus technischen Dienstleistungen um 54 TEUR unterschritten. Bei den Erträgen aus Reinigungsdienstleistungen wurde der Ansatz um 112 TEUR überschritten. Es ergeben sich im Lebensmittelbereich Mehraufwendungen in Höhe von 140 TEUR. Die Personalaufwendungen unterschritten den Planansatz um rd. -487 TEUR. Dies betrifft in erster Linie den Pflegedienst und den Patiententransport. Die Aufwendungen für den Verwaltungsbedarf konnten um -43 TEUR gegenüber der Planzahl verringert werden. Die übrigen Positionen des Erfolgsplans haben sich planmäßig entwickelt, nennenswerte Abweichungen von den Planwerten sind nicht festzustellen.

Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

	WJ 2017 <u>TEUR</u>
Periodenergebnis	27
+ Abschreibungen	+11
+/- Zu- / Abnahme der Rückstellungen	+40
+/- Zu- / Abnahme der Vorräte	-4
-/+ Zu- / Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-45
Zu- / Abnahme der Forderungen gegen -/+ Gesellschafter/Sonstigen	-62
+/- Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	+4
+/- Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter und sonstigen Verbindlichkeiten (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-17
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (I.)	-46
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-55
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (II.)	-55
Einzahlungen aus Mittelzufluss der Gesellschafter (rollierender Vorschuss)	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (III.)	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Saldo aus I. bis III.)	-101
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	437
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	336

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung einiger wesentlicher Kennzahlen Verlauf der letzten 5 Geschäftsjahre:

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017
Anlagenintensität (in %)					
= $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}}$	2,4	3,1	3,4	2,6	9,2
Eigenkapitalquote (in %)					
= $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	negativ	negativ	negativ	positiv	positiv
Liquidität (in %)					
1. Grades					
= $\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	33,3	46,0	43,0	74,0	54,7
3. Grades					
= $\frac{\text{Liqu. Mittel + Ford. + Vorräte}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	56,5	69,4	86,0	97,7	95,0
Working Capital (in TEUR)					
= Umlaufvermögen-kurzfr. FK	-200	-143	-83	-14	-31
Umsatzrentabilität (in %)					
= $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}}$	1,03	1,10	1,13	1,06	0,43

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft

Im Hinblick auf die Überschuldungsproblematik ist zudem ein Beschluss des Bundestages vom 09.11.2012 von Relevanz, wodurch die bis zum 31.12.2013 geltende Befristung des Überschuldungsbegriffs der Insolvenzordnung nach Maßgabe des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes aufgehoben wurde. Diese Befristungsenthebung bedeutet, dass auch nach diesem Zeitpunkt keine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts vorliegt, wenn die Fortführung des Unternehmens nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich ist. Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren kann unter der Annahme von stabilen externen Faktoren von einer Fortführung der Gesellschaft ausgegangen werden. Hierfür spricht auch der im Wirtschaftsplan 2018 prognostizierte Jahresüberschuss von 23 TEUR, der durch die Hochrechnung der ersten Monate des Jahres 2018 bestätigt wird. Derzeit sind keine konkreten Risiken für die Gesellschaft erkennbar. Eine mögliche Gefährdung des Unternehmens kann zum Beispiel durch Streikmaßnahmen oder ähnliche wesentliche Beeinträchtigungen eintreten. Unter der Voraussetzung, dass solche negativen Ereignisse die RMK-Service GmbH nicht treffen werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft im kommenden Jahr positiv entwickeln wird.

Parkplatz Marienhöhe GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erweiterung und insbesondere der Betrieb von Parkflächen, die für den Betrieb des Medizinischen Zentrums StädteRegion Aachen am Standort Marienhöhe in Würselen unter Berücksichtigung des vorhandenen Bedarfes an Stellflächen erforderlich sind. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung dieser Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sie erwerben, sie errichten oder sich an ihnen beteiligen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird von mindestens zwei Geschäftsführern gemeinsam vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus den jeweiligen Mitgliedern, die der Städteregionstag in den Aufsichtsrat der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH entsandt hat. Eine persönliche Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist möglich.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion Aachen als Alleingesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Die Stimmabgabe kann nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Franz Klein – bis 31.01.2018
René A. Bostelaar – ab 01.02.2018

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Peter Timmermanns	Städteregiontagsmitglied
	Christoph Simon	sachkundiger Bürger
	Doris Harst	Städteregiontagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregiontagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Peter Timmermanns	Städteregiontagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.564,59 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25.564,59	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	586.731	556.768	703.830
I. Imm. Vermögensgegenst.	0	0	0
II. Sachanlagen	586.731	556.768	703.830
B. Umlaufvermögen	191.441	364.194	298.052
I. Forderungen / sonst. VG	79.631	0	19.737
II. Kassenbestand, Guthaben	191.440	364.194	298.052
Bilanzsumme Aktiva	857.802	920.961	1.021.619
A. Eigenkapital	708.392	826.502	938.899
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	124.489	124.489	124.489
III. Gewinnrücklage	463.689	558.338	660.448
IV. Jahresüberschuss	94.649	118.110	128.397
B. Rückstellungen	58.479	45.438	46.605
C. Verbindlichkeiten	85.085	42.133	28.402
Bilanzsumme Passiva	857.802	920.961	1.021.619
Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	266.911	315.423	316.539
Personalaufwand	18.857	19.651	19.965
Materialaufwand	47.010	42.425	43.203
Abschreibungen	24.510	42.557	42.976
sonst. betriebl. Aufwendungen	34.820	34.019	29.199
Steuern vom Einkommen und Ertrag	47.107	58.682	63.624
Ergebnis nach Steuern	94.710	118.172	128.459
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	94.649	118.110	128.397

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen	1	1	1
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	68,40	60,46	68,89
Eigenkapitalquote	82,58	89,74	91,90
Anlagendeckungsgrad I	1,2	1,48	1,33
Liquidität 1. Grades	210,53	742,93	825,29
Eigenkapitalrentabilität	20,02	21,40	20,46

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Alleingesellschafterin der Gesellschaft hinsichtlich der Ergebnisverwendung verantwortlich. Für das Geschäftsjahr 2017 hat die StädteRegion Aachen im Haushaltsjahr 2018 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 20.000,00 € (brutto) der Parkplatz GmbH erhalten. Die Parkplatz Marienhöhe GmbH nimmt Geschäftsbesorgungsleistungen der MZ GmbH in Anspruch. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH von der Rhein-Maas Klinikum GmbH in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

In der Vorhaltung der Parkflächen für den Krankenhausbetrieb liegt der öffentliche Zweck der Gesellschaft. Es handelt sich beim Gesundheitswesen an sich um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung. Das gilt auch für die ergänzend zu bewirtschaftenden Parkflächen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Dem Gesellschaftszweck kommt die Parkplatz Marienhöhe GmbH seit ihrer Gründung im Jahr 1998 nach. Schnell zeigte sich in den ersten Jahren nach der Inbetriebnahme des Parkplatzes die hohe Akzeptanz durch die verschiedenen Nutzergruppen, wie z. B. ambulante und stationäre Patienten, Angehörige und Besucher sowie Beschäftigte des Krankenhauses. Dies hatte zur Folge, dass die ursprünglich errichteten 144 Stellflächen oftmals vollständig belegt waren, so dass im Jahr 2005 eine Erweiterung des bestehenden Parkplatzes erfolgte. Nunmehr stehen dort 202 Stellplätze zur Verfügung.

Im Hinblick auf die Verlagerung von Fachabteilungen vom Betriebsteil Bardenberg an den Standort Marienhöhe durch das Medizinische Zentrum hat der Aufsichtsrat der Parkplatz Marienhöhe GmbH im Jahr 2014 die Errichtung eines weiteren Parkplatzes beschlossen, um den daraus resultierenden

höheren Bedarf an Parkflächen nachzukommen. Mit den diesbezüglichen Planungen und vorbereitenden Maßnahmen wurde im Jahr 2014 begonnen, die Fertigstellung und Inbetriebnahme des 142 Stellplätze umfassenden neuen Parkplatzes für die Beschäftigten des Krankenhauses erfolgte im August 2015. Somit betreibt die Gesellschaft nunmehr insgesamt 344 Stellplätze rund um das Krankenhaus.

Die positive Entwicklung der Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2017 erfolgreich fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Lage hat sich durch die Erzielung eines Überschusses von rd. 128 TEUR weiterhin verbessert. Dabei blieben die Umsatzerlöse aus Parkplatzgebühren mit rd. 317 TEUR (VJ 315 TEUR) nahezu gleich. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen konnte aufgrund eines Einmalerlöses ein Ertrag von knapp 11 TEUR erzielt werden. Die Summe der Kosten aus Personal- und Materialaufwendungen sowie aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrug im Jahr 2017 rd. 92 TEUR und lag damit um 4 TEUR unter dem Vorjahr (96 TEUR). Die insgesamt nur unwesentlichen Veränderungen betrafen den Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+ 1 TEUR), die Instandhaltungen (+ 2 TEUR) sowie die Pacht aufwendungen (- 7 TEUR). Die Verringerung der Pacht aufwendungen resultiert aus dem ursprünglich angemieteten Grundstück des Mitarbeiterparkplatzes P5, das Mitte 2017 vom Rhein-Maas Klinikum angekauft wurde. Die Abschreibungen auf Sachanlagen beliefen sich planmäßig analog zum Vorjahr auf 43 TEUR. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2017 auf 192 TEUR (Vorjahr 177 TEUR). Hierauf fallen Gewerbe- und Körperschaftssteuern in Höhe von 63 TEUR an. Nach Abzug der Ertragssteuern verbleibt für das Jahr 2017 ein Jahresüberschuss in Höhe von 128.397,11 EUR (Vorjahr 118.109,74 EUR). Der Wirtschaftsplanansatz des Jahres 2017 von 74 TEUR konnte damit um rd. 54 TEUR übertroffen werden. Ursache hierfür war im Wesentlichen, dass eine eingeplante großflächige Fahrbahnsanierung auf dem Besucherparkplatz im Hinblick auf derzeitige Überlegungen zur Errichtung eines Parkhauses in diesem Bereich zurückgestellt und durch kleinere Reparaturmaßnahmen ersetzt wurde.

Die Investitionen des Jahres 2017 betrafen mit rd. 198 TEUR den Ankauf eines Grundstückes vom Rhein-Maas Klinikum, auf dem die Parkplatz Marienhöhe GmbH in Vorjahren den oben erwähnten Mitarbeiterparkplatz errichtet und seither betrieben hat. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen erhöhte sich das Anlagevermögen um rd. 147 TEUR auf 704 TEUR. Der erzielte Jahresüberschuss wirkte sich positiv auf die Liquiditätslage des Unternehmens aus. Im Gegenzug wurden liquide Mittel zur Finanzierung der Investitionen eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 beliefen sich der Kas senbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten auf insgesamt 298 TEUR (VJ 364 TEUR).

Für das Jahr 2018 wird wiederum ein positiver Geschäftsverlauf erwartet. Dabei wird mit relativ konstant bleibenden Umsätzen gerechnet. Weitere Einnahmesteigerungen werden zukünftig dann eintreten, wenn weitere Kliniken aus Bardenberg an den Standort Marienhöhe verlagert werden. Dies wird mit den vorhandenen Kapazitäten jedoch nur in begrenztem Umfang möglich sein, da bereits heute eine Volllauslastung an vielen Tagen erreicht wird. Insgesamt wird im Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 100 TEUR prognostiziert. Perspektivisch ist darauf hinzuweisen, dass sich die Gesellschafter des Rhein-Maas Klinikums für eine Verlagerung aller derzeit noch in Bardenberg betriebenen Fachabteilungen zum Betriebsteil Marienhöhe ausgesprochen haben. Dies wird eine weitere Nachfrage nach Parkflächen an diesem Standort nach sich ziehen. Sollte dieser Bedarf wiederum durch die Parkplatz Marienhöhe GmbH gedeckt werden sollen, wird dies aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Flächen wohl nur durch die Errichtung eines Parkhauses möglich sein. Diesbezüglich Planungen hierzu wurden inzwischen in die Wege geleitet.

Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Das Senioren- und Betreuungszentrum in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen.

Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 aufgrund von sich ändernden demographischen Entwicklungen und finanziellen Voraussetzungen im Pflegebereich erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen betrieben. Dieses innovative Modell sieht die sukzessive Renovierung der mittlerweile 35 Jahre alten Gebäudeteile sowie die Entwicklung eines mehrstufigen Angebotes in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege und betreutem Wohnen vor.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen.

Das SBZ besitzt als Einrichtung der StädteRegion Aachen auf dem Gebiet des Sozialwesens keine eigene Rechtspersönlichkeit. Es stellt ein so genanntes „nichtwirtschaftliches Unternehmen“ i.S.v. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW dar.

Organe des Sondervermögens

Verwaltungsleitung:

Zur Leitung der Einrichtung wird ein Verwaltungsdirektor bestellt. Der Eigenbetrieb wird von dem Verwaltungsdirektor selbständig geleitet, soweit nicht durch die Kreisordnung, die

Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung und die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Dem Verwaltungsdirektor obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Der Verwaltungsdirektor ist dafür verantwortlich, dass die Einrichtung wirtschaftlich geführt wird und ihre soziale Aufgabe erfüllt.

Verwaltungsausschuss:

Der Verwaltungsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Werden in den Verwaltungsausschuss sachkundige Bürgerinnen/Bürger gewählt, so haben sie die gleiche Rechtsstellung wie die übrigen Ausschussmitglieder, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit der Einrichtung steht oder für Einrichtungen tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Verwaltungsausschusses sein. § 7 Abs. 1 der Betriebssatzung enthält einen Katalog der Angelegenheiten, in denen der Verwaltungsausschuss entscheidet. Der Verwaltungsausschuss berät außerdem die Angelegenheiten vor, die vom Städteregionstag zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Städteregionstags unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses entscheiden. § 50 Abs. 3 Satz 3 und Satz 4 der Kreisordnung gelten entsprechend. Ist in einer unaufschiebbaren Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses fällt, die Entscheidung des Verwaltungsausschusses nicht rechtzeitig möglich, so kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Verwaltungsausschusses entscheiden. Diese Entscheidung ist dem Verwaltungsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Entscheidung aufheben, soweit nicht schon durch die Ausführung der Beschlüsse Rechte anderer entstanden sind.

Städteregionstag:

Der Städteregionstag entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Kreisordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder die Hauptsatzung vorbehalten sind.

Städteregionsrat:

Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der Städteregionsrat dem Verwaltungsdirektor Weisungen erteilen. Der Verwaltungsdirektor hat den Städteregionsrat über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Der Städteregionsrat und der Verwaltungsdirektor haben den Verwaltungsausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten. Glaubt der Verwaltungsdirektor nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Städteregionsrates nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken des Verwaltungsdirektors nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat er sich an den Verwaltungsausschuss zu wenden.

Kämmerer der StädteRegion:

Der Verwaltungsdirektor hat dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Vierteljahresübersichten oder vierteljährlichen Zwischenabschlüsse, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen rechtzeitig zuzuleiten; er hat ihm ferner auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen. Vor der Entscheidung über eine Angelegenheit der Einrichtung, die den Haushalt des Kreises berührt, ist der Kämmerer zu hören. Werden solche Angelegenheiten im Verwaltungsausschuss beraten, so ist er einzuladen.

Besetzung der Organe

Verwaltungsdirektor:

Dipl.-Kfm. Bernhard Müller

Mitglieder des Verwaltungsausschusses:

Franz Körlings	Städteregiontagsmitglied
Eva Malecha	Städteregiontagsmitglied
Willi Bündgens	Städteregiontagsmitglied
Christiane Karl	Städteregiontagsmitglied
Josefine Lohmann	Städteregiontagsmitglied
René Maaßen	Städteregiontagsmitglied
Mahnaz Syrus	Städteregiontagsmitgliedd
Kunibert Matheis	Städteregiontagsmitglied
Harro Mies	Städteregiontagsmitglied
Edith Nolden	Städteregiontagsmitglied
Margret Roitzsch	Städteregiontagsmitglied
Andreas Vroels	Städteregiontagsmitglied
Albert Borchardt	sachkundige/r Bürger/in
Horst Felber	sachkundige/r Bürger/in
Andreas Gebhardt	sachkundige/r Bürger/in
Herbert Geller	sachkundige/r Bürger/in
Dagmar Göbbels	sachkundige/r Bürger/in
Hermann Hartong	sachkundige/r Bürger/in
Marita Stahl	sachkundige/r Bürger/in
Heinz Theuer	sachkundiger Bürger
Monique Weckmann	sachkundige/r Bürger/in

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Sondervermögen der StädteRegion Aachen
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	4.091.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	4.091.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
A. Anlagevermögen	14.946.195	14.212.729	12.866.225
I. Imm. Vermögensgegenst.	27.849	20.788	17.699
II. Sachanlagen	14.918.346	14.191.941	12.848.526
B. Umlaufvermögen	3.515.717	4.693.612	5.881.428
I. Vorräte	60.256	61.773	74.742
II. Forderungen/sonst. VG	375.771	213.098	230.406
III. Kassenbestand, Guthaben	3.079.689	4.413.781	5.576.280
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.192	4.959	4.570
Bilanzsumme Aktiva	18.464.103	18.906.341	18.752.223

A. Eigenkapital	12.042.550	12.743.186	12.745.061
I. Stammkapital	4.091.000	4.091.000	4.091.000
II. Kapitalrücklagen	617.426	617.426	617.426
III. Gewinnrücklagen			
a) zweckgeb. Rücklagen	28.469	28.469	28.469
b) freie Rücklagen	6.639.580	7.305.655	8.006.291
IV. Jahresüberschuss	666.074	700.636	1.875
B. Rückstellungen	306.091	305.548	334.233
C. Verbindlichkeiten	5.966.977	5.568.821	5.672.928
D. Rechnungsabgrenzungsposten	148.485	288.785	0
Bilanzsumme Passiva	18.464.103	18.906.341	18.752.223

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
* Erträge aus dem Betrieb SBZ	10.310.399	10.679.175	10.835.044
Umsatzerlöse	1.007.437	797.376	767.207
Zuw. und Zuschüsse Betriebskosten	565.691	851.108	1.146.857
Sonst. betriebl. Erträge	115.091,16	45.108	31.056
Materialaufwand	1.829.896	1.739.621	1.749.204
Personalaufwand	7.670.867	8.219.088	8.979.083
Aufwendungen zentrale Dienstleist.	388.293	320.462	124.133
Aufwendungen f. Instandhaltung u. Instandsetzung	262.268	257.022	196.456
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	666.074	700.636	1.875

* Enthalten sind: Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gem. PflegeVG, Erträge aus Unterkunft und Verpflegung, Erträge aus Transportleistungen nach PflegeVG, Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen und Erlöse vollstationäre Pflege Stufe 0.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten *	149,61	154,62	166,27
* (berechnet nach Vollkräften/ Personalkosten)			
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	81,0	75,2	68,6
Investitionsquote	1,2	0,3	0,3
Eigenkapitalquote	65,2	67,4	68,0
Anlagendeckungsgrad I	80,7	89,7	99,1
Liquidität 1. Grades	369,8	928,0	666,9
Eigenkapitalrentabilität	5,9	5,8	0,0

Verbindungen zum Haushalt der Städteregion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Das Senioren- und Betreuungszentrum als Sondervermögen der Städteregion Aachen verfügt über keine eigene Rechtsfähigkeit, ist aber sowohl organisatorisch als auch wirtschaftlich selbständig. Sondervermögen werden haushaltsmäßig in Form einer Sonderrechnung behandelt, die als getrennte Rechnung neben dem Haushaltsplan des Vermögensträgers geführt wird. Auch im Haushaltsjahr 2017 hat keine Verbindung zum Städteregionshaushalt dergestalt bestanden, dass vom bzw. zum SBZ Mittel zu- oder abgeflossen sind.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der Städteregion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der Städteregion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der Städteregion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird.

Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Die Einrichtung wurde im November 1891 gegründet. Sie feierte kürzlich ihr 125jähriges Jubiläum. Die genutzten Gebäudeteile wurden im November 1977 neu gebaut, sind also mittlerweile 40 Jahre alt. Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen.

Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes betrieben, um die Einrichtung strukturell an die sich derzeit schnell ändernden Rahmenbedingungen anzupassen und baulich grundlegend zu modernisieren. Zwischen 2009 und 2011 wurde so ein mehrstufiges Angebot in den Bereichen vollstationärer Pflege, ambulanter Pflege, Tagespflege, Essen auf Rädern und Betreutem Wohnen, geschaffen. Gleichzeitig wurden umfangreiche Baumaßnahmen sukzessive durchgeführt. In 2000 wurde die Eingangshalle neu gestaltet. Von 2004 bis 2006 erfolgte die Renovierung des Pflegetraktes A und von 2009 bis 2011 fand der Umbau und die Aufstockung des Pflegetraktes B statt. Die in 2018 gesetzlich geforderte 1-Bettzimmer-Quote wird seitdem im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler gewährleistet. Flankiert wurden diese großen Projekte von der Neugestaltung der Cafeteria und des Gemeinschaftssaales sowie diversen Maßnahmen in den Außenanlagen. Da das strategische Ziel, eine qualitativ sehr hochwertige Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Pflege anzubieten, seit einigen Jahren im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler verfolgt wird, wurden nicht nur die baulichen inneren und äußeren Rahmenbedingungen verbessert, sondern auch kontinuierlich an der Pflege- und Betreuungsqualität gearbeitet.

Dazu beteiligte man sich an vielen Projekten, wie z. B. dem Demenzlabel der Städteregion Aachen, dem Hygiene-Siegel von EuPrevent, dem Ausbau des Qualitätsmanagements, der Einführung hochwertiger Pflegestandards, der Implementierung von Palliativ Care und Hospizgedanken in der Pflegeeinrichtung und vielem mehr. Die personellen Erfordernisse wurden immer eingehalten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird intensiv in der Altenpflege ausgebildet. Für 2018 werden mindestens 50 Ausbildungsplätze avisiert. So konnte das SBZ sich in den letzten Jahren eine Vormachtstellung in der Pflegequalität in der Region erarbeiten. Die Summe dieser Maßnahmen wirkte sich in den letzten Jahren sehr positiv auf den Geschäftsverlauf aus und bestätigt die eingeschlagene Qualitätsstrategie. So konnte auch in 2017 die Gesamtleistung erneut gesteigert werden.

Die Erträge stiegen von 12.374 T€ um 406 T€ auf 12.780 T€. Dies entspricht einer Steigerung um 3,3%. Der Gewinn ist von 2016 auf 2017 allerdings fast vollständig zurückgegangen. Es verblieb zum Jahresende 2017 lediglich noch ein geringer Überschuss in Höhe von 2 T€ im Vergleich zu den 701 T€ des Vorjahres. Ausschlaggebend für diesen enormen Gewinnrückgang ist eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 634 T€, die aufgrund der erstmaligen Anwendung der Altenpflegegesetz-Durchführungsverordnung NRW auf das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler notwendig geworden ist. Die Steigerung von 406 T€ bei den Gesamterträgen wurden maßgeblich durch die Erträge aus Pflegeleistungen aus Pflegeversicherungsgesetz und bei den Zuweisungen zu den Betriebskosten erwirtschaftet. Letztere Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten stiegen von 852 T€ auf 1.147 T€ um 295 T€. Dies ist ein Zuwachs in Höhe von 34,6%. Dieser Zuwachs ist durch die Ausbildungszuschüsse bzw.

die Ausgleichszahlungen durch den Landschaftsverband Rheinland für die Ausbildung von examinierten Altenpflegerinnen und Altenpflegern im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler bedingt. Die Erstattungen durch den Landschaftsverband sind von 2016 auf 2017 von 669 T€ auf 987 T€ um 318 T€ gestiegen, da die Anzahl der Auszubildenden in der Pflege von einem Jahresmittelwert in 2016 in Höhe von 35,25 Auszubildenden auf 50,17 Auszubildende gestiegen ist.

Die Ausbildungsumlage wurde in 2012 eingeführt, um eine gleiche finanzielle Belastung zwischen den Altenpflegeheimen herzustellen und somit den Wettbewerbsnachteil, welcher durch die Kostensteigerung der Ausbildung examinierter Pflegekräfte entstanden ist, auszugleichen. Dazu setzt der Landschaftsverband alljährlich für Altenheime, ambulante Pflegedienste und Tagespflegen einen jeweiligen Satz fest, der bundesweit die Kosten für die angemeldeten Auszubildenden abdeckt. Diesen Satz stellen die Pflegeeinrichtungen den Bewohnern und Patienten bzw. den Tagespflegegästen in Rechnung. Dieser Tagessatz für die Altenpflegeumlage hat sich von 2016 auf 2017 nur ganz geringfügig verändert, so dass die Auswirkungen, die unter den Pflegeerlösen erfasst worden sind, marginal waren. Die getätigten Erlöse müssen allerdings an den Landschaftsverband abgeführt werden. Gleichzeitig bekommen die Pflegeeinrichtungen die Personalkosten, welche sie für ihre auszubildenden examinierten Pflegekräfte aufgewendet haben, durch den Landschaftsverband erstattet. Die so betroffenen vier Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung heben sich gegenseitig auf und haben folglich keinen Einfluss auf das Jahresergebnis. Ähnlich verhält es sich auch mit den Erstattungen von Gehalt durch die Krankenkassen bei Beschäftigungsverboten. Diese Erstattung gleicht nur das Gehalt, welches die Pflegeeinrichtung an ihre Mitarbeiter trotz des Beschäftigungsverbots weiter bezahlt aus. Die so nicht besetzten Beschäftigungsanteile im Stellenplan werden mit neuen Mitarbeitern ausgefüllt, so dass auch keine Einsparungen zu verzeichnen sind und folglich keine Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt. Diese Gehalterstattungen von den Krankenkassen sind von 2016 in Höhe von 71 T€ auf 2017 in Höhe von 53 T€ um 18 T€, dies sind 25,3%, zurückgegangen.

Die Erträge aus den Pflegeleistungen haben sich in allen drei Segmenten des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler, also stationär, ambulant und Tagespflege, erhöht. Insgesamt stiegen die Pflegeerlöse von 2016 auf 2017 von 6.499 T€ auf 6.969 T€. Diese Steigerung um 471 T€ entspricht einer prozentualen Steigerung von 7,2%. Davon entfiel eine Steigerung von 453 T€, das sind 7,7% auf den stationären Bereich, eine Steigerung von 2 T€, dies sind 0,4% auf den ambulanten Sektor und eine Steigerung von 16 T€, dies sind 7,2%, auf die Tagespflege. Im stationären Sektor wie auch in der Tagespflege ist dies maßgeblich darauf zurückzuführen, dass zu Beginn des Jahres 2017 die Pflegesätze nach Pflegesatzverhandlungen erhöht worden sind. In beiden Bereichen wurden die Pflegesätze pauschal um 2,5% erhöht, um die Tarifsteigerungen, die für diesen Zeitraum angefallen sind, in Höhe von 2,4% kompensieren zu können. Weiterhin wurde im stationären Bereich der Budgetanteil der Personalkosten des Pflegedienstes um 6,8% erhöht, damit mehr Personal zur besseren Versorgung der Bewohner eingestellt werden kann. Dies sieht das Pflegestärkungsgesetz so vor. Dieses Mehrpersonal sollte ab April des laufenden Jahres eingestellt werden. In 2016 sind 3.996 T€ an Personalkosten im Pflegedienst angefallen. 6,8% davon sind 272 T€. Setzt man diese Budgeterhöhung von 272 T€ für den Pflegedienst in Relation zu den gesamten Pflegeerlösen im stationären Bereich, in Höhe von

6.499 T€, so macht diese Budgeterhöhung bei den stationären Pflegeerlösen 4,2% aus. Zusammen mit der pauschalen Fortschreibung von 2,5% müssten sich somit die stationären Pflegeerlöse von 2017 bei ähnlicher Belegung um 6,7% verändern.

Die tatsächliche Veränderung des größten Erlösanteils betrug wie oben beschrieben jedoch 7,7%. Da die Anzahl der Berechnungstage nahezu gleich geblieben ist, liegt dieser zusätzliche positive Effekt an der Änderung des Pflegemixes.

Zu Beginn des Jahres 2017 wurde von den gängigen drei Pflegestufen auf fünf Pflegegrade umgestellt. Im Laufe des Jahres 2017 gab es eine Verlagerung der Bewohnerzahlen von den niedrigen Pflegegraden hin zu den höheren Pflegegraden. Gleiches gilt auch für die Tagespflege. Das Erlösniveau in der ambulanten Pflege verblieb unverändert. Eine Preissteigerung von 10% zu Anfang 2017 kompensierte hier einen Leistungsrückgang. Neben den Erträgen aus Pflegeleistungen sind aber auch die übrigen Erträge, die mit der Unterbringung und Versorgung der Senioren verbunden sind, gestiegen. So stiegen die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung sowohl in der Tagespflege als auch im stationären Bereich insgesamt von 2.660 T€ um 50 T€ auf 2.710 T€. Dies entspricht einer Steigerung von 1,9%.

Da es aber eine pauschale Fortschreibung der Pflegesätze um 2,5% zu Beginn des Jahres 2017 gegeben hat, liegt diese Erlösentwicklung hinter der Preisentwicklung zurück. Dies liegt daran, dass es weniger Berechnungstage in 2016 als in 2017 gegeben hat. Dieser geringe Rückgang in der Belegung hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten. Diese Investitionskosten sind von 2016 in Höhe von 1.470 T€ auf 2017 in Höhe von 1.101 T€ um 369 T€ zurückgegangen. Dafür war nicht allein der Belegungsrückgang ausschlaggebend, sondern die Festsetzung neuer Investitionskostensätze.

Diese neuen Investitionskostensätze wurden gemäß der Altenpflege-Durchführungsverordnung als Bestandteil des GEPA NRW festgesetzt. Dieses Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität für ältere und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen, ist ein Mantelgesetz, welches den Ersatz für das alte Altenpflegegesetz NRW (APG NRW) und das Wohn- und Teilhabegesetz (WTG), bildet. Die Durchführungsverordnung dazu ist seit Anfang 2015 in Kraft getreten.

Ab 2017 werden die Investitionskosten nach der neuen Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz NRW (APG DVO NRW), beschieden. Während bislang bei der Berechnung der Investitionskosten Pauschalen bei der Instandhaltung bzw. bei der Eigenkapitalrentabilität angesetzt worden sind, werden ab sofort nur noch die tatsächlich entstehenden Kosten in die Berechnung einfließen. Da der Landschaftsverband Rheinland, der für die Festsetzung der Investitionskosten zuständig ist, mit der Umsetzung dieser Verordnung über Gebühr ausgelastet war, konnten die Investitionskosten für das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler für 2017 nicht im Vorhinein berechnet und festgesetzt, sondern sollten im Laufe des Jahres 2017 als Bescheid erlassen und rückwirkend zum 01.01.2017 abgerechnet werden. Solange die Bescheide noch nicht erlassen waren, sollte für 2017 der alte Betrag des Vorjahres angesetzt werden. Für das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler wurden die Investitionskosten erst am 09.10. dieses Jahres beschieden. Der Bescheid war insofern schockierend, weil die dort festgesetzten Abrechnungsbeträge pro Tag und pro Bewohner im Durchschnitt 4,22 €

niedriger lagen, als im Vorjahr. Bei 240 Plätzen und einer Belegung von 99% und 365 Tagen im Jahr entsteht somit ein Rückgang bei den Investitionskosten in Höhe von 366 T€ zum Vorjahr, nur wegen der neu festgesetzten Investitionskostensätze.

Die sonstigen Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB sind von 2016 in Höhe von 798 T€ auf 2017 in Höhe von 767 T€ um 30 T€, dies entspricht 3,8%, zurückgegangen.

In 2016 hatte das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler noch die Versorgung der in der Jahnhalle der Stadt Eschweiler untergebrachten Flüchtlinge übernommen. Während in 2015 stets zwischen 100 und 150 Flüchtlinge in der Jahnhalle untergebracht waren und durch unsere Einrichtung verköstigt worden sind, nahm die Zahl Anfang 2016 rapide ab, so dass letztendlich die Flüchtlingsversorgung in der Jahnhalle Ende März 2016 eingestellt worden ist. Die in den ersten drei Monaten 2016 noch eingenommenen Gelder der Flüchtlingsversorgung fehlen in 2017 vollständig und machen entsprechend den Rückgang bei den sonstigen Umsatzerlösen aus.

Bestandteil dieser sonstigen Umsatzerlöse ist auch der letzte im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler hinzugekommene Ertragsbereich, das Betreute Wohnen. Seit Inbetriebnahme ist die Vollausslastung kontinuierlich gehalten worden. Insofern haben sich auch die Umsätze in diesem Bereich nicht verändert.

Auch bei den übrigen nicht explizit erwähnten Erlösbestandteilen des SBZs gab es marginale Verschiebungen, die sich aber insgesamt aufgehoben haben, so dass es zu keinen weiteren Einflüssen auf die Gesamterlöse kam. Im Kostenblock sind besonders die Personalkosten von 2016 auf 2017 überproportional stark angestiegen. Während in 2016 noch 8.219 T€ verbucht wurden, waren es in 2017 8.979 T€. Die Steigerung um 760 T€ entspricht einer Zunahme von 9,2%. Man muss allerdings berücksichtigen, dass man zum Jahreswechsel und auch im Vorjahr einige Mitarbeiter eines Fremddienstleisters übernommen hat. So wurden zum Jahreswechsel alle Mitarbeiter des Reinigungsdienstes und die Stationshilfen des Fremddienstleisters in ein Beschäftigungsverhältnis mit dem Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler übernommen. Dies hat zur Folge, dass die Kosten bei den Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen unter Punkt 9 der Gewinn- und Verlustrechnung von 2016 auf 2017 um 196 T€ gesunken sind.

Weiterhin hat das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler überproportional mehr Auszubildende eingestellt. Die Ist-Kosten dieser Auszubildenden wurden durch die Erstattung der Ausbildungsvergütung durch den Landschaftsverband abgedeckt. Somit entspricht die Steigerung der Ist-Personalkosten der Auszubildenden der Steigerung der Umlage des Landschaftsverbandes. Deren Veränderung betrug, wie oben bei den Zuwendungen und Zuschüssen von Betriebskosten bereits dargelegt, + 318 T€. Bereinigt man nun die vorgenannte hohe Abweichung der Personalkosten von 2016 auf 2017 in Höhe von 760 T€ um diese Ausnahmetatbestände, so verbleibt noch eine Steigerung der Personalkosten, die ausnahmslos auf Tarifierhöhungen und Alterssteigerungen, bzw. auf Personalveränderungen im Bestand beruhen, von 246 T€. Dies entspricht einer Steigerung von exakt 3% zur Basis von 2016. Diese Steigerung ist wiederum nachvollziehbar und vertretbar im Vergleich zu den Tarifsteigerungen in 2017. Hier wurden 2,4% mehr gezahlt.

Der Materialaufwand ist von 2016 auf 2017 nahezu konstant geblieben. In 2016 kamen dort 1.740 T€ zusammen, in 2017 waren es 1.749 T€. Es fand also lediglich eine Steigerung von 0,5%, dies sind 9 T€ statt. Bei den einzelnen Positionen des Materialaufwandes war die Entwicklung allerdings unterschiedlich. Auffällig ist insbesondere die Veränderung bei den Verwaltungskosten. Hier stiegen diese um 19 T€, dies entspricht einer Steigerung von 9,9%. In 2016 waren dort noch 193 T€ aufgeführt, in 2017 sind es 212 T€. Grund dafür sind die Feierlichkeiten zum Anlass des 125-jährigen Bestehens des Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler. Aus diesem Anlass wurden viele größere Veranstaltungen aufgezogen, u. a. ein sehr großer Neujahrsempfang mit renommierten Moderatoren und Kommentatoren. Des Weiteren wurde eine repräsentative Festschrift aufgelegt, die den Verwaltungsbedarf ansteigen ließ.

Kompensiert wurden diese Kosten durch die Entwicklung bei Wasser, Energie und Brennstoffe. Hier gingen die Kosten von 2016 in Höhe von 409 T€ auf 2017 in Höhe von 396 T€ um 13 T€, dies sind 3,2%, zurück. Der Rückgang war insbesondere sowohl durch den Minderverbrauch, als auch durch den geringeren Preis bei den Gaslieferungen bedingt. Die Steuern, Abgaben und Versicherungen stiegen von 2016 in Höhe von 110 T€ auf 2017 in Höhe von 129 T€ um 19 T€, dies entspricht einer Steigerung von 17,3%. Ausschlaggebend dafür war keine Kostensteigerung in 2017, sondern eine Umsatzsteuerrückerstattung in 2016, die einmalig erfolgte, nachdem alle Steuererklärungen des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler der letzten 5 Jahre durch die Einrichtung noch einmal korrigiert und vom Finanzamt abschließend geprüft worden waren.

Zudem war die Kanalbenutzungsgebühr der Stadt Eschweiler um 8,2%, dies sind 4 €, gestiegen. Unter der Position „Instandhaltungen/Instandsetzungen“ werden die Instandhaltungen der technischen Anlagen und Sicherheitsüberprüfungen zusammengefasst. Die Kosten sind erheblich zurückgegangen. So wurden von 2016 in Höhe von 257 T€ auf 2017 in Höhe von 196 T€, also 61 T€, dies entspricht 23,7%, dafür weniger ausgegeben. Dies liegt daran, dass ähnlich wie in den Vorjahren nur alle dringend notwendigen und gesetzlich geforderten Maßnahmen umgesetzt worden sind. Nicht zwingend zu erledigende Instandhaltungen wurden auf Folgejahre verschoben, damit dann gem. der neuen APG DVO NRW der Verbrauch der eingenommenen Investitionskosten durch Ist-Ausgaben belegt werden kann. In 2016 galten noch Pauschalen, die von der Kopfzahl der Bewohner und der Größe der Einrichtungen abhingen. Ein Beleg für die tatsächliche Verwendung musste nach der alten Gesetzgebung nicht erfolgen. So ist man in 2017 zunächst ebenfalls verfahren und hat den Investitionskostenbescheid nach neuem Recht abgewartet. Da dieser erst zum Herbst des Jahres 2017 für das gesamte Jahr 2017 erlassen worden ist, konnten die über die Investitionskosten und der Einrichtung zufließenden Beträge für Instandhaltungen und Instandsetzung nicht mehr in Gänze ausgegeben werden. Dieser Differenzbetrag zwischen erhaltenen Investitionskosten und ausgegebenen Mitteln muss nun in Folgejahren bei der Instandsetzung und Instandhaltung mit veräußert werden, damit in Zukunft die Zuweisung von Investitionskosten für Instandhaltungen nicht gekürzt wird.

Auch die Abschreibungen wurden in 2017 besonderem Maße durch die neue Gesetzesreglung der Investitionskosten beeinflusst. Nach dem neuen Altenpflegegesetz NRW und der dazugehörigen Durchführungsverordnung, dienen die Investitionskosten dazu, vier Bereiche der vollstationären Altenpflegeeinrichtungen zu finanzieren. Es sind die anzuerkennenden Aufwendungen für

langfristiges Anlagevermögen, die anzuerkennenden Aufwendungen für sonstiges Anlagevermögen, die anzuerkennenden Aufwendungen für Finanzierungsaufwendungen und die anzuerkennenden Aufwendungen für Instandhaltungsaufwendungen für langfristige Anlagegüter von Trägereigentum.

Bei der Berechnung von Investitionskosten für den Bereich der anzuerkennenden Aufwendungen für langfristiges Anlagevermögen gem. der §§ 2 und 3 APG DVO NRW, wurden alle Baumaßnahmen der vergangenen Jahre, die mit dem Landschaftsverband abgestimmt waren, berücksichtigt. Baumaßnahmen, die in der Vergangenheit nicht mit dem Landschaftsverband abgestimmt waren, fließen auch nicht in diese Berechnungen ein. Im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler sind Baumaßnahmen, wie die Renovierung der Eingangshalle im Jahr 2000 und die anschließende Umgestaltung der Nasszellen in den Wohnheimen nicht mit dem LVR abgestimmt und somit nicht bei den Investitionskostenermittlungen berücksichtigt worden. Das heißt aber auch, dass in den kommenden Jahren über die Investitionskosten nicht genügend Geld dem Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler zufließt, um alle Abschreibungsbeträge, die pro Jahr getätigt werden, decken zu können.

Somit entsteht in jedem Jahr ein Defizit über die Abschreibungsbeträge, der nicht abgestimmten und akzeptierten Baumaßnahmen. Um die folgenden Jahresabschlüsse nicht ständig mit diesen Beträgen zu belasten, wurde gem. § 253 Abs. 3 eine außerplanmäßige Abschreibung über die zugehörigen Restbuchwerte getätigt. Diese außerplanmäßige Abschreibung betrug 634 T€. Ohne diese außerplanmäßige Abschreibung wären die Abschreibungen von 2016 in Höhe von 826 T€ in 2017 in Höhe von 793 T€ um 32 T€, dies entspricht 3,9%, zurückgegangen. Diese außerplanmäßige Abschreibung ist auch Grund dafür, dass das Jahresergebnis 2017 im Vergleich zu dem Durchschnitt der vorangegangenen 10 Jahre erheblich niedriger ausfällt. Dafür wird aber in den Folgejahren ein Gleichgewicht zwischen zufließenden Investitionskosten und den Abschreibungen der Einrichtungen bestehen.

Die Kostenrechnung des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler weist für die stationäre Pflege, die Tagespflege und die anderen Leistungen an Dritte positive Jahresergebnisse aus. Lediglich der Unternehmensbereich des ambulanten Pflegedienstes weist, wie in den Vorjahren, noch ein erhebliches Defizit auf. Beim ambulanten Pflegedienst hatte man bei der Neugründung mit den zuständigen Pflegekräften Vergütungssätze ausgehandelt, die sich unabhängig von der Kostenstruktur der Einrichtung an den Preisen der privaten Konkurrenz vor Ort orientierten. Mit der Zeit wurden diese allerdings sukzessive auch erhöht, so dass das örtliche Preisniveau wieder erreicht worden ist. Trotzdem konnte das Defizit in den Jahren nicht abgebaut werden. Dieses negative Bereichsergebnis konnte immer noch vor dem Hintergrund der positiven Gesamtergebnisse als Anlaufverlust toleriert werden, da die Einrichtung das Gesamtleistungspaket des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler abrundete. Da die Investitionskosten in 2017 nun um 366 T€ zurückgegangen sind und es überhaupt nicht mehr möglich ist, im investiven Bereich Gewinne zu erwirtschaften, wird es schwierig, das kontinuierlich auflaufende Defizit der ambulanten Pflege zu kompensieren.

Aus diesem Grund hat man zum Ende 2017 den Entschluss gefasst, die ambulante Pflege des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler zum Ende März 2018 einzustellen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch folgende Kennzahlen veranschaulicht werden:

	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2017</u>
Anlagenintensität (in %)	75,2	68,6
= <u>Anlagevermögen</u>		
Gesamtkapital		
Investitionsquote (in %)	0,3	0,3
= <u>Nettoinvest. (ohne FA)</u>		
Anfangsbestand der		
urspr. AK bzw. HK		
Investitionsdeckung (in %)	11,2	5,6
= <u>Nettoinvest. (ohne FA)</u>		
Gesamtabschreibungen		
Eigenkapitalquote (in %)	67,4	68,0
= <u>Eigenkapital</u>		
Gesamtkapital		
Anlagendeckungsgrad I (in %)	89,7	99,1
= <u>Eigenkapital</u>		
Anlagevermögen		
Anlagendeckungsgrad II (in %)	125,5	136,7
= <u>EK + langfristiges FK</u>		
Anlagevermögen		
Liquidität (in %)		
1. Grades	928,0	666,9
= <u>liquide Mittel</u>		
kurzfristige Verbindl.		
2. Grades	965,9	691,9
= <u>liquide Mittel + Ford. L + L</u>		
Kurzfr. Verbindlichkeiten		
3. Grades	985,6	703,4
= <u>liquid. Mittel + Ford. + Vorräte</u>		
Kurzfr. Verbindlichkeiten		
Working Capital (in T€)	4.217,3	5.049,8
= Umlaufverm. – kurzfr. FK		
Umsatzrentabilität (in %)	5,7	0,0
= <u>Ergebnis vor Ertragsteuer</u>		
Umsatzerlöse		
Eigenkapitalrentabilität (in %)	5,8	0,0
= <u>Ergebnis vor Ertragsteuern</u>		
Eigenkapital zum 01.01.		
Personelle Besetzung	154,6	166,3

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen des Ist-Ergebnisses des Geschäftsjahres 2017 mit dem Erfolgsplan 2017 gem. § 14 EigVO zeigt folgendes Bild:

	2017 (Ist)	2017 (Plan)	Veränderung
	T€	T€	T€
ERGEBNISSTRUKTUR			
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB	12.749	11.585	1.164
Sonstige betriebliche Erträge	<u>31</u>	<u>792</u>	<u>-761</u>
Gesamtleistung	<u>12.780</u>	<u>12.377</u>	<u>403</u>
Personalaufwand	8.979	8.944	35
Materialaufwand, übriger Aufwand	1.888	1.965	-77
Steuern, Abgaben, Versicherungen	129	133	-4
Eigenmittel-Abschreibungen (inkl. Forderungen)	1.434	830	604
Instandhaltungen	<u>196</u>	<u>315</u>	<u>-119</u>
Gesamtaufwand	<u>12.626</u>	<u>12.187</u>	<u>439</u>
Betriebsergebnis	<u>154</u>	<u>190</u>	<u>-36</u>
Finanzergebnis	<u>-152</u>	<u>-155</u>	<u>3</u>
Jahresüberschuss	<u>2</u>	<u>35</u>	<u>-33</u>

Die Gegenüberstellung des Vermögensplans gem. § 15 EigVO mit dem Jahresabschluss 2016 zeigt folgendes Bild:

	2017 (Ist)	2017 (Plan)	Veränderung
	T€	T€	T€
Abschreibungen Anlagevermögen	1.427	830	604
Jahresüberschuss	2	35	-33
Darlehensstilgung	250	250	0
Ersatz- und Neuinvestitionen	80	100	-20

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sowie sonstige Angaben

Wie bereits bei der Darstellung des Geschäftsverlaufs dieses Lageberichtes dargelegt, hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler rechtzeitig auf die umfangreichen Gesetzesänderungen und den sich abzeichnenden demographischen wie finanziellen Wandel durch die Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes reagiert.

Im Gesamtkonzept wurden fast alle bekannten Wohn- und Pflegekonzepte berücksichtigt. Es handelt sich um ein langfristiges, aber auch dynamisches Konzept, welches immer wieder wohl bedacht an die gesetzlichen Änderungen angepasst werden kann und soll. Durch die Umsetzung dieses langfristigen und dynamischen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes ist und wird das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler weiter mehrstufig aufgestellt. Man ist sowohl in der Vermietung von betreuten Wohnungen, im gerontopsychiatrischen Bereich und der vollstationären Altenpflege tätig. Zudem bietet man niederschwellige und hauswirtschaftliche Leistungen umfangreich begleitend an. Dadurch, dass man viele Bereiche in Betreuung und Pflege abdeckt, wird die Bindung von Senioren an das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler bereits frühzeitig hergestellt. Im SBZ wurden in 2011 ein Teil der geplanten Baumaßnahmen abgeschlossen. Der Neubau Betreutes Wohnen wurde durch Fremdkapital finanziert. Die Refinanzierung der Zinsen und Tilgung ist gewährleistet, wenn eine Auslastung von 80% gegeben ist. Zum Ende 2012 wurde die Vollausslastung dieses Bereichs erreicht.

Mittlerweile hat sich eine Warteliste für die Wohnungen gebildet, so dass in 2017 ebenfalls eine Auslastung von 100% erreicht wurde und für 2018 genauso erwartet wird. Der Neubau der stationären Pflegeeinrichtung wurde im Jahr 1977 überwiegend mit Fremdkapital finanziert.

Die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegetrakte A und B in 2006 bzw. 2011 wurden mit Eigenmitteln finanziert. In der Vergangenheit wurden die Kreditkosten großzügig über Pauschalen und die Eigenmittel mit einem Zinssatz von 4% über die Investitionskosten refinanziert.

Mit dem neuen Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) und der dazugehörigen Durchführungsverordnung, fällt diese großzügige Vergütung nun weg und wird gemäß einem „doppelten Tatsächlichkeitsgrundsatz“ nur noch in Höhe der Ist-Kosten refinanziert. Gleiches verhält sich bei der Refinanzierung der Kosten für die Instandhaltung und Instandsetzung der langfristigen Anlagegüter. Auch hier werden nur Ist-Kosten erstattet und die erstatteten Investitionskosten müssen in einem vorgegebenen Zeitraum auch nachweislich für Instandhaltung und Instandsetzung ausgegeben werden. Wie unter Teil A. bereits berichtet, hat die Anwendung dieses Gesetzes mit der entsprechenden Durchführungsverordnung in 2017 dazu geführt, dass dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler 366 T€ an Investitionskosten weniger zugeflossen sind, als es in den Vorjahren der Fall war. Dies wird auch in den kommenden Jahren so sein. Während in den vergangenen Jahren der investive Bereich noch den größten Anteil am Gewinn ausmachte, wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein, im investiven Sektor Gewinne zu erzielen. Das wird automatisch zu erheblich schlechteren Jahresergebnissen als in der Vergangenheit führen. Bei der Realisierung des Gesamtkonzeptes stehen derzeit noch die Umgestaltungen der Wohnheime

1 und 2 aus. Zurzeit ist angedacht, das Wohnheim 1 dergestalt aufzustocken und zu erweitern, dass die Pflegeplätze des Wohnheims 2 hier mit integriert werden können. Dadurch würden Wohnbereiche auf einer Ebene geschaffen, die wie in den Pflegetrakten A und B wirtschaftlich betrieben werden können. Weiterhin ist die Integration einer Arztpraxis zur besseren Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort denkbar.

Durch die Umgestaltung des so frei gewordenen Wohnheims 2 hin zu ambulanten Pflegewohngemeinschaften, kann man den durch das Pflege-neu-ausrichtungsgesetz von 2012 weiter forcierten Trend zur „Ambulantisierung“ der Pflege Rechnung tragen. Dadurch wäre auch eine Erweiterung der Pflegeplätze am Standort des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler möglich und würde nicht der gesetzlichen Beschränkung der vollstationären Pflegeplätze bei einem Haus dieser Größenordnung entgegenstehen.

In 2012 konnte ein größeres Grundstück neben dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler von den Alexianerbrüdern aus Münster zurück gekauft werden. Somit besteht hier eine Entwicklungsreserve. Diese will man nutzen, um weitere betreute Wohnungen und eine größere Tagespflege mit ca. 25 Plätzen bereitstellen zu können. Das bestehende Konzept des Betreuten Wohnens mit den kleinen Wohnungen und den großen Gemeinschaftsräumen findet bei Einzelpersonen einen sehr guten Anklang. Durch die gute Reputation ist die Nachfrage nach diesen Wohnungen in letzter Zeit stark gestiegen und eine Warteliste hat sich gebildet. Die Interessenten sind aber überwiegend an größeren Wohnungen in den Obergeschossen interessiert.

Man könnte diese Nachfrage also mit einem neuen Gebäude mit einer großen Tagespflege im Erdgeschoss sowie größeren Wohnungen für Ehepaare in den Obergeschossen befriedigen. Eine Bauvoranfrage dazu wurde bereits in 2013 gestellt und nach Anpassungen positiv beschieden. Diese Baumaßnahme wurde in 2015 durch einen Beschluss des Verwaltungsausschusses auf den Weg gebracht und soll mit Eigenmitteln finanziert werden. Derzeit laufen die EU-weiten Ausschreibungen für die Planungsleistungen dazu. Die rechtskonformen Ausschreibungen der Baugewerke und die Genehmigung des Bauantrags werden sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb ist mit einer Fertigstellung des Baus vor 2022 nicht zu rechnen. Die Einnahmen könnten nach Abzug der Abschreibungen erst dann zu einem großen Teil als Eigenkapitalrentabilität verbucht werden und somit die wegen des GEPA NRW mit seinen Durchführungsverordnungen im investiven Bereich der stationären Pflege rückgängigen Einnahmen zumindest teilweise kompensieren.

Ein weiteres Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler liegt im Bereich der Personal- und Sachkosten. In den letzten Jahren handelten die Tarifparteien im öffentlichen Dienst zum Teil ordentliche Tarifsteigerungen aus. Hinzu kommen Einmalzahlungen für alle Mitarbeiter, Aufstockungen für die Auszubildenden, die Erhöhung des Urlaubs für jüngere Mitarbeiter, die Erhöhung des Leistungsentgelts und Stufensteigerungen.

Im Sachkostenbereich machten sich ganz besonders die Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln in den letzten Jahren bemerkbar. Deshalb fordert das SBZ regelmäßig zu Pflegesatzverhandlungen auf, um neue Pflegesätze auszuhandeln, um obige Kostensteigerungen aufzufangen. Durch diese Steigerungen wurde mittlerweile die Mitte des Preisniveaus der StädteRegion Aachen erreicht. Günstiger als das SBZ somit sind die Meisten privaten Anbieter, teurer

die kirchlich geführten Einrichtungen. In Eschweiler sind aber außer dem SBZ nur private Anbieter vorhanden. Bezüglich der Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Pflege hat das SBZ somit einen Wettbewerbsnachteil. Da der Investitionskostensatz des SBZs aber zum Teil erheblich unter dem der anderen Häuser liegt, wird dies zumindest für Selbstzahler teilweise kompensiert.

Das Pflegestärkungsgesetz II, welches Ende 2015 erlassen wurde, birgt auch ein derzeit noch nicht finanziell zu bezifferndes Risiko. Dieses Gesetz zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass mehr als zwei Milliarden Euro mehr für den Pflegebereich bereitgestellt werden sollen. Dies kommt aber nicht bei den stationären Einrichtungen an, da anstehende Änderungen hier nur budgetneutral umgesetzt werden sollen. Die ambulante Pflege und Tagespflege ist hier wieder bevorzugt und bewirkt weiter ein steigendes Belegungsproblem bei den Altenpflegeheimen. Zum anderen wurde der Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definiert. Die bekannten Pflegestufen wurden durch fünf Pflegegrade abgelöst, bei denen die eingeschränkte Alltagskompetenz aufgrund demenzieller Veränderungen stärker Berücksichtigung findet. Zum Jahreswechsel 2016/2017 wurden die bestehenden Pflegestufen für jeden Bewohner einer Altenpflegereinrichtung in einen neuen Pflegegrad übergeleitet. Die Überleitung erfolgt durch einfachen oder doppelten Stufensprung.³⁰ wurde z. B. aus der Pflegestufe 2 der Pflegegrad 3, wenn bei dem Pflegebedürftigen keine eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt wurde. War diese jedoch dokumentiert, wurde aus der Stufe 2 der Pflegegrad 4. Hinter jedem Pflegegrad steht ein festgelegter Zuzahlungsbetrag der Pflegekassen pro Monat. Indem man für einen Monat für alle Pflegebedürftigen diese neuen Zuzahlungsbeträge der Pflegekassen addiert und diese Summe von der Summe der monatlich bislang berechneten Pflegesätze aller Bewohner abzieht und den Restbetrag durch die Anzahl aller Bewohner dividiert, erhält man den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil, den jeder Bewohner eines Altenpflegeheims pro Monat zu tragen hat. Dieser ist nun für alle Bewohner gleich und variiert nicht mit den Pflegestufen. Dadurch sind aber die Altenpflegeheime auch für einen nicht so guten Rechner preislich leichter zu vergleichen, was den Preiskampf zwischen den Einrichtungen forcieren und zum Nachteil des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler gereichen könnte. Der einfache bzw. doppelte Stufensprung bei der Überleitung der Pflegestufen in Pflegegrade ist nach Studien und Expertenmeinungen großzügig gewählt. Pflegepersonen, deren Pflegebedürftigkeit erstmals nach dem Pflegestärkungsgesetz II festgestellt wird, durchlaufen ein neues Begutachtungsassessment. Dabei wird in sechs Modulen mit vielen Einzelmerkmalen die Beeinträchtigung der Selbstständigkeit mit Punkten bewertet und gewichtet. Hinter jedem Pflegegrad steht eine Bandbreite dieser Punkte. Entsprechend dem Ergebnis des Assessments erfolgt die Zuordnung zum Pflegegrad. Die Ergebnisse oben genannter Studien belegen, dass eine Pflegeperson einen geringeren Pflegegrad erhält, wenn sie das neue Begutachtungsassessment durchläuft, als durch die Überleitungsregelung mit den Stufensprüngen. Es ist also davon auszugehen, dass die Bewohner, die nach dem Ausscheiden eines übergeleiteten Bewohners neu aufgenommen werden, einen erheblich niedrigeren Pflegegrad erhalten als der Ausgeschiedene. Damit sind dann Erlöseinschränkungen verbunden und die Altenpflegeheime können ihre Budgets nicht mehr erreichen. In 2017 hat sich dieses Phänomen im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler nicht gezeigt. Es zeichnet sich jedoch zu Beginn 2018 im Pflegemix ab. Seit Anfang 2018 werden pauschal um ca. 2,5% erhöhte Abrechnungssätze für Pflege, Unterkunft und Verpflegung berechnet. Es fanden aber in 2018 auch wieder Tarifierhöhungen statt, die diese

Preissteigerung übersteigen. Mit den Einschränkungen im Investbereich führt dies dazu, dass zukünftig dauerhaft solange nur ausgeglichene Jahresergebnisse erzielt werden, bis die Einnahmen aus dem geplanten neuen betreuten Wohnen diese Lücke ausfüllen.

Das Jahr 2018 wird ein Jahr der Konsolidierung sein, in dem es sehr schwierig sein wird, ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen. Wie unter Teil A. bereits berichtet, wurde zum Ende März 2018 der dauerhaft defizitäre Bereich der ambulanten Pflege des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler derart stark eingeschränkt, dass nur noch die Mieter des betreuten Wohnens von diesem versorgt werden. Man trennte sich folglich vom größten Teil der externen Klienten. Gleichzeitig trennte man sich natürlich auch von den entsprechenden Einnahmen.

Als öffentliche und sozial agierende Unternehmung war man natürlich bestrebt, diesen Reduktionsprozess ohne negative Auswirkungen auf die Mitarbeiter in diesem Bereich durchzuführen. Entsprechend wurden die Mitarbeiter des ambulanten Pflegedienstes auf die anderen Bereiche des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler verteilt. Da aber dort auch in der Vergangenheit immer ausreichend Personal vorgehalten worden ist, ist die Personaldecke seit Schließung des ambulanten Pflegedienstes in der Einrichtung sehr hoch und wird nicht in vollem Maße über die Einnahmen im stationären Sektor refinanziert.

Da im stationären Bereich des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler keine nennenswerte natürliche Fluktuation beim Personal stattgefunden hat, wird es auch noch einige Zeit dauern, bis die tatsächlich vorgehaltene Personalmenge wieder auf das gern, den Personalbedarfsberechnungen notwendige Personal und somit auch refinanzierte Personal reduziert worden ist.

Hinzu kommt, dass im I. Quartal 2018 die mittlerweile 40 Jahre alte Heizungsanlage im Hause irreparabel ausgefallen ist. Dadurch musste ein Notaggregat gemietet werden, was derzeit ca. 20 T€ pro Monat an Miete kostet. Parallel laufen selbstverständlich Planungen und Ausschreibungen für die Neuanschaffung und Installation einer zeitgemäßen Heizungsanlage, aber da auch dieser Prozess wegen der notwendigen Ausschreibung im öffentlichen Sektor etwas länger dauern wird, werden außerordentliche Mietkosten in 2018 das Jahresergebnis sehr negativ beeinflussen. Die Neuinstallation der Heizungsanlage wird das Jahresergebnis nicht maßgeblich beeinflussen, da die Investitionskosten aktiviert und über einen Zeitraum von 10 Jahren abgeschrieben werden. Diese Abschreibungskosten werden wiederum über die Investitionskosten, die ja sowieso ausgegeben werden müssen, abgedeckt.

Da es wie oben beschrieben nicht mehr möglich ist, Gewinne im investiven Bereich zu erwirtschaften, der Konsolidierungsprozess beim Pflegepersonal in der Einrichtung 2018 noch nicht abgeschlossen ist, die Tarifierhöhungen in 2018 die pauschale Fortschreibung der Pflegesätze übersteigt und die Mietkosten aufgrund der defekten Heizungsanlage über Gebühr steigen, wird es letztendlich darauf hinauslaufen, dass in 2018 erstmalig in der Geschichte des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler ein negatives Jahresergebnis zu erwarten ist.

Da das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler sich über den Preis nicht mehr gegenüber der Konkurrenz absetzen kann, wird seit einigen Jahren eine kompromisslose Qualitätsstrategie umgesetzt. Ziel der Qualitätsstrategie ist, das Senioren- und Betreuungszentrum

der StädteRegion Aachen in Eschweiler hinsichtlich der Vielfalt und Qualität der Hilfestellungen für Senioren so zu positionieren, dass es eine Vorbildfunktion in der Region übernimmt. Dass man mit dieser Strategie auf einem sehr guten Weg ist, zeigt z. B. das in 2017 wieder sehr gut bestandene Überwachungsaudit nach DIN ISO 9001. Das zuletzt ausgehändigte Qualitätssiegel gilt bis Ende 2017.

In den vergangenen Jahren hat das SBZ intensiv an der Entwicklung und Etablierung eines Demenz-Labels in der StädteRegion Aachen mitgewirkt. Dieses belegt die besondere Ausrichtung auf die den größten Anteil der pflegebedürftigen Bewohner bildenden dementen Menschen und die hohe Qualität der ganzheitlichen Versorgung dieser Zielgruppe. Als Zeichen dafür wurde dem Haus für zwei Jahre dieses Demenzlabel verliehen.

Darüber hinaus ist die Einrichtung schon seit Jahren mit dem Ombudsman-Label dekoriert. Auch die mit den Noten „sehr gut“ im stationären Bereich bestandenen Qualitätsprüfungen des medizinischen Dienstes der Pflegekassen (MDK), bestätigen die hervorragende Qualität der Einrichtung.

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler genießt in der Stadt Eschweiler und in der StädteRegion Aachen einen sehr guten Ruf. Aufgrund der guten Positionierung ist eine gute Auslastung weiterhin gewährleistet. Die konstant hohe Auslastung des SBZs ist besonders vor dem Hintergrund der Wettbewerbssituation in der Altenpflege im Raum Eschweiler bemerkenswert. Auch die neuen Standbeine des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen, wie die Tagespflege, das betreute Wohnen und das Essen auf Rädern, wurden angenommen und entwickeln sich positiv. So aufgestellt braucht das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auch zukünftig trotz der sich verschärfenden gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen den wachsenden Konkurrenzdruck nicht zu fürchten und wird seine Stellung im Pflegemarkt behaupten.

Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Die Errichtung der Anstalt erfolgte auf der Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 11.12.2007 (IUAG NRW) durch und nach Maßgabe einer Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes; Errichtungsverordnung) vom 04.11.2010. In § 22 Abs. 1 der Errichtungsverordnung wird ausgeführt, dass im Regierungsbezirk Köln aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet wird.

Nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW führt jede Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeit als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Die Untersuchungsanstalt wirkt außerdem gem. Abs. 4 mit bei der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme, Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind, der Kontrolle von Betrieben und der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Vorstand:

Gemäß § 11 IUAG NRW leitet der Vorstand die Anstalt in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Er wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat der CVUA Rheinland AöR besteht gem. § 24 Abs. 1 der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 04.11.2010 sowie der Geschäftsordnung vom 05.01.2011 aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder eines Vertreters jeder Kommune. Nach Absatz 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat. Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Verwaltungsrat besteht somit aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und zwölf weiteren Mitgliedern.

Besetzung der Organe

Vorstand:

Vorstandsmitglied	Dr. Gerhard Löhr	– bis 30.06.2017 Vorsitzender
Vorstandsmitglied	Dagmar Pauly-Mundegar	– ab 01.07.2017 Vorsitzende

Vertreter der StädteRegion im Verwaltungsrat:

Dr. Peter Heyde	Amt für Verbraucherschutz, Tierschutz und Veterinärwesen
-----------------	--

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Sitz:	52068 Aachen
Stammkapital:	300.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
Land Nordrhein Westfalen	90.000	30
Stadt Aachen	17.500	5,83
Stadt Bonn	17.500	5,83
Stadt Köln	17.500	5,83
Stadt Leverkusen	17.500	5,83
StädteRegion Aachen	17.500	5,83
Kreis Düren	17.500	5,83
Kreis Euskirchen	17.500	5,83
Kreis Heinsberg	17.500	5,83
Oberbergischer Kreis	17.500	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,83
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,83
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,83
	<hr/>	
	300.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	14.101.737	22.126.714	21.819.884
I. Imm. Vermögensgegenst.	17.260	38.110	27.664
II. Sachanlagen	14.084.477	22.088.604	21.376.166
III. Finanzanlagen	0	0	416.054
B. Umlaufvermögen	8.281.004	9.070.271	10.013.424
I. Vorräte	42.445	41.788	45.022
II. Forderungen / sonst. VG	7.269.319	7.266.295	7.940.113
III. Guthaben Kreditinstitute	969.240	1.762.189	2.028.289
C. Rechnungsabgrenzungsposten	51.036	57.283	58.229
Bilanzsumme Aktiva	22.433.777	31.254.258	31.891.535
A. Eigenkapital		5.242.988	4.611.061
I. Stammkapital	300.000	300.000	300.000
II. Gewinnrücklagen		4.662.770	4.942.988
a) zweckgeb. Rücklage	221.713	221.713	221.713
b) allg. Rücklage	4.199.376	4.662.770	4.721.276
III. Bilanzgewinn	241.681	280.218	-631.928
B. Rückstellungen		12.592.681	14.533.561
1. Pensionsrückstellungen	11.737.788	11.995.540	14.025.663
u.ä.			
2. Sonstige Rückstellungen	486.602	597.141	507.898
C. Verbindlichkeiten	4.867.389	13.418.589	12.495.534
D. Rechnungsabgrenzungsposten	379.228	0	251.380
Bilanzsumme Passiva	22.433.777	31.254.258	31.891.535
Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	9.304.859	9.315.749	9.417.896
Sonst. betriebl. Erträge	126.223	130.282	191.594
Materialaufwand	1.446.989	1.454.914	1.545.300
Personalaufwand	7.054.475	5.207.199	6.256.301
Abschreibungen	332.572	1.027.154	1.298.500
Sonst. betriebl. Aufwendungen	1.258.017	1.259.532	877.348
Jahresüberschuss	280.218	242.791	-631.928

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Zahl der Beschäftigten	95	89	87

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015 in %	2016 in %	2017 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	62,9	70,8	67,0
Eigenkapitalquote	22,1	16,8	14,5
Cash Flow lfd. Geschäftstätigkeit	3.589	-294	1.695

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen leistet jährlich Zahlungen für Untersuchungskosten an das CVUA. Diese beliefen sich im Jahr 2017 auf 1.029.971,16 €. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

	Bis 30.06.2017	01.07. – 31.07.2017	Ab 01.08.2017
Vorstandsvorsitz	Dr. Gerhard Löhr	Dagmar Pauly-Mundegar	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied	Dagmar Pauly-Mundegar		Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat. Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln. Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten. Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten

der Untersuchungsanstalt. Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet. Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm (Stand: 1.01.2018) zu entnehmen.

Wirtschaftsbericht

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet. Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €. Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

Geschäftsverlauf

Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV). Im Berichtsjahr schieden insgesamt 2 Mitarbeiter aus. Ein Vorstand sowie ein Abteilungsleiter sind durch Pensionierung ausgeschieden. Beide Stellen wurden nachbesetzt.

Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2017 wurden insgesamt 13.678 (Vorjahr: 16.789) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. 1.180 Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet. Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2017, der vom Verwaltungsrat am 8. Dezember 2016 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.525 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 620 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 159 T€. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Fehlbetrag von 632 T€ abgeschlossen. Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 12. Oktober 2016 beschlossenen Entgeltordnung 9.407 T€ (Vj.: 9.314 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 141 T€ (Vj.: 109 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 51 T€ (Vj.: 21 T€) vereinnahmt. Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 6.256 T€ (Vj.: 5.207 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 62 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung

seiner Leistungen in Höhe 1.190 T€ berücksichtigt. Die Erhöhung der Personalkosten sind zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr Zuführungen zu den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen i.H.v. 2.030 T€ erfasst wurden gegenüber 544 T€ im Vorjahr. Dies resultiert vor allem aus Zuführungen aufgrund der Verzinsung, der Rechnungszinsänderung sowie der Übernahme eines Beamten. Große Aufwandsposten bleiben die Betriebskosten mit 345 T€ (Vj.: 351 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 132 T€ (Vj.: 147 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 33 T€ (Vj.: 33 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 199 T€ (Vj.: 124 T€), für Versicherungen in Höhe von 26 T€ (Vj.: 22 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 17 T€ (Vj.: 22 T€). Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 1.298 T€ (Vj.: 1.027 T€). Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2017 fällt der ausgewiesene Verlust um 473 T€ höher aus. Während die Personalaufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz (+580 T€) aufgrund der hohen Zuführung zu den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche Zinsniveau und der Einstellung eines Beamten im Ist überschritten wurden (bei Löhnen und Gehältern wurde der Ansatz nicht erreicht), konnten im Bereich der Zinsen (ohne Zinsaufwand nach § 107b) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen Einsparungen von 104 T€ erzielt werden.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2016	31.12.2017
Bilanzsumme	31.254.258,36 €	31.891.534,82 €
Anlagevermögen	22.126.713,21 €	21.819.882,89 €
Vorratsvermögen	41.778,08 €	45.021,88 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	5.242.988,42 €	4.611.060,72 €
Eigenkapitalquote	16,8 %	14,5 %
Rückstellungen	12.592.681,33 €	14.531.560,71 €
Liquide Mittel	1.762.189,32 €	2.028.288,65 €
Verbindlichkeiten	13.418.588,57 €	12.495.533,89 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	12.987.499,98 €	12.304.166,62 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	- 82,5	14,9

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 31.254 T€ auf 31.892 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Erstattungsansprüche nach § 107 b BeamVG, des Zugangs einer Finanzanlage aus einer Abfindung und der Verringerung des Anlagevermögens. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen. Im Geschäftsjahr wurden 602 T€ investiert. Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 14.534 T€ (Vj.: 12.593 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und

Beihilfen in Höhe von 14.026 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherren der Beamten betragen 7.935 T€ (Vorjahr 7.264 T€).

Prognosebericht

Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Die Schwerpunktbildung zum 1.1.2017 hat alle CVUÄ vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen wurden Warenobergruppen abgegeben, auf der anderen Seite erhöhte sich die Anzahl der Proben jener Warenobergruppen, für die das CVUA Rheinland Kompetenzzentrum wurde. Damit verbunden waren vielfältige Änderungen in der Organisation einzelner Einheiten und die Notwendigkeit, neues Fachwissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen. Zu dem mussten neue Untersuchungsmethoden eingeführt und etabliert werden. Als Kompetenzzentrum für Weinerzeugnisse und Spirituosen, Schokolade, Kakao und Kaffee, Würzmittel und Gewürze sowie für Kosmetik und als Schwerpunktlabor für MCPD und -ester, Glycidol und -ester und Mykotoxine musste und muss das CVUA Rheinland weiteres Knowhow aufbauen und in diesen Bereichen die Untersuchungstiefe vergrößern. Insgesamt ist die Schwerpunktbildung ohne größere Schwierigkeiten umgesetzt worden und bewährt sich. Auch die Probenplanung durch das LANUV (RiopplM) und die Organisation des Probenverkehrs durch die CVUÄ haben sich im Laufe des Jahres 2017 zu einer routinemäßigen Abwicklung entwickelt. Obwohl in frühen Modellen der Schwerpunktbildung die Untersuchungskapazitäten aus Düsseldorf/Mettmann bereits einmal berücksichtigt wurden, kam eine Zusammenarbeit nicht zustande. Im Laufe des Jahres 2017 hat die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Das stellt die CVUÄ vor eine große Herausforderung, da hierdurch die derzeitige Schwerpunktbildung in Frage gestellt wird. Eine erneute Änderung im Zuschnitt der Aufgaben und damit in der Arbeitsorganisation innerhalb eines so kurzen Zeitabstandes ist kritisch zu betrachten. Die Mitarbeiterinteressen der Beschäftigten, die bereits großen Umstrukturierungen unterworfen waren, müssen vorrangig im Blickfeld unserer Aufmerksamkeit liegen.

Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG belien und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle

Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen. Im Juni 2017 wurde das Überwachungsaudit durch die DAkkS durchgeführt und anschließend eine Akkreditierungsurkunde für den neuen Standort in Hürth ausgestellt.

Standort Hürth

Mit Bezug des neuen Gebäudes wurden für die technischen Einrichtungen Wartungsverträge, die zum Teil gesetzlich vorgeschrieben sind, abgeschlossen.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2018, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 7. Dezember 2017 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 212 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.640 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 420 T€ beschlossen.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind. Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.



**Beschäftigung
Qualifizierung
Dienstleistung**

SPRUNGBRETT gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist es, nach dem Sozialstaatsgebot benachteiligten Menschen, insbesondere arbeitslosen bzw. langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die, durch Ausschöpfung der gesetzlichen Grundlagen nach dem SGB II und dem SGB III und sonstiger Förderprogramme, die Integrationsfähigkeit der betroffenen Menschen verbessern. Im Rahmen dieser Prämisse verwirklicht die Gesellschaft zudem auch Ziele des SGB VIII.

Soweit es die Verwirklichung des Gesellschaftszweckes erfordert, ist die Kooperation mit den regionsangehörigen Städten und Gemeinden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Schulen, den Betrieben, den Kammern, den Trägern der beruflichen Weiterbildung, den Gewerkschaften, den Arbeitsgemeinschaften für die Grundsicherung Arbeitsuchender in der Region, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitsuchender der StädteRegion Aachen (ARGE in der StädteRegion Aachen) und der Agentur für Arbeit vorgesehen.

Die Gesellschaft ist insbesondere im Bereich der Beratung und Betreuung, der Beschäftigung, der Ausbildung und der Qualifizierung von benachteiligten Menschen zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des genannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nicht in Konkurrenz zu anderen, etablierten Weiterbildungsträgern in der StädteRegion Aachen auftritt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die GmbH wird vertreten durch eine/einen Geschäftsführer/-in, die/der einzelvertretungsberechtigt ist.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 stimmberechtigten Mitgliedern und 3 Mitgliedern mit beratender Stimme. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) 8 vom Gesellschafter StädteRegion Aachen entsandte Mitglieder, darunter der jeweilige Sozialdezernent und der jeweilige Personal-/Organisationsdezernent der StädteRegion Aachen.
- b) ein auf Vorschlag der regionsangehörigen Städte und Gemeinden von der StädteRegion Aachen entsandtes Mitglied.

- c) Mitglieder mit beratender Stimme sind:
- der/die jeweilige Leiter/in des Integrationsbüros der StädteRegion Aachen
 - der/die jeweilige Leiter/in des Amtes für soziale Angelegenheiten der StädteRegion Aachen
 - der/die jeweilige Betriebsratsvorsitzende.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Edeltraud Vomberg	Dezernentin f. Soziales d. StädteRegion
Rudi Bertram	Bürgermeister Stadt Eschweiler
Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
Thomas Hartmann	Städteregionstagsmitglied
Marie-Theres Sobczyk	Städteregionstagsmitglied
Gerd Bougé	Sachkundiger Bürger –bis 06.04.2017
Michael Sahm	Sachkundiger Bürger – ab 06.04.2017

Beratendes Mitglied: Angelika Hirtz Leiterin des Amtes für Soziale Angelegenheiten der StädteRegion

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Eva Malecha	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	4.618	3.162	1.706
I. Imm. Vermögensgegenst.	2.417	1.417	418
II. Sachanlagen	2.201	1.745	1.289
B. Umlaufvermögen	481.292	493.633	546.646
I. Forderungen/sonst. VG	1.219	81.042	24.209
II. Kassenbestand, Guthaben	480.073	412.592	522.437
C. Rechnungsabgrenzung	176	0	180
Bilanzsumme Aktiva	486.086	496.795	548.532
A. Eigenkapital	414.536	451.119	464.261
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Gewinnrücklagen	213.879	237.910	274.493
III. Gewinnvortrag	150.626	150.626	150.626
IV. Jahresüberschuss	24.031	36.583	13.142
B. Rückstellungen	39.438	21.254	38.052
C. Verbindlichkeiten	32.112	24.423	46.219
Bilanzsumme Passiva	486.086	496.795	548.532
 Gewinn- und Verlustrechnung:	 2015	 2016	 2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	841.302	847.454	887.101
Sonstige betriebliche Erträge	20.294	30.735	16.311
Zinserträge	88	42	4
Erträge a. Gesellschafterzuschüssen	0	0	0
Personalaufwand	771.762	781.268	835.294
Abschreibungen	1.787	2.076	1.726
Sonstige betriebliche Aufwendungen	64.104	58.305	53.253
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	24.032	36.583	13.142

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	27	25	28

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,95	0,64	0,31
Eigenkapitalquote	85,28	90,81	84,64
Anlagendeckungsgrad I	8.977,03	147.267	27.201
Liquidität 1. Grades	1.494,99	1.689	1.130
Eigenkapitalrentabilität	5,8	8,11	2,83

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Haushaltsjahr 2017 wurde seitens der StädteRegion Aachen erneut kein Betriebskostenzuschuss an SPRUNGBrett gezahlt.

Infolge des seit 2009 erfolgten Personalabbaus bei SPRUNGBrett konzentrierte sich das Rechnungswesen der Gesellschaft auf eine Buchhalterin. Die Geschäftsführung hat in Reaktion auf diese veränderte personelle Situation ab 2010 eine Mitarbeiterin der **WFG mbH** als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Ziel des Unternehmens war und ist es, benachteiligten Menschen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen (früher Kreis Aachen) haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Damit folgt der Gesellschaftszweck dem Sozialstaatsgebot des Art. 20 Grundgesetz. Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die in Sozialgesetzbücher genannt sind bzw. in Förderprogrammen bestehen. Die anfängliche Hauptaufgabe bestand in der Vermittlung von Sozialhilfempfehlungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Daher trägt die Gesellschaft die Zusatzbezeichnung Beschäftigungsinitiative. Seit mehreren Jahren stellt die Schulsozialarbeit an den unterschiedlichen Schulformen einen Schwerpunkt unserer Tätigkeit dar.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Aufgabenwahrnehmung im mildtätigen Bereich der Gesellschaft:

Die Vermittlungstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich seit 2010 auf das Landesprogramm „Jugend in Arbeit plus“. Die Integration Benachteiligter in den ersten Arbeitsmarkt ist in unserem Arbeitsbereich „Kreisinitiative Jugend und Beruf“ Teil unseres Zielsystems.

Aufgabenwahrnehmung im gemeinnützigen Bereich der Gesellschaft:

Sprungbrett ist eine gemeinnützige GmbH im Sinne des Steuerrechts. Bestätigt hat sich, dass die Problemlagen der von SPRUNGBrett im Rahmen der Schulsozialarbeit betreuten Schülerinnen/ Schüler/ Jugendlichen komplex bleiben und die Betroffenen eine intensive Begleitung bei der Bewältigung ihrer Probleme benötigen. Hier besteht nach wie vor ein großer Bedarf.

Tätigkeitsschwerpunkte 2017

Die Arbeit der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH fand im Berichtsjahr in Anlehnung an § 13 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe statt: „Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern. Im Berichtsjahr 2016/2017 haben 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fünf Aufgabenbereichen (Grundschulen, Hauptschulen, Förderschulen, Berufskollegs und einer Gesamtschule) mit insgesamt 2.397 Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Insgesamt wurden in den Beratungsstellen „Jugend und Beruf“ und in der Schulsozialarbeit im Schuljahr 2016/2017 11.786 Einzelgespräche geführt, von denen 2.397 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene profitieren konnten. Wie in all den Jahren vorher nehmen deutlich mehr männliche Ratsuchende (1.475) den Kontakt zu den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern auf als weibliche Ratsuchende (922), diese Tendenz ist an allen Schulformen von der Grundschule bis zum Berufskolleg identisch. Bei 1.049 (1.024 im Vorjahr) dieser jungen Menschen kann man von einem Migrationshintergrund sprechen, wobei in den Beratungsstellen an den Hauptschulen der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln prozentual am höchsten liegt (58%) und in den Beratungsstellen an den Grundschulen mit etwas mehr als 25% am niedrigsten ist. Neben den 11.786 Einzelgesprächen gab es insgesamt 2.046 Veranstaltungen zur sozialpädagogischen Gruppenarbeit mit dem Schwerpunkt der Förderung sozialer Kompetenzen, die in den unterschiedlichen Schulformen sehr unterschiedlich gestaltet werden. Das Thema Schul- und Berufsorientierung hat vermehrt Bedeutung bei der Arbeit an den Berufskollegs und in den letzten beiden Schuljahren an den Hauptschulen. Die überragende Mehrheit der 2.397 beratenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen, 3% leben in benachbarten Städten und Kreisen oder im benachbarten Ausland, die meisten von diesen besuchen die Berufskollegs. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es der Gesellschaft erneut gelungen ist, im Sinne von § 13 SGB VIII die Kinder- und Jugendhilfe auch im Schuljahr 2016/2017 in die Tat umzusetzen. Mit dem gleichen Engagement werden die Beschäftigten im Schuljahr 2017/2018 unsere Arbeit fortsetzen.

Schulsozialarbeit an sechs Berufskollegs der StädteRegion Aachen

An sechs Berufskollegs in den Städten Aachen, Alsdorf, Eschweiler und Herzogenrath bietet SPRUNGBrett/ Kreisinitiative Jugend und Beruf sozialpädagogische Begleitung und Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene an. Acht sozialpädagogische Fachkräfte sind an den Berufskollegs für die Begleitung und Beratung zuständig, schwerpunktmäßig für Klassen in der Ausbildungsvorbereitung in den Berufsfachschulklassen 1 und 2 und seit neuestem auch für die ersten internationalen Förderklassen. Für die Schülerinnen und Schüler im dualen System dieser Berufskollegs gilt ein offenes Beratungsangebot, dass von allen genutzt werden kann. Im Berichtsjahr 2016/2017 haben die acht Mitarbeiterinnen an den Berufskollegs insgesamt 944 Jugendliche und jungen Erwachsene beraten. Insgesamt wurden in allen Beratungsstellen zusammen 4.695 persönliche Gespräche geführt. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene, die in der Einzelberatung betreut wurden, konnten Gruppenangebote durchgeführt werden. Die Arbeit in Gruppen wurde zum Teil als schuljahrbegleitendes Angebot durchgeführt. Die Anzahl der Termine, an denen Gruppenberatungen stattfanden,

lässt sich mit 277 im Laufe eines Schuljahres beziffern. An allen sechs Berufskollegs haben 817 junge Menschen eine Anschlussperspektive gefunden. Auch in diesem Jahr sind wir wieder stolz auf eine Erfolgsquote von über 86,5 %. 168 junge Menschen haben mit unserer Unterstützung eine passende Ausbildung gefunden, 22 Jugendliche starteten in Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, 519 Jugendliche verblieben weiter im System Schule, sie strebten einen höheren Schulabschluss an, besuchten eine Berufsfachschulklasse oder ein Ausbildungsorientierungsjahr oder versuchten an anderen Schulformen ihren Schulabschluss zu verbessern.

Schulsozialarbeit an einer Hauptschule in Eschweiler und einer Hauptschule sowie einer Gesamtschule in Würselen

An zwei Gemeinschaftshauptschulen in Eschweiler und Würselen sowie an der Gesamtschule in Würselen arbeiteten zwei pädagogische Fachkräfte der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule. Insgesamt wurden 136 Schülerinnen (71) und Schüler (65) beraten, intensiv begleitet und betreut. Die Anzahl der stattgefundenen Einzelgespräche lässt sich mit 1.051 beziffern. Dadurch, dass die Hauptschule in Würselen zur „auslaufenden“ Hauptschule geworden ist, haben sich sowohl die Anzahl der Gespräche als auch die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die beraten und begleitet wurden, verringert. Wichtig ist die Konstanz sozialpädagogischer Begleitung an den Schulen. Je länger sozialpädagogische Fachkräfte an den Schulen arbeiten, umso mehr werden sie auch von den Kindern und Jugendlichen angenommen. Deutlich wird ebenfalls, dass durch veränderte Familienstrukturen den Schulsozialarbeiterinnen eine wichtige Aufgabe als Bezugsperson zukommt, diese bedeutende Arbeit kann von Lehrerinnen und Lehrern nur im begrenzten Umfang geleistet werden kann.

Schulsozialarbeit an sieben Förderschulen in Trägerschaft der StädteRegion Aachen

Im Schuljahr 2016/2017 wurden an sieben Förderschulen insgesamt 527 (478 im Vorjahr) Jungen und Mädchen begleitet, beraten und unterstützt. Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützen die Kinder und deren Familien auch bei Antragsstellungen. Gerade an den Förderschulen und den Grundschulen stehen dabei die Kosten für das Mittagessen im Rahmen der OGS oftmals im Vordergrund. 319 Kinder, die von den SozialpädagogInnen unterstützt wurden, leben in Familien, die Leistungen nach dem SGB II – Gesetz, Transferleistungen nach dem Asylbewerbergesetz oder Wohngeld erhalten und sind somit Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft. 255 der in der Einzelberatung erreichten 527 Schüler und Schülerinnen haben einen Migrationshintergrund (fast die Hälfte). Insgesamt wurde die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen im Berichtsjahr für 2.280 Einzelgespräche in Anspruch genommen, im letzten Jahr waren es 2.236 Einzelgespräche. Gerade an den Förderschulen steht die sozialpädagogische Gruppenarbeit deutlich im Vordergrund. Die Anzahl der Angebote für Gruppenveranstaltungen 841 (835 im Vorjahr) an den Förderschulen ist sehr hoch und wurde auch im Schuljahr 2016/2017 von vielen Kindern in Anspruch genommen: 464. Die Mehrzahl der Kinder kommt aus der Stadt Aachen (199), 177 kamen aus den Gemeinden des Nordkreises des ehemaligen Kreisgebietes und 150 aus den Südkreisgemeinden, 1 Schülerin aus dem Kreis Düren.

Schulsozialarbeit an sieben Grundschulen in Herzogenrath

Insgesamt wurden 790 Kinder beraten, intensiv begleitet und betreut. Es wurden 3.760 Einzelgespräche geführt. Insgesamt wurden an sieben Grundschulen in Herzogenrath 650 sozialpädagogische Gruppenangebote durchgeführt. Diese richteten sich an 1.075 Kinder. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Gruppenangebote der Schulsozialarbeit aus dem Schulalltag an den Grundschulen in Herzogenrath nicht mehr wegzudenken sind. Das Programm Jugend in Arbeit plus wurde entwickelt, um jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf bei der Integration in Arbeit zu helfen. Das Programm wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und wurde in den Jahren von 1998 bis 2014 variiert. Ziel des Programms ist, Jugendliche mit Unterstützungsbedarf individuell auf den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu begleiten und zu integrieren. Hier liegt der Schwerpunkt nicht im kurzfristigen Vermittlungserfolg (etwa über Zeitarbeit), sondern in nachhaltiger Beschäftigungsoption. Die Umsetzung erfolgt in Einzelgesprächen durch die Beraterin. Diese erarbeitet mögliche Perspektiven für den Einzelnen und unterstützt den individuellen Bedarf. Im Vermittlungsfall kooperiert die Beraterin mit den Kammerfachkräften der IHK und HWK zu Aachen. Die Jugendlichen werden Sprungbrett über die Jobcentren und Arbeitsagenturen zugewiesen. Die Erfolge der Beratungstätigkeit sind bei Sprungbrett überdurchschnittlich. Ab dem III. Quartal 2015 wurde nach einem Interessensbekundungsverfahren für das Programm Jugend in Arbeit Plus nicht mehr per Erfolgspauschale vergütet, sondern nach Beschäftigungsumfang der Beraterin. Des Weiteren erfolgt die Zuweisung nicht mehr aus dem gesamten Städteregionsgebiet, sondern lediglich aus den Kommunen Herzogenrath, Würselen und Eschweiler in gedeckelter Form. Die Weiterbewilligung nach 31.12.2017 durch die Bezirksregierung liegt ebenfalls und wahrscheinlich letztmals vor. Im Jahr 2017 sahen die Fallzahlen wie folgt aus: SPRUNGBrett wurden insgesamt 79 Jugendliche neu zugewiesen. Zum Ende des 3. Quartals 2017 haben wir mit der StädteRegion Aachen einen neuen Vertrag über die Sicherstellung von Schulsozialarbeit im Rahmen des Landesprojektes „Multiprofessionelle Teams zur Integration durch Bildung“ geschlossen. Bis zum 31.12.2017 haben hierüber 4 neue Mitarbeiterinnen ihre Arbeit aufgenommen. Diese Sozialpädagogen werden vorwiegend in der sozialen Beratung der Schüler und Schülerinnen der Internationalen Förderklassen an Berufskollegs der StädteRegion Aachen eingesetzt. Im Ergebnis konnte das Wirtschaftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen werden. Auf einen Betriebskostenzuschuss der StädteRegion Aachen konnte erneut vollständig verzichtet werden, was in dieser Branche ein Alleinstellungsmerkmal ist.

Belegschaft

Die Anzahl der Mitarbeiterinnen an der jahresdurchschnittlichen Gesamtbelegschaft (ohne Geschäftsführung) von 28 Personen betrug zum 31.12.2017: 26 = 92,00 %. Zum Jahresultimo wurden 29 (ohne Geschäftsführung) Personen beschäftigt.

Künftige Entwicklung

Das Programm Jugend in Arbeit soll zum Jahresende 2018 eingestellt werden. Hiervon betroffen ist eine Mitarbeiterin. Eine über den 31.12.2018 hinausgehende Beschäftigung bei SPRUNGBrett ist unrealistisch. Gegebenenfalls müssen arbeitsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden – mit den entsprechenden, das Jahresergebnis der Gesellschaft belastenden Konsequenzen. Des Weiteren gehen wir davon aus, dass die Stadt Herzogenrath ab 2019 die Schulsozialarbeit selber durchführen wird.

Sieben Mitarbeiterinnen würden dann z. T. im Rahmen eines Teilbetriebsübergangs zur Stadt Herzogenrath wechseln. Dies führt zu einem Wegfall von Deckungsbeiträgen (wenn insgesamt 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger beschäftigt sind). Finanziell und ergebnistechnisch ist SPRUNGBrett während des gesamten Berichtszeitraums 2017 stabil gewesen. Finanzielle Stabilität und Beschäftigung in der Zukunft werden davon abhängen, inwieweit die verbleibenden öffentlichen Auftraggeber die gute Arbeit von SPRUNGBrett kostendeckend entgelten.

regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) in Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat die mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, bestehend aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung:

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags besteht die Gesellschafterversammlung aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschafter.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dieter Rehfeld, Vorsitzender der Geschäftsführung, Aachen
Dieter Ludwigs, kaufmännischer Geschäftsführer, Aachen

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter des Städteregionsrates
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Karl-Heinz Hermanns	Bürgermeister Gemeinde Simmerath

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
----------------	---------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52070 Aachen

gezeichnetes Kapital: 307.228,00 Euro

Gesellschafter zum 31.12.2017:	Anteil in €	Anteil in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft Aachen mbH	185.166,32	48,50
Zweckverband INFOKOM Gütersloh AöR	46.084,20	15,00
StädteRegion Aachen	36.099,29	11,75
Stadt Aachen	3.010,83	11,75
Stadt Alsdorf	3.072,28	1,00
Stadt Baesweiler	3.072,28	1,00
Stadt Eschweiler	3.072,28	1,00
Stadt Herzogenrath	3.072,28	1,00
Stadt Monschau	3.072,28	1,00

Gemeinde Roetgen	3.072,28	1,00
Gemeinde Simmerath	3.072,28	1,00
Stadt Würselen	3.072,28	1,00
Stadt Düren	3.072,28	1,00
Kupferstadt Stolberg	3.072,28	1,00
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3.072,28	1,00
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	3.072,28	1,00
Civitec Zweckverband Kommunale Informations- Verarbeitung, Siegburg	<u>3.072,28</u>	<u>1,00</u>
	307.228,00	100,00

Beteiligungen	Anteil in €	Anteil in %
cogniport GmbH	25.000,00	100,00
vote iT GmbH, Aachen	24.000,00	96,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015 – in € –	2016 – in € –	2017 – in € –
A. Anlagevermögen	11.593.895	13.342.746	14.347.507
I. Imm. Vermögensgegenst.	5.125.303	4.555.543	5.255.851
II. Sachanlagen	6.453.385	5.814.246	6.223.010
III. Finanzanlagen	15.207	2.972.957	2.868.647
B. Umlaufvermögen	6.198.403	5.208.560	6.186.768
I. Forderungen u. sonst. VG	6.140.626	5.153.135	6.176.680
II. Kassenbestand, Guthaben	57.777	55.424	10.088
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.685.447	2.050.773	1.877.184
Bilanzsumme Aktiva	19.477.745	20.602.079	22.411.460
A. Eigenkapital	2.675.383	3.700.347	4.520.919
I. Gezeichnetes Kapital	307.228	307.228	307.228
II. Kapitalrücklage	388.066	388.066	388.066
III. Gewinnvortrag	0	0	0
IV. Andere Gewinnrücklagen	450.000	650.001	1.150.001
V. Jahresüberschuss	1.530.088	2.355.052	2.675.624
B. Rückstellungen	4.980.903	6.241.326	5.796.997
C. Verbindlichkeiten	11.734.151	10.623.653	12.093.544
D. Rechnungsabgrenzungsposten	51.649	36.753	0
E. Pass. latente Steuern	35.659	0	0
Bilanzsumme Passiva	19.477.745	20.602.079	22.411.460

Gewinn- und Verlustrechnung:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	54.782.126	58.236.772	62.860.995
Sonst. betriebl. Erträge	731.654,60	828.131	874.829
Materialaufwand	19.932.767	20.777.782	23.487.018
Personalaufwand	22.765.753	23.247.274	24.958.541
Abschreibungen	3.906.773	4.282.022	3.764.295
Sonst. betriebl. Aufwendungen	6.638.938	6.935.411	7.119.809
Erträge aus Gewinnabführverträgen	0	401.398	0
Jahresüberschuss n. Steuern	1.530.088	2.355.052	2.675.625

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende)	317	311	329

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	13,7	18,0	20,2
Investitionsdeckung	131,6	141,1	152,3
Eigenkapitalrentabilität	57,2	63,6	59,2
Gesamtkapitalrentabilität	8,8	12,4	13,1

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Seitens der StädteRegion Aachen bestehen Verbindungen zur regio iT GmbH dergestalt, dass die StädteRegion Leistungen der regio iT in Anspruch nimmt, die entsprechend des Produkt- und Preiskatalogs in Rechnung gestellt werden. Seit dem Jahr 2014 hat die regio iT einen Großteil der von der StädteRegion bisher selbst durchgeführten IT-Dienstleistungen übernommen. Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2018 an Gewinnausschüttung der regio iT für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 276.785,87 € (brutto) partizipiert. Weiterhin bestehen Leistungsbeziehungen der regio iT zu ihrer Holdinggesellschaft E.V.A.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht führt hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung aus, dass die Gesellschaft den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck der automatisierten Informationsverarbeitung für kommunale Gesellschafter, ihre kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Organisationseinheiten sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts voll erfüllt hat.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist 2017 so kräftig gewachsen, wie seit sechs Jahren nicht mehr, und damit bereits das achte Jahr in Folge (Quelle: Statistisches Bundesamt). Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 2,2 %. Die gute Konjunktur macht sich auch positiv in den öffentlichen Haushalten bemerkbar: Bund, Länder und Kommunen nahmen zusammen 38,4 Milliarden Euro mehr ein als sie ausgaben. Der ITK-Markt (Informations- und Telekommunikationstechnik) konnte sogar um 3,4 % bzw. um 2,8 Milliarden € auf 85,8 Milliarden € zulegen. Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch uneinheitlich. Mit einer Steigerungsrate von 6,3 % auf 23,0 Milliarden € konnte das Geschäft mit Software am stärksten zulegen. Die regio iT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Auch die Umsätze in diesem Segment stiegen um 2,3 % auf 39,0 Milliarden €. Deutlich konnte auch der Markt für IT-Hardware zulegen. Das Marktvolumen stieg um 2,6 % auf 23,9 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2017 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

Auch im Geschäftsjahr 2017 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio iT hervorragend entwickelt. Das Umsatzwachstum der regio iT lag sogar über dem der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig konnten durch Investitionen und Innovationen auch die Grundlagen für zukünftige Erfolge gelegt werden. Dabei konnte die regio iT von den positiven gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen und vor allem auch von der positiven Entwicklung der kommunalen Haushalte partizipieren. Vor diesem Hintergrund, aber auch vor dem Hintergrund von Wettbewerbsdruck bzw. steigender gesetzlicher Anforderungen, haben unsere Kunden gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Insbesondere das Beratungsgeschäft konnte in allen Unternehmensbereichen gesteigert werden. Dies bestätigt die Strategie der regio iT, im Bereich Consulting und im Projektmanagement gezielt Personalressourcen aufzubauen. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 5,8 Mio. € erstmals ein Umsatz von über 5 Mio. € erzielt werden konnte, schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einer neuerlichen, deutlichen Steigerung von 1,2 Mio. € oder 20,4% und einem hervorragenden Umsatzwert von 7,0 Mio. € ab. Auch die Umsätze aus Produkt- und Applikationsbetrieb entwickelten sich positiv, hier konnte eine Steigerung um 734 T€ oder 1,6 %

auf 46,0 Mio. € erzielt werden. Ebenfalls deutlich gesteigert wurden auch die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft. Hier konnte der Umsatz um 1,6 Mio. € oder 39,1 % auf 5,8 Mio. € gesteigert werden. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Dementsprechend liegt auch der Gesamtumsatz mit 62,9 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (58,2 Mio. €). Dies entspricht einer Steigerung von 4,6 Mio. € oder 7,9 %. Gegenläufige Effekte ergeben sich jedoch aus der Entwicklung der Personalkosten. Einem Vorjahreswert von 23,3 Mio. € steht ein Wert im Berichtsjahr von 25,0 Mio. € entgegen. Dennoch verbleibt ein leicht gesteigertes und außerordentlich positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 4,2 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2017. Nach Steuern resultiert hieraus ein Jahresüberschuss von 2,7 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Auch die vote iT GmbH, an der die regio iT die Mehrheitsbeteiligung hält, hat sich im Berichtsjahr wirtschaftlich ebenfalls sehr positiv entwickelt. Im Berichtsjahr konnten zudem weitere wichtige strategische Meilensteine zur nachhaltigen Sicherung des profitablen Wachstums des Unternehmens erreicht werden, indem weitere große kommunale IT-Dienstleister als Kunden und Gesellschafter für das Unternehmen gewonnen werden konnten. Mit dem eingetragenen Verein Votemanager-Anwender-Gemeinschaft e.V. konnte der Gesellschafterkreis im Hinblick auf eine noch engere Einbeziehung der Kunden verstärkt werden. Mitglieder dieses Vereins sind die Kunden und Nutzer der Wahlsoftware votemanager. Ziel des Vereins ist es, dass bei der Verbesserung und Weiterentwicklung des Wahlverfahrens votemanager die kommunale Praxis einbezogen wird. Durch den bereits im Vorjahr mit dem Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) abgeschlossenen Vertriebs- und Partnervertrag konnte der Kundenkreis der vote iT signifikant erweitert werden. Zur weiteren Stärkung dieser Partnerschaft hat die KDO Service GmbH mit Eintragung vom 25.07.2017 rückwirkend zum 01.01.2017 3 % der Gesellschaftsanteile der vote iT übernommen. Im Berichtsjahr konnte zudem mit einem weiteren kommunalen IT-Dienstleister, der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), ein weitreichender Vertriebs- und Partnervertrag abgeschlossen werden. Die für das dortige Wahlrecht ausgeprägte votemanager-Version wird die AKDB unter dem Namen „OK.VOTE“ exklusiv in Bayern vertreiben. Mehr als 1.100 Wahlsoftwarekunden der AKDB sollen zukünftig OK.VOTE einsetzen. Insgesamt betreut die AKDB über 4.700 Kommunen, Gemeinden, Städte, Landratsämter und öffentliche Institutionen in Bayern. In einem nächsten Schritt ist zur weiteren Festigung der Zusammenarbeit die Beteiligung der AKDB als Gesellschafterin an der vote iT GmbH im nachfolgenden Geschäftsjahr beabsichtigt.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €): Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 40,3 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 38,3 Mio. €). Auch das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (39,3 Mio. €) wurde übertroffen (+1,0 Mio. €). Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 46,0 Mio.

€ ebenfalls über dem geplanten Niveau (45,3 Mio. €). Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,4 Mio. €) konnten deutlich um 2,4 Mio. € übertroffen werden. Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 5,9 Mio. € (10,2% der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 7,0 Mio. € gegenüber (11,2 % der Gesamtumsätze). Das Ergebnis vor Steuern lag somit mit 4,2 Mio. € um 0,7 Mio. € über Plan. Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr bei 6,5 %. Aufgrund der sehr positiven Entwicklung der Umsätze aus Produkt-/ Applikationsbetrieb sowie aus Projektleistungen und Beratung konnte der Planwert (6,0 %) um 0,5 Prozentpunkte überschritten werden.

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen. Das Managementsystem der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Das Managementaudit fand im Berichtsjahr vom 12.–13.06.2017 in Gütersloh und vom 10.–14.07.2017 in Aachen statt. Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für das Gesamtunternehmen und damit für beide Standorte wirksam implementiert ist. Das Servicemanagement wurde erneut zertifiziert und mithin wird das Zertifikat neu ausgestellt. Für das Qualitätsmanagement und für das Informations- und Sicherheitsmanagement wurde im Überwachungsaudit festgestellt, dass die Zertifikate aufrechterhalten werden können. Insgesamt wurden keine Abweichungen zu den zugrunde liegenden Normforderungen festgestellt. Darüber hinaus konnte zeitgleich in der Erstbegutachtung für die Smart Meter Gateway-Administration nach TR-03109-6 die Zertifizierung ebenfalls erfolgreich durchgeführt werden. In der Kombination dieser zertifizierten Managementsysteme ist die regio iT nun zusätzlich auch im Wettbewerb um die Smart Meter Gateway-Administration sehr gut aufgestellt. Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Berichtsjahr auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2020 zu führen.

Ertragslage

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2017 den Gesamtumsatz erneut deutlich steigern. Mit einem Gesamtumsatz von 62,9 Mio. € konnte der Vorjahreswert von 58,2 Mio. € um 4,7 Mio. € oder 7,9 % übertroffen werden. Es konnten sowohl neue Kunden gewonnen werden, als auch auf Basis des

breiten Produktportfolios der regio iT Umsatzzuwächse durch ergänzende Produkte und Dienstleistungen bei Bestandskunden generiert werden. Der schon hervorragende Wert des Vorjahres bei den Umsatzerlösen aus Projektleistungen und Beratung (5,8 Mio. €) konnte nochmals gesteigert werden. Im Berichtsjahr konnte in diesem Segment ein Umsatz in Höhe von 7,0 Mio. € erzielt werden. Dieser Wert liegt somit um 1,2 Mio. € oder 20,4 % über dem Vorjahreswert. Umsatztreiber waren hier vor allem die Projekte im Bereich Portale, die Landtags- und Bundestagswahl, Projekte im Entsorgungsbereich sowie das Projekt zur Gründung einer großen Netzgesellschaft zwischen STAWAG und EWV. Die Umsätze in diesem Segment werden überwiegend von eigenen Mitarbeiterinnen erwirtschaftet. Sehr positiv haben sich auch die Umsatzerlöse aus Produkt-/ Applikationsbetrieb entwickelt. Mit 46,0 Mio. € konnte der Vorjahresumsatz (45,3 Mio. €) um 0,7 Mio. € (+1,6 %) gesteigert werden. Vor dem Hintergrund von überwiegend langfristigen Verträgen ist dieser Umsatzzuwachs nachhaltig einzuordnen und verbessert auch mittelfristig die Gesamtumsatzsituation. Nach zuletzt rückläufiger Tendenz konnten im Berichtsjahr auch die Umsätze aus Handels-/Leasing-Geschäft gesteigert werden. Der Vorjahreswert (4,2 Mio. €) wurde um 1,6 Mio. € gesteigert. Diese Umsatzsteigerung ist insbesondere auf Investitionen unserer Kunden in Mobile Devices (z. B. iPads) für den Bildungsbereich zurückzuführen. Gestiegen sind auch die Umsätze aus Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 2,9 Mio. €, im Geschäftsjahr 2017 bei 4,0 Mio. €. Hierbei handelt es sich jedoch um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung. Die Umsatzerlöse korrelieren mit den im Materialaufwand enthaltenen Kosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,87 Mio. € nahezu auf dem Vorjahresniveau (0,83 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT-Personalaufwandes innerhalb von durch den Bund geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Die regio iT war im Berichtsjahr an folgenden drei durch den Bund geförderten Projekten beteiligt: 3connect (Elektromobilität), SIDATE (IT-Sicherheit für Energieversorgung) und SmartOrchestra (Internet der Dinge). Korrespondierend mit der Umsatzentwicklung liegt der Materialaufwand mit 23,5 Mio. € über dem Vorjahresniveau (20,8 Mio. €). Dennoch konnte das Rohergebnis deutlich von 38,3 Mio. € um 2,0 Mio. € auf 40,3 Mio. € gesteigert werden. Diese Steigerung korreliert mit den deutlichen Umsatzzuwächsen aus Projektleistungen und Beratung, da diesem Umsatzsegment keine entsprechende Position im Materialaufwand entgegensteht. Mit 25 Mio. € liegen die Personalkosten im Geschäftsjahr 2017 um 1,7 Mio. € über dem Vorjahreswert (23,3 Mio. €). Zum 31. Dezember 2017 waren bei der regio iT 368 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 350), davon 19 Auszubildende (Vorjahr: 17) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 29 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 30) zugewiesen. Die Personalkostenintensität (Personalkosten zuzüglich Fremdleistungen Beamte in % vom Umsatz) liegt bei 43,8 % (Plan 47,4 %, Vorjahr 45 %). Die Abschreibungen haben sich rückläufig entwickelt, und liegen mit 3,8 Mio. € unter dem Vorjahreswert (4,3 Mio. €). Durch den Verkauf der Rechte der Softwareprodukte PC-Wahl und votemanager an die vote iT und den dementsprechenden Abgang aus dem Anlagevermögen der vote

iT ist in dieser Position im Geschäftsjahr 2017 allerdings auch ein Sondereffekt enthalten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 7,1 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (6,9 Mio. €).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2017 betrug die Bilanzsumme 22,4 Mio. € (Vorjahr: 20,6 Mio. €). Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 5,7 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert. Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 31,5 %, die Eigenkapitalquote 20,2 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 18,0 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 6,5 Mio. €). Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen, (E.V.A.) einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Verbindlichkeit gegenüber dem Cash-Pooling-Geber in Höhe von 42 T€.

Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2017 kann aufgrund der erneuten Steigerungen bei Umsatz und Ergebnis als hervorragend bewertet werden. Die regio iT konnte im Berichtsjahr sowohl stärker als der ITK-Markt (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) als auch stärker als die Gesamtwirtschaft wachsen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreichen Wachstumsstrategien der regio iT. Die Vermögenslage ist jedoch weiterhin geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen in vergleichbarer Größe² (33,6 %). Der Finanzierungsbedarf im Berichtsjahr war hingegen über den Cash-Pooling-Vertrag der E.V.A. sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren

Wachstum ausgegangen: mit einem voraussichtlichen Umsatz von 88,8 Milliarden Euro und einem Wachstum von 3,1 Prozent im Jahr 2018 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK- Branche. Mit einem Volumen von 24,4 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2018 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,3 %). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,6 % ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 40,0 Milliarden Euro. Ein Wachstum auf 24,4 Milliarden Euro (+0,9 %) wird ebenfalls bei der IT-Hardware erwartet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Traditionell in Eigenregie betriebene IT-Infrastrukturen können weder den Anforderungen an die Haltung und Nutzung stetig steigender Datenmengen begegnen, noch die Herausforderungen hinsichtlich Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Kosteneffizienz bewältigen. Auch der Gesetzgeber ist ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die Umstellung auf möglichst digitale Stadtverwaltungen wollen alle Bundesländer weiter vorantreiben. So sollen in NRW u. a. in Aachen Behördengänge und interne Abläufe in den Rathäusern digitalisiert werden, unterstützt mit Mitteln der Landesregierung.

Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2018 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund zwei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln. Mit Kaufvertrag vom 14.12.2017 und rückwirkender wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile im Umfang von 10,77% an die Stadt Aachen übertragen. Aufgrund der neuen Beteiligungsverhältnisse scheidet die regio iT aus dem Konsolidierungskreis der E.V.A. aus. Die E.V.A. hat aus Anlass der Anteilsveräußerung die rechtlichen Konsequenzen auf verschiedenen Gebieten geprüft bzw. prüfen lassen. Lediglich im Hinblick auf die Betriebsmittelfinanzierung (Cash-Pooling-Verfahren) kommt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage zu dem Ergebnis, dass die Einbindung der regio iT in das Konzern-Cash-Pooling-Verfahren nach der Anteilsveräußerung nicht aufrechterhalten werden kann. Die regio iT hat demzufolge den Vertrag mit der E.V.A. zum 31.12.2017 gekündigt und scheidet damit ab 2018 aus dem Cash-Pooling-Verfahren aus. Für die Neugestaltung der Betriebsmittelfinanzierung stellt die E.V.A. der regio iT jedoch ein variables Gesellschafterdarlehen bis zu einer maximalen Höhe von 4,0 Mio. € zur Verfügung. Der entsprechende Darlehensvertrag sieht eine Laufzeit von zunächst 5 Jahren ab dem 01.01.2018 zu marktüblichen Konditionen vor. Darüber hinaus besteht jedoch Konsens, dass die enge Partnerschaft mit den Konzernunternehmen bzw. der E.V.A. auch weiterhin fortgeführt wird, eine entsprechende Vereinbarung wurde am 20.12.2017 beiderseitig unterzeichnet.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2018 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. €)

	2017 Ist	2018 Plan	Abw. IP abs.	Abw. IP %
Gesamtumsatz	62,9	63,4	0,5	0,8%
<i>davon</i>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	46,0	48,0	2,0	4,3%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	7,0	6,9	-0,1	-1,4%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	5,8	4,3	-1,5	-25,9%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	11,2%	10,9%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹	40,3	42,9	2,6	6,5%
Ergebnis vor Steuern	4,2	3,9	-0,3	-7,1%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	6,7%	6,2%	-	-

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) / Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2018 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 48,0 Mio. € eine Steigerung von 2,0 Mio. €. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind Dienstleistungen im Bereich Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich sowie produktiv gesetzte Portale für Kommunen. Nachdem die Projekte mit der Stadt Bielefeld im Bereich neues Einwohnerwesen, die Übernahme des SAP-Hostings für das Oberhausener Gebäudemanagement sowie der erfolgreiche Abschluss des Client-Service-Projektes bei der Leitungspartner GmbH (Stadtwerke Düren) absolviert sind, erfolgt im kommenden Geschäftsjahr der laufende Betrieb für diese Produkte. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 6,9 Mio. € von Erlösen auf Vorjahresniveau aus. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, ca. 10% des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen und verschiedener Gespräche zu Ausschreibungen wurden die Umsätze optimistisch auf weiterhin hohem Niveau geplant. Nach wie vor ergeben sich Beratungsumsätze in allen Unternehmensbereichen und bei allen Kundengruppen. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 4,3 Mio. € eher rückläufige Umsätze erwartet. IT-Flardware wird mehrjährig genutzt. Daher gehen wir nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2017 in etwa von Umsatzerlösen auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre aus. Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung von 25 Mio. € auf 27 Mio. €. Diese Steigerung um 2 Mio. € basiert zum einen auf erwarteten tariflichen Steigerungen, zum anderen auch auf Neueinstellungen

2017/2018. Diese sind erforderlich, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können. Aufgrund der weiterhin umfangreichen eigenen Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2018 eine Steigerung des Rohergebnisses von 40,3 Mio. € auf 42,9 Mio. €. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,9 Mio. € aus, welches um 0,3 Mio. € leicht unter dem hervorragenden Niveau des Berichtsjahres (4,2 Mio. €) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2018 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Nach wie vor wird die regio iT einen Jahresüberschuss erwirtschaften, welcher auch weiterhin eine angemessene Rendite für die Gesellschafter gewährleistet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken. Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von iT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Kommunale Leistungen können heute nicht mehr ohne den Einsatz von IT erbracht werden. Der Umfang und die Komplexität der zu verarbeitenden Daten steigen kontinuierlich an. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist daher ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem und die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechen den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001. Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagement-Board) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden. Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßig Analysen durch, die gemeinsam mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden. Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs- und Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch eindeutige Lizenzmanagementprozesse, die u. a. für die wichtigsten strategischen Softwarelieferanten definierte Lizenzmanager vorsehen. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt. Darüber hinaus ist jedoch auch die regio iT auf ein weiteres, profitables Umsatzwachstum angewiesen. Einsparmaßnahmen unserer Kunden innerhalb ihrer IT-Ausgaben können dieses Ziel gefährden. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der

Haushaltsslage unserer Kunden, sowie aufgrund von sehr positiven Rückmeldungen zu unserem Produktprogramm und –angeboten, wird dieses Risiko derzeit gering eingeschätzt. Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio IT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2018 erreicht werden. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach dem Gesetz und dieser Satzung obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere die Aufgaben gemäß § 4 lit. a) bis f) der Verbandssatzung.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters. Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Axel Hartmann

Allgemeiner Vertreter des Städtereionsrates

Verbandsvorsteher: Dr. Markus Kremer Beigeordneter Stadt Aachen

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband
Sitz: 52134 Herzogenrath

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25,00
Stadt Aachen	25,00
Kreis Heinsberg	25,00
Kreis Düren	<u>25,00</u>
	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Anlagevermögen	3.390	2.809	544.856
Umlaufvermögen	1.888.806	2.200.408	1.680.740
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.087	8.011	5.745
Bilanzsumme Aktiva	1.899.283	2.211.228	2.231.341

Eigenkapital	191.928	195.959	196.329
1. Allgemeine Rücklage	145.124	145.124	145.124
2. Sonderrücklagen	0	0	0
3. Ausgleichsrücklage	47.354	46.804	50.835
4. Jahresüberschuss	–550	4.030	370

Sonderposten	0	0	0
Rückstellungen	1.644.328	1.991.924	2.003.084
Verbindlichkeiten	63.027	23.345	31.928
Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme Passiva	1.899.283	2.211.228	2.231.341

Gesamtergebnisrechnung:	2015	2016	2017
	– in € –	– in € –	– in € –
Ordentliche Erträge	626.992	749.893	811.941
Ordentliche Aufwendungen	–627.609	745.906	811.591
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	–617	27.718	349

Jahresergebnis	–550	4.030	370
-----------------------	-------------	--------------	------------

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen einschließlich Abordnung (teilweise Teilzeit)	4	4	4

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl. Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Umlage des Verbandsmitgliedes StädteRegion Aachen sich nach dem Wert bemisst, der sich nach Abzug der amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen aus der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Gesamtbevölkerungszahl für die StädteRegion Aachen ergibt. Die Umlage, die auf das Verbandsmitglied Stadt Aachen entfällt, bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen. Die Verbandsmitglieder stellen dem Studieninstitut die erforderlichen Räume einschließlich Beleuchtung und Heizung sowie Einrichtungsgegenstände unentgeltlich zur Verfügung.

Die auf die StädteRegion Aachen entfallende Verbandsumlage für das Haushaltsjahr 2017 betrug 9.129,75 €. Im Jahr 2017 wurden außerdem Lehrgangsgelder sowie Entgelte für dienstbegleitende Unterweisungen in Höhe von 83.419,00 € gezahlt, hinzu kamen Entgelte für Personalausleseverfahren in Höhe von 14.224,17 €. Sofern Mitarbeiterinnen einzelner Ämter an Fortbildungsveranstaltungen des Studieninstituts teilgenommen haben, wurden die Teilnahmegebühren dezentral aus den Budgets der Ämter gezahlt. Die Kämmerei der StädteRegion Aachen nimmt die Geschäftsbuchhaltung und Aufstellung des Jahresabschlusses für den Zweckverband gegen Entgelt wahr, die örtliche Rechnungsprüfung der StädteRegion prüft den Jahresabschluss des Studieninstituts und die Berechnung der Beihilfen erfolgt entgeltlich durch die Städteregionsverwaltung.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeines

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- o die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- o die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- o deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- o die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für die Laufbahngruppe 1., 2. Einstiegsamt (vorher mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst) und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig. Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, die Landesverfassung und die Gemeindeordnung alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Jobcenter). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers. Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte. Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten – unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage – zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen. Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die Abteilungen Aachen-Stadt und Kreisverwaltung Heinsberg haben 2017 Ausschreibungen von nebenamtlichen Dozentenstellen durchgeführt. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat deutlich zugenommen. Gleichwohl ist ein noch darüber hinausgehender Bedarf insbesondere an zusätzlichen Verwaltungslehrgängen I und II festzustellen, der trotz Aufstockung der nebenamtlichen Dozentenstellen kompensiert werden musste. Bis Ende 2017 mussten angemeldete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Kommunen überproportional lange auf den Start von Lehrgängen für ihre Qualifikationsstufe warten. Da hier Handlungsbedarf bestand und nachgesteuert werden musste, wurde beim „Workshop über die zukünftige Ausrichtung des Studieninstitutes“ am 26.01.2017 von den Abteilungsvorstehern beschlossen, dass jede Abteilung zu den bisherigen Lehrgängen einen zusätzlichen VL I – bzw. VL II Lehrgang durchführt, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzli-

chen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Durch den Umzug von Kohlscheid nach Aachen konnte dem auch entsprechend Rechnung getragen werden. Beispielsweise findet der zusätzliche VL I der Stadt Aachen in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle statt. Die Stadt Aachen selber hatte keine zusätzlichen räumlichen Kapazitäten zur Durchführung des Lehrgangs. Mit steigender Zahl der Lehrgänge (Ausbildereignung, Verwaltungskunde etc.) wurde es auch immer schwieriger, externe Räumlichkeiten zu bekommen. Durch die zusätzlichen Seminarräume der neuen Geschäftsstelle in Aachen können diese Lehrgänge auch vor Ort durchgeführt werden. Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund. Das Institut steht für Nutzerfreundlichkeit und Kundenorientierung. Seit dem I. Quartal 2014 wurde das Anmeldeverfahren modernisiert, so dass Seminare „online“ gebucht werden können. Der Seminarkalender ist dynamisch, d.h. er unterliegt einer ständigen Entwicklung und Fortschreibung.

Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kundengerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse-Veranstaltungen. Diese werden, wenn möglich bei entsprechender Preisgestaltung durchgeführt. Wie oben bereits beschrieben, unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Unsicherheit, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu laufen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeiter zu gestalten. Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung zunehmend auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt. Erfreulicherweise haben in 2017 insgesamt über 1.300 Personen an den Fortbildungen des Studieninstitutes teilgenommen. Im Vergleich zu den Jahren 2014 und 2015 ist dies eine Steigerung von über 100 %.

Personalsituation

Die Geschäftsstelle ist neben dem hauptamtlichen Dozenten und dem Studienleiter nur mit 1,5 Verwaltungskräften ausgestattet. Eine Mitarbeiterin ist seit 08/2015 befristet für die Dauer von drei Jahren zum Studieninstitut abgeordnet. Durch die enorme Steigerung der durchgeführten Seminare und auch der zu betreuenden Lehrgangsteilnehmer hat sich auch der Arbeitsanfall erheblich verdichtet, so dass abzuwarten bleibt, ob die Personalausstattung dauerhaft ausreichend ist. Mit der StädteRegion und der Stadt Aachen konnte die Vereinbarung getroffen werden, dass zumindest abwechselnd jeweils eine Auszubildende bzw. ein Auszubildender für einen Ausbildungsabschnitt dem Studieninstitut zur Ausbildung zugewiesen wird. Hiervon profitieren alle Seiten. Die Nachwuchskräfte erhalten einen umfangreichen Einblick in die Arbeit eines kommunalen „Unternehmens“ in der

Rechtsform eines Zweckverbandes mit seinen Facetten in den Bereichen Personalverwaltungs- und Finanzwesen sowie der Verwaltungsorganisation.

Haushaltssatzung: Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2017 (Doppelhaushalt 2016/2017) konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 04.12.2015 beschlossen werden. Der Beschluss beinhaltet die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied. Die Bevölkerung für das Gebiet des Zweckverbandes wurde zum Stichtag 31.12.2014 auf 1.056.044 Einwohner festgestellt. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von 31.681,32 € ermittelt und beschlossen. Die Genehmigung der Umlage erfolgte durch eine Verfügung der Bezirksregierung vom 07.04.2016. Die zugrundeliegende Satzung wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung unter Nr. 17/2016 vom 02.05.2016 veröffentlicht.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes (ohne Berufsförderungswerk) für das Wirtschaftsjahr 2017 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgeblich. Die Kosten des Lehrgangsbetriebes einschließlich der Prüfungskosten wurden für das Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von 390.900 € ermittelt. Auf Grundlage dieser Kalkulation wurden 93.065 Teilnehmerstunden erfasst. Im Rahmen des Doppelhaushaltes 2016/2017 wurde entschieden, für beide Jahre ein konstantes Lehrgangsgeld in Höhe von 4,20 €/Std./Teilnehmer zu erheben. Für die Ermittlung des Lehrgangsgeldes wurden zunächst die voraussichtlichen Kosten des Lehrgangsbetriebes herangezogen, die sich zu einem großen Teil aus den Aufwendungen des Sachkontos 501900 herleiten lassen. Darin sind hauptsächlich die erteilten Unterrichtsstunden erfasst; darüber hinaus fließen die Kosten für die im jeweiligen Jahr voraussichtlich geplanten Zwischen- und Abschlussprüfungen inkl. der Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung der Mitglieder der berufenen Prüfungsausschüsse ein. Basis für die Kalkulation ist eine tabellarische Aufstellung der Lehrgänge mit den planmäßig zu erteilenden Unterrichtseinheiten, den voraussichtlich anfallenden Teilnehmerstunden und den angesetzten Prüfungen. Hieraus leitet sich die Ermittlung der Prüfungskosten ab, in der alle Parameter (Teilnehmer an der Prüfung, Aufwendungen für die Erarbeitung und Bewertung von Klausuren, Entschädigung für Erst- und Zweitkorrektoren sowie Prüfungsausschüsse) erfasst sind. Der Wert der Teilnehmerstunden stellt jedoch keine kontinuierliche Größe dar. Die Anzahl ist von einer sich jährlich verändernden Entsendung von Lehrgangsteilnehmern durch die Behörden abhängig. Insgesamt wurde 2017 ein Betrag von 421.056,36 € an Entgelt für Lehrgänge in Rechnung gestellt. Dies sind rd. 30.000 € mehr als ursprünglich geplant. Ursächlich hierfür waren zusätzliche Lehrgänge sowie auch höhere Teilnehmerzahlen in den jeweiligen Lehrgängen. Das Lehrgangsgeld für das Berufsförderungswerk Düren wird getrennt über einen eigenen Kostenträger (429502) abgerechnet. Hier erfolgt keine Abrechnung nach Lehrgangsstunden und Teilnehmer, sondern vielmehr nach tatsächlich angefallenen Kosten beim Studieninstitut zuzüglich eines Aufschlags für Overheadkosten etc. Aufgrund des be-

sonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises zumeist gering (max. 10 Teilnehmer) bemessen. Aufgrund des Kostendrucks ist das BFW Düren zunehmend bestrebt, die Anzahl der Lehrgänge und ebenso die Teilnehmerzahlen zu steigern. Diesen Umschulungslehrgängen werden seit 2016 Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen vorgeschaltet, um hierzu eine Selektion hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. In der Regel werden jeweils drei parallel laufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten (beispielsweise Einstellungsjahrgänge 2015–2017) beim Berufsförderungswerk durchgeführt. In 2017 wurden rd. 20.000 € weniger vom Berufsförderungswerk eingenommen, als ursprünglich geplant war. Dies hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass der hauptamtliche Dozent in 2017 nicht beim Berufsförderungswerk im Einsatz war. Korrespondierend zu den Mindereinnahmen beim Lehrgangsgeld waren Minderausgaben bei den Personalkosten in diesem Kostenträger zu verzeichnen.

Fortbildung

In den Jahren 2014 und 2015 sind die Ergebnisse deutlich hinter den Erwartungen geblieben. Daher erfolgte in 2016 und insbesondere in 2017 verstärkt eine Konzentration auf aktuelle Themen. Insgesamt wurden in 2017 94 Veranstaltungen durchgeführt. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist hier eine wesentliche Verbesserung festzustellen. Seit dem IV. Quartal 2016 wurden die Bewerbungsstrategien für Seminare geändert bzw. intensiviert, was sich sehr positiv auf die Anmeldezahlen ausgewirkt hat. Erfreulicherweise sind auch die Teilnehmerzahlen gestiegen. Insgesamt 1317 Teilnehmer waren bei Seminaren des Institutes zu Gast (2016: 1.149 /// 2015: 471 // 2014: 610). Es konnten daher beim Kostenträger „Fortbildung“ insgesamt rd. 72.000 € Mehrerträge gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan 2017 aus Entgelten für Fortbildungsveranstaltungen realisiert werden. Gleichzeitig waren Mehraufwendungen für Referentenhonorare, Druck- sowie Bewirtungskosten zu verzeichnen. Insgesamt hat der Kostenträger erfreulicherweise mit einem wesentlichen besseren Ergebnis gegenüber dem ursprünglichen Plan abgeschlossen. Darüber hinaus trägt die eigene Durchführung der „modularen Qualifizierung“ zu diesem positiven Ergebnis bei.

Personalauslese

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet die Ausleseverfahren für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Ausleseverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle über einen Zeitraum von etwa 10 Wochen im Spätsommer bzw. Herbst jedes Jahres. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 04.12.2015 beschlossen, eine Ausschreibung für ein Online-Bewerber-Auswahlverfahren durchzuführen und das Studieninstitut mit der Organisation und Durchführung der notwendigen Maßnahmen beauftragt. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde eine Nutzungsvereinbarung für die Durchführung von elektronischen Einstellungstests mit dem geva-Institut München, das in diesem Bereich führend ist, abgeschlossen. Das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2018 konnte äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende September an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten. Insgesamt wurden 1.008 (2017: 1008) Bewerber/innen getestet und daraus resul-

tierend 2605 (2017: 2633) Auskünfte für das Einstellungsjahr 2018 erteilt. Die Testfälle sind in den letzten Jahren relativ stabil. Die Anzahl der ausgeschriebenen Stellen bei den Kommunen und das allgemeine Interesse der Bewerberinnen und Bewerber für einen attraktiven und sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst sprechen für sich. 23 von 38 Verbandsgemeinden haben im Jahr 2017 insgesamt 3.032 Bewerber/innen gemeldet. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das geva-Institut wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben. In den Kosten sind die Leistungen des geva-Instituts, die noch bis einschl. 2017 zu zahlende Umlage an das Institut für Personalauslese und Eignungsprüfung, IfP Köln, die Erstattung für Erarbeitung und Begutachtung von Testaufgaben sowie Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle für die Durchführung enthalten. Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2018 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 24,96 € je Testauskunft ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt. Insgesamt waren für 2017 Erträge in Höhe von 68.271,03 € aus dem Entgelt für Personalauslese zu verzeichnen.

B. Plan und tatsächliche Entwicklung der Haushaltsdaten

Geplante Entwicklung 2017:

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2016/2017 wurde für 2017 ein Defizit von 13.365 € eingeplant. Dieser Betrag ist auch entsprechend im Gesamtergebnisplan ausgewiesen. Diese Unterdeckung resultierte aus folgenden Annahmen:

Kostenträger Verwaltung:	Unterdeckung	15.961 €
Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	22.488 €
Kostenträger BFW:	Unterdeckung	11 €
Kostenträger Seminare:	Unterdeckung	17.710 €
Kostenträger Personalauslese:	Unterdeckung	2.171 €

Im Gesamtfinanzplan ist in der Zeile 38 „Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln“ ein negativer Betrag in Höhe von 22.274 € (einschl. der Ermächtigungsübertragung aus 2016 in Höhe von 10.000 €) ausgewiesen, der sich aus folgenden Planzahlen zusammensetzte:

Kostenträger Verwaltung:	Unterdeckung	15.461 €
Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	22.588 €
Kostenträger BFW:	Unterdeckung	11 €
Kostenträger Seminare:	Unterdeckung	17.360 €
Kostenträger Personalauslese:	Unterdeckung	11.371 €

Hinzu kommen 341 € aus Rückflüsse Darlehen, welche nur im Gesamtfinanzplan ausgewiesen werden.

Tatsächliche Entwicklung 2017:

Der Jahresabschluss 2017 hat mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe 370,49 € abgeschlossen. Dieser Betrag ist auch entsprechend im Gesamtergebnisplan ausgewiesen. Im Einzelnen haben die Kostenträger mit folgenden Zahlen abgeschlossen:

Kostenträger Verwaltung:	Unterdeckung	38.922,53 €
Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	11.045,19 €
Kostenträger BFW:	Überschuss	199,74 €
Kostenträger Seminare:	Überschuss	142,18 €
Kostenträger Personalauslese:	Überschuss	27.905,91 €

In der Gesamtfinanzrechnung ist in der Zeile 38 „Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln“ ein negativer Betrag in Höhe von 8.286,58 € ausgewiesen, der sich aus folgenden Ergebnissen zusammensetzt:

Kostenträger Verwaltung:	Unterdeckung	42.508,20 €
Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	12.491,64 €
Kostenträger BFW:	Überschuss	313,35 €
Kostenträger Seminare:	Überschuss	3.426,43 €
Kostenträger Personalauslese:	Überschuss	17.625,96 €

Hinzu kommen 364,24 € „Rückflüsse aus Darlehen“, welche nur in der Gesamtfinanzrechnung ausgewiesen werden.

Hinsichtlich der Ergebnisse der einzelnen Kostenträger ist anzumerken, dass diese nicht isoliert zu sehen sind. Vielmehr sind diese im Gesamtkontext zu sehen. Bisher wurden beispielhaft die Mieten und Bewirtschaftungskosten zu 100 % bei dem Kostenträger Verwaltung veranschlagt und verausgabte. Auch die Zahlungen an die StädteRegion Aachen für die Durchführung der Geschäftsbuchhaltung und Zahlungsabwicklung wurden vollständig bei dem Kostenträger Verwaltung geplant. Im Doppelhaushalt 2018/2019 wurde der bisherige Kostenträger „Verwaltung“ aufgelöst und die bisherigen Veranschlagungen ursachgerecht auf die anderen Kostenträger aufgeteilt.

Wo liegen die größten Abweichungen zwischen Plan und Ist 2017?

Die größten Abweichungen werden auf Zeilenebene der Ergebnisrechnung (ER) und der Finanzrechnung (FR) dargestellt.

Zeile 5 ER/Zeile 5 FR:

Die Zeile beinhaltet die Erträge aus dem Entgelt für Lehrgänge, den Fortbildungsveranstaltungen und der Personalauslese. Das Entgelt für Lehrgänge einschließlich Berufsförderungswerk (Sachkonten 441901/641901) liegt insgesamt rd. 8.000 € über dem Ansatz. Auch bei den Fortbildungen konnten 72.000 € (Sachkonten 441902/641902) mehr gegenüber dem Ansatz erzielt werden. Im Bereich Personalauslese wurden rd. 37.000 € (Sachkonten 441901/641901) weniger vereinnahmt, als geplant. Auf die Ursachen wird im Einzelnen bei den jeweiligen Kostenträgern eingegangen. Die korrespondierenden Aufwendungen und Auszahlungen haben sich nicht in dem Umfang verändert, so dass die Mehrerträge in Höhe von rd. 44.000 € bzw. Mehreinzahlungen von ca. 31.500 € der jeweiligen Zeile das Gesamtergebnis positiv beeinflusst haben.

Zeile 7 ER

Die Umlage an das Institut für Personalauslese (IfP) wurde 2016 nicht abgerechnet. Daher wurde eine Rückstellung in voller Höhe des Ansatzes (10.000 €) gebildet. Tatsächlich hat das IfP nur einen Betrag von rd. 450 € in 2017 in Rechnung gestellt, so dass der Restbetrag der Rückstellung in 2017 ertragswirksam aufgelöst wurde.

Zeile 11 ER/10 FR

Bei den Personalaufwendungen bzw. -auszahlungen wurden insgesamt rd. 10.000 € bzw. 6.900 € mehr verausgabt. Die Zahl resultiert im Wesentlichen daraus, dass für die Referenten bei den Seminaren wesentlich mehr Geld verausgabt wurde, als ursprünglich geplant war (siehe auch hierzu die Erläuterungen beim Kostenträger „Fortbildung“). Diese Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen wurden teilweise durch Einsparungen bei der Besoldung eines Beamten in Höhe von rund 17.000 € kompensiert. In der Haushaltsplanung 2016/2017 wurde noch von der Besoldung (A 16) des vorherigen Studienleiters ausgegangen.

Zeile 12 ER/11 FR

Seit 01.10.2016 ist der vorherige Studienleiter in Pension und der jetzige Studienleiter hat seinen Dienst beim Studieninstitut angetreten. Seit diesem Zeitpunkt erhalten insgesamt zwei Pensionäre (vorher eine Person) Versorgungsbezüge. In der Konsequenz war 2017 ein höherer Beitrag an die Versorgungskasse zu zahlen als ursprünglich geplant. Ferner wurden an Beihilfen für Pensionäre (Sachkonten 514100/714100) rd. 3.000 € mehr gegenüber dem ursprünglichen Ansatz verausgabt.

Zeile 13 ER/12 FR

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind u.a. 12.000 € höher, da mit Wirkung zum 01.01.2016 ein Vertrag zwischen der StädteRegion Aachen und dem Studieninstitut Aachen über die jährlich zu zahlende Vergütung für die Durchführung der Geschäftsbuchhaltung und der Zahlungsabwicklung neu geschlossen wurde (Sachkonto 526900), dessen neuer Gesamtbetrag bei der Haus-

haltsplanung 2016/2017 noch nicht berücksichtigt war. Ferner wurden im Zusammenhang mit dem Umzug der Geschäftsstelle von Kohlscheid nach Aachen überplanmäßige Mittel für den Umzug in Höhe von 2.500€ sowie 6.500 € für die Bewirtschaftung einschl. der erforderlichen Anstreicherarbeiten bewilligt, welche sich hier niederschlagen.

Zeile 15 ER/Zeile 14 FR

Die Umlage an das Institut für Personalauslese wurde 2016 nicht abgerechnet. Daher wurden neben der Rückstellungsbildung die entsprechenden Mittel des Finanzplans in das Jahr 2017 verschoben. In 2017 wurden für das Vorjahr nur rd. 450 € in Rechnung gestellt, so dass in 2017 rd. 10.000 € im Ergebnisplan bzw. 19.500 € im Finanzplan eingespart wurden.

Zeile 16 ER/Zeile 15 FR

Die Mehraufwendungen von rd. 6.800 € resultieren im Wesentlichen daraus, dass höhere Druck- und Bewirtungskosten für die insgesamt mehr als ursprünglich geplanten Seminare angefallen sind. In der Finanzrechnung ist die Abweichung wesentlich geringer, da insbesondere die Druck- und Bewirtungskosten der am Jahresende durchgeführten Fortbildungen erst in 2018 abgerechnet wurden. In dieser Zeile wurden aber noch folgende maßgeblichen Geschäftsvorgänge in 2017 erfasst: Für die „neue“ Geschäftsstelle des Studieninstitutes mit insgesamt drei Seminarräumen etc. war eine höhere Miete zu leisten als vorher für die Büroräume in Kohlscheid. Auch hierfür hat die Verbandsversammlung am 30.03.2017 überplanmäßigen Mittel in Höhe bis zu 16.000 € zugestimmt. Tatsächlich waren rd. 14.500 € mehr Mietaufwand bzw. Mietauszahlungen erforderlich. Darüber hinaus wurde im Zusammenhang mit dem Umzug das fehlende Mobiliar für zwei Sitzungsräume etc. vom Vermieter erworben. Ferner waren mit dem Umzug bzw. Neuanfang in Aachen eine Vielzahl von Anschaffungen von Ausstattungsgegenständen (Alarmanlage, Lampen, Porzellan, Servierwagen etc.) erforderlich, da die Ausstattung in Kohlscheid Eigentum der StädteRegion Aachen war. Aus diesem Grund wurden für Geräte und Ausstattungsgegenstände rd. 13.000 € mehr als im Ansatz ausgegeben. Demgegenüber konnten bei den „Geschäftsausgaben für die Personalauslese“ (Sachkonten 542800/742800) insgesamt rd. 28.000 € gegenüber dem ursprünglichen Ansatz eingespart werden.

Überplanmäßige Ausgaben 2017

Die Verbandsversammlung hat am 30.03.2017 dem Mietvertrag für die neue Geschäftsstelle des Studieninstitutes ab 01.08.2017 zugestimmt und gleichzeitig nachfolgende überplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen bewilligt: Bei dem Kostenträger „Verwaltung 429500“, Positionen „Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude“ Sachkonten 523700/73700 wurden bis zu einer Gesamthöhe von 6.500 € (inbegriffen Anstreicherarbeiten) und „Mieten“, Sachkonten 42100/742100 bis zu einer Gesamthöhe von 16.000 € genehmigt. Ferner genehmigte die Verbandsversammlung in gleicher Sitzung überplanmäßige Mittel für die Umzugskosten von Kohlscheid nach Aachen bei dem Kostenträger „Verwaltung 429500“, Position „Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen“, Sachkonten 526900/726900 in Höhe von bis zu 2.500 €. Die Deckungen für die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sollten durch Einsparungen im Kostenträger „Personalauslese

429504“ bei der Position „Aufwendungen für Personalauslese“ Sachkonten 542800/742800 gewährleistet werden.

Ermächtigungsübertragungen

Nach § 36 Abs. 4 GemHVO müssen für Verpflichtungen die dem Grunde oder der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind, Rückstellungen angesetzt werden, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. In 2017 gab es keinen Sachverhalt, der die Bildung einer Rückstellung erforderlich machte. Die Übertragung von Ermächtigungen führt zu einer zusätzlichen Belastung der Finanzrechnung im Folgejahr, weil deren Inanspruchnahme dem Haushaltsjahr zuzurechnen ist, in dem diese erfolgt. Die übertragenen Ermächtigungen erhöhen die entsprechenden Positionen im fortgeschriebenen Haushaltsansatz des Folgejahres. Für eine Ermächtigungsübertragung von 2017 nach 2018 lag ebenfalls kein Grund vor.

C. Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes 4 Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429500 Verwaltung,
- 429501 Lehrgangsbetrieb
- 429502 Berufsförderungswerk Düren (BFW),
- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren.
-

Im Kostenträger Verwaltung wurden bisher insbesondere allgemeine Kosten wie Mieten und Bewirtschaftungskosten erfasst. Ab dem Haushaltsjahr 2018 entfällt der Kostenträger „Verwaltung“. Die dort ausgewiesenen Aufwendungen bzw. Auszahlungen werden entsprechend dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch produktscharf abgebildet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die einzelnen Kostenträger verteilt werden. Das Wirtschaftsjahr 2017 hat insgesamt mit einem Jahresüberschuss von 370,49 € abgeschlossen.

D. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Es gab bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2017 keinen Sachverhalt von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres.

E. Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Bereich Ausbildung, berufliche Weiterbildung

Das Studieninstitut ist gut aufgestellt und blickt trotz gestiegener Anforderungen insbesondere im Bereich der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung optimistisch in die Zukunft. Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Weiterbildungslehrgängen (VL I und VL II) werden sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen allgemeinen Aufgabenzuwachs und als not-

wendige Reaktion auf den Demographieeffekt zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen. In den letzten Jahren ist eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Dies bedingte die Verstetigung der Einrichtung des „Sonderlehrganges – dienstbegleitende Unterweisung“ bei der Abteilung Heinsberg. Nach den aktuellen Anmeldezahlen werden zum 01.08.2018 in den Abteilungen StädteRegion (20) Heinsberg (16) und Düren (21) drei Unterstufen mit insgesamt 57 Auszubildenden an den Start gehen. Für die Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt liegen bisher 20 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang I bei der Abteilung Aachen Stadt vor. Bis zum Ende des Berichtsjahres bewegten sich die Teilnehmerzahlen der Lehrgänge mit einer gewissen Bandbreite auf einem gleich bleibend hohen Niveau. Die Anmeldezahlen erforderten die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Anfang 2017 standen noch mehr als 200 Personen für die Verwaltungslehrgänge auf der Warteliste. Daher haben sich, wie bereits oben ausgeführt, die Abteilungsvorsteher beim „Workshop über die zukünftige Ausrichtung des Studieninstitutes“ am 26.01.2017 dafür ausgesprochen, dass jede Abteilung zu den bisherigen Lehrgängen einen zusätzlichen VL I – bzw. VL II Lehrgang durchführt, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzlichen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Ein zusätzlicher VL I der Stadt Aachen ist Anfang Januar in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle des Studieninstitutes gestartet. Auch bei den Abteilungen Heinsberg und Düren haben zwischenzeitlich zwei zusätzliche Verwaltungslehrgänge gestartet. Bei der StädteRegion Aachen soll ein zusätzlicher VL I nach den Sommerferien beginnen. Die Zuständigkeit für Ausbildung und Prüfung der Auszubildenden im Berufsbild „Kaufleute für Büromanagement“ im öffentlichen Dienst von den Industrie- und Handelskammern auf die Studieninstitute hat sich durch die Büromanagementkaufleuterausbildungsverordnung vom 11.12.2013 verfestigt. Das Land NRW hat in Anlehnung an die Prüfungsordnung für die Verwaltungsfachangestellten mit Datum vom 10.07.2014 eine Verordnung zur Durchführung der Abschlussprüfung erlassen. Unter der Federführung der Leitstelle NRW wurde im Zusammenwirken der Studieninstitute ein Lehrplan für die Durchführung der „dienstbegleitenden Unterweisung“ von 560 Unterrichtsstunden erarbeitet. Von November 2016 bis Juli 2017 wurde in einem sehr straffen Zeitplan (teilweise inklusive Ferienzeiten) die dienstbegleitende Unterweisung für insgesamt 10 Personen (Ej. 2014: 6; Ej. 2015: 3 Ej. 2016: 1 – Verkürzung Ausbildungszeit) durchgeführt. Die besondere Herausforderung bei der Organisation der dienstbegleitenden Unterweisung war, dass die Schülerinnen und Schüler zwei verschiedene Berufskollegs besuchten und auch an unterschiedlichen Tagen Berufsschule hatten. In 2017 wurde von keiner Kommune im Verbandsgebiet ein solches Ausbildungsverhältnis neu abgeschlossen. Wie an den Einstellungszahlen zu erkennen ist, werden aufgrund der zusätzlichen Verpflichtung der „dienstbegleitenden Unterweisung“ kaum noch Auszubildende für diesen Beruf bei den Verwaltungen und kommunalen Betrieben eingestellt. Stattdessen werden mehr Auszubildende für den Beruf der bzw. des Verwaltungsfachangestellten bei den Kommunen eingestellt. Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen angefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2020 fortlaufend mindestens 2 Ausbilderlehrgänge je Jahr geplant. In 2017 wurde neben den zwei Lehrgängen in Aachen zusätzlich ein Lehrgang in Heinsberg durchgeführt. Derzeit laufen sowohl in der Geschäftsstelle selber als auch bei der Abteilung Düren ein Ausbilderlehrgang.

Bereich Fortbildung, Seminare

Dem Seminarkalender soll in den kommenden Jahren ein quantitativ und qualitativ hoher Stellenwert beigemessen werden. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass insbesondere wichtig ist, aktuelle Themen aufzugreifen und auch Seminare intensiv zu bewerben. Darüber hinaus hat sich im letzten Jahr ebenfalls als sehr positiv herausgestellt, aktiv auf die Kommunen zuzugehen und deren Bedarf abzufragen bzw. wichtig ist, konkrete Seminarwünsche an das Studieninstitut zu richten. Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang ist konstant hoch. Bereits im Quartal 2018 wurden drei ausgebuchte Schulungen diesbezüglich durchgeführt.

Modulare Qualifizierung

Als besondere zusätzliche Herausforderung wird die Durchführung der Seminarreihen zur „modularen Qualifizierung“ für den Aufstieg in die „Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt“ (vorher: höherer allgemeiner Verwaltungsdienst) aufgrund der Änderung der Laufbahnverordnung NRW seit 2014 wahrgenommen. Grundsätzlich besteht für die Durchführung dieser modularen Qualifizierung eine Kooperation mit dem Studieninstitut Niederrhein, Krefeld, SINN. Der erste Block der 4 Module wurde ausgeschrieben und an beiden Standorten, jedoch schwerpunktmäßig am Niederrhein, durchgeführt. Aufgrund der hohen Anmeldezahlen (17 Personen) aus dem Verbandsgebiet wird die am 02.03.2017 begonnene modulare Qualifizierung mit 40 Seminartagen (verteilt über eine Laufzeit von rd. 18 Monaten) durch das hiesige Studieninstitut alleine durchgeführt. Hinzu kommt die Abnahme der Leistungsnachweise für jeden Teilnehmer in allen 4 Modulen. Der aktuelle Durchgang endet im Mai dieses Jahres. Bereits im Juni beginnt in Aachen der nächste Block der modularen Qualifizierung. Voraussichtlich 14 Personen aus dem Verbandsgebiet werden hieran teilnehmen.

Fortbildung 4.0

Ein Großteil der Führungskräfte unserer Kommunen sind in der mittleren Ebene angesiedelt und haben nicht die Möglichkeit einer modularen Qualifizierung. Sie müssen sich aber andererseits auch wichtigen Führungsaufgaben bzw. -anforderungen stellen. Daher hat sich das Studieninstitut entschlossen, auch für diese Führungskräfte und Führungsnachwuchskräfte der mittleren Führungsebene ein interessantes Seminarangebot in Zusammenarbeit mit Pro VERBUM anzubieten. Im Verlauf von einem Jahr werden die Führungskräfte in den Bereichen

- Rollenwechsel und Rollenfindung;
- Führungsstil und das kooperative Führungssystem;
- Umgang mit Konflikten;
- Teambesprechungen zielorientiert führen sowie
- Teamaufbau und Teamentwicklung

an insgesamt 10 Seminartagen geschult. Damit werden zunächst alle relevanten Führungsbereiche abgedeckt, die es den Führungskräften ermöglichen sollen, ein modernes, innovatives und kooperatives Führungshandeln anzuwenden. Insgesamt wurden von den Verbandskommunen 13 Personen für diese spezielle Seminarreihe des Studieninstitutes angemeldet. Durch dieses neue Angebot des

Studieninstitutes wird insbesondere den Führungskräften der kleineren Kommunen die Möglichkeit auf „Führungskräfteschulungen“ eröffnet. Die Fortbildungsreihe startet am 09.04.2018.

Bereich Personalauslese

Der Bereich Personalauslese stand nach Jahren einer guten kontinuierlichen Zusammenarbeit mit dem IfP Köln vor grundlegenden Herausforderungen. Nachdem die Stadt Köln als Träger des Instituts für Personalentwicklung und Eignungsprüfung und das Rheinische Studieninstitut als stärkstes Mitglied aus dem Verbund ausgestiegen sind, mussten die übrigen Mitglieder des nicht-rechtsfähigen Vereins die offene Situation einer neuen Lösung zuführen. Neuer Träger wurde 2015 das Studieninstitut Hagen, das jedoch lediglich die Betreuung der Mitglieder als „Geschäftsstelle“ ohne eigene Testleistung weiterführt. Aufgrund dessen haben sich neben dem hiesigen Institut viele andere Studieninstitute entschlossen, sich für das Einstellungsjahr 2017 eines neuen erfolgreichen Online-Bewerber-Auswahlverfahrens zu bedienen. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde eine Nutzungsvereinbarung für die Durchführung von elektronischen Einstellungstests mit dem ge-va-Institut München, das in diesem Bereich führend ist, abgeschlossen. Das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2018 konnte nach den ersten Erfahrungen aus dem Vorjahr äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende September 2017 an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten. Insgesamt wurden mit dem neuen Partner gute Erfahrungen gemacht.

Auswirkungen der Neufassung des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW)

Das Land NRW hat das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG NRW) zum 03.02.2015 neu gefasst. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 29.02.2016 die 4. Änderungssatzung auf der Grundlage des GkG beschlossen. Die Satzung wurde nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, Verfügung vom 17.03.2016, im Amtsblatt Nr. 12 am 29.03.2016 veröffentlicht.

Veränderung des Standorts der Geschäftsstelle des Studieninstitutes

Bis 31.07.2017 war die Geschäftsstelle des Studieninstitutes in Herzogenrath-Kohlscheid verortet. Insbesondere der Seminarraum entsprach nicht den heutigen Ansprüchen an eine moderne Weiterbildungseinrichtung. Ferner kam hinzu, dass weder eine behindertengerechte Toilette noch ein barrierefreier Zugang vorhanden waren. Unter Abwägung aller Vor- und Nachteile hat sich die Verbandsversammlung im Frühjahr dieses Jahres dafür entschieden, in zentraler Lage von Aachen geeignete Räumlichkeiten anzumieten. Hierbei musste gewährleistet sein, dass eine optimale Anbindung an öffentl. Verkehrsmittel (Bahn und Bus) sowie eine verkehrsgünstige Lage gegeben ist. Nicht zuletzt war neben der Barrierefreiheit der Räumlichkeiten auch das Vorhalten eines Behindertenparkplatzes für eine öffentliche Einrichtung wie das Studieninstitut unabdingbar. Das gesuchte Mietobjekt wurde in der Leonhardstraße in Aachen, nur rd. 450 m vom Hauptbahnhof Aachen entfernt, gefunden. Das „APAG Parkhaus Hauptbahnhof, Lagerhausstraße“ befindet sich in unmittelbarer Nähe. Insgesamt werden jetzt in der neuen Geschäftsstelle 3 Schulungs- bzw. Seminarräumen vorgehalten. Neben dem Seminarbetrieb können die sonstigen Lehrgänge, wie beispielsweise der „Ausbildereignungslehrgang“, der „Grund- und Aufbaukurs Verwaltungskunde“ etc. alle vor Ort in der Ge-

schäftsstelle durchgeführt werden. Durch die Vielzahl der Lehrgänge wurde es immer schwieriger, geeignete externe Räumlichkeiten für die Durchführung zu finden. Die Zentralisierung der Lehrgänge hat zusätzlich den Vorteil, dass der unmittelbare Kontakt zwischen Dozenten und Studienleiter besser gepflegt werden kann. Durch die neuen räumlichen Möglichkeiten können sowohl mehr Lehrgänge als auch mehr Fortbildungen als vorher in Kohlscheid (nur ein Seminarraum) angeboten werden. Bereits in der kurzen Zeit in Aachen konnten schon Kooperationen mit der gegenüberliegenden Bischöflichen Akademie eingegangen werden sowie erste Gespräche mit der RWTH Aachen geführt werden. Der Umzug nach Aachen war ein wichtiger Schritt für eine dauerhafte zukunftsorientierte Ausrichtung des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Aachen.

Dr. Markus Kremer
Beigeordneter Stadt Aachen
–Verbandsvorsteher–

Öffentliche Zwecksetzung

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.



Kultur

Grenzlandtheater der StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist die Aufführung von Theaterstücken kulturell hoch stehenden Charakters. Der Bevölkerung des Aachener Raumes soll Gelegenheit und insbesondere auch durch günstige Preisgestaltung die Möglichkeit gegeben werden, die Theateraufführungen zu besuchen, um die Kunst und das Verständnis für sie zu fördern und hierdurch einem gemeinnützigen Zweck zu dienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft bestellt zwei gleichberechtigte Geschäftsführer, und zwar einen für die kaufmännischen Aufgaben und einen für die künstlerischen Aufgaben. Im Bedarfsfalle bestellt die Gesellschaft je einen Stellvertreter.

Beirat:

Der Beirat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus höchstens 8 Personen. Er wird gebildet aus dem Städteregionsrat, 5 vom Städteregionstag zu wählenden Mitgliedern und 2 Vertretern der Verwaltung, und zwar dem allgemeinen Vertreter und dem Kämmerer. Vorsitzender ist der Städteregionsrat, stellvertretender Vorsitzender der allgemeine Vertreter.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die jeweiligen Mitglieder des Städteregionsausschusses vertreten. Der Vorsitzende ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Intendant Uwe Brandt	Künstlerischer Leiter
	Dipl. Kfm. Hermann Fuchs	Kaufmännischer Leiter
Beirat:		
Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stv. Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Egon Metten	Kämmereileiter – bis 30.06.2017
	Thomas Claßen	komm. Kämmereileiter – ab 01.07.2017
	Claudia Cormann	Städteregiontagsmitglied

Birgitt Lahaye-Reiß	Städteregionstagsmitglied
Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
Christiane Karl	II. stv. Städteregionsrätin
Christa Heners	sachkundige Bürgerin

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder des Städteregionsausschusses unter Vorsitz des Städteregionsrates

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52062 Aachen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2015	2016	2017
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	97.492	96.464	478.305
I. Sachanlagen	97.492	96.464	478.305
B. Umlaufvermögen	1.013.589	1.055.537	1.108.730
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen / sonst. VG	4.000	16.599	27.413
III. Kassenbestand, Guthaben	1.009.588	1.038.938	1.081.317
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.353	4.721	13.831
D. Nicht durch EK ged. Fehlbetrag	0	0	4.242
Bilanzsumme Aktiva	1.112.434	1.156.723	1.605.107
A. Eigenkapital	9.706	18.282	0
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Jahresfehlbetrag	-16.294	-7.718	-30.242
III. Nicht d. EK ged. Fehlbetrag	0	0	4.242
B. Sonderposten m. Rücklageanteil	97.492	96.464	161.020
C. Rückstellungen	69.725	82.607	78.206

D. Verbindlichkeiten	176.762	191.705	563.694
E. Rechnungsabgrenzungsposten	758.749	767.664	802.187
Bilanzsumme Passiva	1.112.433	1.156.722	1.605.107

	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.617.363	1.588.792	1.604.512
sonst. betriebl. Erträge	1.041.640	996.801	1.012.376
sonst. nicht zuschussfähige Erträge	13.850	20.850	20.000
Personalaufwand	1.782.676	1.684.274	1.744.668
sonst. betriebl. Aufwendungen	863.067	883.123	857.971
sonst. n. zuschussfähiger Aufwand	19.303	20.178	21.782
Jahresfehlbetrag n. Steuern	16.295	7.718	30.242

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	60	56	63

Vorstellungen	2015	2016	2017
Theater Elisengalerie	291	281	288
Abstecher Gastspielorte	91	89	90
Sonderveranstaltungen	6	6	6
Insgesamt	388	376	384

Zuschauerzahlen	2015	2016	2017
Insgesamt	84.098	80.899	80.323

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Gesellschaft erhält jährlich einen Zuschuss von der StädteRegion Aachen für den Defizitausgleich. Im Haushaltsjahr 2018 wurde ein Verlustausgleich in Höhe von 30.241,91 € für das Geschäftsjahr 2017 gezahlt.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung/

Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3 Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen öffentlichen Zweck der Aufführung von kulturell anspruchsvollen, spannenden und unterhaltsamen Theaterstücken für die Bevölkerung in der Region Aachen mit der Umsetzung der Spielpläne 2016/2017 sowie 2017/2018 im Geschäftsjahr 2017

vollumfänglich erreicht. Die hier im Lagebericht dokumentierten statistischen Auswertungen über die Vorstellungen und Besucherzahlen mit einer sehr guten Auslastungsquote belegen die erfreuliche Resonanz unserer Besucher auf die im Kalenderjahr 2017 aufgeführten Theaterstücke und Musicals. Das gilt genauso für die Sonderveranstaltungen (z.B. TheaterTalk) im Grenzlandtheater Aachen sowie die

Aufführungen in den Abstecher- und Gastspielorten der StädteRegion, die im Rahmen der Funktion des Grenzlandtheaters als Landesbühne intensiv bespielt werden.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturforscher des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel rechnen laut Ihrer Medieninformation vom 14. Dezember 2017 mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für das Jahr 2018 um 2,5 %. Für das Jahr 2017 heben die Konjunkturforscher ihre Prognose aufgrund der Nachmeldungen der amtlichen Statistik und das starke dritte Quartal nochmals um + 0,3 Prozentpunkte auf 2,3 % an. Laut dem Bericht befindet sich die deutsche Wirtschaft nun auf dem Weg in eine Hochkonjunktur und steuert ihrem Spitzenwert im Boomjahr 2007 entgegen.

b) Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entwickelt sich seit Ende der 1980er Jahre die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einem der dynamischsten Wirtschaftszweige der Weltwirtschaft. Sie hat einen wesentlichen Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) in Deutschland. Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachen Wertschöpfung übertrifft inzwischen andere wichtige Branchen wie die chemische Industrie, die Energieversorger oder aber die Finanzdienstleister. Nur die Automobilindustrie erzielt eine deutlich höhere Bruttowertschöpfung.

Geschäftsverlauf

Gegenüber dem Jahr 2016 sind keine wesentlichen Veränderungen im Hinblick auf den Geschäftsverlauf entstanden. Die Anzahl der Vorstellungen ist leicht gestiegen und trotz leicht geringerer Besucherzahlen verbesserten sich die Theatereinnahmen aus Kartenverkäufen um knapp 25.000 €. Spenden und Zuwendungen lagen auf Vorjahresniveau, und damit nur minimal unter der Millionengrenze. Die Anzahl der Vorstellungen bzw. Aufführungen des Theaters entwickelten sich wie folgt:

	2017	2016
Theater Elisen Galerie	288	281
Abstecher Gastspielorte	90	89
Sonderveranstaltungen(Theatertalk; Jazz-Bühne)	<u>6</u>	<u>6</u>
insgesamt	<u>384</u>	<u>376</u>

Die Zuschauerzahlen entwickelten sich wie folgt:

	2017	2016
Aachen Freiverkauf	11.732	9.984
Aachen Abo	47.254	48.047
Gastspielorte Freiverkauf	14.548	16.259
Gastspielorte Abo	5.545	5.356
Sonderveranstaltung Freiverkauf	1.244	1.253
insgesamt	<u>80.323</u>	<u>80.899</u>

Alleine in Aachen wurden 58.986 Besucher (2016: 58.301) in 288 (2016: 281) Vorstellungen gezählt. Ausgehend von 218 verfügbaren Sitzplätzen im Saal errechnet sich insgesamt ein Besucherdurchschnitt von 205 (94%). Die Anzahl der Abovorstellungen und des regulären freien Verkaufs sind über die Geschäftsjahre hinweg auf konstant hohem Niveau. Der Personalbereich spiegelt die Entwicklung der Einnahmen wider. Auch in diesem Bereich waren aufgrund der höheren Anzahl von Vorstellungen und Besucher ein leichter Mehraufwand zu verzeichnen. Demgegenüber konnte der sonstige betriebliche Aufwand im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas gemindert werden (geringere Instandhaltungen aufgrund darlehensfinanzierter Umbaumaßnahmen im Foyer). Im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2017 (Stand Dezember 2017) waren in allen Bereichen also nur geringfügige Abweichungen zu verzeichnen. Somit ergab sich ein Jahresergebnis von –30.242 €, das vom prognostizierten Planergebnis in Höhe von – 30.750 € geringfügig besser ausfällt. Die an das Jahr 2017 gestellten wirtschaftlichen Erwartungen und Ziele konnten insgesamt realisiert werden.

Lage

Die Gesellschaft ist zum Stichtag 31. Dezember 2017 bilanziell überschuldet, der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beläuft sich zu diesem Zeitpunkt auf 4.241,91 €. Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne liegt nach Einschätzung der Geschäftsführer jedoch nicht vor. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Gesellschafter die Gesellschaft – wie bereits in den Vorjahren erfolgt – weiterhin in der erforderlichen Höhe finanziell unterstützen wird. In diesem Zusammenhang ist die Fortführung des Unternehmens nach den derzeitigen Umständen überwiegend wahrscheinlich. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde daher trotz der bestehenden

bilanziellen Überschuldung unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt. Darüber hinaus ist die Lage unseres Unternehmens nach wie vor geprägt von der guten Auslastung und Programmvvielfalt.

a) Ertragslage

Die Erlöse – hier als Theatereinnahmen aus Kartenverkauf Aachen, Abstecher und Sonderveranstaltungen – erreichten

2017: 1.542.737 €

2016 : 1.517.887 €

Das ergibt Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr i.H.v. 24.850 € (+1,6%), die zurückzuführen sind auf höhere Besucherzahlen und Vorstellungen gegenüber dem Vorjahr in der Elisengalerie Aachen. Hinzuzurechnen sind noch Einnahmen aus Programmverkauf, Garderobe, Umtauschgebühren und Sonstiges in Höhe von insgesamt 61.775 €. Die in der GuV-Rechnung ausgewiesenen „Sonstige betriebliche Erträge“ i.H.v. 1.012.376 € (2016: 996.801 €) setzen sich wie folgt zusammen:

	2017	2016
Spenden / Beihilfen	9.463	7.576
Zuwendung / Förderverein	695.000	695.000
Zuschüsse Reg. Köln	273.170	268.600
Teilauflösung Investitionszuschüsse	34.743	25.625
insgesamt	<u>1.012.376</u>	<u>996.801</u>

Die Theatereinnahmen erreichen damit einen Betrag i.H.v. 2.616.888 €. Für die Ermittlung der Gesamteinnahmen sind noch das Zinsergebnis (-331 €) zu saldieren, so dass sich rechnerisch Gesamteinnahmen in Höhe von 2.616.557 € ergeben. Von dieser Summe ist die Position Teilauflösung des Sonderposten für Investitionszuschüsse mit 34.743 € ebenfalls in Abzug zu bringen, sodass die (um diese neutrale Position bereinigten) Einnahmen bei 2.581.814 € liegen (2016: 2.559.968 €). Die Personalkosten haben beim personalintensiven Charakter des Hauses einen hohen Stellenwert. Sie betrugen beim Grenzlandtheater 1.744.669 € und erreichten 67,0% (2016: 65,6%) der zuwendungsfähigen Ausgaben (Personalkosten, Sachaufwand und Steuern ohne Abschreibung) in Höhe von 2.603.875 €.

2017: 1.744.669 €

2016: 1.684.274 €

Der um 60.395 € höhere Personalaufwand i.H.v. 1.744.669 € gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den tariflichen Steigerungen Vorstand, Verwaltung und Technik sowie aus höherem Aufwand bei den Gästen, bei Honoraren für Freischaffende und bei Aushilfen. Die betrieblichen Sachkosten erreichte:

2017: 857.971 €

2016: 883.123 €

Zu diesem Betrag wird dann die gesondert auszuweisende KFZ-Steuer (904 €) hinzugerechnet, sodass der Sachaufwand insgesamt 858.875 € beträgt. Der niedrigere Ansatz 2017 ist zurück zuführen auf geringere Instandhaltungsaufwendungen, die im Vorjahr in großem Maße in den Räumen der Verwaltung dringend ausgeführt werden mussten. Das gilt ebenso für die baulichen Maßnahmen in der alten und neuen Probestühne, die erfolgreich abgeschlossen sind, so dass im Geschäftsjahr 2017 kein Bedarf entstanden ist. Bei den übrigen Positionen des Sachaufwandes erfolgte die Orientierung an der Vorjahreswerten. Die Finanzierung der Umbaumaßnahmen im Foyer und die Investition in die neue Theaterbestuhlung erfolgten über Darlehensaufnahmen bzw. Zuwendungen des Fördervereins. Die Verteilung der Zuschüsse des Landes und des Fördervereins (968.170,00 €) ergibt bei 79.079 Besuchern (ohne Sonderveranstaltungen) einen rechnerischen Betriebszuschuss von 12,24€ pro Gast (2016: 12,10 €). Die letzte aktuelle Statistik vom Deutschen Bühnenverein zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts weist für die entsprechenden Durchschnittswerte auf Bundesebene 124,68 € und für NRW 132,56 € als Betriebszuschüsse pro Besucher aus (Stand Theaterstatistik Spielzeit 2015/2016; Quelle Dt. Bühnenverein). Ausgehend von Gesamteinnahmen in Höhe von 2.616.888 €, Personalaufwendungen i.H.v. 1.744.669 €, Sachaufwendungen i.H.v. 857.971 € und Abschreibungen (41.473 €) ist noch das negative Finanzergebnis (Zinsen) i.H.v. -331 € zu berücksichtigen sowie der Saldo aus dem nichtzuschussfähigen Bereich i.H.v. 1.782 € und die Kfz-Steuer i.H.v. 904 €. Damit verbleibt ein Fehlbetrag i.H.v. 30.242 €. Im Geschäftsjahr 2017 ergaben sich folgende nichtzuschussfähige Ausgaben/Einnahmen:

2017 Ausgaben:	Euro
Versicherungen	5.900
Repräsentationskosten/Sonstige Kosten	12.300
Sonstige Kosten	2.582
Kosten Fremdveranstaltungen	<u>1.000</u>
Insgesamt	<u>21.782</u>
2017 Einnahmen:	
Zuwendung Förderverein für nicht zuschussfähige Aufwendungen	19.000
Einnahmen Fremdveranstaltung	1.000
Einnahmen Sponsoring	<u>0</u>
Insgesamt	<u>20.000</u>
Saldo/Überschuss	<u>1.782</u>

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2017 bestanden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 191.524 €. Diese erhöhten sich stichtagsbedingt um 47.950 € gegenüber dem Vorjahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich um 10.962 € auf 37.170 €.

Dieser Rückgang ist im Wesentlichen in den verringerten Verbindlichkeiten gegenüber Gästen begründet. Des Weiteren wurden für Investitionen Gesellschaftermittel in Höhe von 335.000 € der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Die Liquiditätsslage ist durch Vorauszahlungen von Abonnenten sowie durch Zuwendungen und Spenden geprägt.

c) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 hat sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag durch planmäßige Investitionen erhöht, ist jedoch weiterhin überwiegend durch Bankguthaben geprägt. Das Bankguthaben hat einen Anteil von 67% am Gesamtvermögen. Korrespondierend wird ein Sonderposten auf der Passivseite ausgewiesen. Wesentliche Investitionen in das Anlagevermögen waren im Geschäftsjahr aufgrund der Anschaffung der neuen Theaterbestuhlung (81.458 €) und der Erneuerung des Foyers zu verzeichnen, die jeweils aktiviert wurden. Die dazu aufgenommenen Darlehen sind korrespondierend passiviert.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen wie in den Vorjahren für unsere Unternehmenssteuerung die Kennzahlen Besucheranzahl sowie Anzahl der Vorstellungen heran. Die Anzahl der Vorstellungen bzw. Aufführungen des Theaters betrug im Geschäftsjahr 2017 384 und erhöhte sich somit um 8 Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zuschauerzahlen entwickelten sich von 80.899 auf 80.323 in 2017 rückläufig. Die minimale Reduzierung liegt im Rahmen normaler Schwankungen.

Prognosebericht

Das Zahlenwerk des Wirtschaftsplans 2018 baut auf dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 auf und berücksichtigt die finanziellen Rahmenbedingungen in den Erlös- und Kostenansätzen lt. Spielplanung 2017/2018 und 2018/2019. Wesentliche Kalkulationsgrundlage für die Wirtschaftsplanung ist daher die Spielplanung für die nächste Spielzeit 2018/2019. Sie wird erneut acht Produktionen umfassen, die eine breite Palette von der Komödie über Klassiker und Drama bis hin zum Musical enthält. Für das Geschäftsjahr 2018 wird mit Theatereinnahmen und Zuschüssen i.H.v. 2.599.823 € kalkuliert und mit zuwendungsfähigen Personalaufwendungen i.H.v. 1.758.633 € sowie zuwendungsfähigen Sachausgaben i.H.v. 878.316 €. Bei einem ausgeglichenen nichtzuschussfähigen Bereich verbleibt dann ein Defizit i.H.v. 37.126 €, das über einen entsprechenden Gesellschafterzuschuss finanziert werden muss, um hinsichtlich der Landesförderung ein ausgeglichenes Jahresergebnis für das Jahr 2018 erzielen zu können.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind. Die Risiken des Grenzlandtheaters Aachen liegen in der Abhängigkeit von der Gewährung öffentlicher Fördermittel im bisherigen Umfang. Eine Reduzierung oder der Wegfall der Landesförderung würde das Theater existenziell gefährden und könnte ggf. durch Gesellschaftermittel bzw. höhere Zuschüsse des Fördervereins kompensiert werden. Im Gj. 2018 wird die Landesförderung erneut um ca. 1,5% auf 277.100 € erhöht. Sowohl Risiken als auch Chancen

ergeben sich stets auch mit der Herausgabe des Spielplans. Ein kulturell anspruchsvoller, zugleich attraktiver und abwechslungsreicher Spielplan ist die Basis für die Einnahmen des Theaters und stellt zugleich dessen unternehmerisches Risiko dar. Dieser Spielplan muss dem Publikum qualitativ gutes Theater präsentieren und so die notwendigen Einnahmen sichern. Der Beirat und die Theaterleitung sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Spielplan vorgesehenen Produktionen Wagnisse auftreten können und sich daraus unmittelbar ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafter abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen würde. Über die Entwicklungen des Theaters ist der Beirat daher frühzeitig zu informieren. Zuletzt in der Spielzeit 2014/2015 wurde über die Finanzausstattung des Theaters grundsätzlich diskutiert mit dem einvernehmlichen Ergebnis, dass der Theaterbetrieb wie bei vergleichbaren Theater, nicht kostendeckend sein kann. Bei der gegebenen Platzausnutzung und der hohen Aufführungszahl sind die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu erwirtschaften begrenzt. Dazu erfolgte eine Aufstockung der Zuwendungsmittel seitens des Fördervereins, des Gesellschafters und des Theaters (Preiserhöhung). Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht ersichtlich.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur im geringen Umfang zu verzeichnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel. Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der StädteRegion Aachen. Dazu gehören insbesondere der Betrieb und die Verwaltung des „KuK – Kunst- und Kulturzentrum in der StädteRegion Aachen“.

Die im KuK-Zentrum ansässigen Künstler/innen werden durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind und diesen fördern, insbesondere zum Abschluss entsprechender Miet- und Pachtverhältnisse mit dem Zentrum und dort ansässigen Künstlerinnen und Künstlern.

Das KuK ist das erste kulturelle Gründerzentrum in Nordrhein-Westfalen. Es ist ein Ergebnis des Wettbewerbes „Kulturelle Gründerzentren“, der im Jahr 2001 vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet wurde und den die Stabsstelle Projektentwicklung, Forschung und Gleichstellung des Kreises Aachen gewann. Das KuK-Zentrum ermöglicht als Ateliergemeinschaft den Künstlerinnen und Künstlern einen Erfahrungsaustausch untereinander, sowie die Konzeption gemeinsamer Projekte und stellt gleichzeitig eine öffentliche Plattform als Hilfe zur ökonomischen Unabhängigkeit dar.

Im fast 150-jährigen Gebäude des ehemaligen Monschauer Finanzamtes wurden Marketing, Beratung, Produktion und Präsentation der unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstler miteinander verbunden. Im Rahmen zahlreicher Ausstellungen und Events, die mit Unterstützung des KuK-Fördervereins initiiert werden, wird den Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit gegeben, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und neue Kontakte zu knüpfen. Zwölf offene Ateliers, Verkaufs- und Büroräume bilden auf mehr als 400 qm eine Arbeits- und Begegnungsstätte, die zum kreativen Austausch zwischen Künstlerinnen, Künstlern und Kunstinteressierten einlädt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung setzt sich zusammen aus je einem/einer Vertreter/in der Gesellschafter.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl. Kfm. Hermann Fuchs

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Hans-Josef Hilsenbeck	I. stv. Städteregionsrat (verst. 10.12.2017)
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied (ab 12.04.2018)
Vertreter:	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52156 Monschau

gezeichnetes Kapital: 25.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	15.000,00	60,00
Stadt Monschau	9.000,00	36,00
Förderverein KuK e.V.	<u>1.000,00</u>	<u>4,00</u>
	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2016	2017
Bilanz:	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	20	1	1
Umlaufvermögen	10.125	7.276	10.738
RAP	842	795	865
Bilanzsumme Aktiva	10.987	17.658	18.847

Eigenkapital	1.378	8.503	11.598
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Verlustvortrag	-29.549	-23.621	-16.497
III. Jahresfehlbetrag	5.927	7.124	3.096
Rückstellungen	3.060	1.940	2.040
Verbindlichkeiten	6.549	7.215	5.208
Bilanzsumme Passiva	10.987	17.658	18.847

	2015	2016	2017
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	8.715	6.321	6.726

sonst. betriebl. Erträge	64.452	69.452	69.452
Materialaufwand	8.333	6.178	26.318
Personalaufwand	3.936	3.936	4.464
Sonst. betriebl. Aufwendungen	35.919	39.688	42.349
Erträge aus Zuschüssen	64.452	69.452	69.452
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5.927	7.124	3.096

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2015	2016	2017
Mitarbeiter/innen (außer Geschäftsführung)	keine	keine	keine
Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	12,55	48,15	61,54
Fremdkapitalquote	–	51,85	38,46

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2017 einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 60.000 € geleistet.

Es besteht eine Leistungsbeziehung der KuK GmbH mit der WFG mbH, da diese für KuK einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrnimmt mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft dient der Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der Städteregion Aachen, dem Betrieb und der Verwaltung des Kunst- und Kulturzentrums. Ansässigen Künstler und Künstlerinnen werden durch qualifizierte Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftliche Entwicklung / Ausblick 2018

Die KuK-Betriebs GmbH führte im Berichtszeitraum den operativen Geschäftsbereich mit der Verwaltung und dem Betrieb des KuK-Zentrums durch.

Bis zum Ende der Zweckbindungsfrist (31.07.2018) sind gegenüber der NRW Bank die notwendigen Nachweise der Vermarktungsbemühungen zu führen sowie die Belegung des Zentrums mit KünstlerInnen zu dokumentieren. Dies ist im Gj. 2017 für den Belegungszeitraum bis 31.07.2017 ohne Beanstandung durch die NRW-Bank erfolgt.

Die Vermarktungsbemühungen sind wie im Vorjahr intensiv von der Projektleitung fortgesetzt worden. Neben der Akquise von Künstlerinnen und Künstler im Rahmen der Existenzgründung gilt es auch weiterhin Projekte zu gewinnen, die speziell auf das KuK-Zentrum ausgerichtet sind. Hier kann das KuK-Zentrum zeitlich befristet die geeigneten Räumlichkeiten für Gruppen, Studentenklassen bieten.

Da die Vermietung der im Souterrain befindlichen Räumlichkeiten wegen der abseitigen Lage keine wirtschaftlich nutzbare, langfristige Vermietung zulässt, findet weiter die interne Nutzung durch Ausstellungen, Lesungen und kleinere Events statt, die das kulturelle Angebot des KuK-Zentrums ergänzen. Ein wirtschaftlicher Effekt ist damit nicht zu erzielen.

Die Gesellschaft finanziert sich vorrangig durch die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter. Erträge resultieren lediglich aus Mieteinnahmen, die jedoch nur anteilig die Pachtzahlungen des KuK decken. Für das Geschäftsjahr 2018 zeichnet sich – ausgehend von den Mieteinnahmen sowie dem gegebenem Aufwandsniveau – erneut ein wirtschaftlich zufriedenstellender Geschäftsverlauf ohne Liquiditätsengpässe ab, der durch die Betriebskostenzuschüsse gesichert wird.

Für die bestehende Finanzarchitektur der Gesellschaft, wird u.a. für Werkvertragsleistungen, für die Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten am Wochenende und der künstlerisch-konzeptionellen Leitung vor Ort sowie aller Kosten für Gebäudeinfrastruktur, auch in 2018 ein Finanzierungsbedarf von knapp 70.000 € kalkuliert.

Die Gesellschaft erwirtschaftete in den vergangenen Jahren geringe Überschüsse, um die Eigenkapitalbasis wieder herzustellen. Eine Insolvenzgefahr ist nicht gegeben, da die Zuschüsse zu Beginn des Wirtschaftsjahres in geplanter Höhe fließen. Die Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr war stets sichergestellt.

Da die WFG als Gebäudeeigentümerin ihre Geschäftsaktivitäten einschränkt, wurde in 2017 die vertragliche Geschäftsbesorgung zwischen der WFG und der KuK Betriebs GmbH einvernehmlich gekündigt. Das Rechnungswesen wird seit November 2017 durch die bisherige Buchhalterin der WFG nebenamtlich zu vergleichbaren Konditionen vertraglich fortgeführt. Durch die Einbindung der regio

It als IT-Dienstleister wurde die für die Buchhaltung notwendig IT-Infrastruktur sicher und zuverlässig eingerichtet.

Ein neuer Pachtvertrag zu etwas verbesserten Konditionen wurde zunächst befristet bis 31.07.2019 abgeschlossen.

Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken der KuK- Betriebs GmbH ergeben sich aus der Abhängigkeit von den jährlich bereitzustellenden Gesellschafterzuschüssen im kalkulierten Umfang zur Finanzierung der Gesellschaft. Die Mieterträge reichen dazu alleine nicht aus. Das anerkannt hochwertige Kulturangebot des KuK-Zentrums mit seinen Veranstaltungen und Ausstellungen ist eine feste Einrichtung in Monschau, die stets Tausende von Besuchern anzieht. Daher ist dieses kulturelle Angebot für die Bevölkerung in der StädteRegion im Gesellschafterinteresse und unverzichtbar.



Grenzlandtheater
Aachen



Wir gestalten Zukunft!

www.staedteregion-aachen.de

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat

Postanschrift
StädteRegion Aachen | 52090 Aachen

Telefon +49(241)5198-0
E-Mail info@staedteregion-aachen.de
Internet www.staedteregion-aachen.de



StaedteRegion.Aachen



staedteregion_aachen



@SR_Aachen_News



StaedteRegionAachen